

Abg. Kollmann: Frau Präsident, Hohes Haus!

Ich darf mich bei diesem Budgetkapitel zur Frage der Lehrlinge melden und auch zur Frage der nicht unterbringbaren Jugendlichen, also jener jungen Menschen, die nicht in der Lage sind, derzeit einen Lehrplatz zu finden und die außerhalb jenes glücklichen Kreises von rund 30.000 steirischen Lehrlingen sind, die einen Lehrplatz haben, womit die Steiermark im Bundesschnitt noch immer im absoluten Spitzenfeld liegt, was nicht zuletzt auf die Bereitschaft der Klein- und Mittelbetriebe zurückzuführen ist, Lehrstellen immer wieder zu schaffen und auch nach wie vor viele Lehrlinge einzustellen. Meine Damen und Herren, nach Mitteilung des Landesarbeitsamtes waren Ende November in der Steiermark 1134 Lehrstellensuchende gemeldet, denen 179 offene Lehrstellen gegenüberstanden. Sicherlich gibt es mehr Lehrstellensuchende. Es sind eben nicht alle bei den Arbeitsämtern gemeldet, weil vielfach die Meinung vorherrscht, daß das Arbeitsamt nicht unbedingt in der Lage ist, Lehrplätze für alle Berufe zu vermitteln. Gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres ist die Zahl der Lehrstellensuchenden heuer um etwa 200 höher, doch wird damit zu rechnen sein, daß sie bis Ende des Jahres 1983 nicht höher als etwa bei 1000 liegen wird. Es gibt sicherlich, meine Damen und Herren, steirische Bezirke, in denen es besondere Lehrplatzprobleme gibt. Dazu gehören unter anderem auch die Obersteiermark und der Raum Bruck-Leoben sowie der Raum Liezen. Nun sollte man die Situation nicht allzusehr dramatisieren, denn auch gegen Ende der siebziger Jahre gab es alljährlich 400 bis 500 Jugendliche, die bis zum Ende des Jahres nicht auf einem Lehrplatz untergebracht werden konnten. Damals handelte es sich allerdings fast ausschließlich um Mädchen, wo die bekannten allgemeinen Schwierigkeiten vorhanden sind, also Konzentration auf spezielle Mädchenberufe. Auf Grund der sinkenden Zahlen der Jahrgänge für Pflichtschulabgänger ist also sicher damit zu rechnen, daß sich die Lage am Lehrstellensektor 1985, spätestens aber im Jahre 1986, fühlbar entspannen wird.

Obwohl ich diese Situation nicht dramatisieren wollte, muß ich doch sagen, daß es einige Hemmnisse gibt, die, wenn man sie beseitigt, noch wesentlich mehr Lehrplätze in der Wirtschaft schaffen könnten. Es gibt eine Unzahl von lehrplatzbehindernden Maßnahmen, die meines Erachtens ebenfalls daran schuld sind, daß es nicht mehr vermittelbare Lehrplätze gibt. Es gibt viele Betriebe, die sich derzeit überlegen, weitere Lehrlinge aufzunehmen, denn bei allem Respekt vor dem sozialen Fortschritt wirken sich beispielsweise die Verkürzung der Probezeit, die Verlängerung der Behaltspflicht, die erforderliche Ausbilderprüfung, der komplizierte Freizeitausgleich beim Berufsschulbesuch ebenso negativ bei der Beschaffung von Lehrplätzen aus, wie beispielsweise in der Fremdenverkehrswirtschaft die unzeitgemäßen Bestimmungen über die Sonntagsruhe oder den Beginn der Nachtruhe auch während der Sommerzeit. Darüber hinaus gibt es so manche absurde Bestimmungen: So zum Beispiel, daß ein Elektroinstallateurlehrling bis zum letzten Tag seiner dreijährigen Lehrzeit nicht unter Strom arbeiten darf, am ersten Tag danach jedoch selbstverständlich selbständig unter Strom arbeiten kann. Oder, wie bereits hier einmal im Hause erwähnt, ich glaube, der

Kollege Dr. Dorfer war es, dürfen Lehrlinge zwar nicht auf Gerüsten, auch wenn sie noch so sicher sind, arbeiten, wohl aber auf wesentlich höheren und labileren Leitern. Ich glaube, hier müßte man bei aller Bedachtnahme auf die Gesundheit der Lehrlinge, doch einmal den gesetzlichen Hobel ansetzen. Es sei denn, man wartet auf die Jahre 1985/86, wo man dann eben diese niederen Zahlen hat und automatisch sich der Lehrstellenmarkt etwas entspannen wird.

Nun aber zu einem anderen Problem, das wesentlich kritischer ist. Kritischer und voraussichtlich auf längere Zeit nicht lösbar wird sicherlich das Problem der arbeitslosen jungen Menschen im Alter zwischen 19 und 25 Jahren sein. Hier ist die Entwicklung tatsächlich bedenklich. Sprach die Arbeitsmarktverwaltung noch im Spätfrühjahr von 4000 Arbeitslosen, ist deren Anzahl in der Altersstufe 19 bis 25 Jahre inzwischen auf 7500 gestiegen, und es muß befürchtet werden, daß im nächsten Jahr die beängstigende Zahl von jugendlichen Arbeitslosen in dieser Altersgruppe von 10.000 in der Steiermark erreicht wird. Bei diesen jungen Menschen, meine Damen und Herren, handelt es sich um Abgänger weiterführender Schulen, AHS, berufsbildender mittlerer und höherer Schulen sowie um ausgebildete Facharbeiter oder Fachangestellte, die derzeit keine Beschäftigung finden. Nicht unerheblich ist auch bereits die Zahl der arbeitslosen Jungakademiker und Junglehrer.

Nun zu einer Forderung der Gewerkschaftsjugend. Sie fordert immer wieder und sehr regelmäßig einen Berufsausbildungsfonds. Diese Forderungen gehen in Anbetracht der eben genannten Zahlen vollkommen daneben. So bedauerlich die Einzelschicksale dieser rund 1000 lehrstellensuchenden Jugendlichen in der Steiermark sind, das Problem der Existenzgründung für 7500 oder, wenn wir schwarzsehen, etwa 10.000 jungen Menschen im Alter von 19 bis 25 Jahren ist wesentlich brisanter. Hier kann nur eine bessere Wirtschaftspolitik helfen, die auch ein entsprechendes Wirtschaftswachstum bringt und damit wieder Arbeitsplätze schafft. Bis die Maßnahmen eines Berufsausbildungsfonds nach den Vorstellungen der Gewerkschaftsjugend anlaufen könnten, gibt es das Problem der ausreichenden Zahl von Lehrstellen vermutlich nicht mehr, wohl aber bei Anhalten der derzeitigen Wirtschaftslage eben noch größere Sorgen mit den 19- bis 25jährigen. Es darf außerdem nicht übersehen werden, daß durch den Ausbau der Berufsschulzentren in den letzten Jahren die Kapazität des weiterführenden Schulwesens erheblich ausgeweitet wurde, die rückläufigen Zahlen der 14jährigen führen schon jetzt teilweise zu einem Kampf um den Schüler. Mit Sicherheit kann also gesagt werden, daß es in Kürze an Ausbildungsmöglichkeiten für Jugendliche im Alter von 14 bis 15 Jahren nicht mehr mangeln wird.

Noch einmal zurück zu den 19- bis 25jährigen. Im Oktober dieses Jahres war in Österreich bereits jeder dritte Arbeitslose unter 25 Jahren. In Teilen der Obersteiermark ist es sogar jeder zweite Arbeitslose, und da auf Grund des Winters anzunehmen ist, daß sich der negative Trend bedauerlicherweise fortsetzen wird, wären Sofortmaßnahmen wirklich dringlich erforderlich. Diese Maßnahmen können aber, bitte, wirklich nicht von der Landesregierung oder vom Steiermärkischen Landtag allein getragen werden, viel zu umfas-

send wäre hier diese erste Hilfe erforderlich. Zugegeben, wir dürfen uns freuen, daß es auch im kommenden Jahr wieder ein Lehrlingsbeschäftigungs Sonderprogramm geben wird und daß das Arbeitsplatzförderungs- und Strukturprogramm, das ja bekanntlich gewaltig aufgestockt wurde, ebenfalls in vielen Fällen für arbeitslose Jugendliche wirksam werden kann, jedoch wird all das, was das Land seit Jahren zu leisten versucht, viel zu wenig vom Bund unterstützt. Bei der Regierung und im Parlament lägen letztlich die gesetzlichen Möglichkeiten für eine durchschlagende Hilfe für die Jugend. Die Österreichische Volkspartei hat im Parlament der SPÖ-Regierung konkrete Vorschläge unterbreitet. Sie wurden abgelehnt. Einen einzigen Punkt hat Sozialminister Dallinger, wenn die Pressemeldungen stimmen, nun, etwas modifiziert, wieder aus seiner Schublade gezogen und als seine Maßnahme präsentiert. Dallinger wird nun doch endlich jenen Betrieben ein wenig helfen, die bereit sind, zusätzlich jugendliche Arbeitnehmer einzustellen. Wir freuen uns, daß der Herr Minister nun diesen Vorschlag von unserer Seite aufgegriffen hat. Und ich freue mich selbst dann, wenn mir eine andere Lösung wesentlich lieber wäre. Denn ich persönlich, meine Damen und Herren, halte sehr wenig von Förderungsmethoden, die zuerst den Schilling mit der einen Hand nehmen und ihn dann nach einem Kniefall, man kann es auch Förderungsantrag nennen, den Betrieben unter Abzug der Verwaltungskosten teilweise wieder rückerstatten. Es wäre meines Erachtens viel, viel einfacher und gerechter, derlei Förderungsaktion über die Steuererklärung laufen zu lassen, das heißt, steuerliche Anreize für die Jugendbeschäftigung zu geben. Die Kontrolle wäre durchaus gegeben. Man bräuchte nur der Steuererklärung, mit der man einen bestimmten Absetzbetrag beansprucht, auch eine meinetswegen bestätigte Liste der Gebietskrankenkasse oder des jeweiligen Sozialversicherungsträgers beilegen. Man könnte nachweisen, daß man zusätzlich einen arbeitslosen Jugendlichen aufgenommen hat. Aber das scheint bei uns nicht möglich zu sein, der Geldfluß muß offenbar kompliziert von der einen Tasche in die andere vor sich gehen. Aber es gibt noch etwas, was man tun sollte. Man sollte vor allem jungen Menschen, die bereit sind, sich selbständig zu machen, ob nun in der Wirtschaft oder in der Landwirtschaft, neben allen Förderungsmöglichkeiten vor allem jene bürokratischen Hindernisse aus dem Weg räumen, die ihnen heute noch sehr, sehr oft die Gründung eines Unternehmens, die Übernahme eines Hofes oder der elterlichen Landwirtschaft verleiden. Solches wurde bekanntlich schon öfter von uns der sozialistischen Regierung vorgeschlagen, fand aber keinen Widerhall. Wesentlich mehr Vorliebe, meine Damen und Herren, scheint diese Regierung für Maßnahmen zu haben, die die Wirtschaft in der Jugendbeschäftigungsfrage in zwei Klassen teilt. Da ist zunächst einmal die Vorzugsklasse. In dieser Klasse sitzen die verstaatlichten Unternehmungen, für deren Lehrplätze der Sozialminister 7000 Schilling je Monat und Lehrling auszuschütten bereit ist. 7000 Schilling je Monat und Lehrling! Im zweiten Klassenzug sind dann jene zusätzlichen Lehrstellen beheimatet, die von den Klein- und Mittelbetrieben in großer Anzahl bereitgestellt werden. Für solche Lehrstellen gibt es Förderungen bis zu maximal 2500 Schilling je Lehrling und Monat. Also ein giganti-

scher Unterschied, eine Ungerechtigkeit. Diese dem Gleichheitsgrundsatz so vehement widersprechende Regelung muß auch hier im Steiermärkischen Landtag, ähnlich wie im Parlament in Wien, scharf angeprangert werden. Aus diesem Grund haben Abgeordnete der ÖVP hier im Hause einen Resolutionsantrag eingebracht, der, wir freuen uns darüber, auch von zwei sozialistischen Abgeordneten und von einem freiheitlichen Abgeordneten mitgezeichnet wurde. In dieser Bereitschaft der Herren Abgeordneten Tschernitz und Karrer sehe ich ein Eingeständnis Ihrer Partei, daß derartige Ungleichbehandlungen über das Maß des für die kleinen und mittleren Gewerbetreibenden Zumutbaren eben hinausgehen. Ganz besonders bin ich erfreut über den Beitritt des Kollegen Karrer, vorausgesetzt natürlich, was ich annehme, daß er weiß, was er unterschrieben hat. Denn es gibt in diesem Zusammenhang mit der Lehrstellenförderung, meine Damen und Herren von der sozialistischen Seite, auch einen zweiten Antrag, der von Ihnen am 28. Juni 1983 eingebracht wurde, und er trägt die Unterschriften der Abgeordneten Kohlhammer, Halper, Rainer und Karrer. Diese Kollegen stellen zunächst in diesem Antrag fest, daß für 30 zusätzliche Lehrlinge bei Siemens, Fohnsdorf, die Arbeitsmarktverwaltung eine für die Privatwirtschaft unerreichbar hohe Summe von 7000 Schilling je Lehrling und Monat zur Verfügung stellen will, und da Siemens die monatlichen Kosten von 12.080 Schilling je Lehrling und Monat errechnet hat, wollen die Herren Kohlhammer, Halper und Rainer und Karrer, daß das Land zu den 7000 Schilling des Bundes noch 3000 Schilling dazulegt, wodurch eine Förderung von 10.000 Schilling je Lehrplatz und Monat entstünde. Zunächst einmal ist es für mich sehr bedeutungsvoll, daß Sie nun einmal offiziell feststellen oder zur Kenntnis nehmen, daß ein Lehrling pro Monat offenbar 12.080 Schilling kostet, weil Sie ansonsten immer der Meinung sind, ein Lehrling ist eine billige Arbeitskraft. (Abg. Kohlhammer: „Unter bestimmten Bedingungen!“) Das ist, bitte, einmal eine Feststellung. Sie brauchen nicht zu glauben, daß der Lehrling bei Siemens wesentlich teurer ist als der Lehrling in irgendeinem anderen Handels- oder Gewerbebetrieb. (Abg. Kohlhammer: „Das glaube ich, du verstehst nichts davon!“) Ganz sicherlich nicht. Da man annehmen kann, daß diese Förderung auf die Dauer von drei Jahren laufen sollte, kann man unschwer ausrechnen, daß mit dem in diesem Fall eingesetzten Betrag, bitte, rechnen Sie nach, 900 Lehrstellen in der Privatwirtschaft ein Jahr lang monatlich mit 1000 Schilling gefördert werden könnten. Das ist nämlich der durchschnittliche Betrag, den ein Privatunternehmer bekommt, wenn er zusätzlich zu seinen durchschnittlichen Lehrlingszahlen noch Lehrlinge aufnimmt. 1000 Schilling für 900 Lehrlinge ein Jahr oder 30 Lehrlinge 10.000 Schilling auf drei Jahre im Monat. Das ist ein Riesenunterschied, und diesen Unterschied muß man einmal herausarbeiten, den muß man sich einmal anhören und überlegen, was man machen kann mit Beträgen, die für 30 Leute zur Verfügung stehen sollen, nur weil es in der verstaatlichten Industrie oder halbverstaatlichten Industrie geschehen soll. Dieser Vergleich, meine Damen und Herren von der sozialistischen Seite, soll Ihnen vor Augen führen, wie weit Sie sich schon von der Realität entfernt haben, wie Ihnen bereits das Augenmaß in diesen Dingen fehlt, und wie überall muß ich sagen, so

ist auch in dieser Frage unseres Erachtens die Jugend das erste und nicht der Lehrplatz, der ganz bestimmte Lehrplatz in einem ganz bestimmten verstaatlichten Betrieb. (Abg. Halper: „In einer ganz bestimmten Region!“) Und wenn ich in der Lage bin, für 900 Jugendliche etwas zu tun und eine durchschnittliche Beihilfe zu geben, ist mir das wirklich lieber als eine riesengroße Beihilfe an einen verstaatlichten Betrieb für 30 Lehrlinge. Meine Damen und Herren, ich verspreche es Ihnen, wir wollen und werden es anders machen, geschickter und effizienter. Danke. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Zdarsky: Sehr geehrte Damen und Herren, ich unterbreche die Sitzung auf zehn Minuten. Die Sitzung wird um 19.25 Uhr wieder aufgenommen. Der erste Redner wird der Herr Abgeordnete Hammerl sein. (Unterbrechung der Sitzung um 19.15 Uhr.)

Präsident Klasnic: Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf. (19.25 Uhr.)

Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Hammerl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Hammerl: Ich weiß nicht, soll ich an die Zuschauerbänke die Anrede halten oder an das Hohe Haus! Das Hohe Haus ist unverfänglich, es geht also auch ohne Abgeordnete. Meine Damen und Herren!

Der Herr Kollege DDR. Steiner hat in seinen Ausführungen zur Gruppe 2 die Entwicklung im Kindergartenwesen angeschnitten. Das, was ausgeführt worden ist, ist jedenfalls zu unterstreichen. Vom Land her wird der Förderung des Kindergartenwesens sicher eine entsprechende Bedeutung zugemessen. Aber man muß die Entwicklung des Kindergartenwesens nun auch in neue Gesetzesformen einbringen und in dieses Gesetz auch das Hortwesen miteinbeziehen, weil zur Frage der Horte und der Horterziehung überhaupt keine gesetzliche Grundlage vorhanden ist. Es geistert seit dem Jahre 1974 ein Entwurf eines Kindergarten- und Hortgesetzes herum, ohne daß wir in der Zwischenzeit Möglichkeiten gehabt hätten, die vereinbarten Parteiengespräche durchzuführen. Meine Bitte an den nicht anwesenden Landesrat Dr. Jungwirth (Landeshauptmannstellvertreter Wegart: „Ich sage es ihm!“) geht in die Richtung, daß nun tatsächlich mit Beginn des Jahres 1984 diese Parteiengespräche endlich begonnen werden. Der Hohe Landtag hat schon einige Male gemeinsame Entschlüsse gefaßt, so daß ich meine, daß man in der Materie vorwärtskommen könnte, wenn verhandelt würde.

Zu einer zweiten Frage möchte ich noch kurz Stellung nehmen. Wir haben im Gemeinde- und Verfassungsausschuß, als dieses Kindergarten- und Hortgesetz vor einiger Zeit aufgelegt worden ist und dann wieder zurückgezogen wurde, gebeten und ersucht, daß bei den Parteienverhandlungen über dieses Kindergarten- und Hortgesetz in einem auch das Dienstrecht der Kindergärtnerinnen mitabverhandelt wird. Meine Damen und Herren von der ÖVP, irgendwo ist gerade in der Frage des Dienstrechtes eine gewisse Schizophrenie zu verzeichnen, verzeihen Sie mir den Ausdruck, aber ich finde keinen anderen. Die Gewerkschaft der Gemeindebediensteten bekommt Entwürfe des Dienstrechtes zur Stellungnahme. Diese Entwürfe

sind so schlecht, daß man nicht zustimmen kann. Dann finden Tagungen der Kindergärtnerinnen statt, dort reden ÖVP-Abgeordnete über so vortreffliche Bestimmungen des Kindergartengesetzes so, daß Kindergärtnerhalter zur Meinung kommen, daß sie wahrscheinlich die Kindergärten zusperrern müssen, weil diese Versprechungen nicht mehr finanziert werden können. In dieser Bandbreite, im Gesetz eine Nullvorlage und in den mündlichen Ausführungen Versprechen bis zu nur 18 Stunden Wochenverpflichtung, ist alles da, nur bleibt es bei diesen leeren Versprechungen. Ich glaube, daß diese Frage sicher eine absolute Dringlichkeit hat. Auf der einen Seite sind die Kindergärtnerinnen ohne Arbeitsplatz, auf der anderen Seite würden Möglichkeiten bestehen, mit diesem neuen Gesetz die Gruppenszahl herabzusetzen, um doch in einigen Fällen, so weitgehend, wie manche sich das vorstellen, wird es finanziell nicht tragbar sein, helfen zu können. Daher noch einmal meine Bitte: Nehmen wir uns doch vor, diese Regelungen im nächsten Jahr zu treffen. Ich geniere mich schon, wenn ich bei Kindergärtnerintagungen seit etwa sieben Jahren die Erklärung abzugeben habe: Im nächsten Jahr wird der steirische Landtag sicher dieses Gesetz beschließen. Das nächste Jahr vergeht, und es ist wieder kein Ergebnis da. Ich habe heute schon ein Pech, daß ich immer über Dinge reden muß, wo man hört: Gut Ding braucht Weile. Ich sehe das schon ein, aber sieben Jahre sind auch für ein gutes Ding zu lange. Nochmals also meine Bitte, im Jänner oder Februar mit den Parteiengesprächen zu beginnen und beide Fragen auf einmal zu behandeln. Ich danke sehr. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP.)

Präsident Klasnic: Die nächste Wortmeldung kommt vom Herrn Abgeordneten Dr. Dorfer. Ich erteile sie ihm.

Abg. Dr. Dorfer: Frau Präsident, Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Es ist leider der Kollege Rader nicht hier, aber trotzdem, zumindest für die anderen, die hier sind, möchte ich eine Passage aus der Generalrede des Kollegen Rader berichtigen. Er hat nämlich gemeint, daß im Zusammenhang mit dem Belastungspaket der Präsident Stoisser gemeint hätte, das seien für die Wirtschaft 30 Milliarden Schilling Belastungen, und ich hätte gemeint, es seien nur 14 Milliarden Schilling Belastungen. Beides stimmt. Allerdings darf man nicht Kraut und Rüben durcheinanderwerfen, wie Rader es wieder einmal getan hat. 14 Milliarden Schilling sind die zusätzlichen Belastungen für die Betriebe, für die Wirtschaft, die Betriebe im eigentlichen Sinn, die sie – ich habe die genaue Aufstellung, aber ich brauche sie sicher nicht hier zur Verlesung bringen – als solche zusätzlich mit besonderen Belastungen zu verkraften haben, während 30 Milliarden Schilling, das sind die Gesamtbelastungen der Wirtschaft, wobei hier auch Mehrwertsteuer und dergleichen eingerechnet ist, wobei sie natürlich alle Menschen in Österreich belasten wird. Ich möchte feststellen, daß solche Zahlen sicher ungefähre Zahlen sind, und ich möchte aber ebenso feststellen, daß diese Zahlen, 14 Milliarden Schilling Mehrbelastungen für die Betriebe im speziellen, an sich unbestritten sind. Ich habe auch beim Bundeskammertag in der Bundeskammer keine Gegenstimme oder Gegenmeinung zu den diesbezüg-

lichen Ausführungen des Bundeskammerpräsidenten oder des Generalsekretärs weder von sozialistischer Seite noch von freiheitlicher Seite gehört.

Jetzt, meine Damen und Herren des Hohen Hauses, nur noch einige Bemerkungen zur Lehrlingsproblematik. Es hat das Wesentliche sicher schon der Abgeordnete Kollmann hier ausgeführt. Ich glaube aber, daß dieses Problem der Jugendarbeitslosigkeit insgesamt ein solches ist, daß es gar nicht schadet, wenn man mit anderen Worten gewisse Dinge, vielleicht dem Inhalt nach durchaus gleich oder ähnlich, wiederholt. Wir wissen, daß wir Ende November dieses Jahres immerhin noch über 1100 lehrstellensuchende Jugendliche haben. Wir wissen, daß die Situation noch viel kritischer bei den 19- bis 25jährigen ist. Kollege Kollmann hat das näher ausgeführt, und ich möchte dazu feststellen: Zweifellos sollten wir nicht dramatisieren. Es ist auf Grund verschiedener Prognosen, die wir doch schon geben können, zu hoffen, daß es sich in einigen Jahren wieder bessert. Aber immerhin, Hohes Haus, und wir sind hier immer einer Meinung, die Jugendarbeitslosigkeit ist ein soziales Problem für die Betroffenen, dazu noch ein ganz wesentliches gesellschaftspolitisches Problem, denn was muß sich ein arbeitsloser Jugendlicher denken, der gut ist, der arbeiten möchte, der gerne fleißig wäre und keine Beschäftigung bekommen kann. Jugendarbeitslosigkeit ist zudem zweifellos ein wesentliches wirtschaftliches Problem, denn es ist uns allen klar, daß wir ausgebildete Nachwuchskräfte, Facharbeiter, Angestellte brauchen, und in bestimmten Bereichen - das darf ich dazu sagen - haben wir heute sogar schon einen Mangel an Facharbeitern. Nun die Frage, warum gibt es zu wenig Lehrplätze? Sehr viele Gründe hat Kollege Kollmann schon angeführt, ich möchte dazu sagen: Selbstverständlich ist es primär einmal auch die wirtschaftliche Lage, die konjunkturelle Situation genauso wie die Strukturproblematik, in der viele unserer Betriebe stecken. Darüber hinaus ist es aber zweifellos, und das haben wir uns selbst gemacht, die Kostenentwicklung bei der Lehrlingshaltung, die insgesamt über die Kollektivvertragsentwicklung hinausgegangen ist. Ein Maurerlehrling, nur um ein Beispiel zu sagen, kostet im dritten Lehrjahr effektiv 110 Prozent des Maurergesellen, weil der Lehrling ja viel weniger da ist, in Ziffern ausgedrückt 8306 Schilling plus Lohnnebenkosten, macht fast 16.000 Schilling brutto aus. Die Folge davon ist, ich gebe zu, das ist in der Steiermark besonders dramatisch, daß etwa seit zwei Jahren die Lehrlingsziffern, die Neueinstellungen gerade bei den Maurern um über 50 Prozent gesunken sind. Das ist ganz einfach eine traurige und dramatische Entwicklung, die auch, natürlich nicht nur, mit den Kosten zusammenhängt. Das dritte, das hat auch Kollmann mit anderen Worten schon angeführt, sind die lehrplatzbehindernden Gesetze und Verordnungen, die einfach das Lehrlingshalten immer schwieriger für die Betriebe, für alle Betriebe, natürlich auch für die verstaatlichten, machen. (Abg. Hammer: „Wo liegt der Unterschied zwischen Lehrlingsausbildung und Lehrlingshaltung?“) Das ist für mich eine Wortklauberei. Ein Lehrling ist auf einem Ausbildungsplatz, das ist eine Wortklauberei, sonst überhaupt nichts. (Abg. Dr. Maitz: „Nicht den Klassenkampf schüren, das ist nicht gut!“) Wir bilden Lehrlinge aus, und ich darf feststellen, die Klein- und mittelständischen Betriebe 83 Prozent der

Lehrlinge, darüber sind wir uns im klaren, da lasse ich mich auf diese Wortklauberei überhaupt nicht ein. Wenn wir von lehrplatzbehindernden Gesetzen und Verordnungen reden, so betone ich noch einmal: Niemand will hier eine Erleichterung im Sinne eines echten sozialen Rückschrittes oder gar Erleichterungen, daß dadurch eine größere Gefährdung der Gesundheit, des Lebens, der Menschenwürde des Lehrlings die Folge wäre. Davon kann nicht die Rede sein, das will niemand. Aber ob ein Lehrling etwa in der Saison im Fremdenverkehr Sonntag arbeitet und Montag frei hat oder Sonntag frei hat und Montag arbeitet, das ist eigentlich wirklich nur eine Frage der Zweckmäßigkeit und hat mit Gesundheit, mit Menschenwürde und dergleichen nichts zu tun, wenn der entsprechende Ausgleich gegeben ist. (Abg. Kohlhammer: „Ob er überhaupt frei hat, ist wesentlich!“) Es ist für mich auch klar und unbestritten, weil diesbezügliche Erhebungen durch die Arbeiterkammer gelaufen sind, daß niemand daran denkt, wesentliche Übertretungen der Jugendschutzbestimmungen, der Lehrlingsschutzbestimmungen überhaupt, zu decken oder gutzuheißen. Niemals soll das gedeckt oder gutgeheißen werden. Wie überall gibt es auch hier Fälle, die nicht ordnungsgemäß laufen. Aber was man sich in der Hochkonjunktur leisten konnte, ist heute zum Teil zu ändern, denn der größte soziale Rückschritt, meine Damen und Herren, sind arbeitslose Jugendliche und nicht zeitgemäße Anpassungen von Gesetzen und Verordnungen, dort, wo es möglich ist. Unser Vorschlag ist daher immer wieder eine flexible Sozialpolitik, eine elastische Sozialpolitik, die dazu noch rechtzeitig gemacht werden muß und nicht erst dann, wenn die Frage völlig verfahren ist. Derzeit ist jedenfalls die Entwicklung in der Lehrlingshaltung so, daß der Lehrling immer weniger im Betrieb ist. Wenn er im Betrieb ist, immer mehr kostet. Die Folge davon ist, daß man immer mehr auf Hilfsarbeiter übergeht und nicht Lehrlinge nimmt. Wenn der Lehrling im Betrieb ist, ist er immer weniger verwendbar, weil wir teilweise übertriebene Schutzbestimmungen haben, die auch dem Lehrling nichts bringen, ja, die überhaupt nicht einmal eingehalten werden können. Ich will Sie nicht mit Details belasten, aber die damit befaßt sind, wissen, was ich meine. Es sollen daher wirklich sinnigerweise diese Gesetze und Verordnungen kritisch durchforstet werden. Das Kinder- und Jugendbeschäftigungsgesetz, eine Verordnung des Sozialministers zum Kinder- und Jugendbeschäftigungsgesetz über verbotene Betriebe und Arbeiten, wo Passagen drinnen sind, die überhaupt nicht einhaltbar sind für ganze Branchenbereiche der Wirtschaft. Teilweise das Berufsausbildungsgesetz, das etwas über das Ziel geschossen hat, und das Arbeitszeitgesetz und anderes mehr. Alle diese Gesetze sollten meines Erachtens zeitgemäß und vor allem praktikabel sein. Ich möchte auch mit wenigen Sätzen sagen: Falsch ist letztlich jede Direktförderung von Lehrplätzen. Denn das, meine Damen und Herren, kostet Geld. Die Frage ist, wie lange wir uns das überhaupt leisten können. Das läßt die Lehrplätze von Förderungen abhängig werden, so weit sind wir ja schon, und das ist einfach falsch, und das verzerrt letzten Endes die Lehrplatzsituation. Es hat auch Kollmann schon darauf hingewiesen, daß die verstaatlichten Betriebe bis zu 7000 Schilling pro Lehrplatz monatlich bekommen, private maximal 2500, und da nur in

dem Ausmaß, wenn sie mehr Lehrlinge als bisher beschäftigen. Daß die private Wirtschaft darüber verärgert ist und oft deswegen vielleicht sogar in Einzelfällen bei verärgerten Unternehmungen weniger Lehrlinge eingestellt werden, ist verständlich, wenn man bedenkt, daß fast 84 Prozent aller Lehrplätze in den privaten, klein- und mittelständischen Betrieben angeboten werden. (Abg. Kohlhammer: „Nur stimmt das nicht!“)

Ich muß daher feststellen, die staatliche Lehrstellenförderung ist für die private Wirtschaft in Österreich eine Provokation. Ich nenne nur drei Ziffern, Hohes Haus. Zirka 178.000 Lehrplätze werden in Österreich überhaupt nicht gefördert. Das ist vor allem die Masse der Lehrplätze im klein- und mittelständischen Bereich, die es bisher schon gegeben hat und die keine Förderungsmöglichkeit haben. Zirka 178.000! 2500 Lehrplätze in privaten Betrieben werden mit maximal 2500 Schilling pro Monat gefördert, und nicht einmal 700 Lehrplätze in der verstaatlichten Industrie werden mit 7000 Schilling monatlich gefördert. Daß das nicht gut sein kann, werden Sie hoffentlich einsehen. Ich glaube überhaupt, daß das Ziel aller Maßnahmen sein muß, die Lust, Lehrlinge einzustellen, wieder zu erhöhen. Das heißt, gerechte und nicht wettbewerbsverzerrende Anreize zur Lehrlingseinstellung müssen geschaffen werden. Ich könnte mir vorstellen, ein Steuerfreibetrag pro Lehrling in einem bescheidenen Ausmaß, Existenzgründungskredite für Lehrplätze für Betriebe, die Lehrplätze anbieten können, Lockerung der Verhältniszahlen, wobei ich bei diesem Kapitel sagen möchte, daß wir als Lehrlingsstelle in der Handelskammer im Einvernehmen immer mit der Arbeiterkammer durchaus großzügig vorgehen können, weil auch die Arbeiterkammer diese Notwendigkeiten voll erkennt und unter Umständen als neutrale Möglichkeit sogar die Erleichterung bei Sozialversicherungsbeiträgen dort, wo entsprechend viele Lehrplätze angeboten werden. Keine Lösungen, und das hat mit ideologischer Grundauffassung an sich nichts zu tun, obwohl es auch so interpretiert werden könnte, sind Zwangseinstellungsgesetze jeder Art. Ob das jetzt ein Jugendeinstellungsgesetz ist oder ein Lehrlingseinstellungsgesetz, in jedem Fall verlagert man die Probleme letztlich auf die ältere Generation. Denn wenn ein Betrieb gezwungen ist, junge Leute einzustellen, die er in Wahrheit gar nicht braucht, nur, weil es in die Verhältnissituation bei den Beschäftigten paßt, dann ist er ebenso gezwungen, 50- oder 55jährige zu kündigen und wegzugeben. Daß es für die älteren Menschen dann noch schwerer ist, einen Arbeitsplatz zu bekommen, das liegt auf der Hand, wobei ich dazusagen möchte, daß in letzter Zeit der Schrei nach diesen Zwangseinstellungsgesetzen, zumindest so, wie ich es vernehme, eigentlich leiser geworden ist, während wir noch vor einem Jahr immer wieder mit dieser Problematik konfrontiert wurden. Ich möchte also sagen, nicht Zwangsgesetze, sondern Anreize nur können dieses Problem lösen.

Jetzt noch einige Bemerkungen, Hohes Haus, zum Thema gewerbliche Berufsschulen beziehungsweise Internate, soweit sie von der Handelskammer geführt werden. Ich möchte zunächst der hohen Landesregierung, dem zuständigen Herrn Landesrat Dr. Heidinger und seinem Vorgänger Fuchs sowie vor allem dem

Hohen Haus danken für die Resolution, die voriges Jahr hier beschlossen wurde, daß nämlich der vertraglich vereinbarte 50prozentige Anteil des Landes bei den Personalkosten in den Internaten nicht irgendwann nach Ende des Schuljahres bezahlt wird, sondern à conto etwa zwei Drittel des Gesamtbetrages während des Schuljahres, was in dem vergangenen Schuljahr schon geschehen ist. Dafür herzlichen Dank. Nicht zufrieden kann ich leider sein bei den übrigen Hilfen des Landes gegenüber der Handelskammer, bei der Führung praktisch aller steirischen Lehrlingsinternate, ausgenommen bekanntlich das Internat Fürstenfeld bei der Tischler-Landesberufsschule. Die Führung der Landesberufsschulinternate erspart dem Land, das möchte ich feststellen, viele, viele Millionen. Und das sehen Sie schon aus den Vergleichsziffern etwa mit dem Internat Fürstenfeld. Mir hat der Leiter der Internatsverwaltungsabteilung der Handelskammer für das laufende Schuljahr 1983/84 eine Kostenaufstellung für Reparaturen und Inventar gegeben. Für Instandhaltung der Gebäude, Inventaranschaffung und Inventarinstandhaltung müssen im laufenden Schuljahr etwa 5,5 Millionen Schilling aufgewendet werden. Der Beitrag des Landes hierfür beträgt insgesamt, wie Sie den Ziffern des vorliegenden Budgetentwurfes entnehmen, zirka 2,4 Millionen Schilling, ein Betrag, der dazu noch jährlich um 5 bis 10 Prozent sinkt. Ich kann nur dazusagen, leider sinken die Gebäudeerhaltungskosten und Inventaranschaffungs- und -erhaltungskosten nicht. Auch die Internatskostenbeiträge, die wir einheben, sind verständlicherweise nicht beliebig erhöhbar, wobei hier dazukommt, daß wir sinkende Lehrlingszahlen haben, die Fixkosten bleiben gleich, und weil weniger Lehrlinge, daher auch noch weniger Internatskostengebühren in der Gesamtsumme.

Hier möchte ich noch ein anderes Problem abschließend andeuten, das ist das Problem des Lehrlingszentrums beim Landesberufsschulzentrum in Graz-St. Peter. Das Lehrlingszentrum der Handelskammer im Bereich des Berufsschulzentrums Graz-St. Peter ist ein täglich viel genutztes Begegnungszentrum aller Berufsschüler und Berufsschullehrer für die verschiedensten Veranstaltungen. Auch für das tägliche warme Mittagessen. Dieses wird aus dem Kammerinternat Mühlegg täglich herbeigebracht. Es besteht über das Gebotene volle Zufriedenheit, und ich betone noch einmal, alle gehen dorthin, nicht nur diejenigen in Prozenten ausgedrückt wenigen Lehrlinge, die auch in einem Kammerinternat untergebracht sind. Die Betriebskosten dieses Lehrlingszentrums bringen seit Jahren einen Abgang von über einer Million Schilling. Der Handelskammer kann es jedenfalls allein nicht zugemutet werden, dieses Defizit zu tragen, ganz abgesehen davon, daß sie durch nichts verpflichtet ist, dieses Lehrlingszentrum weiterzuführen. Natürlich haben wir in der Handelskammer bei der großen Inanspruchnahme dieses Lehrlingszentrums trotzdem noch immer nicht die Absicht, es zu schließen. Und weil der Zuschuß des Landes zur Führung des Lehrlingszentrums seit Jahren sinkt, zur Zeit sind es 184.000 Schilling, habe ich eben mit Kollegen meiner Fraktion eine Resolution auf Erhöhung dieses Landeszuschusses initiiert, und ich darf jetzt schon allen anderen Fraktionen danken, daß sie dieser Resolution beigetreten sind beziehungsweise ihre Zustimmung geben werden. Ich glaube, daß es einfach wichtig ist, solche Institutionen

wie das Lehrlingszentrum zu erhalten, weil wir doch alle größtes Interesse daran haben müssen, daß dieses Lehrlingszentrum im Interesse unserer gewerblichen Jugend, unserer künftigen Facharbeiter und unserer Angestellten in der Wirtschaft erhalten bleibt. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

Präsident Klasnic: Die nächste Wortmeldung ist der Herr Abgeordnete Preamsberger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Preamsberger: Frau Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Ich darf gleich zu Beginn etwas klarstellen. Wenn hier von Förderungen gesprochen wird, und ich komme in meiner Rede auf ein paar Negativerscheinungen dieser Förderung zurück, dann kommt diesmal die Förderung vom Bund. Man kritisiert ja immer, daß der Bund nicht bereit ist, dies und jenes zu fördern. Hier fördert er. Jetzt entdeckt man, daß Minister Dallinger der verstaatlichten Industrie das Angebot gemacht hat, wenn sie Lehrecken, und das ist ein bisserl ein Unterschied zu einer normalen Lehrstelle, einrichten, das heißt also zusätzlich Schulungen durchführen, diesen Zuschuß bekommen. Das gleiche hat er aber auch der Privatindustrie und den Gewerbetreibenden, wenn sie die gleichen Bedingungen erfüllen, zugesichert. (Abg. Dr. Dorfer: „Nicht 7000 Schilling.“) Ich komme dann aber noch auf diese Förderungen zu sprechen. Die Anmeldungen für die Ferialpraktiken beginnen schon, daher ist es wichtig, daß Schüler von berufsbildenden Schulen, wie zum Beispiel Bulmeschüler, die Möglichkeit haben, ein Praktikum in einem Betrieb zu absolvieren. Diese Schüler müssen nachweisen, daß sie während der Ferien gearbeitet haben. Die Betriebe sind heute nicht mehr bereit, früher haben sie die Ferialpraktikanten gesucht, es war ihnen sogar angenehm, billige Arbeitskräfte zu haben, und heute bekommt man keinen Platz mehr für diese jungen Menschen.

Derzeit haben wir Österreicher die Jugendarbeitslosigkeit im Griff. Nur eines: In Zukunft werden wir noch erleben, daß gerade die Jugendlichen, die aus der höheren Schule kommen, nicht mehr untergebracht werden können und es auch eine Beeinflussung bei der Einstellung von Lehrlingen gibt, weil ein Überangebot von Handelsschülern vorhanden ist. Es ist ja nicht mehr notwendig, selbst Bürokaufleute auszubilden. Ich glaube, hier kommt eine große Gefahr auf uns zu. Für die jungen Akademiker, in welcher Sparte immer, ob Ärzte oder Maschinenbauer, bestehen wenig Aussichten auf Arbeitsplätze. Die Auswanderungsmöglichkeiten sind nicht mehr so gegeben wie in der Vergangenheit, weil ja die Wirtschaftskrise weltweit besteht. Da braucht man nur zurückzublenden, ich habe es erlebt, daß gerade, politisch gesehen, junge Akademiker, die keinen Arbeitsplatz finden, eine äußerst gefährliche, nicht einschätzbare Situation heraufbeschwören. Ich glaube, wir müssen an die Lehrer das Ersuchen richten, schon in den letzten Schuljahren Einfluß auf die jungen Schüler zu nehmen, sie beraten, wo es noch eine Chance gibt, einen Beruf zu erlernen. Wenn Dr. Dorfer darauf hinweist, daß wir tatsächlich in gewissen Sparten bei Fachkräften einen Mangel nachweisen können, und ansonsten gibt es ein Überangebot von jungen Menschen, die einen Beruf erlernt haben und dann

nicht untergebracht werden können, dann sollte eben von der Schule her die Entscheidung über den zu erlernenden Beruf beeinflußt werden. Denn die Lieblingsberufe sind überlaufen. Beim internationalen Arbeitsamt in Genf habe ich gehört, daß in den nächsten zwei Jahren durch die Einführung der Mikroelektronik sechs Millionen Privatangestelltenarbeitsplätze in Gefahr kommen. Niemand will in die Werkstätte, keiner will einen Beruf erlernen, wo er körperlich schwer arbeiten muß.

Der Beruf des technischen Zeichners ist zum Aussterben verurteilt. Es ist eine Dummheit, wenn überhaupt noch jemand versucht, diesen Beruf zu erlernen, er hat keine Aussicht, überhaupt eine Arbeit zu finden. Hier ist es unsere Aufgabe, vorsorgend zu wirken. Viele Förderungen, die in allen Bereichen der Wirtschaft gefordert werden, ob das jetzt Gemeinden, das Land oder der Bund sind, halte ich nicht immer für richtig, weil Spekulationen entstehen. Ich bestreite nicht, daß es viele Betriebe gibt – auch unser Betrieb gehört dazu –, die keine Förderungen bekommen. Wir haben immer die größtmögliche Zahl an Lehrlingen eingestellt, und wenn bestritten wird, daß es zwischen Lehrplätzen und Kosten keine Unterschiede gibt, dann ist das falsch. Wir müssen doch in der Wirtschaft so korrekt und ehrlich zueinander sein, daß wir zugeben, daß ein Lehrplatz in einem Installations- oder Elektrowerkebetrieb ab einer gewissen Zeit dem Kunden angerechnet wird. In der Industrie besteht diese Möglichkeit nicht. Wir haben drei Jahre lang nur zu investieren. Wir stellen diesen Lehrling ein, wir geben ihm noch zusätzlich Schulunterricht zur Berufsschule. Die Prüfungsergebnisse dieser jungen Menschen sind beachtenswert. Ein Zeichen, daß diese jungen Menschen, wenn sie einen Lehrplatz bekommen, sich bemühen, etwas zu erlernen. Sie sind sich darüber im klaren, daß in Zukunft ein erlernter Beruf für sie nicht bedeutet, daß er nichts mehr dazulernen muß, sondern er weiß, er muß sich als Spezialist noch zusätzlich ausbilden und zusätzlich lernen. Das kostet natürlich etwas. Ich bestreite damit nicht, daß auch für das Gewerbe ein Lehrling ein Kostenverursacher ist. Vizepräsident Stoisser hat in den vergangenen Jahren zu den Lehrlingsfragen immer gesprochen. Ich habe ihn verstanden, daß er berechnete Forderungen der Gewerkschaft kritisiert hat, weil er den Gesichtspunkt des Arbeitgebers vertritt, und jetzt habe ich festgestellt, daß ich sehr schockiert bin, weil du in deinem Betrieb keinen Lehrling hast. (Abg. Ing. Stoisser: „Das ist in der ‚Neuen Zeit‘ gestanden!“) Dein Appell, den du mit Recht an uns gerichtet hast, daß es die Industrie verabsäumt, mehr Lehrlinge auszubilden, denn es ist eine Verpflichtung der Wirtschaft, gute Kräfte zur Verfügung zu stellen. Wir haben Lehrlinge aufgenommen und wirklich darum gekämpft, und ich kämpfe noch immer darum, daß junge Menschen, die lernen wollen, eine Chance bekommen, einen Lehrplatz zu finden. Gott sei Dank! Wir müssen nicht übertreiben, wir haben es bisher ganz gut gemeistert. Nur muß ich ehrlich sagen, daß diese Förderungen auch zu Spekulationen Anlaß geben. Ich habe vom Präsidenten gehört, daß mitgestoppt wird, und man soll mit gutem Beispiel vorangehen, sich kurz zu fassen. Es ist so, daß wir heute feststellen müssen, daß Lehrlinge einfach erst dann eingestellt werden, wenn man eine Förderung erhält. (Abg. Kollmann: „Es werden nur die

zusätzlichen gefördert!“) Das hat auch negative Seiten. Aber jetzt, Herr Abgeordneter Kollmann, muß ich etwas sagen, was ich zuerst hinunterschlucken wollte. Aber jetzt werde ich das hier in diesem Hause auch nicht verschweigen. Bedauerlich ist, daß in gewissen Kreisen – ich habe einen Artikel von Dr. Dorfer von der Kammer gelesen –, daß sich die Handelskammer von solchen Erscheinungen distanziert.

Das habe ich mit Freude zur Kenntnis genommen, es ist auch richtig, denn die Sozialpartner müssen hier im Interesse der Jugend gemeinsam versuchen, daß ein korrekter Weg beschritten wird. Aber wenn man hört, daß bei Deutschlandsberg in einem Gebiet nicht einmal den jungen Menschen die Lehrlingsentschädigung bezahlt wurde und dieser Arbeitgeber so großzügig gewesen ist, auch noch von den Eltern des Lehrlings zu kassieren, muß ich sagen, daß wir solche Spekulationen ablehnen. (Abg. Grillitsch: „Das war im zwanziger Jahr!“) Ist nachweisbar. Ist eine Tatsache. Sie haben die Kammer der Arbeiter und Angestellten kritisiert, aber es ist unsere Pflicht, daß wir auch kontrollieren und nachsehen (Abg. Grillitsch: „Was die Lehrlinge arbeiten dürfen!“), ob die Gesetze eingehalten werden. Wir haben schon mehrere erwischt, die sowohl die Überstunden nicht bezahlen, als auch Stundenleistungen bis zu 60 Stunden in der Woche von diesen jungen Menschen verlangt haben. Wie wollen Sie dann in Dienstleistungsbetriebe, die auch noch eine Chance für die Zukunft haben, junge Menschen zum Lernen hineinbringen, wenn diese von den anderen hören, daß sie ausgenutzt werden. Das ist abzulehnen.

Wir haben im Interesse der Jugend Lehrausbildungsstellen zu schaffen, wir haben ihnen die Chance zu geben, daß sie einen guten, spezialisierten Beruf erlernen, den die Wirtschaft in der Zukunft brauchen wird. Dann haben wir der Wirtschaft gedient, unseren jungen Menschen gedient, und dann sind wir am richtigen Weg. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich danke an dieser Stelle den Lehrern in den Berufsschulen, die sich bemühen, unseren jungen Menschen das Rüstzeug mitzugeben, und danke auch den Lehrherren und Lehrlingsausbildnern in den Betrieben, die den jungen Menschen wirklich an die Hand gehen, damit sie einen guten Beruf erlernen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP.)

Präsident Klasnic: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Harmtodt. Ich erteile es ihm.

Abg. Harmtodt: Sehr geehrte Frau Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich möchte ganz kurz, und ich verspreche, daß ich wirklich sehr kurz sein werde, zur Schule aus der Sicht eines Bürgermeisters einige Worte verlieren. Ich selbst habe viel Verständnis dafür, daß die Schülerzahlen in den Klassen verringert werden. Ich habe aber auch Verständnis, daß wir damit die Junglehrer leichter unterbringen, und ich muß hinzufügen, ich habe auch Verständnis für alles, was wir für unsere Schüler tun, damit sie einen größeren Lernerfolg haben. Andererseits muß ich aber darauf aufmerksam machen, daß die Gemeinden in Verbindung mit diesen Gesetzen durch die notwendige Einrichtung von Klassenräumen oder Gruppenräumen, wie man sie nennen will, größere

Belastungen auf sich nehmen müssen. Belastungen, die sie auf Grund ihrer finanziellen Situation einfach nicht mehr verkraften können. Kleinere Gemeinden, meine sehr geehrten Damen und Herren, müssen sogar bis zu einem Drittel von ihrem Budget für das Schulwesen hergeben. Alle Kollegen wissen, daß die Gemeinden immer mehr und mehr Aufgaben übernehmen müssen, Aufgaben, die sie finanziell sehr belasten. Ich weise auf einige Punkte hin:

Die Raumplanung und die Ortsbildgestaltung wurden heute unter der Gruppe 0 schon besprochen, sicherlich in manchen Fällen auch eine Belastung. Der Umweltschutz, die Müllbeseitigung, Kanalisation, Klärschlammabeseitigung, die Wasserversorgung belasten viele Gemeinden sehr stark. Die Sozialhilfverbände, meine sehr geschätzten Damen und Herren, belasten die Gemeinden sehr stark. Ein Beispiel: 1970 zahlte meine Gemeinde eine Million Schilling für diese sozialen Aufgaben. Im Jahre 1983 waren es bereits über 4 Millionen Schilling. Und hier kann man erkennen, wie hoch die Zunahme ist.

Die Kindergärten, das haben wir auch heute gehört, und die Musikschulen belasten unsere Gemeinden sehr. Ebenfalls die Feuerwehren, der Katastrophenschutz belasten manche Gemeinden enorm, und wir wissen, daß unsere tüchtigen Feuerwehrkameraden aber die entsprechende Ausrüstung benötigen. Ich wiederhole, auf Grund dieser Situation ist allgemein bekannt, daß viele Gemeinden sehr große finanzielle Schwierigkeiten haben. Das ist aber nicht das Ende der Gemeindebelastungswelle, denn im Jahre 1985 kommt die Einführung der Leistungsgruppen in den Hauptschulen, und dann ist sicherlich ein zusätzlicher Bedarf an Klassenräumen gegeben. Auch vom zehnten Schuljahr wurde schon gesprochen, und mein Kollege Freitag hat sich heute geäußert, daß man größere Hauptschulen teilen soll, zwei Direktoren schaffen. Das bedeutet klarerweise sehr große Kosten und auch Folgekosten. Jetzt möchte ich Ihnen einmal die damit zusammenhängenden Kosten vor Augen führen. Mein Kollege Steiner hat das schon geschildert, aber anders, als es ein Bürgermeister sieht.

Die Neuerrichtung einer Klasse oder Gruppe kostet je nach Größe und Ausstattung zwischen ein und 2 Millionen Schilling. (Abg. Freitag: „Aber nur in Feldbach!“) Die Folgekosten, ohne Rückzahlung der Zinsenbelastung, also nur die Betriebskosten für eine Klasse, das sind Personal, Sachaufwand, Beheizung, Beleuchtung und so weiter, betragen pro Jahr für einen Raum etwa 100 Schilling. Das ist die unterste Grenze. (Abg. Freitag: „Die Gemeinde bezahlt für das Pensionat nichts!“) Wenn man nun für eine vierklassige Hauptschule einen zusätzlichen Schulraum pro Schulstufe braucht, dann ist mit einer sehr großen Summe zu rechnen. In der Steiermark gibt es insgesamt etwa 2400 Hauptschulklassen. Trotz Geburtenrückgang müßte man etwa zwischen 800 und 1000 zusätzliche Räume errichten. Das bedeutet immerhin eine stolze Summe von etwa einer Milliarde Schilling in der Steiermark, und das ist sicherlich eine sehr, sehr große Belastung. Ich bin überzeugt, daß das alles vor allem von Fachleuten gut überlegt wird, und jeder schulische Fortschritt ist selbstverständlich zu begrüßen. Eine Bitte muß ich aber aussprechen in diesem Hohen Haus. Helfen wir unseren Gemeinden, damit die ihren Aufga-

ben leichter nachkommen können! Die Gemeinden haben sehr wichtige Aufgaben zu erfüllen, und sie haben auch eine entsprechende Bürgernähe. Ich danke bestens. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

Präsident Klasnic: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Erhart. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Erhart: Sehr geehrte Frau Präsident! Werte Damen und Herren!

Die außerschulische Jugendziehung, ein Teilbereich der Gruppe 2, war für mich bereits im Vorjahr Anlaß, einige Bemerkungen zu machen, und da sich in einem Jahr manches ändert oder leider manches nicht ändert, will ich auch heuer wieder zu diesem Thema ein paar Gedanken äußern.

Ich darf mit einer positiven Feststellung beginnen: Beim Ansatz 252 dieses Voranschlags, dieser betrifft die Jugendherbergen und die Förderung beim Jugendheimbau, gibt es bei letzterem eine Erhöhung von 375.000 auf 550.000 Schilling, was ich sehr begrüße, obwohl die Summe, bezogen auf die gesamtsteirischen Wünsche beim Heimbau, natürlich sehr bescheiden ist. Auch in der nächsten Post im Rahmen der außerschulischen Jugendziehung, und zwar betreffend die Ausgaben für die Aktivitäten des Landesjugendreferates, gibt es hier die Feststellung, daß die Beträge an und für sich gleichgeblieben, zum Teil aber gestiegen sind. Das ist erfreulich im Vergleich zu früher. Im besonderen möchte ich aber auf ein Thema zu sprechen kommen, und zwar im Rahmen der Aktivitäten des Landesjugendreferates: die Ferienaktionen. Wenn man sich hier im Budget die Zahlen ansieht, so sieht man auf der Ausgabenseite 2,41 Millionen Schilling veranschlagt und auf der Einnahmenseite sogar 2,5 Millionen, und man müßte denken, hier sei alles in schönster Ordnung. Es gibt gleich viel oder sogar etwas mehr veranschlagte Einnahmen als Ausgaben. Nun, dem ist nicht so. Eine Überprüfung durch den Landesrechnungshof hat nämlich ergeben, daß wesentliche Mittel aus dem außerordentlichen Voranschlag die Landesferienaktion sehr verteuern und daß die Einnahmen bei weitem die Ausgaben nicht decken. Dabei zeigte sich auch, daß ein Ferienplatz dem Land wesentlich mehr kostet, als ein solcher zum Beispiel den privaten Jugend- und Elternorganisationen kostet. Es fragt sich nun, ob es nicht vernünftiger wäre, jenen privaten Organisationen – die erwiesenermaßen kostengünstiger ihre Ferienaktionen abwickeln und bisher auch vom Land gefördert wurden – in Zukunft mehr an Förderung zukommen zu lassen und dafür die teurere Landeseigenaktion einzustellen oder zumindest stark zu reduzieren.

So sinnreich die Ferienaktion des Landes in den Nachkriegsjahren war, wo viele unterernährte Kinder durch Erfassung durch die Bezirksverwaltungsstellen zu einem notwendigen Erholungsurlaub kamen, so wenig sinnvoll scheint mir diese Arbeit über das Landesjugendreferat heute. Während nämlich über das Landesjugendreferat jährlich nur rund 700 Kinder in Ferienturnusse im In- und Ausland entsendet werden, werden von zirka 25 Dach- und Einzelorganisationen privater steirischer Vereine jährlich – und ich habe die Unterlagen vom Vorjahr hier vorliegen – 8298 Kinder für 140.000 Verpflegstage in Erholungs-

heime entsendet. Das ist das Zehnfache oder, wenn Sie wollen, um 1000 Prozent mehr.

Um einige dieser Organisationen zu nennen: Da sind laut meiner Aufstellung die Pfadfinder, das Kinderrettungswerk, die katholische Jungschar, die Caritas, die ÖVP-Jugend, Kinderfreunde, das evangelische Jugendwerk und viele andere mehr, die diese Aufgabe zur Zufriedenheit der Eltern nach bestem Wissen und Können und vor allem durch viele geschulte und ehrenamtliche Mitarbeiter bestens besorgt haben.

Wenn auch seitens des Landesjugendreferates die eigene Ferienaktion bisher mit viel Einsatz und Sorgfalt durchgeführt wurde, daran ist überhaupt nicht zu zweifeln, so ist doch die Frage gegeben, wozu heute diese landeseigene Aktion überhaupt notwendig ist. Erstens kommt sie dem Land teuer zu stehen, wie dies der Landesrechnungshof festgestellt hat, und zweitens sind Kräfte, Beamte des Landesjugendreferates, arbeitsmäßig damit gebunden, Kräfte, die sicher für die eigentlichen Aufgaben des Landesjugendreferates, nämlich die Betreuung und Beratung der Jugendorganisationen, sinnvoller einzusetzen wären.

Werte Damen und Herren! Dies zur landeseigenen Ferienaktion.

Gestatten Sie mir noch ein paar Bemerkungen zu einer anderen Ansatzstelle in der außerschulischen Jugendziehung, und zwar zur Förderung von Jugendverbänden und ihren Veranstaltungen. Seit Jahren habe ich bei der Budgetdebatte, hier von dieser Stelle aus, kritisiert, daß bei Budgeteinsparungen die Jugendverbände immer, und zwar oft über den Durchschnitt, mitgekürzt wurden. Nun, wenn ich heute die Budgetziffern ansehe – im Voranschlag 1983 1,6 Millionen Schilling für die Förderung der Jugendverbände, 1984 eine Steigerung auf 2 Millionen Schilling, dann kann ich dies nur mit großer Freude zur Kenntnis nehmen. Es scheint doch einen Sinn zu haben, Jahr für Jahr eine berechnete Forderung zu wiederholen. Was die Förderung der Jugendverbände im allgemeinen betrifft, so wird es ja – so hoffe ich – bald zu einer besseren Regelung kommen. Ein in Parteiengesprächen ausgehandelter und von den beiden großen Klubs abgesegneter Entwurf für ein Jugendförderungsgesetz ist mittlerweile bereits in Begutachtung. Hat dieser Entwurf auch aus der Sicht meiner Fraktion – und auch aus der Sicht der Jugendverbände selbst, einen Schönheitsfehler, es fehlt die ursprünglich vorgesehene Bindung an das Budget –, so wäre dieses kommende Gesetz trotzdem eine Verbesserung. Weil dieses Gesetz nicht nur die Förderungswürdigkeit der Jugendverbände regelt, sondern darüber hinaus die Aufteilung der Mittel demokratisiert, indem ein im Paragraph 7 festgelegter Jugendreferatsausschuß dazu die Kompetenz bekommt.

Werte Damen und Herren! Abschließend möchte ich zusammenfassend feststellen: Die außerschulische Jugendziehung – getragen vor allem durch die Jugendorganisationen unseres Landes – soll in ihrer Wertigkeit gesehen werden, durch gesetzlich geregelte Förderungen materiell unterstützt werden. Sie soll Hilfe durch Serviceeinrichtungen des Landes, wie Landesjugendreferat und Bezirksjugendreferenten, in Form von Beratung, Schulung von Jugendleitern, Hilfe bei Aktionen, bekommen, wobei das Landesjugendreferat vor allem als Koordinator für gemeinsame Anlie-

gen aller Verbände zu wirken hätte, was es ja bisweilen auch schon dankenswerterweise getan hat. Dabei sollen aber Aktionen, die in reiner Eigenregie – wie zum Beispiel die vorher erwähnte Ferienaktion – gemacht werden, möglichst abgebaut werden, weil es nicht Aufgabe eines Referates des Landes sein soll, Dinge durchzuführen, die ohnehin von den Jugendorganisationen selbst bestens gemacht werden. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Klasnic: Nächste Wortmeldung ist der Herr Abgeordnete Schwab. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Schwab: Sehr geehrte Frau Präsident, werte Damen und Herren!

Ich bin persönlich sehr froh, das möchte ich ausdrücklich vorausschicken, daß die ganze Problematik und Thematik der Jugendförderung und der Förderung der Verbände heuer auf einer sehr sachlichen Ebene abgeführt wird. Das ist, glaube ich, wirklich ein erster positiver Ansatzpunkt, der uns in der Gesamtheit weiterbringen wird. Zu ein paar Details der Finanzierung und zu den Ausführungen des Kollegen Erhart hätte ich gerne Stellung genommen. Zu den Ferienaktionen ist sicherlich in der Gesamtheit Richtiges ausgesagt worden. Die Entwicklung in dem Zusammenhang zeigt, daß das Land nicht unbedingt Aufgaben übernehmen soll, die von privater Seite echt billiger durchgeführt werden können. Allerdings, und das, glaube ich, muß man auch herausstellen, sind diese Ferienaktionen seinerzeit unter dem Gesichtspunkt der Zusammenarbeit mit Jugoslawien grenzüberschreitend gesetzt worden. Und das sollte man, glaube ich, nicht ganz außer acht lassen. Wir wissen, wie schwierig insgesamt die Budgeterstellung überall vor sich geht. Die furchtbare finanzielle Situation auf Bundesebene überträgt sich natürlich in weiterer Folge auf die Länder und auf die Gemeinden, und ich bin persönlich froh, Herr Kollege Erhart, daß du auch die positiven Ansätze aufgezeigt hast, weil man, glaube ich, sehr offen und sehr wahrheitsgetreu auch über die Dinge reden soll. Ich lege allergrößten Wert darauf, daß man hier diese positiven Ansätze aufzeigt. Es geht uns leider, und ich muß das in diesem Zusammenhang auch zum Ausdruck bringen, nicht so gut auf Bundesebene. Es gibt viele Protestschreiben der Verbände, und ich möchte da gar nicht herumspielen und polemisieren. Alle, die mich kennen, wissen, daß ich das prinzipiell nicht tue. Auf Bundesebene wurden die Ansätze für die Jugendförderung gleich um 15 Prozent gekürzt, und allein die Mittel für die Landjugendförderung, für die Jugend des ländlichen Raumes, um 40 Prozent. Ich will gar nicht mehr dazu sagen, ich möchte das nur festgestellt haben.

Meine Damen und Herren, zu einem Bereich auch noch ganz kurz, zum Sport. Der Sport in unserer Gesellschaft hat ja viele Funktionen und Aufgaben zu erfüllen. Er kann einen Beitrag leisten zur Gesundheitsvorsorge, zu lustiger Freizeitbeschäftigung, zu einem sinnvollen Leistungswettbewerb, das halte ich auch für ganz wichtig. Der Sport, meine Damen und Herren, bildet letzten Endes auch einen ganz wichtigen Ausgangspunkt für vielfältige Formen menschlicher Gemeinschaftsbildung. Sportliche Betätigung, das ist meine persönliche Überzeugung, nicht unbedingt

unter Leistungsdruck, sondern in erster Linie aus Freude an der Bewegung. Wir sollten, glaube ich, auch wirklich einmal ein Wort des Dankes sagen an alle jene Idealisten, Funktionäre und Mitarbeiter, die in unseren Gemeinden bei den kleinen Vereinen draußen tätig sind und mit relativ bescheidenen Mitteln hier Gewaltiges leisten. Und wenn dabei, und das soll man nicht ganz vom Tisch wischen, auch noch echte Spitzenleistungen heraus schauen, so ist das nur positiv zu sehen. Und positiv zu sehen ist auch, daß alle jene, die es in unserer Steiermark im Spitzensport zu etwas gebracht haben, auch menschlich sehr in Ordnung sind. Ich denke etwa an die Lea Sölkner, an den Hubert Neuper, Reinhold Bachler, Reinhard Tritscher oder an den Helmut Höflehner, weil wir schon im Winter sind. Entscheidend, und damit möchte ich den Bereich Sport schon abschließen, ist die sinnvolle Freizeitbeschäftigung, die die jungen Menschen hier vorfinden, um Ziele und um Gemeinschaft, wo sie menschliche Wärme suchen und auch finden. Meine Damen und Herren, und das halte ich für ganz wichtig, dort, wo die Jugend solche Netze findet, wo sie einen ganz bestimmten Platz einnehmen kann, wo sie auch eine konkrete Aufgabe hat, wird sie nicht abgleiten und mit allen negativen Erscheinungen, die damit verbunden sind, zu kämpfen haben. Soweit dazu. Man muß, glaube ich, auch eines noch anschneiden, daß, wenn man die Entwicklung anschaut, die Träger der lebenspolitischen Fragen in der überwiegenden Mehrzahl unsere jungen Menschen sind. Wir sollten, und wir müssen ihnen doch auch das notwendige Vertrauen entgegenbringen, sonst stellen sie sich abseits. Das möchte ich ausdrücklich dazusagen. Selbst die Gesetze, die wir hier laufend produzieren, die den äußeren Raum des Zusammenlebens regeln, kommen um diesen Vertrauensgrundsatz nicht herum. Doch wie sieht die Praxis aus? Fragen wir uns durchaus auch selbstkritisch. Ist man nicht der Dumme, wenn man vertrauensvoll lebt? Und auch die Jugend stellt sich diese Frage oft. Kann ich dem Nächsten überhaupt über den Weg trauen? Ja, traue ich mir selbst zu, etwas besser zu machen, etwas zu verändern? Traue ich mir selber noch zu, neu zu beginnen, meine persönliche Welt ein wenig zu verändern? Es mag sicherlich vernünftig sein und bewahrt wahrscheinlich auch vor mancher Enttäuschung, wenn man mit vorsätzlichem Mißtrauen an Geschehen und Menschen herangeht, aber ändert man damit, meine Damen und Herren, wirklich den Kreislauf von Verdächtigung, von Angst und Aggression? Liegt es nicht an uns, daraus ausbrechen, Zeichen des Vertrauens wieder aufzurichten in der Familie, am Arbeitsplatz, auch in der Politik, letztlich in jeder Gemeinschaft, weil ich glaube, daß Vertrauen Sicherheit schafft? Wenn ich mir etwas vertraut mache, ist es mir nicht mehr fremd, ich kann damit rechnen. Schaffen wir um uns dieses Klima des Vertrauens, wagen wir es, den Menschen auch Vertrauen zu schenken. Es kann ihn verändern, und es können letzten Endes ungeahnte Fähigkeiten in ihm wach werden.

Abschließend gestatten Sie mir einige wenige Sätze zur Friedensbewegung. Viel diskutiert, dafür und dagegen. Meine Damen und Herren, Gewaltfreiheit und Friede zwischen den Menschen sind hohe Ideale und hohe Ziele, die die Jugend verwirklicht haben will. Für viele Jugendliche ist wirklicher Friede, und davon

muß man ausgehen, keine Utopie mehr. Man muß den jungen Menschen aber auch sagen und ihnen bewußtmachen, die Friedensbemühungen nicht mit der Teilnahme am Friedensmarsch, bei der Mitarbeit an Friedensmodellen, am Formulieren von Resolutionen und Appellen an die lateinamerikanischen Diktatoren bewenden zu lassen, sondern den Frieden ganz persönlich dort auch selber zu tun, wo man die Möglichkeit dazu hat: in der Familie, am Arbeitsplatz. Das geschieht wohl deshalb vielfach nicht, weil es ungleich schwerer ist, das selber auch zu tun, was man immer von den anderen erwartet. Gewalt ist für uns und kann für uns kein Mittel in der Politik sein. Ich persönlich achte das moralische Engagement aller derer, die den Frieden durch Waffenlosigkeit bewahren wollen. Wir dürfen aber, meine Damen und Herren, das ist meine persönliche Meinung, die Augen vor der Wirklichkeit nicht verschließen, vor allem nicht verschließen vor allem, was bisher im Bereich der Rüstung geschehen ist. Und es ist sicher so, wie es der Pfarrer Edi Toblier aus Trieben formuliert hat, daß es nämlich nicht so sein kann, daß die russischen Raketen nur für den Frieden und die amerikanischen Raketen nur für den Krieg sind. Ein noch so starkes Engagement, ein noch so starkes moralisches Engagement vor allem enthebt uns nicht der Notwendigkeit, die Situation realistisch zu sehen. Wenn wir das tun, müssen wir feststellen, daß die Kombination der drei Elemente unseres Verteidigungskonzepts, Verzicht auf Gewalt und Verhandlungsbereitschaft an oberster Stelle und dann die Verteidigungsbereitschaft, den Frieden nach menschlichem Ermessen am besten sichert. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Klasnic: Nächste Wortmeldung ist der Herr Abgeordnete Kohlhammer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Kohlhammer: Sehr geehrte Frau Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich möchte zum Kapitel Wissenschafts- und Forschungsförderung jenen Teilbereich besprechen, der sich in unmittelbarer Beziehung mit der Wirtschaft befindet. Die Wirtschaftsförderung kann ja in vielfältigster Form passieren, man kann sehr unterschiedlicher Meinung sein über die Wirksamkeit dieser Förderung, und man kann darüber diskutieren. Jedenfalls wird sich die Auswirkung der Förderung dadurch zeigen, wie die Wirtschaft, nicht zuletzt im internationalen Vergleich, letztlich dasteht. Andere Länder, insbesondere das lange belächelte Japan, bieten preiswerte und gleichzeitig qualitativ höherwertige Waren in vielen Bereichen. Vor allem hat Japan einen Wirtschaftsraum erobern können, der vergleichsweise zu unseren europäischen Produktionsziffern, insbesondere unsere Erzeugnisquoten in Österreich vielfach sehr bescheiden aussehen läßt. Ein entscheidender Punkt dabei ist, daß die Industriegiganten, gemessen am Umsatzvolumen, relativ weniger Forschungs- und Entwicklungsaufwand tätigen müssen, und ich sehe darin die ganz große Gefahr für unsere zukünftige Wirtschaftskraft.

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Lassen Sie mich bitte anhand meiner beruflichen Praxis begründen, warum ich etwas ungeduldig bin und nach verstärkten Maßnahmen, auch von dieser Stelle aus, drängen möchte. Erlauben Sie mir, einlei-

tend festzustellen, daß das Werk Siemens Bauelemente OHG. in Deutschlandsberg keine sogenannte verlängerte Werkbank ist, sondern über eine selbständige Entwicklung von Produkten, von Fertigungsverfahren, die Fertigung selbst und schließlich die Auslieferung an den Kunden, also über ein völlig abgerundetes Produktionsspektrum keramischer Bauelemente verfügt. Bauelemente, die nur in Deutschlandsberg und sonst in keinem Siemens-Standort erzeugt werden. Wir haben seit dem Frühjahr eine sehr gute Beschäftigungssituation, worüber wir uns natürlich sehr freuen – und über 140 Menschen zusätzlich einstellen konnten. Sobald es die Witterung erlaubt, wird eine Produktionshalle von 2400 auf 3200 Quadratmeter erweitert werden. Ich sage das, weil das in der Jetztzeit nicht so oft passiert. Wir kennen aber auch die Sensibilität auf diesem Gebiet, und wir rechnen durchaus auch damit, daß es wieder Rückschläge geben wird. Die größere Sorge ist aber die Frage, wie bleiben wir im Rennen?

Zwei wesentliche Bereiche möchte ich dabei hervorheben: Erstens der Forschungs- und Entwicklungsaufwand, also kurz F- und E-Aufwand genannt, für preisgünstigere Fertigungsmöglichkeiten, für weiterentwickelte Produkte, denn die Konkurrenz schläft nicht – wie man so schön sagt. Zweitens alle denkbaren Möglichkeiten auszunützen, damit in Österreich möglichst viel Wertschöpfung passiert.

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Wenn die Siemens Bauelemente OHG. Deutschlandsberg mehr als 99 Prozent ihrer Produkte exportiert, dann wird das vielfach bestaunt und ist auf den ersten Blick vielleicht bewundernswürdig beziehungsweise hat auch seine positiven Seiten. Wenn man das sogenannte Unternehmensgleichgewicht allerdings betrachtet und sieht den Standort der Mitbewerber, dann muß man feststellen, daß in den vier größten Erzeugungsbereichen unser Stellenwert zwischen der dritten und der achten bis neunten Stelle am internationalen Markt zu finden ist, und muß als Tatsache zur Kenntnis nehmen, daß eben vom Endpreis der Produkte dieser Forschungs- und Entwicklungsaufwand zu leisten ist. Als Vorleistung zu leisten ist, wenn wir nicht Situationen erleben wollen, wie wir sie laufend in jenen Betrieben zur Kenntnis nehmen müssen, die, mit öffentlichen Mitteln gestützt, versuchen, erforderliche Maßnahmen nachzuvollziehen, die dann später wieder einen wirtschaftlichen Erfolg ermöglichen sollen. Es kann auch keine befriedigende Lösung sein, meine Damen und Herren, sondern höchstens eine Ersatzlösung, wenn wir Know-how aus dem Ausland einkaufen müssen. Sowohl das neue Halbleiterwerk bei Graz als auch in Villach leben vom Know-how amerikanischer Konzerne. Ich möchte damit andeuten, daß selbst größere Unternehmungen nicht mehr in jedem Fall in der Lage sind, ihren eigenen Forschungs- und Entwicklungsaufwand zu finanzieren. Umso problematischer ist das natürlich für mittlere und kleinere Betriebe, vor allem für jene, die mit internationaler Konkurrenz rechnen müssen.

Meine Damen und Herren!

Wir haben die Situation, daß amerikanische Konzerne – wenn ich zum Beispiel an die Elektrokonzerne denke – einen entscheidenden Vorteil haben. Durch den „Wettlauf zum Mond“ wurde der dafür erforderliche Forschungs- und Entwicklungsaufwand von der

öffentlichen Hand finanziert, und die Wirtschaft geht jetzt in diesen Jahren daran, diese Erkenntnisse kommerziell zu verwerten, und diesen Wettbewerbsnachteil müssen wir bewältigen.

Die Ergebnisse dieser ungeheuren F- und E-Aufwendungen, die von öffentlicher Seite eingebracht wurden und werden, müßten auch bei uns in irgendeiner Form, zumindest teilweise, kompensiert werden, und ich sehe eine mögliche und wirksame Form darin, daß eben die Wissenschaft, so gut – so eng wie möglich an die Wirtschaft gekoppelt wird. Dort, wo das passiert, haben wir sehr gute Erfolge!

Zum zweiten Bereich – Wertschöpfung in Österreich!

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich habe auf die Exportrate 99 Prozent schon hingewiesen und erlaube mir die Frage: Wo bleibt eigentlich unsere Finalproduktion in Österreich, die in der Lage ist, diese technisch modernsten Bauelemente weiterzuverarbeiten? Ich habe bislang wenig Aktivitäten wahrgenommen, um vorteilhaftere Veränderungen einzuleiten. Sie können einwenden, dies sei ein Bereich, in den man sich nicht einmischen soll, ich bitte aber doch zu bedenken, daß internationale Konzerne nicht unbedingt von selbst unsere nationalen Interessenslagen berücksichtigen. Ich glaube also, daß beispielsweise nicht nur ein Teilbereich einer Produktion, sondern daß vielmehr ein möglichst hohes Maß an Wertschöpfung in Österreich vollzogen werden soll.

Als positives Beispiel für Entwicklung und Überleitung ins Produktionsverfahren könnte ja das Beispiel der Firma Motronic in Groß St. Florian mit dem Mupid sein, das in Graz entwickelt, von Motronic dann in der Fertigung bis zur Produktionsreife weiterentwickelt wurde. Allerdings zeigt dieses Beispiel auch alle Schwächen der gewählten Prozedur auf, und es wäre sicher höchst interessant, in einem eigenen Beitrag die Möglichkeiten zu diskutieren, wie man einen derartigen Prozeß effizienter, risikoloser – einfach erfolgreicher vollziehen kann.

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich würde mir wünschen, daß die öffentliche Hand noch mehr als bisher darauf Einfluß nimmt, daß Wirtschaft und Wissenschaft möglichst eng aneinandergeliegt werden, und möchte die Leistung jener befaßten Personen, die das bisher schon sehr eindrucksvoll getan haben, wirklich in aller Form anerkennen. Leider beschränken sich diese Gemeinschaften bislang auf Einzelfälle, nämlich auf jene, in welchen dies aus sehr persönlicher Initiative einzelner Persönlichkeiten entstanden ist und auf guten persönlichen Kontakten beruht. Die bisherige Unterstützung der öffentlichen Hand wird anscheinend nur sehr zögernd angenommen. Die Aufgabenstellungen der beiden Bereiche sind ja leider eher gegensätzlich und sich hinderlich. Während die Wissenschaft die unbeeinflusste freie Forschung für sich in Anspruch nimmt, die umgehende Veröffentlichung der Ergebnisse und nicht zuletzt das Prestigebedürfnis – das durchaus gerechtfertigt ist – der Wissenschaftler berücksichtigt werden muß, stehen die Erfordernisse der Wirtschaft damit nicht im Einklang. Dort ist eine eingeschränkte, auf ein bestimmtes Produkt abgestimmte Entwicklung erforderlich beziehungsweise muß, aus Konkurrenzgründen sozusagen,

meist hinter verschlossenen Türen gearbeitet werden, der Wissenschaftler kommt bestenfalls verspätet zu Lorbeeren. Also keine allzuguten Voraussetzungen für eine gute Ehe. Ein Insider aus dem Wissenschaftsbereich, mit dem ich unlängst darüber diskutierte, meinte dazu, ein wirksames Mittel könnte sein, die Dotationen der universitären Forschung zumindest teilweise über erfolgreiche F- und E-Arbeiten für die Wirtschaft aufbringen zu lassen.

Das Forschungszentrum Seibersdorf ist übrigens, wie mir scheint, ein positives Finanzierungsbeispiel mit 51 Prozent Bundesanteilen und 49 Prozent Industrieanteilen. Hier gibt es Bundesleistungen direkt als Angebot für die Industrie, in einem anscheinend korrekten und konkreten Verhältnis. Allerdings ist es gleichzeitig ein Beispiel dafür, daß man offensichtlich notwendige Umwege und Sonderkonstruktionen in Kauf nehmen muß. Dasselbe gilt für die Bund-Bundesländer-Kooperation „Rohstoffforschung und Energieforschung“ in Leoben. Auch die Forschungsgesellschaft Joanneum nimmt in ihrer Satzung unter anderem auf eine enge Verbindung von Theorie und Praxis von Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung Bezug, setzt diese auch tatkräftig um und bemüht sich um eine höhere Basisfinanzierung durch die öffentliche Hand.

Aus einem persönlichen Gespräch mit dem Wissenschaftsminister weiß ich, daß er grundsätzlich bereit ist, auch in der Steiermark zusätzliche Förderungsmaßnahmen zu setzen. Allerdings verlangt er sehr konkrete Vorstellungen einerseits und andererseits entsprechenden Einblick.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich komme schon zum Schluß und möchte meinen, bei bestmöglicher Objektivierung der Verwendungskriterien müßten sich alle politischen Kräfte dazu bekennen können, daß die Wirtschaft durch die Form einer engen Koppelung und höhere Dotation der wissenschaftlichen Arbeiten eine entsprechende Förderung erhält. Obwohl das Geld kein Mascherl hat, wäre eine Förderung durch die öffentliche Hand zu diesem Zweck wahrscheinlich wohl richtiger der Wirtschaftsförderung zuzuordnen, aber das scheint mir letztlich nicht das entscheidende Kriterium zu sein.

Abschließend ersuche ich alle zuständigen beziehungsweise einflußreichen Persönlichkeiten, die Bemühungen auf diesem Gebiet noch zu intensivieren, und ersuche Sie alle, liebe Kolleginnen und Kollegen, darauf zu drängen. Dankeschön! (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Klasnic: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Schilcher. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Schilcher: Frau Präsident! Meine Damen und Herren!

Der junge Abgeordnete Schützenhöfer hat heute in seiner bemerkenswerten Generalrede unter anderem auch auf die fast 550 Millionen Schilling hingewiesen, die das Land in den letzten vier Jahren für die verstaatlichte Industrie aufgebracht hat. Wir tun das aus verschiedenen Gründen. Erstens einmal, weil wir in der Steiermark immer gesagt haben, wir dividieren die Wirtschaft nicht auseinander in Gute und Böse, in Verstaatlichte und Nichtverstaatlichte: Wir sitzen in einem Boot. Und zweitens, weil wir gesagt haben, wir können ganze Gebiete nicht veröden lassen.

Ich weiß aber, und das wissen Sie wahrscheinlich auch, daß es viele gibt, die sagen, ja, da wird eigentlich Geld hineingeschüttet, wie in ein Faß ohne Boden. Denn diese verstaatlichte Industrie hat bislang eigentlich nicht bewiesen, daß sie trotz mehr Mittel mehr Beschäftigte halten kann. Sondern sie hat eigentlich immer mehr Mittel genommen und immer weniger Leute beschäftigt.

Ich glaube, daß die Überlegung, die wir haben, trotzdem richtig ist, und zwar aus folgendem Grund: Es gehört zu unseren ordnungspolitischen Vorstellungen, uns aus einem veralteten Gebiet nicht nach laissez-faire-Manier zurückzuziehen, sondern auf den Menschen zu schauen und auf die Region, wo das passiert. Das kann aber, und da scheint jetzt ein kleiner Unterschied zu sein, nur ein Teil der Wirtschaftspolitik sein. Und Kohlhammer hat schon auf den zweiten hingewiesen, nämlich auf die enge Verknüpfung der Wirtschaft mit zukunftssträchtiger Forschung. Ich behaupte nun, und da möchte ich direkt an seine Sorge anknüpfen, daß Österreich dabei ist, diesen Forschungszug möglicherweise endgültig zu versäumen. Ich habe voriges Jahr schon meine Sorge anklingen lassen, daß der Frau Bundesminister Firnberg in den letzten Ministerjahren die Forschungsförderung sozusagen unter den Händen erschlappt ist. Ich kann das heuer durch Zahlen eindeutig beweisen.

Österreich ist auf dem besten Weg, das Forschungsschlußlicht Mitteleuropas zu werden. Ich habe vor mir den Bericht des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung, also nicht irgendeinen Bericht, sondern den des zuständigen Ministers über die Forschungssituation 1982/83, und da wird unter anderem zitiert, daß die USA etwa dreieinhalbmal soviel Aufwendungen für Forschung macht wie Österreich, die Bundesrepublik das Doppelte, und daß vor uns noch Staaten wie Belgien, Niederlande, Schweden, Norwegen, Großbritannien und, und, und liegen.

Wir geben pro Prozent Wertschöpfung zwei Prozent für Forschung aus im Vergleich zu 6,5 der Vereinigten Staaten. Das ist eine Situation, die alles andere als erfreulich ist, denn Sie wissen, daß wir an einer Trendwende stehen. Die bekannten Technologien ziehen nicht mehr – denken Sie an den Trendsetter Auto, der ausgespielt hat. Wir schalten um auf Elektronik, Halbleiter und die Technologien. Wenn wir jetzt nicht von vornherein in dem Zug sitzen, der in diese neue Richtung fährt, dann ist er möglicherweise ohne uns abgefahren. Ich teile daher die Sorge des Herrn Kohlhammer in doppelter Hinsicht. Wir haben uns die Forschungssituation angeschaut im Verhältnis Bund – Wirtschaft – Länder. Ich zitiere aus demselben Bericht: „Zwischen 1970 und 1982 hat die Wirtschaft ihre Forschungsförderung um 377 Prozent gesteigert, die Länder um 419 Prozent und der Bund um 277 Prozent.“ Das Zurückbleiben der Bundesforschung wird immer eindeutiger. Das Ludwig-Boltzmann-Institut, das nicht im Verdacht steht, ÖVP-nahe zu sein, hat unlängst eine Studie veröffentlicht, wonach die Industrie in Österreich um 40 Prozent hinsichtlich der Forschung hinter der Industrie Mitteleuropas zurückhinkt. Ich möchte in der Situation nicht Schaum schlagen und sagen, in der Steiermark gehen die Uhren ganz anders, und wir machen das viel besser. Eines ist aber sichtbar, wir versuchen es, anders zu machen. Ich

habe auch die Zahlen nicht von uns, sondern aus dem Bericht des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung: Die Steiermark hat zwischen 1980 und 1983 ihre Mittel für die Forschung um 31 Prozent erhöht, der Bund hat sie in der gleichen Zeit um 13 Prozent gesenkt. Also 31 Prozent erhöht die Steiermark, der Bund senkt um 13 Prozent. Wie immer man darüber denkt, Sie wissen, Zahlen lassen sich vielfältig verwenden. Man kann ruhig auch die absoluten Zahlen anschauen: Wir haben immerhin von 130 Millionen auf 172 Millionen Schilling erhöht. Das ist für unsere gesamte Leistungsfähigkeit enorm. Dazu kommt, daß wir schon seit dem Jahre 1960 einen richtigen Weg gegangen sind, nämlich den der angewandten Forschung. Also eine Forschung, die sich relativ rasch umsetzen läßt in gewinnbringende, arbeitsplatzsichernde Produkte.

Ich möchte Ihnen das an ein paar Beispielen zeigen, die recht eindrucksvoll sind. Der Forschungsfonds der wissenschaftlichen Forschung hat soeben einen Zehnjahresbericht veröffentlicht, wonach in den letzten zehn Jahren 1200 fertige Projekte gefördert wurden, wovon ein Projekt in Massenproduktion gegangen ist. Also 1200 Projekte wurden gefördert – mit einem Aufwand von, glaube ich, 3,9 Milliarden Schilling –, und davon ist ein einziges in Massenproduktion gegangen. Elf 0-Serien und etwa 30 Prototypen, aber nur eine Massenproduktion.

Wir haben die „Technova“ in der Steiermark erst ganz kurze Zeit. Der Herr Kollege Kohlhammer hat schon hingewiesen, daß etwa der neue MUPID-Dekoder, der bereits beim ORF – übrigens, wie ich mich erst gestern überzeugt habe – mit besten Ergebnissen eingesetzt wird, in Serien läuft: eine steirische Entwicklung unter Professor Maurer.

Ein anderes Produkt ist das berühmte Batterienauto, das an der Technischen Universität entwickelt wird und das den Umkreis der möglichen Fahrt eines Autos von 40 Kilometern bei herkömmlichen Batterien auf 300 Kilometer erweitert hat. Das Auto ist praktisch fertig für die Serie. Ein drittes Produkt ist dieser elektrisch gesteuerte Behindertenrollstuhl, den Professor Schuy, der jetzige Rektor der Technischen Universität, entwickelt hat und der ebenfalls in Serie gegangen ist und exportiert wird. Und der schon die ersten 7 Millionen Schilling umgesetzt hat. Das heißt, hier in Graz wird so verdichtet geforscht, daß die Umsetzung relativ rasch ist. Ich glaube also, daß wir hier einen ganz guten und richtigen Weg gehen, daß dieser Weg aber leider noch nicht verstanden wird von der Bundesregierung. Denn Sie haben, Herr Kohlhammer, schon angedeutet: Forschungszentrum Joanneum. Wenn Sie sich da diese Posten im Budget anschauen, erfaßt Sie als Steirer Trauer. Da steht also: Seibersdorf 250 Millionen Schilling, Ludwig-Boltzmann-Gesellschaft 44 Millionen Schilling und, und, und, und ganz unten kommt dann Forschungszentrum Joanneum.

Bitte, bei 270 Beschäftigten und einem Umsatz von 150 Millionen Schilling – 1,5 Millionen Förderung gleichbleibend! Und wo man hinzufügen muß, daß das ungefähr der Budgetposten ist, der im Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung für Putzmittel angesetzt ist: 1,5 Millionen Schilling – dort sind 's 1,8 Millionen Schilling. Also ich glaube, das ist wirklich eine Situation, wo man bitten muß, daß die Verantwort-

lichen endlich sehen, welchen Segen es bringen würde, wenn hier in die richtige Richtung investiert wird. Ich habe gesagt, die Frau Minister hat das offenbar in den letzten Jahren ihrer Ministerzeit versäumt, und ich bin an sich beim jetzigen Wissenschaftsminister optimistischer. Er kommt sozusagen vom Fach, er hat auch einiges geändert, muß man sagen. Er hat zum Beispiel den Fonds für wissenschaftliche Forschung erhöht. In absoluten Zahlen um 15 Millionen Schilling – bei einem Umfang von 206 Millionen Schilling nicht gerade gewaltig – aber immerhin. Nur habe ich eine Sorge, die ich hier nicht verhehlen möchte. Herr Minister Fischer ist ein vielbeschäftigter Mann, und er meldet sich zu wahnsinnig vielen Themen; 35-Stunden-Woche und das Funktionieren der sozialistischen Koalition, alles interessiert ihn sehr. Er hat sich eigentlich bis jetzt fast noch nie zur Forschungspolitik gemeldet. Er scheint einer der ersten Teilzeitwissenschaftsminister zu sein, und das ist eine Gefahr. Man hat bei ihm den Eindruck, sein Ressort ist ihm bisweilen lästig und eigentlich nur so eine Durchgangsstation zu höheren Ehren. Wer aber seine Aufgabe so auffaßt, läuft Gefahr, die hohe Verantwortung, die er hat, zu übersehen. Jetzt entscheidet sich 's, ob wir mit unserer Forschungspolitik europäisch mitfahren können oder stehenbleiben am Bahnhof.

Ich habe auch Gespräche geführt mit Rektoren der Grazer Hochschulen, und ich finde meine Auffassung zur Ressortführung des Herrn Ministers ein wenig bestätigt. Wenn ich Ihnen sage, daß mir der Rektor der Universität Graz gesagt hat, daß es gegenwärtig keinen Schilling mehr gibt, um ein Buch oder eine Zeitschrift zu kaufen an den Hochschulen, dann sehen Sie, daß auch die Situation an den Hochschulen ernst ist. Der Universitätsdirektor für die Bibliotheken, Herr Hofrat Koller, hat mehrfach erklärt, daß wir, wollten wir dasselbe anschaffen wie 1978, ein doppelt so hohes Budget haben müßten, weil es eine Bücherinflation von jährlich 20 Prozent gibt. Das heißt, in fünf Jahren brauchen wir noch einmal soviel Geld, um das zu zahlen, was damals war. Und wissen Sie, was wir haben? Wir haben es ausgerechnet mit dem Rektor: an der Medizinischen Fakultät pro Institut 14.000 Schilling! Da können Sie ein Buch kaufen im ganzen Jahr, ein einziges Buch, denn so teuer sind dort die Bücher. Was kann man aber für eine Forschung betreiben, wenn die Zeitschriften fehlen, wenn die Bücher fehlen? Das Land springt oft ein, und es gibt zwölf Institute, die ihre Bücherexistenz überhaupt nur mehr dem Land verdanken, weil wir dort – mit ohnedies nicht gewaltigen Beträgen von 50.000 Schilling jährlich – aushelfen. Aber, wenn es das nicht gäbe, hätten die überhaupt keine Bücher mehr. Manche zahlen privat in die Bibliotheken. Ich kenne Kollegen, die 50.000 Schilling bis 60.000 Schilling aus eigenem in die Bibliothek zahlen. Ich muß schon sagen, das ist wirklich nicht jedem zumutbar. Also die Situation ist hier auch schon an den Hochschulen in der Grundlagenforschung sehr problematisch, weil trotz optischer Erhöhung des Budgets um 6 Prozent für die Bibliotheken bei einer 20prozentigen Buchinflation einfach die Mittel nicht mehr reichen.

Zweiter Punkt: Ich habe nachgeschaut im Bundesbudget, dort gibt es eine Post, die seit fünf Jahren gleichgeblieben ist, nämlich 3 Millionen Schilling, das

ist die Post „Auslandsreisen und -aufenthalte“. Das klingt an sich urlaubsmäßig, damit wird aber die Tagungsteilnahme bei internationalen Kongressen unterstützt. Darf ich Ihnen sagen, daß das Land für die steirischen Hochschulen jährlich 1,5 Millionen Schilling ausgibt, der Bund 3 Millionen Schilling für ganz Österreich! Wir fördern für 270 bis 300 Leute die Teilnahme an Kongressen, und es heißt heute bereits – und Sie können überall herumfragen –, wenn es internationale Kongresse gibt, können Steirer teilnehmen, aber andere nicht mehr, weil ihnen einfach nichts mehr gezahlt wird. Ich sage Ihnen dies deshalb, weil das eine ganz wichtige Voraussetzung für die Forschung ist: Wenn man international zusperrt, also niemand mehr fördert, ins Ausland zu fahren, dann findet eine Abkoppelung von der internationalen Entwicklung statt, die ungeheuer gefährlich ist.

Ich bitte Sie also, Ihren Einfluß dort geltend zu machen, wo Sie ihn sicher haben, nämlich im Ministerium, um unsere Forschungssituation über die Steiermark hinaus zu verbessern. Ich sage das ganz ehrlich und ernst, weil Herr Kohlhammer ja auch kein Mann der Polemik und der demagogischen Worte ist. Und ich weiß von den Hochschulen, daß sie in diesen beiden Punkten wirklich aus dem letzten Loch pfeifen. Ich halte, ehrlich gestanden, nichts davon, aus Gründen der Wirtschaftsförderung oder der Arbeitsplatzsicherung ein zehntes Schuljahr und ein elftes Schuljahr einzuführen, möglicherweise die Leute schon mit 45 zu pensionieren, nur damit man möglichst wenige Menschen im arbeitsfähigen Alter hat – und dann sagen kann: Wir haben die Krise gemeistert. Ich hielte es für viel zukunftsträglicher, dieses Geld für die zusätzlichen Lehrer und Frühpensionen in die Forschung zu stecken. Denn dort ist es dringend nötig: Bei einem Abweisungsfaktor von 50 Prozent bei allen Forschungsfonds heißt das, daß 50 Prozent mehr geforscht werden könnte, wenn mehr Geld da wäre. Ich nütze also 50 Prozent des geistigen Potentials nicht.

Ich bitte Sie daher abschließend, und ich meine das sehr ernst, wenn Sie in Ihren Gremien dafür sorgen, daß wir diese Forschungsgesinnung bekommen, damit nicht der Fonds zur wissenschaftlichen Forschung in seiner jüngsten Publikation auf Seite 1 schreiben muß: Erstes Problem, das uns beschäftigt, wörtliches Zitat: „Lohnt es sich angesichts der bestehenden finanziellen Engpässe überhaupt noch, Forschungsanträge zu stellen?“ Was Resignativeres gibt 's eigentlich gar nicht. Heißt das doch: Es lohnt sich praktisch nicht mehr, Forschungsanträge zu stellen, wenn die 50 Prozent abgewiesen werden und der Rest gekürzt wird.

Ich bitte Sie, das also zu beherzigen und künftig dafür zu sorgen, daß wir in diese Richtung nicht nur kurative Wirtschaftspolitik betreiben, die auch notwendig ist, sondern vor allem zukunftsorientierte, damit auch unsere Kinder und Enkel etwas davon haben. Danke! (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Klasnic: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Halper. Ich erteile es ihm.

Abg. Halper: Frau Präsident, Hohes Haus, geschätzte Damen und Herren!

In aller Kürze, um einerseits Mißverständnisse auszuräumen, und zweitens zur Präzisierung. Es geht um

die Förderung der Gewerkschaftsjugend zur Schaffung des Berufsausbildungsfonds. Es soll hier eben dieser Gedankengang präziser zum Ausdruck kommen, um mitzuhelfen, jene Vorurteile, die vorhanden sind, abzubauen. Vor allem war es die Sorge der Entwicklung der Lehr- und Ausbildungsplätze in den letzten Jahren und die sinkenden Lehrplätze und die steigenden Lehrstellensuchenden, verbunden mit den geburtenstarken Jahrgängen, die diesen Gedankengang reifen haben lassen. Dazu zwei statistische Zahlen. In Österreich gibt es etwa 120.000 Betriebe, die Lehrlinge ausbilden, mit insgesamt 180.000 Lehrplätzen. 60.000 Betriebe in Österreich bilden keine Lehrlinge aus und sind die Konsumenten dieser Ausbildungsbetriebe. Daher war es nur verständlich und notwendig, und weil es diese Gedankengänge auch in der Wirtschaft gibt, ein Instrumentarium in Diskussion zu bringen, das einen Ausgleich zwischen Produzenten von Lehrlingen und Konsumenten von Lehrlingen auf der anderen Seite schafft, die also jenen, die Kosten durch diese Berufsausbildung gesellschaftlicher gemeinwirtschaftlicher Art übernehmen von jenen auch mitgetragen werden, die die Nutznießer dieser Entwicklung sind. Es ist sonderbar, daß vor allem in vielen Bereichen, beispielsweise im Bereich der Bauindustrie, die Zahl der Lehr- und Ausbildungsplätze enorm zurückgegangen ist und nicht mehr das Potential ausgeschöpft wird, wo Lehrplatzmöglichkeiten vorhanden wären.

Oder ein zweiter Aspekt aus dem privaten Bereich. Wenn beispielsweise, Herr Präsident Stoisser, ein Büromaschinenhändler sagt, ich wäre interessiert an einem Lehrling, aber ich habe nicht die Voraussetzungen, ich wäre aber eher bereit, einen Ausgleichsbetrag in eine überregionale Ausbildungsstätte zu erbringen, dann soll man das ohne Emotionen diskutieren. Geschätzte Damen und Herren, der Schritt ins Berufsleben ist ja ein dreifacher. Wir haben festgestellt, der Lehrplatz. Hier geht es sicherlich darum, auch das Ansehen des Facharbeiters zu heben. Er hat in der Sozialhierarchie noch immer ein schlechteres Ansehen gegenüber der zweiten Möglichkeit, nämlich der Ausbildung in berufsbezogenen oder in Fachschulen. (Abg. Ing. Stoisser: „Das stimmt wirklich nicht!“) Ich lade Sie gerne ein.

Und der dritte Bereich sind, und über den haben wir heute nur im geringsten Maße gesprochen, jene jungen Menschen, denen auf Grund ihrer körperlichen oder geistigen Gebrechen überhaupt kein Weg zugänglich ist, weil sie nämlich die sogenannten ASO besuchen, die Allgemeinen Sonderschulen, behindert sind und aus dieser sehr schwierigen Situation keine Chance auf Berufsausbildung, auf Arbeitsplatz oder auf eine schulische Ausbildung vorfinden. Hier kennen wir die Instrumentarien der geschützten Werkstätte. Geschätzte Damen und Herren, ich glaube, die Beschäftigung junger Menschen muß ein Anliegen aller sein, und so verstehe ich auch das Jugendbeschäftigungsprogramm und Jugendsonderbeschäftigungsprogramm des Landes, dem wir naturgemäß unsere Zustimmung geben, aber wir müssen aus diesem Aspekt die Bemühungen des Bundes verstehen, der Arbeitsmarktverwaltung im besonderen, durch föderative Maßnahmen zusätzliche Schulungs- und Ausbildungsplätze zu schaffen. Der vielleicht zur Zeit berechtigte Einwand, daß die Förderung, die Direktförderung

dort und da nicht den Zweck erfüllt, ist ja aus dem ursprünglichen Gedankengang entstanden, nämlich in Krisengebieten Lehr- und Ausbildungsplätzen, die durch Firmenzusammenbrüche verlorengegangen sind, durch finanzielle Anreize gegenzusteuern. Wir wissen, daß in dem Topf dieses zusätzlichen Förderungspaketes, das der Herr Sozialminister am Montag dieser Woche vorgestellt hat, wieder 2000 zusätzliche Ausbildungsplätze für die Steiermark vorgesehen sind. Dazu bekennen wir uns. Es ist richtig und es ist auch wohltuend, wenn die Diskussion über in der Öffentlichkeit angekündigte lehrplatzbehindernde Maßnahmen hier sehr sachlich vom Abgeordneten Dorfer geführt wurde, sie präzisiert wurde und der Konsens vorhanden ist, hier doch dem wichtigsten Aspekt zu dienen, nämlich der Gemeinschaft die Pflicht aufzuerlegen, die soziale Verpflichtung, für die Ausbildung von Lehrlingen und Jugendlichen zu sorgen. Es geht uns, geschätzte Damen und Herren, hier nicht um Polemik, sondern es geht um Hilfe. Ich meine, daß vor allem die Frage der Subjektförderung aus sozial-regionalen Ungleichgewichten verstanden werden muß, die es in vielen Teilen unserer Heimat gibt, und ich denke, daß die Junior-Katastrophe in der Weststeiermark 120 Lehrplätze von heute auf morgen vernichtet hat. Ohne die föderativen Maßnahmen, eben finanzielle Anreize zu schaffen, wären wir kaum in die Lage versetzt worden, die männlichen Schulabgänger mit Lehrplätzen zu versorgen. Bei den Mädchen wissen wir, ist das bis zum heutigen Tage in der gesamten Steiermark ja nicht möglich. Ich glaube, daß die Eltern und die Jugend von uns Maßnahmen verlangen und fordern, und es geht auch, das ist heute schon angeklungen, um die Ausbildung von Facharbeitern und Chancen für die Jugendlichen für morgen. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Feldgrill: Das Wort erteile ich dem Herrn Landesrat Dr. Helmut Heidinger.

Landesrat Dr. Heidinger: Herr Präsident, Hohes Haus, sehr geehrte Damen und Herren!

Ich darf festhalten, daß sich in dieser Gruppe 13 Redner gemeldet haben, davon vier zum Problem Lehrlinge und Berufsschulen. Das zeigt die Bedeutung dieses Bereiches. Darf ich kurz ergänzend zu dem, was sehr sachkundig von links und rechts in diesem Hause gesagt wurde, Stellung nehmen. Zunächst darf ich vielleicht die Budgetansätze, die Sie sich sicherlich angesehen haben, in Erinnerung rufen. Im wesentlichen geht es um den Abschnitt 22, der 341 Millionen Schilling an Ausgaben oder eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr um 14 Prozent vorsieht, und das wäre bei einer allgemeinen Ausgabensteigerung von 6 Prozent sehr viel. Echt sind an dieser Steigerung aber nur 5 Prozent, weil nämlich eine Leasingrate für die fertigestellte Berufsschule Knittelfeld mit 26,5 Millionen Schilling nicht im Schuldendienst, sondern im Berufsschulbudget vorgesehen ist. Wir haben darüber hinaus im Ansatz 228 rund 4 Millionen Schilling für Lehrlingsbeihilfen und im Abschnitt 78, ich darf hier vorgreifen, 3 Millionen Schilling für die Lehrplatzförderung. Im außerordentlichen Haushalt haben wir ebenfalls im Ansatz 78 10,2 Millionen Schilling für das sogenannte Jugendbeschäftigungs-sonderprogramm, auf das ich

dann noch kurz zurückkommen werde. In der Gruppe 2 haben wir im außerordentlichen Haushalt eine Steigerung von 2 auf 16 Millionen Schilling auf Grund von Erweiterungsbauten in Eibiswald und bei der Berufsschule Graz III sowie der Planungskosten für die letzte noch durchzuführende Erweiterung im Berufsschulwesen, in der Berufsschule Gleinstätten, die für Fleischer und Konditor vorgesehen werden soll. Dazu kommt noch ein Bereich, wo wir vieles nachzuholen haben: Im Sportstättenprogramm sind Kosten für die Doppelturnhalle in Graz-St. Peter und für die Landesberufsschule Fürstenfeld vorgesehen. Ich sagte schon, daß die Landesberufsschule Knittelfeld mit dem Schuljahr 1983/84 in Betrieb gegangen ist. Sie kostete rund 160 Millionen Schilling und hat die Auflassung von fünf Bezirksberufsschulen in der Obersteiermark ermöglicht, so daß wir derzeit einen Stand von 16 Internatsschulen, elf Berufsschulen in Graz und eine Bezirksschule vom Land zu versorgen haben. Daneben gibt es noch private Berufsschulen.

Nun zu den Zukunftsüberlegungen, die ja in den Debattenbeiträgen der Abgeordneten angeklungen sind: Wir können sicherlich nicht abschätzen, welche Berufe in 10, 20 Jahren gebraucht werden. Es scheint mir ein Problem zu sein, daß wir mit unseren Berufsbildern zu differenziert sind und daß wir daher eigentlich eine geringere Flexibilität vorprogrammieren, als würden wir weiter ausbilden. Wenn wir aber ganz generell die Berufsschulen auf die vorhersehbare Zukunft abstimmen wollen, so müssen wir jedenfalls in Betracht ziehen, daß der Jahrgang 1967 etwa 21.000 Angehörige hatte und 1982 in die Berufsausbildung eingetreten ist. Erfahrungsgemäß werden 45 bis 50 Prozent eines Jahrganges Lehrlinge, also hatten wir rund 10.000 bis 10.500 Anfänger. Der Jahrgang 1970, der 1985 so weit ist, hat nur mehr knapp 19.000 Angehörige. Der Jahrgang 1973 gar nur mehr 16.000, und der Jahrgang 1977, der 1992 in die Ausbildungsreife, wenn ich so sagen darf, eintritt, hat gar nur mehr 14.000. Das heißt, wir können in dieser Zeit nur mehr mit etwa 7000 Anfängern, also 30 bis 40 Prozent weniger als heute, rechnen, und auch die Vorausberechnungen für die Internatsbelegungen – ich komme dann auf die Wortmeldung des Abgeordneten Dorfer nochmals zurück – sind natürlich Dinge, die zu zeitgerechten Maßnahmen Anlaß geben sollten. Wir sind sehr intensiv dabei, hier Überlegungen anzustellen.

Wenn ich ein paar ganz wenige Sätze zu den generellen Entwicklungen sagen darf. Wir kommen zu keinem zunehmenden Trend zu mittleren und höheren Lehranstalten, es pendelt sich der Zustrom ziemlich genau bei 50 Prozent ein. Wir bekommen aber zusätzlich auch das Verlangen nach Lehrlingsausbildungsplätzen von Aussteigern, etwa der sechsten Klasse AHS, die eine berühmte Schwelle ist, wo manche die Lust zur akademischen oder zur halbakademischen Ausbildung verlieren und lieber in die Lehre gehen.

Einzelne besondere Bereiche seien hier angeführt. Ganz signifikante Rückgänge haben wir bei den Maurern, der Herr Abgeordnete Dorfer hat davon gesprochen, wir haben bei den Spenglern fast 20 Prozent, bei den Elektroinstallateuren 13 Prozent Rückgang. Dagegen sind die Metallberufe stagnierend, die Tischler haben noch keinen Rückgang, bei Fleischern und Bäckern wird nicht einmal der Bedarf gedeckt. Das sind

einige Feststellungen, die das Hohe Haus vielleicht interessieren. Die Lehrlingsentwicklung habe ich gestreift. Etwas, was sich bei uns sehr gut eingeführt hat und was ich kurz erwähnen darf, ist die psychologische Lehrlingsbetreuung. Auch die Fortschritte, die wir bei der hoffentlich mit dem kommenden Schuljahr gemeinsam mit dem Bund möglichen Realisierung eines Bundesoberstufenrealgymnasiums mit Gewerbeausbildung in Bad Radkersburg und das Elektronik-Kolleg in Fürstenfeld und Deutschlandsberg seien in Richtung zukunftssträchtiger Berufsausbildung erwähnt.

Nun noch konkret zu den Wortmeldungen. Herrn Abgeordneten Dr. Dorfer bitte ich, den Ansatz 251 anzusehen; die Zuweisungen an die Kammer für Internatsunterhaltung steigen um die 6 Prozent, die wir auch in den allgemeinen Ausgabensteigerungen haben. In der jetzigen Situation mehr zu erreichen, ist leider nicht drinnen. Ich gebe aber gerne zu, daß es – wenn man das Internat Fürstenfeld, das das Land mit 14,5 Millionen Schilling Abgang betreut, dagegenstellt – sicher berechtigt ist, mehr zu verlangen, nur weiß ich nicht, ob dieses Verlangen realisierbar ist. Zum Berufsausbildungsfonds, Herr Abgeordneter Halper, würde ich gerne etwas sagen, aber wir haben in der Regierung die Antwort auf einen diesbezüglichen Antrag gegeben, der sehr alt ist – aus dem Jahre 1981 – und eine Stellungnahme würde sicher eine Debatte im Hohen Haus auslösen, daher möchte ich mir dazu heute weiteres ersparen.

Schließlich noch zu zwei Resolutionsanträgen. Ich bin sehr glücklich, daß alle Fraktionen für das Lehrlingszentrum der Handelskammer mehr Mittel verlangen. Ich hoffe, daß diesem Wunsche des Hohen Hauses, der Herr Landesfinanzreferent ist jetzt nicht hier, aber er wird das sicher erfahren, eine entsprechende Dotierung folgen wird. Bezüglich des arbeitsmarktpolitischen Programmes des Bundesministeriums ist in der Debatte genug gesagt worden. Auch hier ist der einheitliche Wille aller Fraktionen, daß die Diskriminierung der Privatwirtschaft beseitigt wird. Ich möchte damit schließen. Danke für das Interesse, das das Hohe Haus der Frage der Berufsausbildung und der Berufsschulen entgegenbringt! Ich hoffe, daß wir auch im kommenden Jahr mit den eingesetzten und vorgesehenen Mitteln einiges weiterbringen werden. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Feldgrill: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Landesrat Prof. Jungwirth. Ich erteile es ihm.

Landesrat Prof. Jungwirth: Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Ich habe mit Interesse den Ausführungen zugehört, die in dieser Gruppe von den Herren und Damen Abgeordneten in diesem Hohen Haus getan worden sind, und möchte dazu Stellung nehmen, soweit sie mich betreffen. Ich gliedere diese Stellungnahmen in drei Bereiche: erstens die außerschulische Jugendarbeit, zweites die Kindergärten, drittens die Schulen. Zuerst ein Wort zur Frage der Gesetze, die von den Abgeordneten angesprochen worden sind. Der Herr Abgeordnete Hammerl hat die Kindergartenproblematik angeschnitten. Ich kann ihm dazu sagen, daß ich mit ihm insofern konform gehe, daß auch ich der

Auffassung bin, daß das Dienstrecht der Kindergärtnerinnen nach einer Regelung ruft. Was das allgemeine Gesetz betrifft, das Kindergartengesetz, das schon besteht, das wir haben, bin ich nicht ganz der Auffassung, daß es dringend notwendig ist, es zu novellieren, aber das ist sicherlich eine Frage von Diskussionen. Aber jedenfalls das Dienstrecht muß vereinheitlicht werden, denn inzwischen haben wir durch den Boom an Kindergarteneröffnungen in den letzten zehn Jahren viele Kindergärten erhalten und errichtet, an denen die Kindergärtnerinnen zum Teil unter sehr verschiedenen Bedingungen arbeiten müssen, was selbstverständlich da und dort Unzufriedenheit hervorgerufen hat. Ich kann auch dazu sagen, daß die Rechtsabteilung 13 in diesem Jahr, im Jahre 1983, einen Entwurf zu einem solchen Dienstrecht erstellt hat. Sie hat ihn den zuständigen Abteilungen, der Personalabteilung und der Gemeindeabteilung, vor etwa zwei Monaten weitergereicht. Die Abteilung 13 macht Dienstrechte nicht, aber sie hat die Vorleistungen erbracht, die sie erbringen konnte. Es liegt also ein Entwurf inzwischen vor.

Das Jugendförderungsgesetz ist vom Herrn Abgeordneten Erhart angesprochen worden. Es ist im Begutachtungsverfahren erledigt. Das Begutachtungsverfahren ist abgeschlossen, und ich konnte diesen Entwurf vorgestern in der Regierung als Auflage einbringen, und es wird sicherlich am nächsten Montag diese Regierungsvorlage beschlossen werden, und dem Landtag kann sie damit zugewiesen werden und wird dem Hohen Haus im nächsten Jahr zur Beschlußfassung vorliegen. Zur Jugendförderung ist es zweifelsohne sehr erfreulich, daß die Million der Nachbedeckung, die wir schon im Jahre 1983 erreichen konnten, nunmehr im Budget des Jahres 1984 verankert ist, so daß sie sozusagen nicht mehr verlorengehen kann. Sie wird sicherlich vom Landesjugendreferat in bewährter Weise mit ungezählten Organisationen, Verbänden und einzelnen Gruppierungen der Jugend in der Steiermark zusammen verwendet werden können, so wie die übrige Förderung. Das Jugendreferat war diese Jahr 35 Jahre alt. Wir können sicherlich sagen, daß dort sehr viel unbürokratische und unkomplizierte Arbeit getan wird, daß dieses Referat flexibel ist und initiativ und daß es auch so bleiben muß. Das ist auch eine klare Sache. Pragmatisierte Jugendarbeit ist nicht der Sinn unserer Jugendförderung und darf auch nicht der Inhalt der Arbeit des Landesjugendreferates werden. Hier muß immer neue Bewegung möglich sein, und ich glaube, sagen zu dürfen, daß diese Dienststelle eine echte Servicestelle ist, die wirklich ihr Ohr immer wieder am Herz der Zeit hat und bereit ist, Neues aufzugreifen, was sich irgendwo in der Steiermark tut, um jungen Menschen Hilfe zur Selbsthilfe zu geben. Das ist ja das Charakteristische dieser Arbeit.

Die Ferienaktionen sehe ich nicht so dramatisch wie der Herr Abgeordnete Erhart. Wir haben über diesen Bericht schon im Ausschuß gesprochen. Tatsache ist, daß im Budget des Jahres 1984 auf der Post der Ferienaktionen die Einnahmen höher sind als die Ausgaben, um rund 150.000 Schilling, so daß auch ein Teil der Personalkosten, die dafür im Jugendreferat selber anfallen, hereingespielt werden. Sicher ist eines, daß diese Ferienaktionen in Jugoslawien von ganz besonderer Bedeutung sind, nicht nur im Zusammen-

hang damit, daß eben hier junge Menschen am Meer ein, zwei oder drei Wochen verbringen können, sondern daß hier in Vrsar in den siebziger Jahren in der Gemeinschaft zwischen einer slowenischen Gemeinde und dem Land Steiermark ein Haus erstehen konnte, in dem sich junge Menschen aus zwei benachbarten Staaten treffen, die allen Grund haben, miteinander friedlich umzugehen und einander kennenzulernen. Ich bitte, diesen tiefen Inhalt des Hauses in Vrsar nicht zu übersehen, wenn von den Ferienaktionen des Jugendreferates die Rede ist. Das andere Haus in Grado hat einen Mietvertrag. Es ist total ausgebucht. Die Kurse werden wirklich gestürmt, und es muß das Jugendreferat immer wieder Eltern abweisen, für deren Kinder leider nicht genug Plätze in Grado vorhanden sind.

Die außerschulische Jugendarbeit bleibt ein ganz besonders wichtiges Anliegen. Es geht hier darum, junge Menschen in ihrer Freizeit anzusprechen, ihnen nicht aufzutragen, wie sie diese Freizeit verbringen müssen, das können wir nicht, das wollen wir auch nicht, aber sie doch anzuregen, Sinnvolles zu tun, und ihnen dabei auch im Rahmen unserer Möglichkeiten Hilfestellung zu leisten.

Der zweite Punkt, die Kindergärten. Wir haben im Jahre 1983 neun Kindergärten mit 17 Gruppen neu eröffnet. Das heißt, wir halten derzeit bei 494 Kindergärten in der Steiermark, in denen 843 Gruppen bestehen. Die Zahl der Kinder, die dort betreut werden, bleibt gleich. Sie bleibt deswegen gleich, weil ja die Geburtenziffern in den betreffenden Jahren, aus denen die Kinder kommen, zurückgegangen sind beziehungsweise stagniert haben und daher einige Gruppen sogar aufgelassen werden mußten. Wir halten bei etwa 200 Kindern mehr als im Vorjahr, das heißt, es waren ganz genau 20.516, die von 942 Kindergärtnerinnen umsorgt werden. 30 Projekte aus Gemeinden oder Pfarren stehen noch heran. Finanzierungsverhandlungen werden im nächsten Jahr geführt werden können. Wir müssen aber eines sagen, die Geburtenziffern, und das ist ja nicht nur eine Sorge in den Kindergärten, das ist auch eine Sorge und ein Anliegen in den Schulen, sind in der Steiermark 1978 am tiefsten gewesen, nach dem großen Pillenknick Anfang der siebziger Jahre. 1979 hat sich diese Zahl wieder erfangen, und seither sind die Geburten langsam, aber stetig angestiegen bis zum heurigen Jahr. Im heurigen Jahr werden sie zum ersten Mal wieder hinuntergehen. Zum ersten Mal wird diese Kurve, die seit 1978 bis 1983 gestiegen ist, wiederum hinuntergehen. Das heißt, wir haben wiederum einen Knick, dessen Ausmaß wir noch nicht genau kennen, weil ja die Schlußstatistik aus dem Jahre 1983 nicht da ist. Aber die Schätzungen liegen bereits bei rund minus 6 Prozent gegenüber dem Vorjahr, das heißt, wir haben also zumindest dieses eine Jahr leider wiederum eine rückläufige Geburtenbewegung in der Steiermark gehabt.

Drittens die Schulen, meine sehr geehrten Damen und Herren. Zuerst zu den beiden Fragen, die mir der Herr Abgeordnete Freitag gestellt hat. Die Sonderschulen könnten vielleicht diesen Namen loswerden, indem man sie bundesweit mit dem Namen von Pädagogen benennen könnte. Ich nehme an, Sie denken an Pestalozzi-Schulen oder ähnliches. Sie wissen genau wie ich, daß das eine Angelegenheit von Bun-

desgesetzes ist. Ich weiß nicht, ob das ein zielführender Weg wäre. Sicher ist eines, daß die Sonderschule noch immer da und dort falsch begriffen oder nicht begriffen wird, und daß im Volksmund manchmal sehr lieblos, um nicht zu sagen brutal, von der Todelschule gesprochen wird, und das ist absolut abzulehnen, ist absolut falsch. Die Sonderschule ist eine Stätte der Förderung für Kinder, die so oder so eingeschränkt sind in ihren Fähigkeiten. Vielleicht sollte man sie Förderschule nennen, vielleicht wäre das ein besserer Begriff, der leichter annehmbar wäre, aber ich glaube, die Wurzel ist in Wahrheit, daß ein neues Denken und ein Umdenken notwendig sind, dort wo es noch nicht vorliegt, und daß man nicht die Kinder und ihre Eltern abqualifiziert, die diese Schule aufsuchen oder aufsuchen müssen, sondern daß man diese Schule als das nimmt, was sie wirklich ist, nämlich ein Haus, wo so viel Förderung wie möglich für diese Geschöpfe passiert, denen die Natur nicht all das mitgegeben hat, wie es der große Durchschnitt der Bevölkerung hat.

Die zweite Frage, die Teilung von großen Hauptschulen. Hier könnte ich mir die Antwort sehr leicht machen, denn es geht einmal grundsätzlich um die Frage, was kostet es und wer zahlt? Soweit es das Personal, also den neuen Direktor oder vielleicht auch die neue Direktionskraft betrifft, zahlt derzeit ja der Bund, und sofern es den Sachaufwand betrifft, zahlen die Gemeinden. Man könnte also sagen, die beiden sollen sich zusammensetzen und sich das ausmachen. Ich stehe aber nicht an, diese Frage doch auch persönlich zu beantworten. Ich bin der Auffassung, daß im Zweifelsfall der Vorzug der kleineren Einheit zu geben ist, gegenüber der Monstereinheit, der Mammutschule, die nicht mehr überschaubar ist, in der die Kinder – und womöglich die Lehrer – in Anonymität aneinander vorübergehen. Sollte also von einer Gemeinde, und das wäre ja der Vorgang, der Antrag auf Teilung einer solchen Mammutschule kommen, dann würde ich selbstverständlich dem nichts in den Weg legen und mit einem dementsprechenden Antrag auch in die Landesregierung gehen.

Wir haben kürzlich das Ausführungsgesetz zur 7. Schulorganisationsgesetznovelle in diesem Haus verabschiedet. Ich muß sagen, wir hatten damals sehr wenig Zeit, darüber zu sprechen, weil wir eine große Tagesordnung hatten. Ich muß sagen, mir war nicht ganz wohl zumute bei dieser Vorlage, und zwar aus einem sehr einfachen Grund. Ich muß gestehen, der Text, den wir vorgelegt haben und der sehr sorgfältig vorbereitet war und der wirklich hieb- und stichfest ist, war trotzdem unbefriedigend, weil er stellenweise unübersichtlich, um nicht zu sagen unverständlich war. Dadurch, daß wir jetzt schon ein solches Paket von Novellierungen haben, gibt es schon eine Menge von Rückverweisen in einem solchen Gesetzestext, daß sich der gewöhnlich Sterbliche wirklich nicht mehr auskennt. Ich habe Auftrag gegeben, daß die Wiederverlautbarung des gesamten Pakets, das heißt des gesamten Novellenpakets des nunmehr gültigen Pflichtschulorganisationsgesetzes in der Steiermark in Arbeit genommen wird. Diese Vorlage wird all das zusammenfassen, was nun in den letzten Jahren über die Novellen des Bundes und die Ausführungsgesetze des Landes Steiermark passiert ist, so daß wir dann wiederum einen Text haben, der zusammenhängend zu

lesen ist und der auch für denjenigen, der kein hochspezialisierte Jurist und Gesetzestechner ist, verständlich sein wird.

Ich glaube, wir leiden ja nicht nur im Schulsystem – aber jetzt spreche ich von den Schulen – eher daran, daß wir zu viele Gesetze in den letzten Jahren in Österreich produziert haben. Es gibt viele Paragraphen, die den Raum in unseren Schulen eng machen, die die Luft dünn machen. Es ist keine gute Situation, weil manche Initiativen dadurch erstickt werden. Es werden Lehrer dadurch eher dazu gebracht, daß sie passiv bleiben. Sie wissen nicht genau, was nun eigentlich der Direktor oder gar die hohe Schulaufsicht über die eine oder andere Initiative denkt, man weiß nicht mehr ganz genau, was gestattet und was nicht gestattet ist in diesem Wust von Vorschriften. Wenn wir jetzt also dieses Strukturgesetz – das war es im wesentlichen – wohl endgültig hinter uns haben, so hoffe ich zumindest, es wird wohl nicht mehr sehr viel vom Nationalrat kommen. Dann ist es wirklich allerhöchste Zeit, über die Schule von innen nachzudenken und dort zu tun, was zu tun ist, und zu verbessern, was zu verbessern ist. Man spricht immer wieder von der inneren Schulreform. Das sollte kein billiges Schlagwort sein und, ohne jetzt übermäßig lange zu sprechen, würde ich sagen, man sollte sich zwei Hauptstoßrichtungen vornehmen. Man sollte erstens Entscheidungen dezentralisieren. Man sollte wiederum mehr Entscheidungsmöglichkeiten in die Schulen, zu den Direktionen und auch zu den Lehrern und warum auch nicht dort, wo es in der Mitbestimmung möglich ist, zu den Eltern und Schulgemeinschaftsausschüssen geben. Denn heute ist es ja schon fast so, daß ein Schmarren nicht klein genug sein kann, daß nicht der Direktor oder der Lehrer in der Landeshauptstadt oder sehr oft in Wien beim Ministerium nachfragen muß. Die Dezentralisierung von Entscheidungen, das wäre in meinen Augen eine Medizin für eine überzentralisierte Schule, die wir uns in den letzten Jahren in Österreich eingewirtschaftet haben.

Zweitens die Frage des Wissensstoffes, der auf die Kinder und die Jugendlichen herniederbricht. Sie kennen alle diese Erscheinung, wenn Sie selbst Kinder haben, oder sonst haben Sie davon gehört. Wie oft kommt es vor, daß die Kleine oder der Kleine – und die müssen gar nicht mehr so klein sein – sagen: Für den Test habe ich gelernt, für die Schularbeit muß ich lernen, für die Prüfung habe ich gelernt, dort habe ich das ausgespuckt, was ich in mich hineingestopft habe, und in einer Woche weiß ich nichts mehr davon. Das hat es immer gegeben. Es ist immer für Prüfungen gelernt worden und für Schularbeiten, und vieles ist nachher wieder vergessen worden. Aber ich glaube, das war doch nie so kraß wie heute, und das wiederum aus dem Grund, weil der Wissensstoff überhaupt explodiert ist, und zweitens, weil er auch in Massen an die Schüler herangetragen wird. Dazu hat auch die Schulbuchaktion beigetragen. Denn durch diese Schulbücher haben sich manche Autoren und manche Verlage gesundgestoßen, das heißt, sie haben die Schulbücher möglichst umfangreich und groß und dick gemacht, und dann passiert der Irrtum, daß schon zu viele Lehrer glauben, daß diese Schulbücher, die immer größer und umfangreicher geworden sind, der komplette Lehrplan sind und daß alles den Kleinen oder Größeren in die Köpfe eingetrichtert werden muß. Wir müssen immer

daran erinnern, daß die Lehrpläne in Österreich ja Rahmenlehrpläne sind, die ein Höchstmaß angeben, und daß es durchaus dem Lehrer überlassen ist, hier das Wesentliche herauszuholen und beispielhaft zu unterrichten. Den Mut zum Weglassen müssen wir propagieren, müssen wir den Lehrern geben. Sie sollen doch nicht so viel Angst vor diesem Wissensstoff haben und auch nicht vor der Schulaufsicht, denn letzten Endes kommt es darauf an, daß die Kinder das Wesentliche wissen und daß sie Zusammenhänge erkennen. Irgendwie sind da ja die Kinder und die Schüler ein Spiegelbild unserer Gesellschaft. In der Erwachsenen-gesellschaft haben wir auch immer mehr Spezialisten. Großartig, sind sehr wichtig, die Spezialisten, die von sehr wenig sehr viel wissen, aber es gehen uns eigentlich immer mehr die Universalisten ab, die noch einen Überblick haben, die noch Zusammenhänge verstehen. Und irgendwie passiert genau dasselbe immer stärker in den Schulen. Ich meine, daß das keine gute Entwicklung ist. Wir müssen ihr gegensteuern, wo wir nur können.

Zur Frage der Lehreranstellungen ist auch schon gesprochen worden. Wir haben bei den Pflichtschülern in diesem Schuljahr ein Minus von 6500 gegenüber dem vergangenen Schuljahr durch das Sinken der Geburtenraten. Wir haben trotzdem durch alles, was es an Möglichkeiten gibt, bei Klassenteilungen, die Zahl der Lehrer stabil halten können. Sie ist sogar leicht gestiegen gegenüber dem vergangenen Schuljahr, um ganze 68. Aber natürlich ist es nicht möglich, allen, die da kommen, ihre Stelle zu garantieren und ihre Stelle zu geben. Es sind derzeit zwischen 800 und 900 Pflichtschullehrer in der Steiermark in Vormerkung. Je nach dem Fach und je nach der Schulart, Volksschule, Hauptschule, Sonderschule, Polytechnikum, dauert die Wartezeit, bis sie eine Chance auf eine Anstellung haben, jetzt zwischen ein und drei Jahren. Am schlechtesten ist es bei den Arbeitslehrerinnen, die müssen schon mit drei Jahren rechnen. Das bezieht sich jetzt aber nur auf die Männer und Frauen, die schon ihr Studium absolviert haben. An den beiden pädagogischen Akademien in Graz gibt es derzeit darüber hinaus noch 1300 Studierende, meine Damen und Herren. Man kann sich also ausrechnen, daß einfach nicht jeder die Chance hat, eine Stelle zu finden, wo auf der einen Seite die Kinderzahlen leider noch immer rückläufig sind und auf der anderen Seite nach wie vor ein Run auf die Pädagogischen Akademien stattfindet, obwohl die jungen Menschen seit Jahren gewarnt werden vor dieser Situation. Das zehnte Schuljahr ist sicher kein Heilmittel für diese Lage. Vor kurzem wurde dieser Vorschlag in der Bundeshauptstadt in die Diskussion geworfen. Ich bin der Auffassung, daß diese Art von Arbeitsbeschaffung bei allem Respekt für die Sorgen von Lehrern abzulehnen ist. Denn es sind noch immer die Schulen für die Kinder da und nicht die Kinder für die Schulen. Sonst müßten wir auch andersherum sagen, na gut, wenn es uns eines Tages wieder besser geht und wenn wir weniger Lehrer haben und mehr Kinder, dann gehen wir halt von neun Schuljahren auf acht Schuljahre herab. So geht das, bitte, nicht. Diese neun Pflichtschuljahre haben sich eingependelt. Sie sind ein Quantum, das offenbar in der heutigen Zeit, in der heutigen Gesellschaft wünschenswert und vertretbar ist, und man soll daran nicht leichtfertig rütteln. Sicher ist aber, daß wir eben auch bei den

Lehrern, so wie in manchen anderen Berufsgruppen leider auch, schon eine Zweiklassengesellschaft beobachten können. Auf der einen Seite gibt es die, die schon ihre Stelle haben oder die sie noch halten können, und auf der anderen Seite die, die vor der Türe stehen mit dem Hut in der Hand und anklopfen und sagen, was ist mit mir. Und in einer solchen Situation ist es doch voll berechtigt, daß man auch bei den Lehrern sagt, der Ruf nach der Teilzeitbeschäftigung ist gerechtfertigt. Die Arbeit teilen ist ein Gebot der Stunde dort, wo es möglich ist, und vor allem auch dort, wo es erwünscht ist. Wir wissen ja von vielen Lehrern und speziell von Lehrerinnen, daß sie durchaus daran interessiert wären, mit einer Teilzeitbeschäftigung tätig zu sein. Bei den Vertragslehrern ist das ja grundsätzlich möglich und wird auch gehandhabt. Bei den Pragmatisierten ist das fast nicht der Fall, das heißt, die Möglichkeit ist gegeben in einem bescheidenen Ausmaß bei Arbeitslehrern und Religionslehrern, bisher. Aber auch dieser Zustand ist bedroht, meine sehr geehrten Damen und Herren, denn eines ist mir völlig unverständlich. Es hat der Bund gerade vor einigen Wochen den Entwurf eines Lehrerdienstgesetzes ausgesandt zur Begutachtung. Das ist also das Gesetz, das die Dienstverpflichtungen von Pflichtschullehrern gesamtösterreichisch regelt, und in diesem Entwurf ist überhaupt keine Chance, keine Möglichkeit einer Teilzeitbeschäftigung mehr enthalten. Die Steiermärkische Landesregierung hat in ihrer Stellungnahme, die schon nach Wien abgegangen ist, darauf ganz besonders hingewiesen, und ich glaube, es ist dringend notwendig, daß man von allen Seiten, von allen Richtungen dafür sorgt, daß hier in Wien im Ausschuß, im Nationalrat, die Würfel anders fallen, und daß diese Möglichkeit der Teilzeitbeschäftigung für pragmatisierte Pflichtschullehrer endlich eingeführt wird.

Ein letzter Punkt noch in diesem Zusammenhang. Es gibt die Aktion des Bundes, Pflichtschullehrer in die Erwachsenenbildung einzubringen. Im Rahmen dieser Aktion, die mit Beginn 1984 anfangen soll, werden rund 200 Pflichtschullehrer für drei Jahre auf Kosten des Bundes Organisationen der Erwachsenenbildung in Österreich zur Verfügung stehen. 20 sollen es in der Steiermark sein. Das ist eine gutgemeinte Aktion. Sie wird einigen jungen Menschen helfen. Das ist sehr zu begrüßen. Sie wird der Erwachsenenbildung leider nicht viel bringen, denn es werden lauter Anfänger sein, das werden lauter junge Männer und Frauen sein, die von der Pädagogischen Akademie kommen, die für den Schulunterricht ausgebildet sind und nicht für die Erwachsenenbildung, und die sozusagen angelernt werden müssen auf die Gefahr hin, daß sie dann weggehen, wenn sie vielleicht in einer Volkshochschule oder in einem Bildungshaus qualifiziert sind, mitzuarbeiten. Es wäre viel besser gewesen, wenn wir so flexibel wären in unserem System, daß wir die Möglichkeit geschaffen hätten, erfahrene Lehrer, die schon Dienstzeiten hinter sich haben und die einmal für ein, zwei, drei Jahre irgendwo in eine Bücherei oder in ein Bildungswerk gehen wollen, in die Erwachsenenbildung aufzunehmen. Aber dazu ist wiederum unser System viel zu starr. Da gibt es viel zu große Probleme in den Gehaltsgesetzen, mit den Vorrückungen und mit der Sozialversicherung, so daß es nicht möglich gewesen ist, diesen Vorschlag in Wien durchzubringen. Er wäre sicher besser gewesen für beide Seiten.

Denn dann bekämen wir solche Leute, die sich engagieren wollen in der Erwachsenenbildung, die dann auch das Bestmögliche geleistet hätten. So werden es Anfänger sein, die hereinkommen, man wird sie mit offenen Armen aufnehmen, aber sie werden wahrscheinlich nicht sehr viel bringen können.

Meine Damen und Herren, bei der Gruppe 2 war von Kindern die Rede, und zwar von der Jugend in unserer Steiermark. Wir Erwachsenen sind immer wieder aufgerufen, für die jungen Geschöpfe Raum zu haben, Zeit zu haben, Sympathie und Zuneigung zu haben. Sei es zu Hause, sei es in der Schule, sei es in der Freizeit, sei es am Arbeitsplatz. Das wollen wir nicht vergessen in einem solchen Augenblick. Ich will auch alle jene nicht vergessen, die wiederum ein Jahr lang im Dienste der steirischen Jugend gestanden haben. In Kindergärten, in Schulen, in Verbänden, in Vereinen, Gruppen, der freien Jugendarbeit und natürlich auch in der Administration hier bei uns im Land Steiermark, dem Landesjugendreferat unter Herrn Dr. Rajakovic, möchte ich danken, der Rechtsabteilung 13 unter Hofrat Urabic und auch der Rechtsabteilung 6 unter Hofrat Dattinger, sofern sie auch schon in dieser Gruppe 2 mit ihrer Tätigkeit mit von der Partie waren. Viele Kräfte haben, glaube ich, wiederum ein Jahr lang gewirkt nach bestem Wissen und Gewissen, daß Kindern und jungen Menschen in der Steiermark ein hoffentlich guter Weg in unsere Zukunft beschieden sein wird. Diesen Menschen wollen wir danken, und Ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren, danke ich für Ihre Aufmerksamkeit. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Feldgrill: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen zur Gruppe 2 vor. Der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Abg. Kanduth: Ich verzichte auf das Schlußwort und ersuche um Annahme der Gruppe 2.

Präsident Feldgrill: Ich bitte die Damen und Herren, die mit den Ansätzen und Posten der Gruppe 2 einverstanden sind, ein Zeichen mit der Hand zu geben.

Die Gruppe 2 ist somit einstimmig angenommen.

Ich unterbreche die Sitzung bis morgen früh um 8.30 Uhr. (Unterbrechung der Sitzung um 21.50 Uhr.)

Präsident Feldgrill: Wir setzen die unterbrochene Sitzung fort (15. Dezember 1983, 8.30 Uhr) und kommen zur Gruppe 3, Kunst, Kultur, Kultus.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dr. Karl Maitz. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Maitz: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Die Gruppe 3 befaßt sich mit den Kapiteln Kunst, Kultur und Kultus. Es sind insgesamt Ausgaben in der Höhe von 339,112.000 Schilling vorgesehen. Dem stehen Einnahmen von 13,011.000 Schilling gegenüber.

Auch diese Gruppe wurde im Finanz-Ausschuß ausführlich beraten. Ich ersuche um Annahme.

Präsident Feldgrill: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Kirner. Ich erteile es ihm.

Abg. Kirner: Herr Präsident, Hohes Haus, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich freue mich, daß Sie nun, und wie ich hoffe, gut ausgeruht, den wichtigen kulturellen Belangen Ihre Aufmerksamkeit schenken werden. Die Budgetgruppe 3, Kunst, Kultur und Kultus, umfaßt einen so weit gespannten Bogen und so wichtige Lebensbereiche, daß es einem einfach schwerfällt, die richtige Auswahl für die Wortmeldung zu finden. Da ich bereits 1980 ein grundsätzliches Bekenntnis über die zentrale und kulturelle Bedeutung des Grazer Opernhauses und auch über den unbestrittenen wirtschaftlichen Stellenwert bei rund 600 Mitarbeitern ablegte und daher auch die damals einstimmig beschlossene Einführung einer zweckgebundenen Erhöhung des Fernseh- und Rundfunkschillings für die Finanzierung und Sanierung des Grazer Opernhauses sowie den Neubau des Werkstättegebäudes bejahte, möchte ich heute neuerlich dazu einige Worte sagen, und zwar auch deshalb, da in den Zeitungen manche kritische und negative Leserstimme veröffentlicht wurde und scheinbar auch die Meinung vertreten wird, daß der von den Inhabern von Fernseh- und Rundfunk-Hauptbewilligungen zu bezahlende Betrag zur Gänze dem ORF zufließe, was aber keinesfalls stimmt. In der Sitzung des Steiermärkischen Landtages vom 22. November dieses Jahres wurde nur einer Erhöhung der valorisierten Abgabe einstimmig die Zustimmung erteilt, da es sich hierbei um die bis zur Fertigstellung eintretenden Baukostensteigerungen handelt. Ich hoffe aber sehr, daß der seinerzeit limitierte Grundsatzbetrag von rund 230 Millionen Schilling auch exakt eingehalten wird und daß es gelingen möge, für die über die rein technisch notwendigen Sanierungsmaßnahmen hinaus gehenden Vorhaben, auch künstlerischer Natur, Sponsoren beziehungsweise Künstler für eine gute Tat zu gewinnen und die Belastung für das Land und für die Stadt Graz so gering wie möglich zu halten, wobei ich meine, daß in manchen Bereichen der Bühnen ohnehin mehr Sparsamkeit nicht schaden würde.

Es wäre natürlich für mich verlockend, in diesem Zusammenhang auch über das älteste österreichische Theater in Leoben, in dem noch immer, wenn auch mit Sparflamme, gespielt wird, etwas zu sagen. Ebenso über den im Oktober dieses Jahres so erfolgreich verlaufenen gesamtösterreichischen achten Instrumental- und Gesangswettbewerb „Jugend musiziert“, bei dem über 500 begabte jugendliche Sieger aus den Landeswettbewerben in Leoben teilnahmen. Die Steiermark schnitt hierbei hervorragend ab. Es war überhaupt für das ganze Musikland Österreich beglückend, diese jungen Künstler zu hören, und wir dürfen allgemein stolz auf diese Jugend sein. Der Herr Bundespräsident Dr. Rudolf Kirchschläger und auch die Stadt Wien empfangen die Bundessieger gemeinsam mit den Vorstandsmitgliedern des Vereines in Wien und würdigten die großen Leistungen der österreichischen Jugendphilharmonie. Bei dieser Gelegenheit konnte ich auch dem Herrn Bundespräsidenten den von der Projektgruppe Eisenstraße herausgegebenen Reiseführer mit der Bitte überreichen, ihn auf dem Weg zur Landesausstellung 1984 „Erz und Eisen in der grünen Mark“ benützen zu wollen. Kollege Hammer als Vorsitzender dieser Projektgruppe wird ja noch einige Gedanken dazu aussprechen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nun ein anderes Problem. In der letzten Fragestunde wurde mir als Zeitpunkt für das Inkrafttreten eines neuen Kulturförderungsgesetzes wegen anderer legislatischer Arbeiten der Beamten das nächste Jahr genannt. Leider, Herr Landesrat. Ich werde aber sicher nicht müde werden und die Forderung der sozialistischen Fraktion auch im nächsten Jahr laufend und deutlich wiederholen. Kollege Dr. Dornik hat ja gestern in einer anderen Sache das Sprichwort gebraucht „Gut Ding braucht Weile“, und ich hoffe, daß sich dieses Sprichwort dann auch in unserem neuen Kulturförderungsgesetz niederschlagen wird. Eines wäre aber sicherlich bei gutem Willen möglich gewesen. Nämlich die Herausgabe eines Berichtes, wie ihn etwa das Bundesministerium für Unterricht und Kunst auch im Jahre 1982 wiederum als Kunstbericht veröffentlicht hat. Hier wird jeder einzelne Schilling ausgewiesen und jede geförderte Person oder Institution, jedes angekaufte Werk, wie gesagt, jede einzelne Förderungsmaßnahme klar, deutlich und für jeden durchschaubar und lesbar aufgezeigt. Dies wäre eine sehr nachahmenswerte Sache und ein Beispiel auch für die Steiermark. Eine besondere Dankadresse möchte ich heute wiederum an die steirische Kulturinitiative und an die Adresse des Kuratoriumsvorsitzenden, Präsident Abgeordneten Franz Ileschitz, richten, aber auch an die leitende Sekretärin, Frau Dr. Helga Konrad, sozusagen stellvertretend für alle Künstler, Mitarbeiter und Partner für die vielen Initiativen und Bemühungen, die dezentralisiert in der ganzen Steiermark entfaltet wurden. Im Jahre 1983 waren es immerhin wieder 93 Partner, die in 65 Gemeinden 190 Veranstaltungen und Projekte durchführten, an denen sich rund 25.000 Personen als aktive Teilnehmer oder als Besucher beteiligten. Erfreulich auch die Tatsache, daß die jahrelangen Bemühungen der Kulturinitiative, in steirischen Gemeinden eine langfristige selbstmitgestaltende Kulturarbeit anzuregen, die allen Gruppen der Bevölkerung die Möglichkeit der kulturellen Äußerung und Teilnahme bietet, nun 1983 in der Form Früchte getragen hat, daß 60 Animationsprojekte mit einer Dauer zwischen einigen Tagen und zwei Jahren durchgeführt wurden. Besonders erwähnen möchte ich auch hier Eisenerz mit den Projektleitern Peter Hoffmann und Richard Kriesche mit der Blickrichtung Landesausstellung 1984 „Erz und Eisen“. Auch das Projekt Literatur für Senioren war nicht nur interessant, sondern auch überaus erfolgreich. Im engen Zusammenwirken und in der Zusammenarbeit mit der Kulturinitiative werden im nächsten Jahr erstmals Kulturtage der steirischen Pensionisten vorerst einmal in Graz stattfinden. Ich möchte unserem verehrten Freund und ehemaligen Landtagskollegen Sepp Zinkanell für diese seine Initiative schon jetzt viel Erfolg wünschen. Hinweisen möchte ich auch auf das besondere Projekt „Das lebende Museum“ von Frau Heiderose Hildebrand, die mit ihren Aktivitäten von 1977 bis 1983 in 13 Städten eine sinnvolle Vermittlung zwischen Museum und seinem Publikum herstellte und damit sehr erfolgreich neue Schritte begangen hat. Die steirische Gesellschaft für Kulturpolitik unter ihrem Geschäftsführer Herbert Nichols hat im November dieses Jahres in dankenswerter Weise diese Broschüre „Weniger statt Nichts – Das Museum, sein Selbstverständnis?“ herausgegeben, um über diese Idee, über die Arbeit und über die Notwen-

digkeit, das Museum noch mehr in den Mittelpunkt kultureller Beschäftigung zu stellen, besondere Denkanstöße zu vermitteln. Auch Peter Rosegger, dessen Geburts- und Sterbetag wir heuer in breiter Form gedachten, schrieb einmal: „Planmäßig angelegte Museen sind für unsere Nachkommen gleichsam lebendige und plastische Geschichtswerke, ja im höheren Sinne Familienkleinode, die uns wie Glieder einer goldenen Kette treu mit den Vorfahren verbinden.“ Wenn ich denke, daß am 25. Juli 1883, also vor 100 Jahren, im Leobner Gemeindeausschuß der Beschluß gefaßt wurde, und ich zitiere wörtlich: „ein Lokalmuseum auszustatten und fruchtbar zu entwickeln, ohne Kuriositätenkram anzuhäufen“, dann muß man eigentlich den Weitblick dieser Männer bewundern. Heute ist unser Museum mit Leben erfüllt und Mittelpunkt des geistig-kulturellen Geschehens und die Begegnungsstätte für viele Menschen. Es wäre wirklich wünschenswert, wenn man in unseren vielen steirischen Museen auch im Sinne der Bemühungen von Heiderose Hildebrand diese als lebende Museen wieder mehr in den Mittelpunkt rücken würde.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, schon in der Budgetdebatte 1981 habe ich wegen unliebsamer Vorkommnisse und Äußerungen in unserer Landeshauptstadt Stellung genommen. In den letzten Wochen erleben wir nun wiederum gespenstische Wolken. Wie welttoffen war hingegen die Eröffnungsrede „Trigon 65“ durch den hochverehrten Herrn Landtagspräsidenten in Ruhe Univ.-Prof. Dr. Hanns Koren am 11. September 1965. Ich zitiere auszugsweise wörtlich: „Nach wie vor bleibt es für uns Gesetz, daß Politik und Verwaltung in das innere des künstlerischen Geschehens nicht einzugreifen haben, daß jeder Dirigismus zu verpönnen und daß es ausschließliche Aufgabe der öffentlichen Verwaltung ist, die Hindernisse zu beseitigen, die der freien Entfaltung der Kunst im Wege stehen. Wir wüßten schon, was wir in das Künstlerhaus hineinstellen müßten, um den Beifall aller Mitbürger zu erzielen, aber wir wollen unsere Kunst, die Kunst unserer Zeit, ob sie gefällt oder nicht. Gewiß werden Werke, die sie nun sehen werden, schockierend wirken. Schockiert hat jede neue Kunst in ihrer Zeit. Freilich wissen wir auch, daß nicht alles, was schockiert hat und schockiert, Kunst ist und Kunst bleibt.“ Ende der Aussage.

Heuer im Oktober hat es in Wels die österreichischen Kulturkontakte unter dem Titel „Freiheit der Kunst für wen – gegen wen“ gegeben, wobei in einer Aussendung festgestellt wurde, daß mit der Verankerung der Freiheit der Kunst der Grundrechtskatalog unserer Verfassung um eine wesentliche Bestimmung bereichert wurde und daß auch nach lange und schwer erkämpften Bürgerrechten nunmehr das Recht der freien künstlerischen Äußerung getreten ist. Allein rechtlich formal ist das Problem nicht lösbar, wie es ja die letzten Vorkommnisse in Graz beweisen. Der Redakteur einer steirischen Tageszeitung schrieb am 20. November unter anderem: „Und wie schaut es künftig mit der Freiheit für die Kunst aus, wenn ihre Grenzen von Nachtmännern festgelegt werden? Wahrscheinlich ist das ‚Gespenst‘ ein schlechtes Modell für die Verteidigung dieser Freiheit. Aber man kann sich nicht die Modelle aussuchen; wenn solche Gespenster drohen.“ Ende der Aussage. Und in wenigen Monaten

jähren sich zum 50. Mal die tragischen Ereignisse des 12. Februar 1934, die für alle, auch für uns Kinder von damals, unvergeßliche Eindrücke hinterließen. Ich komme aus einer Donawitzer Arbeiterfamilie. Dieser Tag der Mahnung wird zum Anlaß genommen für Ausstellungen, Publikationen, Diskussionen, Gedenkfeiern und Symposien, nicht, um Wunden oder Gräben aufzureißen, sondern, um gemeinsam mit allen demokratischen Kräften dieses Landes die Wahrhaftigkeit der Demokratie zu vermehren. So wird die große steirische Wanderausstellung den Titel tragen „Für Freiheit, Arbeit und Recht, die steirische Arbeiterbewegung zwischen Revolution und Faschismus“. Und am 13. Jänner 1984 wird diese Ausstellung mit einer Festansprache durch den Ersten Landeshauptmannstellvertreter Hans Gross in Leoben eröffnet und dann in zahlreichen Orten der Steiermark bis Ende des Jahres zu sehen sein, wobei ein umfangreiches und auf die Situation abgestimmtes kulturelles Beiprogramm und Augenzeugenberichte eine sinnvolle Ergänzung geben werden. Einen besonderen Schwerpunkt werden auch die Veranstaltungen in Bruck an der Mur bilden. Es folgen dann Kapfenberg, Knittelfeld, Judenburg, Liezen, Graz, Voitsberg, Weiz und Mürzschlag. Und im zweiten Halbjahr ist die Ausstellung dann in Frohnleiten, Feldbach, Leibnitz, Eisenerz, Lieboch und Deutschlandsberg zu sehen. Professor Dr. Robert Hinteregger als Historiker ist mit zahlreichen Mitarbeitern für den wissenschaftlichen Bereich der Ausstellung einschließlich Katalog und Aufsatzband federführend, während Hanns Eichhaber für die umfangreichen organisatorischen Arbeiten unter größter finanzieller Sparsamkeit und leider einer sehr bescheidenen finanziellen Zuwendung durch das Land mit einem Team freiwilliger Mitarbeiter verantwortlich zeichnet.

Hohes Haus! Abschließend möchte ich die gesamte steirische Bevölkerung schon jetzt sehr herzlich zum Besuch dieser Ausstellung einladen und die Bitte aussprechen, daß wir uns alle gemeinsam bemühen sollten, daß sich nie wieder die Februarereignisse 1934 wiederholen. Ich danke Ihnen. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Feldgrill: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Tschernitz. Ich erteile es ihm.

Abg. Tschernitz: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich habe schon einmal hier im Hohen Haus im Rahmen der Gruppe 3 des Landesvoranschlages unter dem Budgetposten Kunst, Kultur und Kultus vor allem auf jenen Budgetansatz hingewiesen, der die baulichen Instandsetzungen von Schlössern, Stiften und Denkmälern in unserem Lande hervorhebt und habe auch dazu Stellung genommen. Ich möchte gerade heute hier besonders die Initiative der Bevölkerung des Bezirkes Liezen hervorheben, die nämlich ganz besonderes Verständnis für die kulturellen Werke unseres Bezirkes gezeigt hat. 450.000 Schilling sind an Spenden zur Rettung des Schlosses Trautenfels aufgebracht worden. Die verschiedensten Veranstaltungen des Kuratoriums für „Rettet das Schloß Trautenfels“ und des Heimatwerkes haben zum Beispiel bei einer einzigen Veranstaltung einen Reingewinn von 40.000 Schilling an Spenden erbracht. Großartige Leistungen der

Bevölkerung, die an diesem kulturellen Wert sehr interessiert ist. Dies war ja eigentlich auch die Grundlage, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß nun das Land Steiermark und die österreichische Bundesregierung finanzielle Mittel zur Erhaltung dieses so wertvollen Kulturgutes in unserem Lande bereitgestellt haben. Es sind zum Erwerb dieses Schlosses 3,5 Millionen Schilling Bedarfszuweisungen des Herrn Landeshauptmannes an die Gemeinde Pürgg-Trautenfels gegeben worden, es sind 2,5 Millionen von seiten des Bundes zugesagt, und 2 Millionen sollen aus Budgetmitteln des Landes zur Grundlage, zur Erhaltung und Sanierung dieses Schlosses aufgebracht werden. Die besondere Bedeutung dieses Schlosses ist ja nicht nur in kulturellen Werten verankert, sondern hat die größere Bedeutung in ihren Auswirkungen besonders auf den Fremdenverkehr in diesem Lande, was vor allen Dingen für unseren Bezirk, der stark vom Fremdenverkehr beeinflußt ist, von Bedeutung ist. Auch hier wissen wir, daß wir in vielen Bereichen des Fremdenverkehrs an der ökologischen Grenze angelangt sind und daß vor allem im letzten Jahrzehnt gerade im Winterfremdenverkehr immer noch eine positive Entwicklung festgestellt werden konnte. Diese positive Entwicklung im Winterfremdenverkehr war vor allem auf eine großzügige technische Erschließung unserer Wintersportgebiete möglich. Ich glaube, umso mehr müssen wir alle gemeinsam versuchen, beim Sommerfremdenverkehr gezielter die unterschiedlichen Interessen der Urlaubsgäste wahrzunehmen und alle kulturellen Möglichkeiten in diesem Lande unseren Gästen anzubieten. Auf eines, glaube ich, können wir sicherlich stolz sein, daß durch viele ehrenamtliche Mitarbeiter und durch die Initiative der Bevölkerung dieses Schloß Trautenfels zu einem Stück unserer steirischen Heimat von besonderem Wert geworden ist. Durch die finanzielle Unterstützung durch das Land und den Bund ist dem Anliegen der Bevölkerung Rechnung getragen worden, und es wird sicherlich Aufgabe aller, die Verantwortung tragen, auch in Zukunft sein, jene finanziellen Voraussetzungen zu sichern, um diese wertvollen Kultureinrichtungen sicherzustellen, natürlich auch im Interesse des steirischen Fremdenverkehrs. Ich glaube, daß gerade dieses Schloß sich besonders mit seinen Räumlichkeiten dafür eignen würde, daß doch eine der nächsten Landesausstellungen unter Umständen in diesem Schloß Trautenfels durchgeführt werden könnte, weil sich die Menschen durch ihre Initiative, die sie dort gesetzt haben, eine solche Ausstellung sicherlich aufrichtig und ehrlich verdient hätten. Es gebührt natürlich allen, die daran mitgewirkt haben, allen Spendern, allen ehrenamtlichen Mitarbeitern der vollste Dank für ihre Leistungen. Ich möchte vor allen Dingen den Herrn Landesrat sowie alle Verantwortlichen ersuchen, daß sie doch im Interesse der Erhaltung dieses Schlosses versuchen könnten, eine der nächsten Landesausstellungen im Schloß Trautenfels durchzuführen. Dies wäre sicherlich ein Dank für die erbrachten Initiativen, eine wertvolle Bereicherung und damit eine finanzielle Basis für die Erhaltung dieses Schlosses mit den wertvollen Kultureinrichtungen in unserem Lande Steiermark. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Feldgrill: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Pfohl. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Pfohl: Hohes Haus, Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Erlauben Sie mir, daß ich an den Beginn meiner Ausführungen ein paar grundsätzliche Gedanken stelle. Es ist auch aus dem Blickwinkel eines Industriel- len gut, sich in einem Lande zu wissen, in dem die Kultur einen so hohen Stellenwert hat. Das sage ich nicht nur, weil ich froh darüber bin, daß man immer mehr erkennt, welch bedeutenden Wirtschaftsfaktor die künstlerischen, wissenschaftlichen und kulturellen Werte eines Landes darstellen, sondern weil immer mehr kulturelle Denkmäler aus allen Zeiten, die es zu bewahren gilt, sei es unser Joanneum mit dem einmaligen Zeughaus, unser großartiges Freilichtmuseum, unsere Burgen und Schlösser, aber auch Ereignisse der lebendigen Kunst der Gegenwart im „steirischen herbst“ und seinem Umfeld gepflegt werden. Es tut gut, in einem Land zu leben, in dem schon in den späten fünfziger Jahren ein Landeshauptmann Krainer senior einem Hanns Koren den notwendigen Freiraum schuf, um gleichzeitig das auf uns Überkommene zu pflegen und dabei auch das Neue nicht außer Acht zu lassen. Und es tut gut zu wissen, daß es bis heute so geblieben ist, nur daß sich die Namen der Protagonisten geändert haben, und das stimmt auch nur bedingt, denn im speziellen Fall ist sogar der Name gleich geblieben, nur die Generation hat sich verschoben. Ideen und kulturpolitische Aktivitäten zeigen, daß wir hierzulande Kultur ernster nehmen als in fast allen anderen Bundesländern, einschließlich Wien. Ich nenne nur die Auslandskontakte, die der Landeshauptmann Gruppen aus allen Bereichen der Kunst ermöglicht, um sie im internationalen Vergleich die eigene Position besser erkennen zu lassen, oder den Kritikerpreis des Landeshauptmannes für den „steirischen herbst“, der heuer zum siebenten Mal vergeben wurde, oder die Installierung des jährlichen „Forum-Stadtpark-Kunstpreises“ für einen Vertreter der Gegenwartskunst.

Nun aber zum Landesvoranschlag 1984: Die Summe der Ausgaben der Gruppe 3 für Kunst, Kultur und Kultus beträgt nicht ganz 340,0 Millionen Schilling, das sind gegenüber dem Budget des laufenden Jahres um 14 Prozent oder um nahezu 42,0 Millionen Schilling mehr. An der angespannten Budgetsituation gemessen eine überdurchschnittliche Erhöhung, wenn auch viele Wünsche unerfüllt bleiben mußten. Die größten Brocken dieser Gruppe sind die Ansätze für Musik und darstellende Kunst einerseits und Museen und sonstige Sammlungen andererseits. Wenn ich aus dem Ansatz „Einrichtungen der Musikpflege“ den Beitrag an den Musikverein für Steiermark für sein 170. Arbeitsjahr herausgreife, dann wegen seiner relativ geringen Höhe von knapp 2,4 Millionen Schilling, aber nicht, weil sie zu gering ist, sondern um darauf hinzuweisen, daß sich diese kulturelle Institution zum überwiegenden Teil selbst erhält. Gegründet 1815, drei Jahre nach der Gesellschaft der Musikfreunde in Wien, werden etwa 40 Konzerte pro Saison nicht nur von Grazern, sondern von Abonnenten aus vielen Orten der Steiermark, von Mariazell bis Radkersburg und von Trahütten bis St. Johann bei Herberstein, besucht. Aber auch Musikfreunde aus Wien, Klagenfurt und dem Burgenland zählen zu dem treuen Publikum. Die Auslastung der vorhandenen Plätze im Stefaniensaal

von 97,8 Prozent im Jahre 1982/83 spricht für sich selbst und findet ihren Niederschlag in dem hohen Einspielergebnis von 72,1 Prozent der Gesamtkosten. Ein beachtliches Ergebnis, und deshalb die Herausstellung dieses Budgetpostens. Unter den Budgetansatz „Einrichtungen der darstellenden Kunst“ fallen die Zuschüsse zur Abgangsdeckung der Vereinigten Bühnen. Das Land muß dafür etwa 57,6 Millionen Schilling aufbringen, um aber ein reales Bild zu bekommen, muß noch der Zuschuß an das Grazer Philharmonische Orchester dazugerechnet werden, so daß die Theater- subvention des Landes zirka 75,3 Millionen Schilling ausmacht. Den gleichen Betrag hat die Stadt Graz für die Vereinigten Bühnen aufzubringen, die aber auf Grund ihrer finanziellen Lage an diesem Brocken viel schwerer zu tragen hat als das Land. So ist auch die Stadt beim Landeshauptmann vorstellig geworden, den Aufteilungsschlüssel Land : Stadt, der derzeit 50 : 50 beträgt, zugunsten der Stadt zu ändern oder das Grazer Philharmonische Orchester ganz zu übernehmen. Ich persönlich hoffe auf eine Schlüsseländerung, weil sie eindeutig die klarere Lösung wäre, während bei der alternativ vorgeschlagenen Lösung die kosten- mäßige Zuordnung der Orchesterdienste ein ewiger Zankapfel zwischen Land und Stadt wäre. Die Finan- zierung der Opernhaussanierung ist geklärt, wenn man davon ausgeht, daß sich der Bund mit einem Drittel an den Baukosten beteiligt. Zu regeln sind noch die endgültigen Eigentumsverhältnisse der Objekte Werk- stättengebäude, Brandhof, der neue Girarditrakt und Opernhaus, da ja die Haftung, Versicherung und die Gebäudeinstandhaltung damit im ursächlichen Zusammen- hang steht, ebenso wie die Frage, wer für die Vermietung der Lokale in der Girardigasse oder die aktuelle Verpachtung des Theaterbüfets zuständig ist. Die Spielzeit 1982/83 wurde dem Voranschlag entspre- chend abgeschlossen, bis Ende 1983 erfolgte sogar eine Kreditrückzahlung über das geplante Maß hinaus, so daß der Schuldenberg von insgesamt 14,0 Millionen Schilling, der das Theaterbudget seit vielen Jahren schwer belastet, nach Ansicht der Theaterleitung bis 1985 abgetragen sein wird. Jedenfalls kann berichtet werden, daß die konstant durchgeführten Sparmaß- nahmen zu einer bemerkenswerten Konsolidierung geführt haben, ohne daß es deswegen zu Qualitätsein- bußen gekommen wäre. Durch die Opernhausschlie- ßung ist eine Vielzahl von schwierigen Problemen entstanden, wie zum Beispiel die Raumnot, hervorgeru- fen durch die Räumung des Hauses mit Fundus und allem, was sich so im Laufe von 80 Jahren angesam- melt hat, und die Umsiedlung in das ohnehin voll besetzte Schauspielhaus. Unter schwierigsten Bedin- gungen wurde im Schauspielhaus auch das Musikthea- ter installiert, so daß jetzt dort täglich Vorstellungen stattfinden und ein reibungsloser Ablauf gesichert ist. Der Ausfall einer Spielstätte findet natürlich auch seinen Niederschlag in einem Einnahmenausfall von zirka 15 Millionen Schilling, der zu einem Drittel das Jahr 1983, zu zwei Drittel das Jahr 1984 belasten wird. 20 Prozent dieses Betrages werden voraussichtlich durch bessere Ausnützung des Schauspielhauses ein- gespielt werden können, zirka 12 Millionen Schilling müssen aber im Rahmen des laufenden Spielbetriebes eingespart werden. Die Theaterleitung ist optimistisch. Neben dem für den Bürger sichtbaren Umbau der Oper spielt sich seit etwa zwei Jahren, von der Öffentlichkeit

unbemerkt, ein Prozeß in der Verwaltung der Vereinigten Bühnen ab, der für die Zukunft unseres Theaters von entscheidender Bedeutung sein wird. Die Einführung eines modernen Rechnungswesens auf EDV-Basis. Mit Hilfe der Datenverarbeitungsabteilung des Magistrats, unter Leitung von Dr. Lorber, wird bis Ende 1985 die stufenweise Einführung einer Kostenstellen- und Kostenträgerrechnung abgeschlossen sein. Große Teile sind heute schon aussagefähig und ermöglichen nicht nur eine bessere Kostentransparenz und exaktere Disposition, sondern auch eine Kostenminimierung, die sich positiv auf die künftigen Theaterbudgets auswirken wird.

Immer wieder werden Klagen über die Spielgestaltung an uns herangetragen. Die Meinungen über künstlerische Leistung und Programmgestaltung gehen naturgemäß auseinander, nicht nur in Graz. Wir sind aber überzeugt, daß das bei uns eingeführte Intendantenprinzip richtig ist und der Theaterausschuß sich nicht in die Spielplangestaltung einmischen soll. Ein Maßstab aber kann sein, daß die Vereinigten Bühnen bereits zum dritten Mal die begehrte Intendantenprämie in der Höhe von 500.000 Schilling erhalten hat, die Unterrichtsminister Dr. Zilk übermorgen an Dr. Nemeth überreichen wird. Erfreuliches ist über das Grazer Philharmonische Orchester zu berichten. Seit Übernahme der Leitung durch Herrn Nikša Bareza ist ein deutlicher Qualitätsanstieg des Orchesters festzustellen. Diese Meinung wird auch von Gastdirigenten vertreten, die das Orchester schon seit Jahren kennen. Um die freie Orchesterkapazität während der Umbauzeit zu nützen, veranstaltet das Philharmonische Orchester Schulkonzerte in den steirischen Bezirken, die sich großer Beliebtheit erfreuen. Abschließend zum Thema Vereinigte Bühnen. Wie bei uns in Graz werden derzeit in Zürich und Bern die Theater, die, wie auch unser Opernhaus, von Helmann-Fellner errichtet wurden, umgebaut. Wir können heute schon sagen, daß wir vergleichsweise sowohl in punkto Gesamtbaukosten, Bauzeit als auch reibungsloser Ablauf des Ersatzspielbetriebes sehr zufrieden sein können. Nächstes Stichwort: „steirischer herbst“. Noch immer umstritten, verteufelt, abgelehnt einerseits und hochgelobt andererseits, wie schon immer auf dieser Welt, werden Kulturströmungen von den einen nicht begriffen und abgelehnt, während die anderen um ihr Verständnis ringen, weil sie im Gängigen nicht versinken wollen. Auf jeden Fall aber ist es erfreulich, was dieses einzige umfassende Avantgardefestival Europas heuer wieder in Bewegung gebracht hat. Nicht nur, daß 83.000 Besucher bei den einzelnen Veranstaltungen des „steirischen herbstes“, auf die hier nicht näher eingegangen werden soll, gewesen sind, auch eine noch nie dagewesene Anzahl von Kritiken, positiven wie negativen, hatten des Ruf des „steirischen herbstes“, und damit unseres Landes, in die weite Welt hinausgetragen, im wahrsten Sinne des Wortes. Und es ist erfreulich, daß wir gerade im Ausland noch immer, oder besser gesagt, immer wieder ein so positives Echo finden und daß immer mehr Menschen zum „steirischen herbst“ kommen, der sich damit auch zu einem höchst erfreulichen Fremdenverkehrsfaktor entwickelt hat. So war heuer, und dies wurde auch in der Presse vermerkt, in Graz während des „steirischen herbstes“, bei sonst rückläufiger Fremdenverkehrsbilanz, ein Anstieg derselben zu verzeichnen. Hauptnutznießler ist

in dieser Beziehung eindeutig die Stadt Graz. Man wirft dem „steirischen herbst“ nicht ganz zu Unrecht vor, er konzentriere das Gros seiner Veranstaltung auf die Landeshauptstadt und vernachlässige die übrigen Bezirke. Dieser Vorwurf erhält umso mehr Gewicht, betrachtet man die Relation der finanziellen Unterstützung des „steirischen herbstes“ zwischen Land Steiermark und der Stadt Graz. Bezahlt das Land Steiermark für das künstlerische Programm insgesamt fast 6,4 Millionen Schilling, so zahlt die Stadt Graz lediglich 650.000 Schilling, also etwa ein Zehntel. Demgegenüber erweist sich der Bund mit 3,5 Millionen Schilling, die er auf Grund des diesjährigen Erfolges im nächsten Jahr sogar um 300.000 Schilling aufzustocken in Aussicht gestellt hat, geradezu großzügig. Da der „steirische herbst“ für die Abwicklung gemeinsamer Veranstaltungen Einrichtungen der Stadt, wie das Kulturhaus und das Stadtmuseum, in Anspruch genommen und dafür aus seinem Budget insgesamt 730.000 Schilling zugesagt hat, so behaupten Böswillige, daß nicht die Stadt Graz den „steirischen herbst“ subventioniert hat, sondern der „steirische herbst“ die Stadt Graz. Gerade in diesen Wochen wird über die Umwandlung des „steirischen herbstes“ in eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung entschieden. Nach dem Entwurf des Statuts dieser Gesellschaft soll die Anzahl der Sitze im Aufsichtsrat von der Höhe der Subventionszahlung abhängig gemacht werden. Das wäre ein vernünftiges Regulativ, auch im Hinblick des vorher Gesagten. Neben den bereits genannten Subventionen ist es gelungen, privatwirtschaftliche Quellen für erhebliche Subventionsbeträge zu erschließen und erstmals den Verkauf von Eintrittskarten zu einer beachtlichen Einnahmequelle zu machen. Trotz einer Fülle von Veranstaltungen und mehreren kostspieligen Gastspielen, wie beispielsweise das Ensemblegastspiel des Berliner Schiller-Theaters, des Bremer Tanztheaters oder des Serapion-Theaters, konnte der heurige „steirische herbst“ mit einem ausgeglichenen Budget abgeschlossen werden. Wenn im Jahre 1983 mit Dr. Peter Vujica erstmals ein Intendant verantwortlich an der Spitze dieses Festivals gestanden ist, so glaube ich, sagen zu können, daß er mit seinem Startjahr sehr zufrieden sein kann und wir alle auch. Der „steirische herbst“ mit „Trigon“, „Musikprotokoll“, den Beiträgen des Theaters, der Steirischen Akademie zum Thema Moral, dem Herbstpark, um einiges zu nennen, und den zahllosen Veranstaltungen landauf und landab, kann getrost auf der Haben-Seite des Kulturjahres 1983 verbucht werden.

Der zweite gewichtige Schwerpunkt der Gruppe ist, wie schon erwähnt, der Ansatz Museen und sonstige Sammlungen. Nicht so dauernd im Brennpunkt der Medien und daher im öffentlichen Bewußtsein wie die eben abgehandelten Kapitel, scheint mir die Arbeit der hier Beschäftigten nicht immer sehr bedankt. Während die einen sich mit öffentlicher Kritik auseinandersetzen müssen, habe ich den Eindruck, daß sich die anderen um Verständnis in der Bürokratie bemühen müssen. Hier geht es in der Regel nicht um spektakuläre Auftritte, sondern um penible Erstellung von Inventarlisten, um Zuteilungen von dafür notwendigen Praktikanten, um Aufseherposten und immer wieder um neuen Raum für die umfangreichen, wertvollen Sammlungen. Oft bedarf es erst einer Kontrolle des Landesrechnungshofes, um für die Beseitigung längst aufge-

zeigter Mängel die nötigen finanziellen Mittel zu erhalten. Seit September wird wieder überprüft, hoffentlich auch die stetig wachsende Gefährdung der Sammlungen. Dieses vermeintliche Blühen im Verborgenen täuscht aber. Allein seit Anfang dieses Jahres bis Ende November haben fast 430.000 Menschen das Joanneum besucht, um 15,4 Prozent mehr als im Vorjahr. Unser Joanneum gibt kräftige Lebenszeichen von sich in Form von Sonderausstellungen und Veranstaltungen seiner zahlreichen Abteilungen, auch außerhalb von Graz. Diese kräftigen Lebenszeichen werden sogar in Großbritannien von der europäischen Museumsvereinigung wahrgenommen, die dem Europarat das Landesmuseum Joanneum als erstes österreichisches Museum für die Verleihung des „Europa-Preises für das Museum des Jahres“ vorgeschlagen hat. Es ist zu hoffen, daß die Reise des Direktors nach Paris Anfang Mai 1984 zur Entgegennahme des Preises, als im Interesse des Landes gelegen, doch ihre budgetäre Bedeckung finden wird. Abschließend zum Thema Museum möchte ich aus einem Bericht des Direktors des Joanneums, Dr. Friedrich Waidacher, an das Kuratorium zitieren und ihm und allen seinen Mitarbeitern für ihre wirklich aufopferungsvolle Arbeit danken, ich nehme an, das auch in Ihrem Namen, meine Damen und Herren, tun zu dürfen. Ich zitiere: „Allen Widrigkeiten zum Trotz werden sich jedoch die Mitarbeiter des Joanneums auch künftig mit Herz und Verstand für ihr Museum einsetzen: Sie fühlen sich nämlich nicht nur dann dem Auftrage ihres Stifters verpflichtet, wenn die Öffentlichkeit zusieht, wenn es gilt, Feste zu feiern, sondern auch im mühevollen Alltag.“ Ende des Zitates.

Nun ganz kurz zu einer Institution, die eigentlich sonst immer nur in der Budgetgruppe 7 zur Sprache kommt: das steirische Heimatwerk. Ursprünglich dem Steirischen Volkskundemuseum angegliedert, stammten seine Statuten aus der Feder von Viktor von Geramb. Die vordringlichste Aufgabe des Heimatwerks, die Pflege und Förderung der heimischen Volkstracht und des steirischen Kunsthandwerks, ist eine kulturelle Aufgabe, die aber nur erfüllt werden kann, wenn der Geschäftsbetrieb auf gesunden Beinen steht. Lobend sei erwähnt, daß sich das Heimatwerk unter den Landesgesellschaften in den letzten Jahren immer wieder dadurch hervorgetan hat, daß es das Land finanziell nicht belastet hat. Im Gegenteil: Der von der Steiermärkischen Landesregierung dem Heimatwerk mit einem Nutzungsvertrag überlassene desolote Heimatsaal wird aus den Gewinnen des Heimatwerkes wieder hergerichtet und neu gestaltet, um so seiner ursprünglichen Bestimmung wieder zurückgegeben zu werden. Dadurch wird das Landesbudget, über das ja hier gesprochen wird, sogar entlastet. 1984 wird das Heimatwerk sein 50jähriges Bestandsjubiläum durch verschiedene Festveranstaltungen begehen. Durch seine Trachtenschauen, die Vorbildcharakter haben, wird nicht nur der kultivierte steirische Lebensstil gefördert und gepflegt, sondern es erhält der einschlägige Wirtschaftszweig dadurch auch einen wünschenswerten Auftrieb.

Abschließend ein Wort zu der auf uns zukommenden Landesausstellung „Erz und Eisen in der Steiermark“, die von Mai bis Oktober in Eisenerz zu sehen sein wird. Mit Freude erinnern wir uns an die Landesausstellung

1982 in Stainz, die über 230.000 Besucher angelockt hat. Ich möchte aber davor warnen, die Erwartungen an dieser Ziffer zu orientieren, weil sie sicher durch die Person Erzherzog Johanns, dem diese Ausstellung galt, ganz wesentlich beeinflusst war und Stainz verkehrsmäßig viel günstiger gelegen ist als Eisenerz. Sollte in Eisenerz die Zahl von 100.000 Besuchern erreicht werden, so wäre das schon ein Riesenerfolg, der der Region eine ganz wesentliche Belebung bringen würde. Wir dürfen uns mit Recht auf eine gut vorbereitete und gestaltete Ausstellung mit einem umfassenden und vielschichtigen Rahmenprogramm freuen. Alle Anzeichen sprechen dafür. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Zdarsky: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Chibidziura. Ich erteile es ihm.

Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: Sehr geehrte Frau Präsident, Hohes Haus!

Meine Vorredner haben schon so viel über Kultur gesprochen, und Sie müssen nicht fürchten, daß Sie heute eine Vorlesung über die Blasmusik von mir hören. (Abg. Dr. Schilcher: „Warum nicht!“) Ich habe schon sehr genau nachgesehen, ob die Blasmusik auch anständig dotiert ist, und sie ist mit einer Verdoppelung des vorjährigen Etats vollauf zufriedengestellt. Ich kann nur sagen: „Brav, Herr Landesrat. Sehr gut, die Blasmusikkapellen werden eine Freude haben.“ (Allgemeiner Beifall. – Abg. Schrammel: „Falsch blasen darf man nicht!“) Das falsche Blasen hängt auch ein bißchen mit Können zusammen, denn Kunst kommt ja vom Können. Nur ein Wort noch dazu. Ich hoffe und bitte darum, Herr Landesrat, daß diese Dotierung auch in den kommenden Jahren beibehalten wird und hoffe, daß sie nicht nur im Hinblick auf die im Jahre 1985 kommenden Gemeinderatswahlen geschehen ist.

Ein Wort möchte ich noch zum Kameraden Kirner sagen, keine tatsächliche Berichtigung, sondern ich möchte nur darauf aufmerksam machen, daß nicht der valorisierte Anteil des Fernsehschillings erhöht wurde, sondern der ganze Fernsehschilling.

Nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, heute möchte ich mich dem steirischen Musikschulwerk zuwenden. Sie wissen ja selbst, daß das steirische Musikschulwerk heute ein ganz wichtiger Faktor im steirischen Kulturleben und nicht mehr wegzudenken ist. In den Richtlinien des steirischen Musikschulwerkes steht unter anderem: „Die Aufgabe der Musikschule ist es, in der ländlichen Lebensgemeinschaft durch die Erziehung musikfreudiger Jugend, durch die Aktivierung und Pflege des Musizierens der Laien, durch die Entfaltung und Betätigung der künstlerischen Kräfte ihrer Lehrer und durch gastliche gelegentliche Heranziehung von auswärtigen Kunstkräften eine geregelte Musikerziehung und eine kulturwürdige Musikpflege zu gewährleisten.“ Es ist nicht Sinn und Zweck, Berufsmusiker bis zur höchsten Reife heranzuziehen, das sei den Musikhochschulen überlassen, sie muß aber imstande sein, den Schülern ein gründliches und ausreichendes instrumentales sowie allgemeines musikalisches Wissen zu vermitteln. Die Schule soll bei der Wahl des Instruments möglichst beratend und lenkend eingreifen. Sie hat aber auch die

Aufgabe, möglichst breite Kreise der Bevölkerung für die Musik zu interessieren und eine positive Einstellung zu dieser zu bringen. Die Musikschulen im ländlichen Raum sind Gemeindemusikschulen. Das Land Steiermark gewährt nur einen Zuschuß zum laufenden Aufwand an die Gemeinden. Aus der Sicht der Gemeinden ist es „nur“. Dieser ist im Jahre 1984 mit 64,880.000 Schilling präliminiert. Das Land Steiermark übernimmt damit die Kosten der Musikschulleiter zu 100 Prozent, und für die Musiklehrer, die Gemeindeangestellte der jeweiligen Musikschulsitzgemeinde sind, zahlt das Land Steiermark, egal, ob sie diplomierte Musiklehrer oder als sonstige eingestuft sind, einen Pauschalbetrag. Dieser errechnet sich aus der Summe der Bezüge der gesamten Musiklehrer, dividiert durch die doppelte Anzahl der Musiklehrer, das heißt, ungefähr die Hälfte des Bezuges eines Musiklehrers ohne Zulagen. Das ergibt die Situation, daß Musikschulen mit angelernten Kräften überdurchschnittlich gefördert werden, wogegen Musikschulen mit gut ausgebildeten, natürlich damit auch teureren Lehrern im Verhältnis zu den bezahlten Gehältern, unterdotiert sind. Weiters wurden alle Fahrtspesen wie auch der Investitionszuschuß und die Konzertsabvention für die einzelnen Musikschulen gestrichen. Ich sage das nicht, weil ich gegen Sparen bin, im Gegenteil, aber die Gemeinden wissen in keinem Jahr, was sie wirklich bekommen werden, und die Musiklehrer wissen nicht, ob die Gemeinden sich die Musiklehrer noch leisten können. Der Regierungsbeschluß über die Übernahme von 100 Prozent des Gehaltes der Musikschuldirektoren und 50 Prozent der Musiklehrer wird mit der Pauschalabgeltung praktisch nicht mehr eingehalten. Aus der Sicht der Gemeinden ist das natürlich eine Benachteiligung. Meine sehr geehrten Damen und Herren, und wissen Sie überhaupt, daß es einen Beruf der Musiklehrer gesetzlich und einstuftungsmäßig noch gar nicht gibt? Weiters gibt es steiermarkweit an den Gemeindemusikschulen verschiedene Lehrverpflichtungen von 22 bis 28 Wochenstunden je Lehrer. Auch die Unterschiedlichkeit der Elternbeiträge, sprich monatliches Schulgeld für den Musikunterricht, liegt zwischen 100 Schilling bis zu 750 Schilling. Sie haben richtig gehört. Zwischen 100 Schilling und 750 Schilling je Kind. Dies hängt aber nicht nur von der finanziellen Leistungskraft einer Schulsitzgemeinde ab, sondern verhält sich reziprok zur Einstellung der Gemeindeväter zur Kultur. Wer in der letzten Zeit die Zeitungen aufmerksam verfolgt hat, mußte bemerken, daß gerade über den Weiterbestand von Musikschulen und deren weitere Probleme viel geschrieben wurde. Beispiele hierfür waren die Musikschulen Murau, Radkersburg, Mureck und so weiter. Ich kenne diese Probleme der Musikschulen beziehungsweise der Gemeinden vom Standpunkt des Bürgermeisters ganz besonders, wenn die Bürgermeister der umliegenden Gemeinden aus politischen Gründen eine Unterstützung einer Musikschule in der Nachbargemeinde nicht begrüßen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, es gibt noch kein Gesetz, das die Gemeinden zwingt, den ganzen oder teilweisen Mehraufwand einer Musikschule zu übernehmen. Große Teile des steirischen Musikschulwerkes segeln im gesetzlich freien Raum. Ausgenommen davon ist das Konservatorium, dort wird alles vom Land bezahlt, zu 100 Prozent, Leiter und Lehrer mit nur einer Stundenverpflichtung von 22 Stunden, während

sonst im gesamten Land bis zu 28 Stunden pro Woche Verpflichtung besteht. Die Musiklehrer sind pragmatisiert eingestuft in L 1, haben Verträge als Professoren. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ist dies Gerechtigkeit? Lehrverpflichtung hier 22, dort 28, die gleichen Lehrer hier in L 1 eingestuft, dort in L 2.

Wie sieht es nun mit der Leistung aus? Was ist bei einem Leistungsvergleich überhaupt abzulesen? Die Schüler, die aus dem Konservatorium an die Hochschule für Musik und darstellende Kunst wollen, haben bei den Aufnahmeprüfungen die geringsten Erfolgsquoten. Darüber hinaus gibt es aus dem vielgepriesenen Konservatorium kaum Teilnehmer, geschweige denn Sieger bei den Wettbewerben „Jugend musiziert“. Die Frage ist warum? Es gibt auch im Land Steiermark keinen Landesmusikschulinspektor, der die Leistungen der Musikschulen und damit auch die Effizienz der vom Land Steiermark eingesetzten Geldmittel überprüfen würde. Wollte man die derzeitigen Ergebnisse bei den verschiedensten Wettbewerben zur Beurteilung heranziehen, so muß neidlos die Musikschule Gleisdorf als eine der erfolgreichsten Musikschulen Steiermarks genannt werden. Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Musikschulen als große Chance zur sinnvollen Freizeitgestaltung unserer steirischen Jugend, aber auch als Wiege des ländlichen Kulturträgers Blasmusik, die ja als Bindeglied der Gemeinschaft in den Gemeinden gilt, als Musik- und Gesangsattraktion für den steirischen Fremdenverkehr brauchen eine Neuordnung. Das steirische Musikschulwerk braucht eine gesetzliche Basis, ein steirisches Musikschulgesetz. Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Land Oberösterreich, das ja immer als großes Vorbild der steirischen ÖVP herangezogen wird, wie es sich ja beim Pendlerpauschale bestätigt hat, bietet auch hier eine Möglichkeit, das in der Praxis bereits bewährte Modell in die Steiermark zu übernehmen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Eltern von zirka 15.500 Musikschülern, die ihren Kindern eine musikalische Ausbildung zukommen lassen wollen, fordern eine steiermarkweite Gleichbehandlung bei den Elternbeiträgen. 635 steirische Musiklehrer, die wegen gesetzlicher Nichtexistenz an den sozialen Fortschritten ihrer Pflichtschulkollegen im Lehrverpflichtungsbereich nur partiell teilhaben können, rufen nach mehr Gerechtigkeit, nach einer einheitlichen Lehrverpflichtung, nach einheitlichen Richtlinien für die notwendige Qualifikation und Einstufung von Lehrern und Leitern. Und die Hochschule für Musik und darstellende Kunst hätte gewissermaßen auch keine Existenzberechtigung, wenn jene hochqualifizierten Fachkräfte, die dort ausgebildet werden und die über ihr Wissen und Können einen positiven Abschluß als diplomierte Musiker, als Lehrbefähigte oder als Doktoren der Musikwissenschaft nachweisen können, keine gesetzliche Verankerung im steirischen Musikschulwesen finden könnten. Die Einbeziehung der Musiklehrer in das Gemeindebedienstetengesetz wäre sicherlich ein Schritt in Richtung mehr Gerechtigkeit. Ich persönlich aber glaube, daß wir mit einem steirischen Landesmusikschulgesetz in Verbindung mit einem von uns beantragten steirischen Musikschulplan, in den sich die Gemeindemusikschulen einschulen lassen könnten, jene Entwicklungen für die Zukunft im Auge

haben, die wir als Steiermärkischer Landtag unserer Jugend, der steirischen Bevölkerung, der Kunst, der Kultur und dem steirischen Fremdenverkehr schuldig sind. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Zdarsky: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete DDr. Steiner. Ich erteile es ihm.

Abg. DDr. Steiner: Frau Präsident, Hohes Haus!

Ich habe gestern im Kapitel 2 über die Schulsituation gesprochen, und ich halte mich legitimiert, auch etwas zur Erwachsenenbildung zu sagen. Volksbildung, noch immer in Österreich genannt, auch im Artikel 14, die Franzosen sprechen von der „education permanente“, das ist der Terminus. In der internationalen Welt spricht man von der Erwachsenenbildung; neue Terminologie im deutschen Raum: Weiterbildung. Es geschieht viel für die Erwachsenenbildung in der Steiermark. Aber die Erwachsenenbildung soll kein Appendix, kein Wurmfortsatz der Schule sein, sondern eine legitime, genauso engagierte Angelegenheit für Bildung, wie die Schule selbst. Die Bildung, die Weiterbildung hört nicht mehr auf. Wir haben leider in ganz Österreich kein Erwachsenenbildungsgesetz. Jeder Unterrichtsminister hat es in der Schublade gehabt, von Hurdes herauf bis Sinowatz. Ob Zilk schon eines hat, ich weiß es nicht. Hätte er eines, würde er schon davon reden. Nun, es ist aber zu keinem Erwachsenenbildungsgesetz gekommen, weil man eben aus Kompetenzstreitigkeit nicht dazugekommen ist, soll es Landessache sein, soll es Bundessache sein. Wir haben Gott sei Dank ein Erwachsenenbildungsförderungsgesetz, auf das sich alle Parteien 1973 geeinigt haben, denn laut dem Legalitätsprinzip, Artikel 18 der Bundesverfassung, keine Verwaltungstätigkeit, kein Geldausgeben ohne gesetzliche Grundlage. Auch keine Lehrertätigkeit ohne gesetzliche Grundlage. Daher ist es sehr sinnvoll und notwendig, daß wir auch in der Steiermark ein Kulturförderungsgesetz bekommen, und ich habe gehört, es ist in Begutachtung, und wir werden demnächst als Basis aller Kulturförderungstätigkeit in der Steiermark dieses Gesetz haben. Auf Bundesebene sind zehn große Gemeinschaften vereinigt unter dem Titel KEBÖ, wieder eine berühmte Abkürzung, Konferenz der Erwachsenenbildung Österreichs. In Strobl treffen sich diese zehn Großverbände alle Jahre, und unter diesen zehn Großverbänden sind viele kleine Verbände subsummiert und vereinigt. Allein in der Steiermark arbeiten 23 Institutionen und werden nach dem Ausweis hier im Budget mit 5,5 Millionen Schilling subventioniert. Es sind dies die berufsbildenden Institutionen der Kammer, wie das Wirtschaftsförderungsinstitut, das Ungeheures in der Steiermark leistet für Unternehmer, für Selbständige und Unselbständige im Bereich der gewerblichen Wirtschaft. Ebenso das Berufsförderungsinstitut, das Landwirtschaftliche Förderungsinstitut. Dazu kommt die volkswirtschaftliche Gesellschaft, wenn man jetzt die berufsbildenden Institutionen nennt, die ein reiches Spektrum der ständigen Weiterbildung in Wirtschaftsräumen abdecken. Es gibt einen Verband der Volkshochschulen. Die Volkshochschule der Arbeiterkammer, die an 120 Orten der Steiermark durch ihre Kurse präsent ist. Wir haben das reiche Programm der Urania, wir haben ein ausgebautes Büchereiwesen in

der Steiermark. Der große Verband der Volksbüchereien, und es ist ein Verdienst des Landeskulturreferenten, daß er in Zusammenarbeit mit der Förderungsstelle des Bundes und auch mit den Pfarrbüchereien immer wieder neue Büchereistellen eröffnet und so das Büchereisystem in der Steiermark sehr ausgebaut wird. Denken wir an die breite Basis unserer Bildungshäuser, Retzhof, St. Martin – älteste Bildungsstätte in der Steiermark –, und dann die Bildungshäuser der Kirchen, Raiffeisenhof, Otto-Möbes-Schule, Mariatrost, Frauenberg; eine großartige Palette von Bildungsangeboten in aller Form für Schulungen, Kurse, Seminare. Dazu kommen die politischen Bildungshäuser, das große Angebot für politische Bildung, etwa das Josef-Krainer-Haus oder das Karl-Renner-Institut. Hier müssen wir sagen, in der Steiermark finden großartige Begegnungen statt, auch durch die steirische Akademie, die ich besonders hervorheben wollte. 1960 vom Altmeister der steirischen Kulturpolitik, Professor Hanns Koren, begonnen und jetzt weitergeführt durch den Landesrat Professor Jungwirth. Voriges Jahr die Gottesfrage, heuer Moral, eine Einrichtung, die international Beachtung gefunden hat, denken wir an die Sendung von RIAS Berlin durch Herrn Kicker. Mit viel Engagement von den steirischen Akademien berichteten unsere Medien. Ich möchte ihnen dafür auch recht herzlich danken. Sie haben das kulturelle Leben der Akademie international bekanntgemacht. Nach einer Studie von Professor Freisitzer, dem Soziologen und gewesenen Rektor der Grazer Universität, besuchen allerdings nur etwa 17 Prozent der Bevölkerung die Einrichtungen der Erwachsenenbildung. Das heißt nicht, daß sie sich nicht weiterbilden. Von diesen 17 Prozent sind es nur 14 Prozent Arbeiter, und da gibt es auch Studien, warum, was ist die Ursache? Unsere Bildungsangebote finden meistens abends und des nachts, wo die Menschen müde, abgekämpft sind, statt. Daher müßte es Bildungseinrichtungen in der Freizeit, am Wochenende geben. Die letzte Konsequenz wäre aber der Bildungsurlaub. Was motiviert den einzelnen überhaupt, die Erwachsenenbildung zu beanspruchen? Doch der Drang zur Erkenntnis, wie Aristoteles sagt, „Von Natur aus verlangt der Mensch zu wissen, solange er Mensch ist“, und auch um der beruflichen Mobilität willen. Heute ist die berufliche Mobilität ein Gebot der Stunde. Wir sprechen von einer horizontalen Mobilität, sei es Schulung, Umschulung und nochmals Schulung. Wir wissen, daß heute der Mensch drei, vier Berufe im Leben haben wird, wenn er berufstätig sein kann und einen Arbeitsplatz hat. Dann sprechen wir von der vertikalen Mobilität, das heißt jenes Angebot an Erwachsenenbildung zum Aufstieg. Denken wir an den zweiten Bildungsweg, die Abendschulen, die Gymnasien für Berufstätige, aber auch die Werkmeisterkurse im Rahmen der Volkshochschulen. Alles große Angebote, und dann wird aber auch die Erwachsenenbildung beansprucht, genutzt, sinnvoll die Freizeit zu gestalten. Es hat ein Soziologe gesagt: „Erwachsenenbildung fördert auch die Kommunikation. Durch Volksbildung – Volk-Bildung – Gemeinschaft.“ Alle zehn Jahre verdoppelt sich heute die Summe der Informationen, über welche die Wissenschaft insgesamt verfügt. Man hat berechnet, daß die Gesamtzahl aller Forscher, die in den Jahrtausenden vom Beginn unserer Kultur bis zum Anfang dieses Jahrhunderts den babylonischen Turm der europäischen Wissen-

schaft errichtet haben, nicht größer ist als die Summe der in unserer Gegenwart gleichzeitig arbeitenden Wissenschaftler. Die Arbeitskraft dieser Armee von Forschern, ihr Einfallsreichtum, ihre Energie verändern alle Lebensbereiche in einem immer schnelleren Tempo. Dieses Tempo muß der Mensch mitmachen, um nicht unter die Räder zu kommen. Alle Arbeitsgruppen, alle Berufsgruppen, auch Frauen müssen alles tun, um dieses Tempo mitzuhalten. Die Erwachsenenbildung ist ein Gebot der Stunde. Der Staat, die Verantwortlichen im Land und Bund müssen an der Erwachsenenbildung interessiert sein. Wenn es in einer internationalen Konferenz in Montreal geheißen hat: Erwachsenenbildung, ein Gebot der Stunde. Da sprachen manche Länder: Erwachsenenbildung geschieht bei uns im Kampf gegen das Analphabetentum. Die Franzosen haben gesagt, Erwachsenenbildung im Kampf gegen Analphabetisme litteraire, das literarische Analphabetentum. Noch immer gibt es mehr Menschen, die zum Sehen geboren, zum Schauen bestellt sind, aber zu lesen aufgehört haben, obwohl sie Lesen und Schreiben gelernt haben. Daher müßte man meinen, es werden zu Weihnachten mehr Bücher geschenkt als im Jahr gelesen. Es könnte sein, daß von der Erwachsenenbildung Anstöße kommen, um die gesamte Volksbildung zu heben. Der Staat müßte interessiert sein, aus demokratischen Gründen mündige Bürger zu haben, sie sind dann auch fähiger, richtige Entscheidungen zu treffen, wie Zwentendorf ja oder nein abzustimmen. Manchmal wissen sie nicht, wie sie abstimmen sollten. Bildung kennt Umwegrentabilität, Bildung fördert das Wirtschaftswachstum, Bildung rentiert sich auf jeden Fall. Daher noch mehr Einsatz für die Erwachsenenbildung, mehr Werbung. Die berufstätige Bevölkerung ist darauf orientiert, hier Bildung zu konsumieren. Daher wäre auch zu erwarten, daß vom Bund und vom Land die Mittel für die Erwachsenenbildung erhöht werden. Hoffen wir, daß ein gutes Kulturförderungsgesetz für eine gerechte, sinnvolle Verteilung der Mittel geschaffen wird, daß aber auch vom Bund noch mehr Mittel für die Erwachsenenbildung kommen. Sie sind seit einiger Zeit ein bißchen eingefroren. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Zdarsky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Hammer. Ich erteile es ihm.

Abg. Hammer: Frau Präsident, meine Damen und Herren!

Im Kapitel Kunst, Kultur und Kultus ist doch ein beträchtlicher Anteil unseres Budgets verankert. Es gibt in der Kunst und in der Kultur viele Wünsche auch an dieses Budget, um sie finanziell zu befriedigen. Es ist nicht immer leicht, den Einsatz dieser Mittel unseren Bürgern gegenüber zu rechtfertigen. Es ist immer wieder zu bemerken, daß Kunst und Kultur hier in Graz zentralisiert sind und das Interesse dafür in unseren Randbereichen der Steiermark abfällt. Das Verständnis für Kunst und Kultur geht doch auch im wesentlichen mit der Entfernung von Graz verloren. Und deshalb ist es für uns immer schwierig, den Einsatz dieser Mittel auch zu vertreten. Besondere Kritik erfährt hier der „steirische herbst“ immer wieder. Wenn er auch von den einzelnen Rednern hochgelobt wird, so darf ich doch das sagen, was sich der Steirer und die Steirerin

draußen denken, die weiter von Graz entfernt sind, daß sie nicht immer all den Einsatz gut heißen. Ich glaube aber, daß es ein guter Einsatz ist. Nur, meine Damen und Herren, wir sollten vielleicht versuchen, den „steirischen herbst“ in unsere Steiermark hinauszuverlagern, hinauszubringen zu den Menschen, wo sie zu Hause sind. Und da könnte sich mit der Landesausstellung 1984 in Eisenerz eine gute Gelegenheit bieten, daß man den „steirischen herbst“ mit der Landesausstellung in Eisenerz hinausträgt und so eine Verbindung zu den Menschen dort draußen schaffen könnte. Ich glaube, daß es überhaupt notwendig ist, weiterhin tätig zu sein, Kunst und Kultur hinauszutragen. Denn auf Grund der geographischen Lage unserer Steiermark ist es für den einzelnen Kunst- und Kulturkonsumenten, wenn ich dieses Wort gebrauchen darf, doch oft sehr schwer, nach Graz zu kommen, um hier Veranstaltungen und Aufführungen zu besuchen. Deshalb noch einmal meine Bitte, alle Anstrengungen zu treffen, um auch weiterhin Kunst zu dislozieren, wie man vielleicht sagen könnte, hinaus zu den Menschen in unserer Steiermark, damit wir auch das Verständnis für den Einsatz dieser Mittel bei unseren Steirerinnen und Steirern entsprechend wachrufen können. Es ist ja schwierig für den einzelnen, die Kunstbereiche zu unterscheiden. Das Angebot ist derart groß, und die Verwirrung, die durch die Medien noch dazukommt, ist für den einzelnen oft undurchschaubar. Und deshalb müssen wir uns bemühen, die Kunst dorthin zu bringen und das Verständnis dafür in unseren Mitbürgern zu wecken.

Meine Damen und Herren, wenn der Herr Kollege Pfohl die Landesausstellung 1984 in Eisenerz bereits angezogen hat, dann darf ich vielleicht mit etwas Lokalpatriotismus doch sagen, wir glauben, daß wir mehr als 100.000 Besucher erreichen. Aber ich verstehe sein Argument, wir sollten uns die Ziele nicht zu hoch stecken, denn was er gesagt hat, ist inhaltlich genau richtig, die geographische Lage, das Thema vielleicht. Eines kann ich Ihnen sagen: Mit dem Entschluß, die Landesausstellung 1984 nach Eisenerz zu geben, haben Sie alle gemeinsam dazu beigetragen, daß in dieser Region eine Tätigkeit eingesetzt hat, eine Belegung eingesetzt hat, die sicherlich große Auswirkungen für die Zukunft in dieser Region haben wird. Es ist ein emsiges Werken, Planen und Streben nach Veranstaltungen um diese Landesausstellung herum bereits eingetreten. Jeder einzelne bemüht sich. Ich darf sagen, diese Landesausstellung 1984 ist bereits jetzt so in das Bewußtsein dieser Region, der Menschen eingedrungen, daß sie sicherlich auch nach 1984 noch weiterwirken wird. Meine Damen und Herren, aber um das Weiterwirken auch tatsächlich etwas zu verstärken, hat sich im regionalen Entwicklungsverband Eisenerz die Projektgruppe „Steirische Eisenstraße“ gebildet. Die Projektgruppe „Steirische Eisenstraße“ befaßt sich mit der Aufbereitung unserer Montandenkmäler, gerade in dieser Region von Leoben bis derzeit Großreifling, aber wir wissen, daß die steirische Eisenstraße bis nach Altenmarkt gehen wird und gehen muß und wahrscheinlich noch über die steirische Grenze hinaus bis in den oberösterreichischen Raum, etwa bis Steyr, weil hier die Verbindung zur Eisenverarbeitung entsprechend gegeben ist. Diese Projektgruppe hat sich zum Ziel gesetzt, diese steirische Eisenstraße für den Tourismus entsprechend aufzubereiten. Die Projekt-

gruppe hat heuer im Sommer einen Besuch in England gemacht, in Iron Bridge, das liegt in der Nähe von Wolverhampton. Dort gibt es ein interessantes Industriemuseum, wo auch die Geschichte und Entwicklung der englischen Eisen- und Stahlindustrie dargestellt werden. Dieser Besuch war für uns derart beeindruckend, daß man nämlich in diese Gegend im Jahr 250.000 Besucher bringt und mit Besuchereintrittsgeld und mit der Auflage von Druckwerken aus diesem Industriemuseumbereich einen jährlichen Umsatz von 33 Millionen Schilling erzielt. Das ist der Ansporn für uns, die „Steirische Projektgruppe“, hier weiterzumachen, weil wir glauben, mit dem Industrietourismus doch auch eine Belebung in eine Region zu bringen, wie wir es in Iron Bridge in England gesehen haben. Die leitenden Herren haben uns dort zum Beispiel erzählt, daß es vor drei Jahren in dieser Gegend noch kein Elektrogeschäft gegeben hat, wo man Kassetten für einen Kassettenrecorder hätte kaufen können. Doch jetzt merkt man dort eine spürbare Belebung der Gastbetriebe, der Kleingewerbebetriebe und der Nahversorgung. Diese Dinge sind zwar in unserer Region bereits alle vorhanden, aber ich glaube, wir können damit den Bestand weiter absichern, wenn wir uns bemühen, die steirische Eisenstraße entsprechend aufzubereiten. Ein erster Beginn wurde damit gesetzt, daß bereits ein Eisenstraßenführer herausgebracht wurde, der eine Beschreibung dieser Region mit sich bringt. Ich darf dazu sagen, es ist geradezu großartig, wie hier bereits bestehende Organisationen und Vereinigungen, wie der Montanhistorische Verein, der Verein der Freunde des Radwerkes 4, für diese Region bereits großartige Arbeit geleistet haben. Es fehlte aber noch immer die Zusammenfassung, das gemeinsame Anbieten, die gemeinsame Präsentation. Und mit diesem steirischen Eisenstraßenführer, der noch als Untertitel dazubekommen hat „Ein Reisebuch zur Landesausstellung 1984 in Eisenerz“, glauben wir, diese entsprechende Zusammenfassung geschaffen zu haben. Meine Damen und Herren, entschuldigen Sie mir eine kleine Eigenwerbung, aber dieses Buch können Sie bei mir noch bestellen oder kaufen. (Beifall vom Herrn Landeshauptmann.)

Meine Damen und Herren, ich glaube, daß es einfach notwendig ist, wenn wir uns mit der Erhaltung von Kunst- und Kulturgütern befassen, dann denkt man automatisch an Kirchen, an sakrale Einrichtungen, an ältere Gebäude, aber bisher nur wenig beachtet die Montandenkmäler, die Denkmäler unserer wirtschaftlichen, unserer technischen Entwicklung. Es wurden zwar technische Geräte in den Museen aufbewahrt, aber jene, die draußen stehen, die Erzeugungsstätten, die Entwicklung kann man eben in diesem Raum von Leoben bis Großreifling beziehungsweise Altenmarkt sehr genau verfolgen. Und es freut mich, wenn im Budget Ansätze drinnen sind, die zur Erhaltung dieser Montandenkmäler vorgesehen sind. Ich glaube, wir sollten gerade in dieser Richtung versuchen, noch mehr Mittel zu mobilisieren, damit diese Denkmäler erhalten bleiben können. Das englische Beispiel hat gezeigt, daß es auch von den Leuten angenommen wird, daß sehr wohl großes Interesse daran herrscht, wie sich bei uns die Arbeit entwickelt hat. Das kann natürlich nur an diesen Objekten anschaulich gezeigt werden. Ich möchte meinen, daß wir hier doch nach der Devise handeln sollten, das Historische, das Alte zu

erhalten, um die Zukunft zu sichern. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Zdarsky: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Maitz. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Maitz: Verehrte Frau Präsident, verehrte Damen und Herren!

In der Gruppe 3, Kunst, Kultur und Kultus, ist im außerordentlichen Haushalt, im Teil Arbeitsplatzförderungs- und Strukturprogramm, erstmals ein sehr beachtlicher Ansatz von 10 Millionen Schilling für die Revitalisierung historisch bedeutender Baudenkmäler enthalten. Diese 10 Millionen Schilling teilen sich in 5 Millionen Schilling als Beiträge an die Gemeinden und 5 Millionen Schilling für sonstige Beiträge. Der eine Grund für diesen Ansatz ist, daß wir den Begriff Umwelt sehr weit spannen und nicht nur die gesunden äußeren Lebensbedingungen, wie eben Luft, Wasser oder lärmfreies Wohnen, sondern die Gesamtheit der sozialen, ökonomischen, technischen und ästhetischen Gegebenheiten als Umwelt sehen wollen. Zum Schutz des kulturellen und historischen Erbes unserer Bausubstanz ist dieser Betrag über Initiative von Landeshauptmann Dr. Krainer erstmals in das Landesbudget aufgenommen worden: Seit etwa zehn Jahren hat sich der Begriff, der Wert dieser alten Bausubstanz wesentlich geändert. Wenn man seinerzeit alte Bürgerhäuser, Fassaden öffentlicher Bauten oder auch alte Bauernhäuser leichter mit einem modernistischen Gesicht ausgestattet hat und diese alte Struktur oft einem gesichtslosen Neubau geopfert hat, so ist das heute in der Wertigkeit ganz anders. Man erkennt wieder den Wert der alten Architektur von Bürger- und Bauernhäusern, von Schlössern und Kirchen, von Burgen und auch von öffentlichen Bauten.

Zu dieser Entwicklung haben sicherlich sehr wertvolle Einzelbeispiele, Ausstellungen und Fachaufsätze und auch das Denkmalschutzjahr 1975 beigetragen.

Der zweite und nicht unwesentlichere Grund ist, daß gerade Revitalisierungsinvestitionen, also Bauinvestitionen in Altbauten, sehr beschäftigungsintensiv sind und deshalb auch eine richtige Förderung im Sinne der Arbeitsplatzsicherung und -beschaffung darstellen. Der Schutz von altem Baugut ist unter dem Titel Denkmalschutz eigentlich eine reine Bundesaufgabe. Trotz der eingangs erwähnten Entwicklung des Wertewandels in der Erhaltung und Nutzung dieser alten Baustruktur sind die Bundesaussgaben im Budget 1984 für diesen Ansatz gekürzt worden. Die Förderungsmittel sind von 91,5 Millionen Schilling im Jahre 1983 auf 89,4 Millionen Schilling für das Jahr 1984 gekürzt worden. Diese 2,1 Millionen Schilling minus gehen eigentlich genau verkehrt zur öffentlichen Meinung und zu der von mir genannten Bewegung der größeren Wertschätzung alter Baudenkmäler. Diese Kürzung widerspricht eigentlich auch dem, was von Bundesseite immer wieder ausgedrückt wird. Die Verminderung der Förderung auf Bundesebene einerseits, der hohe Stellenwert der steirischen Baudenkmäler andererseits und die arbeitsintensiven Bauaufträge, die daraus kommen, haben uns veranlaßt, diese 10 Millionen Schilling neu ins Budget aufzunehmen.

Wenn man sich überlegt, daß bei der ohnedies bekannten Budgetrelation von 20 : 1 zwischen Bun-

des- und Landesbudget wir im Landesbudget 10 Millionen Schilling für diesen Zweck eingesetzt haben und daß der Bund insgesamt 89 Millionen Schilling hat und man nach dem Wohnbauförderungsschlüssel etwa 14 Prozent für die Steiermark nehmen kann, dann kommen dort 12,8 Millionen Schilling heraus. Wir haben also für die reine Bundesaufgabe Denkmalschutz und Sicherung wertvoller Bausubstanzen der Steiermark einen fast gleich großen Beitrag im steirischen Landesbudget 1984 wie der Bund, der eigentlich zuständig ist. Wenn wir nach der Budgetrelation eben dasselbe Geld ausgeben, dann leistet das Land Steiermark in Wahrheit für diese Bundesaufgabe zwanzigmal soviel wie der Bund.

Dieses Sonderförderungsprogramm hat für uns zwei wesentliche Aspekte. Erstens dem fortschreitenden Verlust der Bausubstanz verbunden mit einem scheinbar unaufhaltsamen Verlust an Gestalt und Erlebniswert entgegenzusteuern und zweitens mit diesen 10 Millionen Schilling beschäftigungspolitisch wichtige Initiativen zu setzen. Man könnte sich vorstellen, daß dieser Beitrag als 25prozentiger Zuschuß für Bauleistungen einer solchen Revitalisierung gegeben wird und damit einen Investitionsschub von rund 40 Millionen Schilling darstellt.

Wenn man sich noch überlegt, daß sich das Verhältnis Arbeits- und Materialeinsatz bei Revitalisierungen 70 : 30 verhält, nämlich 70 Prozent des Geldeinsatzes für Arbeit und 30 Prozent für Material, dann ist das geradezu eine mustergültige Förderungsmaßnahme zur Sicherung und Schaffung von Arbeit.

In den Förderungsrichtlinien könnte man sich vorstellen, daß erstens die Bedeutung des Baudenkmales – und hier muß es sich keineswegs um ein landesweit anerkanntes Baudenkmal handeln, sondern auch ein örtlich wertvolles Baudenkmal – in die Kriterien aufgenommen wird. Zweitens, daß die zukünftige Nutzung gewährleistet ist, drittens die Qualität der Planung entspricht und viertens die Finanzierung gesichert ist. Natürlich werden auch regionale Gesichtspunkte eine Rolle spielen und die sichtbare Beispielswirkung solcher Revitalisierungsvorhaben.

Landeshauptmann Krainer hat mit diesen 10 Millionen Schilling einen Investitionsschub von 40 Millionen Schilling in die steirische Bauwirtschaft für einen Bereich bewirkt, der wie kein anderer beschäftigungsintensiv wirken wird. Ich wollte das sehr deutlich sagen, weil das ein Musterbeispiel der Förderungspolitik ist, wie wir sie verstehen. Einerseits wertvolle steirische Bausubstanz erhalten und wieder nutzen und andererseits damit die höchstmögliche Beschäftigungswirkung zu erzielen. Ich hoffe, daß dieser Impuls in der Steiermark sehr gute Früchte tragen wird und daß dieses Programm sich in den nächsten Jahren fortsetzen lassen wird. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Zdarsky: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Neuhold. Ich erteile es ihm.

Abg. Neuhold: Sehr geehrte Frau Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Die Diskussion um die steirischen Musikschulen, unsere Blasmusikkapellen, die Gesangsvereine, kurzum um jenen Kreis von kulturschaffenden Men-

schen war eigentlich nie ein Thema in diesem Haus, wo sich die politischen Geister geschieden hätten. Ich möchte nichts wiederholen, was der Herr Kollege Chibidziura schon früher gesagt hat, aber doch auch namens meiner Fraktion wieder, wie alljährlich, daran erinnern, welche kulturelle Bedeutung dieser große Kreis von Menschen in unserem Land und in unserer Heimat im kulturellen Schaffen hat.

In der Gruppe 3, Kunst, Kultur, Kultus, sind unter Post 7305 die Zuschüsse an die Gemeinden zum laufenden Aufwand für die Erhaltung der Musikschulen enthalten. Es sind 64,8 Millionen Schilling. Das ist eine ständige Aufwärtsbewegung dieser Förderungspost. Wenn man aber bedenkt, daß es in 41 Musikschulen in den steirischen Gemeinden 12.500 Musikschüler sind und 530 Musiklehrer, die dort unterrichten, so glaube ich, ist diese Förderung mehr als gerechtfertigt, und ich bin auch sehr dankbar dafür. Viele Initiativen gehen von diesen Musikschulen aus. Wie schon gesagt, es ist eine Fülle von kleinen und kleinsten Kulturveranstaltungen, wovon das Dorf lebt und wovon die Menschen in unserer Heimat profitieren und mitleben und auch mitgestalten. Die Blasmusik ist ein ebenfalls nicht wegzudenkender Faktor in unserem Land. 381 Blasmusikkapellen sind es mit rund 13.000 aktiven Musikern. Wer einen Jahresbericht einer steirischen Blasmusikkapelle zur Hand hat und den Tätigkeitsbericht liest, der kann des öfteren vielleicht 70 bis 80 Proben im Laufe eines Jahres feststellen. Wenn man bedenkt, daß diese Proben nur in der Freizeit durchgeführt werden können und abends noch dazu, dann weiß man schon, von welchem Idealismus diese Blasmusiker eigentlich beseelt sind. Auch hier unter Post 7670 ein Förderungsbetrag von 1,8 Millionen Schilling, das ist offiziell um eine Million Schilling mehr als im Vorjahr. Ich bin sehr dankbar dafür, wenngleich auch die Relation zur Förderung des „steirischen Herbstes“ nicht ganz stimmt, das möchte ich hier auch anmerken, verbunden mit der Bitte, daß man vielleicht doch für das übernächste Jahr diese Relation etwas zugunsten der Förderung der steirischen Blasmusikkapellen verbessern könnte. Ich möchte es hier nicht versäumen, zu erwähnen, daß gerade über die Blasmusik viele internationale Kontakte gefunden werden konnten. Ich denke an einige Musikkapellen, nur im Bereich des Bezirkes Feldbach, die Kontakte und Partnerschaften mit ungarischen Musikkapellen aufgenommen haben, mit deutschen Musikkapellen und im letzten Rundschreiben unseres Landesverbandes vom Dezember ist zu lesen, eine Stadtkapelle der Höchsthöhe aus dem Raum des Blasmusikverbandes Baden-Württemberg möchte 1984 einen Ausflug in die Steiermark machen und bei einem Vereinsjubiläum und Bezirksmusikfest mitwirken. Ein Gegenbesuch in die Deutsche Bundesrepublik wird zugesichert. Ich meine, das ist ein musikalischer Austausch, worüber man nur froh sein kann, um auch diese internationalen Kontakte weiter zu pflegen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, vielleicht ist es so, daß in der Gesellschaft von heute alles, was unbezahlt und von Idealisten gemacht wird, von der zuhörenden Gesellschaft eigentlich als selbstverständlich angenommen wird. Daher, glaube ich, ist eine alljährliche Erwähnung hier im Hohen Hause notwendig. Die vielen musizierenden Gruppen unseres Hei-

matlandes, ob sie aus den Gesangsvereinen kommen, aus den Musikkapellen, aus den Musikschulen, verdienen es, und sie verdienen auch die Förderung. Sie ist gerechtfertigt. Sie werden es uns in Zukunft mit klingendem Spiel danken. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Zdarsky: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Trampusch das Wort.

Abg. Trampusch: Geschätzte Frau Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Gedenkjahre zogen ins Land und hinterließen ihre Spuren. Da gab es das Erzherzog-Johann-Jahr, gefolgt vom weniger adeligen, daher auch etwas ruhigeren Peter-Rosegger-Jahr. Ich hatte im Gedenkjahr des hohen steirischen Prinzen die Ehre, auf ein anderes, viel weiter zurückliegendes Ereignis hinzuweisen, das für die Geschichte unseres Heimatlandes aber ebenfalls nicht unerheblich war, nämlich auf den seinerzeitigen Bestand der Römerstadt Flavia Solva. In diesem Erzherzog-Johann-Jahr wurde der weiteren Erforschung dieser ehemaligen Verwaltungshauptstadt der Provinz Noricum Heil und Unterstützung zugesagt. Doch wie es halt unserem Erzherzog Johann als Reichsverweser erging, es wurde nichts Entscheidendes daraus, denn bis auf bescheidene Notgrabungen wurde eigentlich seither nichts mehr gemacht, und das tut uns allen sicher leid, obwohl die heimischen Archäologen inzwischen nachgewiesen haben, daß diese ehemalige Römersiedlung bereits mehr als 2000 Jahre alt ist. Es wäre daher an der Zeit, sich dieses runden Jubiläums zu besinnen. Schließlich ist es ja auch etwas, das einfach zur steirischen Geschichte gehört. Und der Herr Abgeordnete Dr. Maitz hat gerade früher lobend erwähnt, und das ist sicher richtig, daß sehr viel für die Revitalisierung getan wird und daß hier das Land, gemessen am Budgetvolumen, zwanzigmal mehr als der Bund ausgegeben hätte. Ich würde mich freuen, wenn das auch bei der archäologischen Forschung so wäre, denn der Bund hat in den letzten Jahren 500.000 Schilling zur Verfügung gestellt, das heißt, das Land hätte in der gleichen Analogie 10 Millionen Schilling zur Verfügung stellen müssen. Das wäre ein stolzer Erfolg. (Abg. Dr. Maitz: „Überall, wo der Bund zuständig ist, können wir nicht auch noch etwas bezahlen!“) Jetzt versuchen halt die Gemeinden, die Stadtgemeinde Leibnitz, die Gemeinde Wagna, gemeinsam mit den Archäologen eine archäologische Gesellschaft zu gründen, um so die Erforschung und Grabung weiter voranzutreiben. Wir bitten und erwarten auch hier die Unterstützung und die Hilfe des Landes.

Ich wollte eigentlich hier diesen Beitrag bringen, aber ich habe dann doch zwei Gründe, daß ich jetzt zum Kapitel 3 noch etwas anderes sagen darf. Zum einen hat mich der Herr Abgeordnete Grillitsch aufgefordert, nicht so zahm zu sein, und als Südsteirer kann ich mir das nicht ganz gefallen lassen, und zum anderen habe ich gestern sehr aufmerksam die Debatte zu den sogenannten Repräsentationsausgaben verfolgt und bin eigentlich sehr hellhörig geworden. Ich bin nicht ganz der Meinung, daß diese medienfreundlichen Empfänge des Landes Steiermark wirklich so viel an bleibendem Wert bringen, wie das sowohl der Herr Landeshauptmann Dr. Krainer wie auch der Herr Landeshauptmannstellvertreter hier ausgesagt haben,

weil nicht die gastronomischen Werte eigentlich ausschlaggebend sein sollten, sondern die kulturellen Werte. Wir sollten zugunsten der kulturellen Werte hier einen Privilegienabbau durchführen und Kosten, die für Empfänge da sind oder aufgewendet worden sind, für kulturelle Werte ausgeben. Ich bin nicht der Meinung, daß diese Zeitungsmeldungen ein Schauer-märchen sind, sondern daß sie eher Ausdruck der Meinung vieler Menschen in der Steiermark sind. Ist wirklich die Anzahl der Empfänge und der Empfangenen, ist wirklich die Anzahl der Händegeschüttelten einfach für das Ansehen und für die Ehre der Steiermark so entscheidend, denn es hat ja vorher viel weniger Empfänge gegeben, und das Ansehen der Steiermark war auch schon da. Also muß es auch andere Gründe dafür geben, und es kann nicht eine so starke Begründung dafür sein. Es ist schon gesagt worden, und gerade, weil wir beim Budget sind... (Abg. Dr. Maitz: „Die Zeiten werden härter. Ich weiß nicht, welche Empfänge Sie in Ihrer Gemeinde machen!“)

Genau. Die Zeiten werden härter, Herr Dr. Maitz. (Abg. Grillitsch: „Seit 1970 sind sie härter geworden!“) 1981 hat es 137 Empfänge gegeben mit insgesamt 23.695 Personen, im Jahr danach waren es 231 Empfänge, also um 94 mehr, und die Anzahl der Personen ist um 14.480 gestiegen. Eine Steigerung um 63 Prozent. (Abg. Grillitsch: „Das haben Sie gestern nicht begriffen!“)

Die Nachbedeckung im Jahre 1982 hat 27 Prozent bei den Empfängen betragen. Ich frage den Herrn Landeshauptmann, der selbst einmal im Nationalrat gesessen ist, jetzt paradoxerweise auf dem Sessel des Bundesrates sitzt, was würde er machen, wenn er jetzt noch im Nationalrat wäre und der Bundeskanzler hätte seine Verfügungsmittel für Empfänge um 27 Prozent im Jahr überschritten. (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Um sehr viel mehr, nämlich um fast das Doppelte. Wenn Sie wollen, lese ich Ihnen das noch einmal vor!“)

Wenn es wirklich so wäre, dann darf ich auf die Argumente der ÖVP-Abgeordneten im Nationalrat verweisen. (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Jawohl, das paßt genau zu Ihnen, Herr Bürgermeister!“) Dann würde ich sagen, auch das würden wir hier in der gleichen Weise als sozialistische Abgeordnete sagen. Es stimmt nicht, daß es einfach dargestellt wird, als sei das eine geringfügige Erhöhung. Es ist auch dem Bundesrechnungshofbericht 1981 auf Seite 15 zu entnehmen, daß der Schuldendienst der Steiermark um 4,5 Prozent höher liegt als der Durchschnitt aller Bundesländer. Das heißt, in einer Zeit, wo wir also einfach eine starke Verschuldung auch im Land Steiermark haben, ist es sicher vernünftiger, daß man darüber nachdenkt, ob es sinnvoll ist, solche Aufwendungen über ein gewisses Maß hinaus zu machen. Wir haben als sozialistische Abgeordnete im Finanz-Ausschuß einen Antrag eingebracht, daß jene Kosten, die für Empfänge des „steirischen Herbstes“ aufgewendet werden, für kulturelle Werte des „steirischen Herbstes“ verwendet werden. Leider ist dieser Antrag im Finanz-Ausschuß abgelehnt worden. Ich weiß nicht, ob das wirklich die Meinung der Mehrheit der steirischen Bevölkerung ist, denn dieser Run auf das kalte Buffet ist nicht immer ein so großes gesellschaftliches und kulturelles Ereignis, wie manche das hinstellen, und es

dient sicherlich nicht so sehr der Ehre des Landes Steiermark als der Ehre jener, die da Hände schüttern. Ich muß auch einen kleinen Beitrag zum „steirischen Herbst“ bringen, allerdings aus der Erfahrung und dafür gratis. Ich würde sagen: Ruhm ist vergänglich wie ein flüchtiger Hauch, doch vergänglicher noch ist Mayonnaise auf der Krawatte und ein Brötchen im Bauch. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Zdarsky: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Kollmann das Wort.

Abg. Kollmann: Frau Präsident, meine Damen und Herren!

Ich war jetzt gar nicht sicher, ob wir noch bei der Kulturdebatte sind, da die Gruppe 4 noch nicht begonnen hat, wohin das gehören würde, was uns der Kollege Trampusch nun mitgeteilt hat. Kollege Dr. Pfohl und auch Kollege Hammer aus Eisenerz haben schon die Landesausstellung Eisenerz und die steirische Eisenstraße genannt. Ich darf mich daher auf einige wenige ergänzende Feststellungen beschränken. Als am 29. Mai 1980 der Vizebürgermeister der Bergstadt Eisenerz, Ing. Fritz Robitschko, bei Herrn Landesrat Prof. Jungwirth aufgetaucht ist und seinen Vorschlag deponiert hat, im Jahre 1984 den Raum Eisenerz für die Durchführung der Landesausstellung vorzusehen, waren sicherlich viele etwas überrascht. Auch ich. Doch der Gedanke hat bekannterweise sehr rasch Förderer und Freunde gefunden. Was dabei herausgekommen ist oder herauskommen wird, sehen Sie, meine Damen und Herren, in den Erläuternden Bemerkungen zum Landesvoranschlag auf den Seiten 139 und 140. Es ist eine wahrlich große Palette von Veranstaltungen und von begleitenden Organisationen, die hier in die Wege geleitet wurden. Wenn am 12. Mai des kommenden Jahres die Landesausstellung „Erz und Eisen in der grünen Mark“ ihre Tore öffnen wird, werden wir alle eine sicherlich repräsentative Rundschau über das mehr als 1200 Jahre alte Eisenwesen in unserem Bundesland erleben können. Wir werden aber sicherlich noch etwas erleben – und das hat der Kollege Hammer bereits angedeutet. Wir werden eine offene und kontaktfreudige Region vor der prächtigen Landschaftskulisse des Erzberges und der Eisenerzer Alpen erleben. Offen und kontaktbereit werden sicherlich auch die Menschen in Eisenerz und Umgebung und entlang der Eisenstraße sein, denn diese Menschen, die in den letzten Jahren wahrlich nicht von einem Kultursegen verwöhnt worden sind, danken für diese Initiative mit ihrer Bereitschaft zur Mitarbeit und mit ihrem regen Interesse, was Kollege Hammer ebenfalls schon erwähnt hat. Wir wissen alle, daß die Pyramide der Altersstruktur in Eisenerz auf dem Kopf steht und daß die Jugend, einer Umfrage zufolge, sehr gerne in Eisenerz bleiben und Arbeit finden möchte. Wir können nur hoffen, daß die Auswirkungen der Landesausstellung im kommenden Jahr nachhaltig sein werden und daß sich nicht nur auf dem Gebiet des Fremdenverkehrs, sondern auch auf industriellem Gebiet für die Jugend dieses Raumes etwas tun wird. Ich möchte wirklich ehrlichen Herzens der Landesregierung und all jenen Damen und Herren sehr herzlich danken, die die Landesausstellung in Eisenerz zu ihrem Anliegen gemacht haben. Es wird damit das

große Interesse des Landes bekundet, eine durch Jahrhunderte in Hochblüte gestandene Wirtschaftsregion nicht veröden zu lassen und den Menschen in diesem Raum neue Möglichkeiten zu eröffnen.

Zum Schluß noch eine Bitte. Ich darf Sie alle, meine Damen und Herren, sehr herzlich ersuchen, diese Veranstaltung von steirischer und gesamtösterreichischer Bedeutung nicht nur zustimmend zur Kenntnis zu nehmen, sondern sie auch zu fördern, für sie zu werben, vor allem selbst zu kommen und damit jenen Menschen in diesem geographisch und strukturell etwas benachteiligten Raum auch einen Dank für ihren jahrhundertelangen Einsatz im Interesse der steirischen Wirtschaft abzustatten. Ich danke. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Zdarsky: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Prof. Dr. Eichtinger. Ich erteile es ihm.

Abg. Prof. Dr. Eichtinger: Der Herr Kollege Trampusch ist leider nicht hier. Ich wollte ihm nur sagen, daß Freundschaft auch ein großes Kulturgut ist. Es handelt sich hier um Gepflogenheiten, die Gott sei Dank schon Tausende Jahre alt sind, weil das das Zusammenleben der Menschen immer noch gefördert hat. Ich wollte dem Kollegen Trampusch auch noch sagen, jetzt ist er hier angekommen, daß ich schon einmal bedauert habe, als er hier einen seiner Bürgermeisterkollegen fertiggemacht hat. Ich habe es einmal hier erlebt, daß auch Feuerwehrleute zu ihm gekommen sind und draußen gesprochen haben, daß man es so nicht machen könne. Kollege Trampusch, Neid ist nicht Kulturgut, Neid ist Unkultur. (Beifall bei der ÖVP.) Es tut mir außerordentlich leid (Abg. Trampusch: „Fragen Sie die Bevölkerung!“), daß ich das hier sagen mußte. Solche Worte haben wir eigentlich von dir in dieser Art und Weise noch nicht gehört. Wir waren immer stolz darauf, daß wir dieses Klima des Landhauses so gestalten konnten. (Abg. Schrammel: „Der Trampusch hat seinen eigenen Stil. Er hat ihn jetzt schon!“ – Abg. Brandl: „Du hast deinen Stil auch gehabt!“ – Beifall bei der ÖVP.)

Mir tut es auch deshalb leid, weil ich einige Worte zu Peter Rosegger sagen wollte und weil ich mich gefreut habe, daß Kollege Kirner Rosegger in seiner Einstellung zu den Museen zitiert hat. Ich habe mich auch gefreut, daß Kollege Hammer hier erklärt hat, das Alte muß man erhalten, um die Zukunft zu sichern. Damit können wir wirklich die Feststellung treffen, die Geschichte unseres Landes ist Jahrtausende alt, und jeder ist vermessend, der annimmt, sie dauere nur einige Jahrzehnte. Ich bin glücklich, daß wir zu dieser neuen Einstellung gekommen sind. Wenn in den steirischen Berichten unser Landesrat Jungwirth festgestellt hat, daß Peter Rosegger Anfang der siebziger Jahre nicht gefragte Vergangenheit war und alle mit heraushängender Zunge in die Zukunft rannten, so stimmt das. Unzählige sind damals in einer Erneuerungseuphorie mitgetaumelt, der progressistische Zeitgeist hat triumphiert, und die Worte konservativ, Heimat, Vaterland oder Tradition oder auch Flavia Solva, und ich begrüße diesen Beitrag, Kollege Trampusch, sehr, auch diese Begriffe waren verpönt. Es kam dann später die Zeit der Realpolitiker, der Macher, doch diese verspielten

vielfach das Vertrauen zum Staat. Auch die geistigen Verluste wurden teils unübersehbar, das müssen wir alle feststellen, denn geistige und menschliche Werte kann man einfach nicht „machen“. Der Umschwung ist nicht zu übersehen, denn selbst – und das möchte ich hier noch sagen – einer der wildesten Theaterrevolutionäre Deutschlands, der alles Vergangene abgelehnt hat, jeden Klassiker, er hat sich zur Klage durchgerungen, und das ist ihm sicherlich schmerzlich gefallen, daß man ohne Vergangenheit nicht leben kann. Das ist der weitere Beweis einer neuen Einstellung. Es geht also um die Vergangenheit, um die Tradition, die selbstverständlich immer wieder kritisch zu überprüfen ist, denn nicht alles darf sich weitervererben. Auch das müssen wir hier feststellen.

Auch das Erbe Roseggers sollte in diesem Jahr neu überdacht werden, vorhandene Rosegger-Klischees durch neue Betrachtungen revidiert werden, wobei unbestritten ist, daß wir uns wirklich voll und ganz zur Person und zum großen Werk Roseggers bekennen, auf das wir wahrlich auch heute noch sehr stolz sein können. Die Kustodin Charlotte Anderle hat uns den anderen Rosegger zugänglich gemacht, den Publizisten Rosegger, der sich mit fast allen brennenden Fragen seiner Zeit kritisch auseinandersetzte und, wie Frau Anderle in dieser ausgezeichneten Arbeit feststellte, den herrschenden Ansichten seiner Zeit in vielen Bereichen um ein Menschenalter voraus gewesen ist.

Imponierend ist die Arbeit des Arbeitskreises Waldheimat, der unter Vorsitz von Bürgermeister Gallister aus Krieglach und des Fremdenverkehrsobmannes Hans Bruggraber fast alle Gemeinden zusammenfaßte zu zahlreichen gelungenen Veranstaltungen unter dem Motto „Mitfeiern in der Waldheimat – Rosegger-Jahr 1983“. Parallel zu diesen Waldheimat-Initiativen konzipierte ein Grazer Kreis unter dem Koordinator Dr. Dieter Czwenk die Vorbereitungen für das Rosegger-Jahr 1983 mit dem Ziel, eine Renaissance für diesen großen steirischen Schriftsteller einzuleiten. Beachtlich ist auch die Initiative des Fremdenverkehrsobmannes Hans Bruggraber, der gemeinsam mit Walter Zitzenbacher sehr anschaulich viele Bilder aus der Lebenswelt Roseggers zu einer sehr eindrucksvollen Dokumentation am Waldheimathof zusammengetragen hat. Diese anzuschauen, möchte ich allen empfehlen. Ich habe anfangs vergessen zu sagen, auch das Montanmuseum Kindberg möchte ich allen empfehlen. Im Zeichen steirischer Gemeinsamkeit und Zusammengehörigkeit stand die großartige Landesfeier in Krieglach. In sehr überzeugenden Worten hat der Landeshauptmann diese größte Persönlichkeit unseres Landes, die uns in einer Zeit der Besinnung und Nachdenklichkeit mehr denn je geben kann, gewürdigt. Alle, die hier vor dem Sterbehaus Roseggers anwesend waren, waren von dieser Veranstaltung zutiefst beeindruckt. Es hat noch weitere Aktivitäten gegeben. Peter Rosegger – Bilder und Texte, das Sonderheft „Steirische Berichte“ oder die Peter-Rosegger-Ausstellung im Ecksaal des Joanneums, die von Hans Hegenbarth und Ulrike Kraus gestaltet wurden; ebenso auch die sehr lebendige Biographie, die Hegenbarth geschrieben hat. Ich erwähne noch die Fernsehserie „Waldheimat“, gestaltet von ORF und ZDF, die ja demnächst startet, die Verfilmung des

Rosegger-Romans „Die Försterbuben“, das Rosegger-symposium am Alpl mit Germanisten, Historikern, Sozial- und Wirtschaftswissenschaftlern, aber auch das in Vorbereitung stehende Peter-Rosegger-Literatur-Stipendium des Landes Steiermark. Das ist nur ein Teil der Aktivitäten. Es tut mir leid, daß ich hier nicht alles bringen kann. Es ist unbestritten, meine Damen und Herren, daß das dichterische Werk so groß ist, daß es im ganzen deutschen Sprachraum heute noch verankert ist. Bedauerlich, daß er den Nobelpreis im Jahre 1913 nicht erhalten hat. Erfreulich ist aber die Tatsache, daß er Ehrendoktorate erhielt. 1903 das Ehrendoktorat in Heidelberg und erst zehn Jahre später, Prophet im eigenen Lande, das Ehrendoktorat der Universität Wien und im Jahre 1917 das Ehrendoktorat der Universität Graz. Zusätzlich noch viele hohe Auszeichnungen. Jahr für Jahr besuchen Zehntausende Menschen sein Geburtshaus, das von Franz Leitner mit wirklicher Liebe und Sachkenntnis betreut wird. Den meisten, die dort hinkommen, ist es unfassbar, daß in dieser abgeschiedenen Gegend, in dieser kleinen Keusche der Lebensweg dieses Mannes begann, eines Mannes, der lebenswürdig war, der tolerant war und von dem alte Krieglacher heute noch sprechen; vom Weg dieses armen, bescheidenen Waldbauernbuben zum bedeutenden Dichter, der sich durch sein Werk und, wie gesagt, durch seine Bescheidenheit, aber ganz besonders durch seine praktischen Taten im Herzen seiner steirischen, österreichischen aber auch deutschen Mitbürger verankert. Stichwortartig nur sei erwähnt die Waldschule am Alpl, auf die er später deshalb auch so stolz war, weil bereits eine Schülerwerkstätte vorhanden war, in der die Schüler tischlern, schlossern, drexeln und flechten lernten. Etwas, das wir heute besonders in allgemeinbildenden höheren Schulen auch wollen. Oder die Mittätigkeit beim Aufbau der katholischen Kirche in St. Kathrein, der Bau der protestantischen Heilandskirche in Mürzzuschlag, die Gründung deutschsprachiger Schulen und Kindergärten in Minderheitsgebieten. Peter Rosegger, und das sage ich auch bewußt, könnte heute noch vielen ein Vorbild sein, auch Leuten aus seiner Zunft, zumindest solchen Dichtern und Sängern, die heute das Millionenvermögen, das sie haben, in Bauernhöfen anlegen und oft von der Angst geplagt werden, auch das gibt es, arm zu sterben. Oder wenn ich manche Lieder mit sozialkritischen Texten höre, untermalt mit sehr heilen, gängigen Melodien! Ich glaube, hier hätte sich Peter Rosegger distanziert. Taten setzen solche Leute leider oft nur geringe. Rosegger 1983, ich könnte mir diese Person vorstellen, würde zu allen Problemen unserer Zeit Stellung nehmen, weil er ein sehr mutiger Mann gewesen ist, auch das muß man ganz eindeutig noch einmal herausstreichen. Er würde zu Solidarität aufrufen, er würde die Aktion „Zünden wir ein Licht an“, ein Licht für Bergbauernkinder, spontan unterstützen. Er wäre, so wie wir alle, erschüttert, daß 500 steirische Bergbauernkinder vor traurigen Weihnachten stehen, weil das Los der Bergbauern ein sehr schlimmes ist, ein sehr schweres ist, oft ein unerträgliches. Rosegger würde auch zur Solidarität mit den Arbeitslosen der heutigen Zeit aufrufen. Er würde auch an denen nicht vorübergehen, die heute im Bereich der Armutsgrenze leben, und würde vieles veranstalten und die Bevölkerung mitaufrufen, hier zusammenzustehen und zu helfen. So wie zu seiner Zeit würde er aber auch heute

die Bescheidenheit predigen. Er würde auch ein Rufer der Gemeinsamkeit werden, weil nur gemeinsam schwere Probleme zu lösen sind. Ich habe Rosegger durchgelesen, und beim Durchlesen spürt man diese innere Einstellung des großen Dichters. Umweltprobleme, Atomkraft, Aufrüstung, Friedensbewegung, auch hier würde er nicht schweigen. Heute, und das ist erfreulich, sind Seelenlehrer, Volkserzieher und Volksbildner wieder mehr gefragt. Ich kann mir vorstellen, daß man in Zukunft Teile seiner Lebensarbeit wieder mehr lesen wird. Ein neuer Beginn müßte allerdings in den Schulbüchern gesetzt werden. Schon dadurch erleichtert, daß Heimat kein belastender Begriff mehr ist. Gott sei Dank. Hier hätten die Lehrer wirklich eine sehr dankbare Aufgabe.

Ich habe einmal Franz Leitner bei einer Veranstaltung des Fremdenverkehrsvereins in Krieglach gehört. Er hat aus dem Buch „Stoansteirisch“ vorgelesen. Es haben alle geschmunzelt, man hat dann gelacht, und bei mir habe ich heute gedacht, vielleicht sind wir alle zu ernst. Auch hier in der Landstube manchenmal zu ernst. Es sollte manches fröhlicher sein und mancher Ton, wenn er auch kritisch ist, so verspürt werden, daß er eigentlich aus einem fröhlichen Herzen herauskommt. Ich habe früher in der Schule oft „stoansteirisch“ vorgelesen. Ich muß sagen, diese Geschichten sind wunderbar angekommen. Lachen bringt nämlich, und das möchte ich auch unterstreichen, viel Optimismus, und gerade den Optimismus haben wir so notwendig.

Wenn Rosegger vom Frieden des Herzens so gerne gesprochen hat, so ist das eine seiner größten Lebensweisheiten gewesen. Frieden des Herzens heißt nämlich Toleranz, Bescheidenheit, Ruhe, Gemütlichkeit – alles Voraussetzungen, die gut sind, um das Leben zu meistern.

Ein Krieglacher hat auf der Insel Fehmarn bei einem Bauern seinerzeit übernachtet. In der guten Stube war ein Bücherregal, und da war er sprachlos, denn er hat hier Rosegger gefunden. Es wäre schön, wenn nicht die Deutschen zu den größten Roseggerverehrern gehören würden, sondern wenn wir sagen könnten, daß wir Steirer, wir Österreicher seine größten Verehrer sind. Hanns Koren fand die Worte: „Nie vor ihm und auch nicht nach ihm hat die Stimme eines Dichters aus der Steiermark eine solche Reichweite und eine solche bewegende Kraft gehabt.“ (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Klasnic: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Landesrat Prof. Jungwirth.

Landesrat Prof. Jungwirth: Frau Präsident, meine Damen und Herren!

Ich möchte in einigen Worten zur Gruppe 3 und zu einigen Äußerungen der Abgeordneten dieses Hohen Hauses Stellung nehmen. Wir haben die Herren Abgeordneten Steiner und Kirner mit ihren Ausführungen über das Kulturförderungsgesetz gehört. Ich habe schon kürzlich darüber in einer Beantwortung im Landtag gesprochen. Unsere Rechtsabteilung 6 ist wirklich nicht überbestückt, im Gegenteil, besonders im legislativen Bereich ist sie unterbesetzt und hat alle Hände voll zu tun. Wir mußten dieses Jahr das Lichtspielgesetz fertigstellen, wir haben das Jugendförderungsgesetz fertiggestellt, das am nächsten Montag zur

Beschlußfassung in der Landesregierung aufliegt. Wir haben drei große Altstadtverordnungen fertiggestellt, die in der Begutachtung sind und auch im Frühjahr sicherlich verabschiedet werden können, und wir haben auch den Entwurf des Kulturförderungsgesetzes fertigmachen müssen. Wir haben inzwischen ein Gutachten von Herrn Univ.-Prof. Novak eingeholt, das eigentlich die Tendenz dieses Gesetzes voll bestätigt hat, und werden sicherlich bald den Entwurf – wie schon angekündigt – im Landtag über die Regierung einbringen können.

Was die Musikschulen betrifft, ist meine Gesetzesgläubigkeit nicht ganz so groß wie beim Herrn Abgeordneten Chibidziura, den ich voll verstehe, wenn er aus der Sicht eines Bürgermeisters und der Gemeinden spricht (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Eines Bürgers!“), aus der Sicht der Bürger und vor allem auch der Kinder, für die die Musikschulen da sind. (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Altbürgermeister!“) Wir tun vom Land her sehr viel für diese Musikschulen, und wir tun es aus Überzeugung. Wir haben uns auch Richtlinien gegeben, die wir in Regierungsbeschlüssen festgelegt haben und die wir sehr genau vollziehen, weil es um Steuergelder geht. Ich weiß nicht, ob es den Gemeinden recht wäre, wenn wir mehr hineinregierten als wir es jetzt tun. Ich erinnere mich an das Jahr 1974, da haben wir das Kindergartenförderungsgesetz gemacht, das war noch ein sogenanntes fettes Jahr, da wäre damals sogar das Land in einer schwachen Stunde bereit gewesen, die Kindergärtnerinnen der Gemeinden beim Land anzustellen und zu besolden. Ich kann mich sehr gut daran erinnern, daß damals ein Sturm der Entrüstung eingesetzt hat, weil von den Gemeinden aus verschiedenen Windrichtungen des Landes die Sorge gekommen ist, daß sich hier das Land in Dinge einmisch, die es überhaupt nichts angehen. Und so ist es dann natürlich zu einem Förderungs-gesetz gekommen, das auch Hilfe des Landes für die Gemeinden vorsieht, aber eben in dem Ausmaß, wie das dann letzten Endes möglich geworden ist. Bei den Musikschulen wäre ja eine ganz ähnliche Situation. (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Die Gemeinden sollen sich einkaufen!“) Die Gerechtigkeit muß man sicherlich als Ziel immer wieder vor Augen haben. Mich interessiert dabei vor allem die Gerechtigkeit zwischen jenen, die schon haben, und jenen, die nicht haben. Das heißt, in den siebziger Jahren haben wir uns sehr bemüht, die Musikkarte des Landes Steiermark zu komplettieren, und das ist uns auch weitgehend gelungen. Wir mußten uns in erster Linie um die Gemeinden beziehungsweise die Regionen kümmern, wo die Musikschule und der Musikunterricht überhaupt nicht erreichbar waren. Das ist inzwischen geschehen. Es gibt fast keine weißen Flecken mehr. Wir werden noch Trofaiach verselbständigen, das aber ohnehin schon eine Zweigstelle hat, und ähnliches ist in Wies für den Herbst 1984 geplant, und dann kann man sagen, das Netz ist praktisch vollständig. Ein einziger weißer oder weißgrauer Fleck bleibt noch im Nordosten des Landes, nämlich im Raum Mariazell, wo bisher ein solcher Musikunterricht von der Gemeinde her nicht installiert wurde.

Der Herr Abgeordnete Pfohl hat eine sehr umfassende Darstellung der Kulturpolitik des Landes, wie sie sich im Budget widerspiegelt, gegeben. Ich setze an

einer einzigen Stelle seiner Ausführungen ein und füge noch etwas dazu. Er hat vom Umbau der Grazer Oper, der zügig vorangeht, gesprochen. Wir dürfen wirklich sagen, daß hier mit Geldern sehr verantwortungsbewußt umgegangen wird. Im Vergleich zu anderen ähnlichen Projekten sind die Kosten in Graz unfäbbar niedrig gehalten, und das ist auch gut so. Umso weniger verstehen wir, daß bisher die Bundesregierung nicht bereit gewesen ist, unsere Forderung nach einer Drittelbeteiligung des Bundes bei dieser Revitalisierung dieser bedeutenden Stätte, dieses bedeutenden österreichischen Hauses, nämlich der Grazer Oper, zu leisten. Vor 20 Jahren, meine Damen und Herren, war das Grazer Schauspielhaus überfällig zur Sanierung. Damals hat die Bundesregierung auf Heller und Pfennig ein Drittel der Baukosten geleistet. Wir meinen, daß heute die Grazer Theater dem Bund nicht weniger wert sein dürften als sie es vor 20 Jahren gewesen sind, und werden von dieser dringenden Forderung nach einer Drittelbeteiligung des Bundes nicht Abstand nehmen. Die bisherige Zusage von 50 Millionen Schilling hat uns gefreut, aber sie hat uns nur halb gefreut, denn das ganze Drittel sind 100 Millionen Schilling.

Zum „steirischen herbst“ wurden auch einige Beiträge von den Abgeordneten bereits geleistet, ich möchte mich hier also auch auf das ganz Wesentliche beschränken. Ich bin auch der Auffassung, daß er aus Graz hinausgehen muß, und Sie wissen, daß wir uns immer wieder darum bemüht haben und auch weiter bemühen. Ich muß sagen, das hängt von einer einzigen Voraussetzung ab, nicht von unserem guten Willen hier in Graz, sondern von dem Partner draußen, vor Ort, in der Region oder in der Gemeinde. Wo es ein Team gibt oder auch eine einzelne Person, die schon Vorleistungen erbringt, die den Boden vorbereitet für Aufführungen des „steirischen herbstes“, dort, möchte ich sagen, geht die Sache sehr gut. Ich denke beispielsweise an das Mürztal, wo die Buchebner-Gesellschaft sehr tätig ist und wo wir eine sehr gute Partnerschaft aufgebaut haben. Wir sind dazu bereit, im Gegenteil, wir suchen sogar solche Partner. Wir finden sie nicht immer und überall, auch verständlich. Es ist uns völlig klar, denn es ist halt die Progressivität des „steirischen herbstes“ nicht jedermanns Sache, das liegt völlig auf der Hand. Und es ist nur dort, wo es diese Brückenbauer gibt, gut und vernünftig und sinnvoll, den „steirischen herbst“ hinauszutragen. Wir sind dazu nach wie vor bereit, und wir werden weiter gerne Partner suchen. Der „steirische herbst“ hat einen neuen Intendanten, Dr. Peter Vujica, der im Jahre 1983 zum ersten Mal für das Programm verantwortlich gewesen ist. Wir finden, daß seine Tätigkeit eingeschlagen hat. Er hat einen Zug, eine neue Linie hineingebracht, er ist aber wiederum auf der anderen Seite kein Diktator. Er braucht ja Partner, er braucht die Bühnen in Graz, er braucht den ORF, er braucht das Forum Stadtpark, er braucht Partner draußen in den Bezirken und in den Städten des Landes, und er ist ein partnerschaftlich denkender Mensch, das hat er wirklich bereits bewiesen. Wir freuen uns darüber, und wir können sagen, diese Besetzung hat eingeschlagen, und wir können ihm alles Gute wünschen für seine weitere Tätigkeit im „steirischen herbst“.

Das Echo des „herbstes 1983“ war weit über die Grenzen der Steiermark und Österreichs hinaus wieder

sehr groß. Wir hatten in Graz im Laufe des „steirischen herbstes“ 220 ausländische Medien. Wir sprechen jetzt nicht von Österreich, ich spreche vom Ausland, sowohl Fernsehstationen wie Rundfunkstationen als auch Zeitschriften und Zeitungen. 220 an der Zahl haben zum Teil wiederholt über Aufführungen und Veranstaltungen des „steirischen herbstes“ berichtet. Das hat uns gefreut. Wir sind sicher, daß hier auch eine große Umwegrentabilität vorhanden ist, daß der Ruf von Graz und der Ruf der Steiermark aus ihrer Grenzlage heraus stark in den deutschen Sprachraum hinaus, aber auch in das nicht deutschsprechende Ausland durch den „steirischen herbst“ immer wiederum getragen wird. Wir sind diesen Medien dankbar, seien es österreichische, seien es ausländische, auch, wenn es zwischen druch einen Verriß gibt, auch das liegt auf der Hand, gerade in einem so komplizierten und manchmal seiltänzerischen Programm ist das durchaus verständlich. Wir sind auch dem Medium ORF für viele Kooperationen mit dem „steirischen herbst“ dankbar, obwohl es dieses Jahr schon einen großen Wermutstropfen gegeben hat. Das möchte ich nicht verschweigen. Das Studio Steiermark zerreißt sich für uns, nicht nur im „steirischen herbst“, und tut wirklich sehr viel mit seinem bescheidenen Personalstand, um die Stimme der Steiermark hinauszutragen. Und das hat es in diesem Jahr auch wieder in dankenswerter Weise getan, aber das Österreichische Fernsehen, vom hohen Küniglberg aus dirigiert, ist eher, würde ich sagen, durchgefallen. So ähnlich, wie es beim großen internationalen Bach-Fest schon passiert ist, im Jahre 1983, hat es der Küniglberg nicht der Mühe wert gefunden, auch nur eine einzige Theateraufführung von den sehr bedeutenden Aufführungen des „steirischen herbstes“ in sein Programm aufzunehmen. Nicht einmal eine Welturaufführung des Lateinamerikaners Cortázar und nicht einmal eine Welturaufführung des Nobelpreisträgers Samuel Beckett waren würdig genug, um vom hohen heiligen Berg in Wien in sein Programm aufgenommen zu werden. Ich muß sagen, das ist eine Haltung, die man einfach nicht mehr verstehen kann aus der Sicht eines Bundeslandes, besonders dann, wenn man weiß, daß dieses Unternehmen eben doch ein Monopolbetrieb ist und sich die Kulturberichterstattung nicht nur auf die Staatsoper und den „Musikantenstadl“ konzentrieren sollte.

Der Herr Abgeordnete Maitz hat davon gesprochen, daß erfreulicherweise erstmals im Arbeitsplatzförderungsprogramm des Landes Steiermark auch 10 Millionen Schilling für die Revitalisierung historischer Baudenkmäler in unserem Land aufgenommen worden sind. Das ist ein großer Fortschritt, denn Denkmalrevitalisierung beschäftigt ja wirklich auch Handwerker und Baugewerbe in sehr intensiver Weise. Ich möchte bei dieser Gelegenheit nicht unerwähnt lassen, daß im Jahre 1984 in Graz im Herbst ein internationaler Altstadtkongreß über die Bühne gehen wird. Es wird nämlich zehn Jahre her sein, daß wir das Altstadterhaltungsgesetz in diesem Hohen Haus beschlossen haben. Nach manchen anfänglichen Schwierigkeiten hat es gut gegriffen und große Erfolge gezeigt. Das bestätigt ein Gang durch die Altstadt, das bestätigen viele Fremde, die diese Stadt mit neuen Augen sehen und die oft sehr verwundert sind, wie dieses große Ensemble, das ihnen vorher gar nicht bekannt gewesen ist, eindrucksvoll vor ihren Augen steht. Ich möchte in

diesem Zusammenhang der Altstadtkommission danken, die auch eine sehr kooperative Tätigkeit entfaltet, besonders unter ihrem jetzigen Vorsitzenden, dem Herrn Senatsrat Widtmann. Es wird hier sehr konsequent und auch sehr sparsam gearbeitet. Die Kommission hat ganze zwei Dienstposten in ihrem Personalstand, und es muß dort sehr viel Arbeit geleistet werden. Im Jahre 1983 waren es 485 Anträge, die behandelt werden mußten, das sind um fast 50 Prozent mehr gegenüber dem Vorjahr, das weist auch eine erfreuliche Bautätigkeit aus. Wir können sagen, daß im großen Durchschnitt die Anträge sehr rasch passieren können und daß auch eine sehr große Zahl im Sinne der Bauwerber im ersten Anlauf erledigt werden kann, weil bereits in einem Vorverfahren sehr oft die Kommission ihre Ratschläge gibt, so daß das Ansuchen des Bauwerbers im Sinne dieser Altstadterhaltung abgefaßt ist und dann auf sehr kurzem und schnellem Wege erledigt werden kann. Sicherlich auch ein Beitrag zum Fremdenverkehr, so wie vieles andere, was in der Kulturarbeit und in der Kulturpolitik des Landes passiert.

Genauso gilt das für die Ortsbilder draußen im steirischen Land. Wir haben im Jahre 1983 drei weitere Schutzzonen auf Anträge der Gemeinden hin beschließen können, und zwar in Feldbach, in Knittelfeld und in Eppenstein. Wir halten jetzt nach dem Ortsbildgesetz des Jahres 1977 bei 23 Schutzzonen in steirischen Gemeinden und haben bereits zehn weitere in Vorbereitung. Lauter Anträge, die von draußen kommen und die natürlich genau abgesprochen werden, weil hier das Land mit seiner Verordnung nicht diktiert, sondern den Vorschlag und den Antrag aufnimmt, der von den Gemeinden draußen hereingetragen wird.

Der Herr Abgeordnete Trampusch hat in seiner Wortmeldung zuerst über Flavia Solva gesprochen. Wir haben hier im Erzherzog-Johann-Jahr viel getan, obwohl der Bund allein zuständig wäre. Wir stehen aber zu Flavia Solva, und jetzt meine ich nicht den Fußballklub, zu dem stehen wir sicher auch, ich meine die Römerstadt. Und es freut mich, zu hören, daß ein Verein oder eine archäologische Gesellschaft in Gründung ist. Ich glaube, daß eine solche Plattform eine gute Konstruktion ist an Ort und Stelle, so daß die Kooperation mit einem größeren Partner, der wahrscheinlich mehrere Gemeinden und Vereine und so weiter umfassen wird, für das Land und hoffentlich auch für den Bund in Zukunft leichter möglich sein wird. Wir werden jedenfalls diese wichtige historische Siedlung, diesen großen Zeugen unserer Vergangenheit, nicht vergessen.

Im zweiten Teil seiner Wortmeldung hat sich der Abgeordnete Trampusch mit der Empfangskultur des Landes Steiermark auseinandergesetzt. Gestatten Sie mir, Herr Abgeordneter, daß ich auch dazu ein kurzes Wort sage. Ich komme sehr viel im Land herum, und es passiert mir sehr oft, daß ich angesprochen werde von Vertretern von Vereinen und Verbänden – einmal sind es die Musiker, dann sind es die Fotografen, dann sind es die Sportler, dann sind es die Lehrer und viele andere mehr. Die sagen, wir haben im nächsten Jahr unsere Tagung in Graz, wir haben unsere Jahreshauptversammlung oder wir haben einen Kongreß. Wir kommen in Graz zusammen, wir haben auch Gäste eingeladen. Bitte, könnt ihr uns helfen, könnt ihr für

uns etwas tun. Natürlich geht das nicht immer über den Subventionstopf, weil der einfach auch begrenzt ist, und dann bleibt manchesmal die letzte Frage: Könnt ihr uns vielleicht einen Empfang beim Herrn Landeshauptmann verschaffen, das wäre eine große Hilfe für uns. Ich bitte Sie, Herr Abgeordneter, das nicht zu vergessen, daß ein Empfang des Landes in der über-großen Zahl der Fälle eine Natursubvention für einen Veranstalter in der Kongreßstadt Graz ist, in der Hauptstadt, in der sehr viele Tagungen, Jahreshauptversammlungen über die Bühne gehen. Das sind sehr oft sehr kleine Partner. Das sind keine Privilegierten, sondern das sind ganz einfach Männer und Frauen aus dem Volk, die manchesmal Gäste aus einem anderen Bundesland, hie und da aus dem Ausland, haben und für die es eine große Hilfe ist, wenn sie durch einen Empfang auch in ihrer Budgetierung entlastet werden, ganz abgesehen davon, daß es natürlich auch ein angenehmer Moment ist, in der Grazer Burg oder in Eggenberg oder in einem anderen historischen Haus des Landes ein bißchen miteinander zu sprechen, wobei das Essen und das Trinken sicher die Nebensache sind. Ich bin auch sehr oft in irgendwelchen Gemeinden draußen bei Eröffnungen und anderen festlichen Anlässen, und mir ist es eigentlich noch nie passiert, daß es nicht nachher ein Essen gegeben hätte, zu dem eben der Bürgermeister, der Gemeinderat eingeladen haben, und ich habe das auch nirgends als einen Privilegiertenluxus empfunden, sondern ganz einfach als den gesellschaftlichen Schlußpunkt, wo Männer und Frauen miteinander reden und sich an einen Tisch zusammensetzen. Ich bitte Sie, die Empfänge in diesem Sinne zu verstehen, denn Ihre Darstellungen waren vielleicht medienwirksam, aber ich glaube, sie waren im Kern der Sache nicht richtig und zumindest irreführend.

Zu Rosegger haben sich auch schon Abgeordnete zum Wort gemeldet. Ich möchte jetzt keine Nachbetrachtung anstellen. Ich danke dem Herrn Abgeordneten Dr. Eichtinger für seine Worte, die er für unseren großen Steirer gefunden hat. Ich bin sehr froh, daß auch unsere Wanderausstellung im ganzen Land sehr gut angenommen wurde, sie steht derzeit in Stainz, und sie war schon in Trautenfels. Also, Herr Abgeordneter Tschernitz, wir werden immer bereit sein, Ausstellungen des Landes auch von Graz hinaufzutragen in das Ennstal. Wir haben schon damit begonnen, und wir werden es sicherlich auch in der weiteren Zukunft gerne tun. Es freut uns auch, daß diese Ausstellung über Peter Rosegger im nächsten Jahr in Hamburg zu sehen sein wird. Sie wurde von dort angefordert, und wir werden sie herzeigen, und sie wird dort sicherlich eine gute Werbung für die Waldheimat und für das ganze Land Steiermark werden. Eine gute Werbung wird sicherlich auch die große Fernsehserie sein, Sie haben schon davon gehört, gelesen. Eine 26teilige Folge über Peter Rosegger wurde bei uns gedreht. Nicht nur in Österreich, sondern auch im Zweiten Deutschen Fernsehen wird sie ab Weihnachten ausgestrahlt. Wir wissen auch schon, daß Schweden und Portugal diese Fernsehserie angekauft haben und übernehmen werden. Wir wissen auch, daß Verhandlungen mit Frankreich im Gange sind, mit Italien und mit den Niederlanden, und können hoffen, daß auch dort das Fernsehen diese steirische, diese österreichische Rosegger-Serie übernehmen wird. Wir hoffen

also, daß, so wie 1983, auch in der Zukunft unsere kulturellen Aktivitäten rund um Peter Rosegger dem Fremdenverkehr im Mürztal, im Feistritzal und darüber hinaus in der ganzen Steiermark im kommenden Jahr dienen werden.

1984 Eisenerz. Auch hier haben die Herren Abgeordneten Hammer, Dr. Pfohl und Kollmann schon Stellung bezogen. Ich kann es daher auch sehr kurz halten. Ich bin froh, daß wir mit Professor Paul Werner Roth einen hervorragenden wissenschaftlichen Leiter gewonnen haben, der diese Ausstellung wirklich mit sehr viel Einsatz vorbereitet. Wir werden am 12. Mai sehen, wenn der Vorhang hochgeht, wie das Werk gelungen ist, aber toi, toi, toi. Ich glaube, sagen zu dürfen, daß wir eine gelungene, eine interessante Ausstellung haben werden. Ich muß auch eine Reverenz den Eisenerzern machen, der Stadt Eisenerz und der ganzen Region. Ich muß sagen, noch nie ist vor einer Landesausstellung an Ort und Stelle unsere Initiative so tatkräftig aufgenommen worden. Das ist sicherlich auch eine Folge der kritischen Situation, in der sich die Region leider befindet. Es ist aber auch ein Beweis dafür, daß die Eisenerzer eine solche Krise nicht als unabänderliches Schicksal hinnehmen, sondern, wie sie es immer in der Geschichte gemacht haben, auch selbst bereit sind, die Ärmel aufzukrempeln und zuzupacken. Wir sind über diese Partnerschaft wirklich sehr froh. Ich begrüße auch außerordentlich das Projekt der Eisenstraße. Wir haben hier zwischen Leoben, Hieflau und hinauf bis St. Gallen, Altenmarkt in die Eisenwurz hinein eine Zone, in der einfach große Geschichte von arbeitenden Menschen geschrieben wurde. Wir haben dort Denkmäler aus der frühindustriellen Zeit. Denken Sie nur an Vordernberg, an die alten Radwerke, die Erzherzog Johann zum Teil noch begründet hat. Es ist eindrucksvoll, in ein solches altes Haus zu gehen und heute plötzlich sich vor einer Dampfmaschine zu befinden, die über 100 Jahre alt ist und frisch gestriegelt und frisch gebügelt dasteht, weil dort private Initiative mit Hilfe der öffentlichen Hand – auch des Landes Steiermark – manches revitalisiert hat. Hier gibt es eine große Aufgabe, die weiterzuführen ist. Die Parallele zu Ironbridge in England war ganz wichtig. Die Engländer haben das auch schon verstanden. Hier gibt es sogenannte Industriearchäologie, die sich um technische Denkmäler zu kümmern hat. So ähnlich, wie sich Stübing um Denkmäler aus der agrarischen Welt annimmt, so werden sich Vordernberg und andere Regionen der Eisenstraße um ihre Denkmäler anzunehmen haben und damit auch eine große Attraktion schaffen. Wir werden sicherlich auch gerne bereit sein, dabei unsere Unterstützung zu geben. Die Landesausstellung ist dafür ein guter Aufhänger.

Wir machen im nächsten Jahr auch eine Taschenausgabe der Erzherzog-Johann-Ausstellung in Schenna bei Meran. Die Südtiroler haben uns darum gebeten, sie waren von Stainz begeistert. Im nächsten Jahr ist das Andreas-Hofer-Jahr in Tirol, und unser Beitrag soll diese Ausstellung in Schenna werden. Unser Team ist voll bei der Arbeit unter Frau Professor Klingenstein. Die Steiermark wird also in Südtirol im nächsten Jahr auch präsent sein.

In Gedanken sind wir natürlich schon wieder weiter. Wir sind beim Jahr 1986. Hier werden wir mit der Landesausstellung zum ersten Mal in die Oststeier-

mark gehen. Diese Region hat sich auch zu Wort gemeldet. Wir werden dort ein ganzes Paket von Veranstaltungen anbieten können. Der Kern wird sich in Herberstein befinden mit einer Ausstellung über den Hofzaun des Reiches oder die flammende Grenze, wir kennen den Titel noch nicht genau. Wir werden aber auch eine andere Wanderausstellung des Joanneums zu seinem 175. Geburtstag im Jahre 1986 mit seinen Glanzlichtern anbieten und auch sie nicht nur in die Oststeiermark, sondern in die ganze Steiermark schicken. Wir reden auch schon vom Jahre 1987, wo auf der Riegersburg eine Ausstellung über Hexen und Zauberer geplant ist. Auch hier sind die Vorbereitungen unter Leitung von Professor Valentintsch bereits im Gange.

Meine Damen und Herren! Das waren viele Aktivitäten, überregionale, von denen ich kurz berichtet habe. Wir dürfen nicht vergessen, daß alles aus eigenen Wurzeln entstehen muß. Wir dürfen diese Wurzeln im eigenen Land nicht übersehen. Kultur ist ein Vorgang, ein Prozeß, auch ein Bildungsprozeß, wie der Herr Abgeordnete Dr. Steiner in seiner Wortmeldung sehr plastisch ausgeführt hat. Dieser Prozeß ist sicherlich in der heutigen Zeit mit ihrer rasanten industriellen Entwicklung manchmal überschnell gewesen, und es gibt da und dort Probleme der Selbstbesinnung, Probleme um die Identität einer Region oder eines ganzen Landes. Gerade in diesem Zusammenhang kann ich noch etwas Erfreuliches berichten. Wir stehen hier in der Steiermark durchaus vor ähnlichen Situationen wie in vielen anderen Ländern und Regionen Europas. Auch der Europarat beschäftigt sich mit dieser Problematik: Wie steht es mit der kulturellen Entwicklung eines Landes im Zusammenhang mit seiner wirtschaftlichen Entwicklung, im Zusammenhang mit Zentralisierung, Dezentralisierung, mit Ökologie, mit Fremdenverkehr, wie sieht dieses ganze Netz der gesellschaftlichen Entwicklung, zu dem die Kultur gehört, in dieser Zeit aus, in der manche Entwicklungen den Menschen davongelaufen sind? Und so haben wir in Gesprächen in Straßburg – ich habe Herrn Generalsekretär Karasek selber aufgesucht – eine Beteiligung der Steiermark an einem Projekt des Europarates fixieren können. Der Europarat wird in drei europäischen Regionen, nämlich in Karelien, also in Finnland, auf den Azoren und in der Franche-Comté, also in Frankreich, drei Fallstudien zur Frage „Kulturelle Dynamik und regionale Entwicklung“ anstellen. Und er hat einige Kontrastländer, einige Testregionen gesucht, und auf Grund der besonderen Lage der Steiermark und auch auf Grund besonderer Aktivitäten, die es in diesem Land gibt, sind wir übereingekommen, die Steiermark vorzuschlagen. Der Europarat hat diesen Vorschlag akzeptiert. Das heißt, er wird diese Fallstudien auch an der Politik, an der regionalen Politik und an der Kulturpolitik der Steiermark messen. Wir sind ein Testland für dieses gesamteuropäische Projekt geworden. Praktisch heißt das, daß im Jahre 1984 der Europarat ein Hearing in Graz zum Thema „Kulturelle Dynamik in der regionalen Entwicklung“ veranstalten wird. Und er wird dazu verschiedene Fragen an die Steiermark stellen, um unsere Erfahrungen fragen. Wir sind mit der Kulturabteilung und der Abteilung für Raumplanung an der Landesbaudirektion drangegangen, diese Tagung vorzubereiten. Sicherlich auch eine Bereicherung unseres Programms im Jahre 1984.

Und so bleibt mir, meine Damen und Herren, zu danken, vielen, vielen Männern und Frauen im ganzen Land, die tätig sind auf dem Gebiet kultureller Aktivität, gleichgültig in welchem Bereich, gleichgültig auf welcher Ebene, von der Blasmusik zu den Hochschulen, von „Jugend musiziert“ bis zum „steirischen Herbst“. Vielen, die oft unter Aufbietung großer Kräfte mit hohen Eigenleistungen, aber auch mit Hilfe des Landes Großes für die Menschen im ganzen Land leisten, all denen sei in dieser Stunde auch herzlich gedankt. Auch allen, die hier in Graz ihren Beitrag leisten durch ihre Arbeit in der Rechtsabteilung 6, in den Einrichtungen, die zu dieser Rechtsabteilung gehören, im Joanneum beispielsweise, das sehr tatkräftig wiederum die Landesausstellung 1984 begleiten wird und sich bereits über 1986 die Köpfe zerbricht, an der Landesbibliothek, am Landesarchiv, im Künstlerhaus, in unseren Vereinigten Bühnen und so weiter und nicht zuletzt auch in meinem Büro, in dem so viele Fäden zusammenlaufen. Vielen Dank für viele Arbeit. Und hoffen und wünschen wir, daß auch das Jahr 1984 für die steirische Kultur ein vitales Jahr wird. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Klasnic: Zur Gruppe 3 liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Abg. Dr. Pfohl: Frau Präsident, ich verzichte auf das Schlußwort und stelle den eingangs erwähnten Antrag.

Präsident Klasnic: Die Damen und Herren des Hohen Hauses, die mit den Ansätzen und Posten der Gruppe 3 einverstanden sind, mögen ein Zeichen mit der Hand geben.

Danke. Die Gruppe 3 ist somit einstimmig angenommen.

Wir kommen nun zur Gruppe 4, Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Anton Preamberger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Preamberger: Werte Frau Präsident, Hohes Haus!

Die Gruppe 4, Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung, umfaßt folgende Ansätze:

Allgemeine öffentliche Wohlfahrt, unterteilt in Einrichtungen und Maßnahmen der allgemeinen Sozialhilfe, Einrichtungen und Maßnahmen der Behindertenhilfe, Maßnahmen der Blindenhilfe, Hilfe für Kriegsoffer und Geschädigte nach dem Opferfürsorgegesetz. Die freie Wohlfahrt ist unterteilt in Entwicklungshilfe im Ausland, Flüchtlingshilfe sowie in sonstige Einrichtungen und Maßnahmen. Die Jugendwohlfahrt gliedert sich in Einnahmen und Ausgaben für Erziehungsheime. Weitere Ansätze: die Einrichtungen zur Behebung von Notständen, sozialpolitische Maßnahmen in der Altersvorsorge, familienpolitische Maßnahmen, Familienlastenausgleich. Der Ansatz 48 umfaßt Wohnbauförderungen des Landes. Sie gliedert sich in die allgemeine Wohnbauförderung, in die Förderung nach dem Wohnbauförderungsgesetz und Erhaltung und Verbesserung von Wohnhäusern sowie die Stadterneuerung. Insgesamt stehen in der Gruppe 4 den

Einnahmen von 3.039.129.000 Schilling Ausgaben von 4.298.171.000 Schilling gegenüber. Im Namen des Finanz-Ausschusses, der sich mit der Gruppe 4 eingehend befaßt hat, beantrage ich die Annahme dieser Gruppe.

Präsident Klasnic: Meine Damen und Herren des Hohen Hauses! Um die Möglichkeit zu sichern, daß die zuständigen politischen Referenten in jenen Gruppen ihr Schlußwort halten können, in denen mehrere politische Referenten budgetiert haben, schlage ich im Einvernehmen mit den Obmännern der im Hause vertretenen Parteien vor, die Spezialdebatte der Gruppe 4 zu teilen, und zwar soll im ersten Teil die Soziale Wohlfahrt und im zweiten Teil die Wohnbauförderung behandelt werden.

Wird gegen diesen Vorschlag ein Einwand erhoben?

Das ist nicht der Fall.

Wir beginnen mit dem ersten Teil der Gruppe 4, Soziale Wohlfahrt. Zu Wort gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Meyer, ich erteile ihr das Wort.

Abg. Meyer: Frau Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Eine große Bedeutung fällt bei der Hilfe für sozial bedürftige Mitbürger, aber ganz besonders für die Behindertenhilfe, den Ländern, Gemeinden und freiwilligen Vereinigungen zu. Auf diesem Gebiet ist in den vergangenen Jahren Hervorragendes geleistet worden. Wenn es Ziel der Sozialhilfe ist, alles zu unternehmen, um allen Menschen ein menschenwürdiges Dasein zu sichern, so gibt es doch noch eine Gruppe von Menschen, die sicher am meisten der Zuwendung aller bedarf. Es sind dies die Behinderten unseres Landes. Ihr Weg ist oft beschwerlich, die physischen und psychischen Schwierigkeiten sind meistens sehr groß, sie dürfen aber nicht unüberwindbare Hindernisse im Leben eines Behinderten sein. Wir alle sind verpflichtet, zur Beseitigung der Schwierigkeiten beizutragen.

Der Sozialreferent der Steiermärkischen Landesregierung, Landesrat Josef Gruber, bemüht sich seit Jahren ganz besonders um diese Menschen, und es wird alles getan, um eine Verbesserung der Lebenssituation der Behinderten herbeizuführen. Viele Maßnahmen des Landes tragen dazu bei, wie zum Beispiel die Möglichkeit der Um- und Nachschulungen, die geschützte Werkstätte, die in vorbildlicher Weise vielen Behinderten einen Arbeitsplatz sichert, die Gewährung von Eingliederungshilfen, die Hilfe zur geschützten Arbeit, die Beschäftigungstherapie, die persönlichen Hilfen und das Pflegegeld für Behinderte. Jährlich werden beträchtliche Mittel für den Ausbau von Einrichtungen für behinderte Menschen aufgewendet. Die Zusammenarbeit zwischen dem Land, den Gemeinden und den privaten Hilfsorganisationen zugunsten behinderter Menschen ist außerordentlich gut. Im Vordergrund aller Bemühungen steht sicher die Rehabilitation, damit den Behinderten die Teilnahme am beruflichen, wirtschaftlichen und sozialen Leben wieder nach Möglichkeit gegeben wird.

Auf der einen Seite gibt es das Landesbehindertenzentrum in Graz sowie die Landesausbildungsanstalt für hörgeschädigte Kinder und Jugendliche, und ande-

rerseits die steirische Vereinigung zugunsten behinderter Kinder und Jugendlicher, Jugend am Werk, die Lebenshilfe und viele mehr, die sich vorbildlich um die berufliche Eingliederung und die Beschäftigungstherapie bemühen. Denn dieses Gefühl, beruflich etwas leisten zu können, für eine Tätigkeit gebraucht zu werden, ist schon für vollkommen gesunde Menschen so wichtig, wie wichtig ist dieses Gefühl erst für den Behinderten.

Die in den privaten Organisationen tätigen Menschen sind meist unermüdet in ihrem Idealismus und ihrer Hilfsbereitschaft. Sicher brauchen sie aber auch die Förderung durch die Länder und Gemeinden, da gerade die Hilfe für behinderte Menschen einen sehr großen finanziellen Aufwand erfordert. Wenn wir uns die Zeit zwischen 1972 bis 1982 vor Augen führen, wenn wir uns anschauen, wieviel aus Budgetmitteln des Landes und der steirischen Gemeinden für Behindertenhilfe aufgewendet wurde, so sehen wir, daß hier eine gewaltige Steigerungsrate zu verzeichnen ist. Es wurden für Rehabilitation, insbesondere für Heimaufenthalte, für Schul- und Berufsausbildung oder Beschäftigungstherapien im Jahre 1972 34 Millionen Schilling aufgewendet, während es im Jahre 1982 bereits 139 Millionen Schilling waren. Das entspricht einer Steigerung von 309 Prozent.

Aber ebenso wichtig wie Maßnahmen zur Schul- und Berufsausbildung sind jene Förderungen, die den Menschen die Erlangung oder Erhaltung eines Arbeitsplatzes ermöglichen. Gerade in der heutigen Zeit, in der die Arbeitslosigkeit durch die große Weltwirtschaftskrise auch unser Land bedroht, ist es sehr schwer, für einen behinderten Menschen einen solchen Arbeitsplatz zu bekommen. In der Steiermark wurde schon in Zeiten der Hochkonjunktur besonderes Augenmerk darauf gelegt, daß Behinderte auf geschützte Arbeitsplätze vermittelt wurden. Es ist gelungen, von Jahr zu Jahr mehr Menschen auf solchen Arbeitsplätzen unterzubringen. Landesrat Josef Gruber forcierte diese Unterbringung, und so wurde die Steiermark für andere Bundesländer längst zum Vorbild. 1226 Menschen sind in der Steiermark derzeit auf geschützten Arbeitsplätzen tätig, vor zehn Jahren waren es noch 342. Selbstverständlich hatte das auch finanzielle Auswirkungen. Während im Jahre 1972 die Zuschußleistungen des Landes für geschützte Arbeitsplätze noch 6 Millionen Schilling betragen, waren es im Jahre 1982 bereits 52 Millionen Schilling, das bedeutet eine Steigerung von 786 Prozent.

Vieles wird aber auch an Hilfe für die Erleichterung der Lebensführung erbracht. Auf dem Gebiete des Pflegegeldes für alle jene Menschen, die für die lebensnotwendigen Verrichtungen des täglichen Lebens Hilfe brauchen, stiegen die Kosten ebenfalls enorm, nämlich von 15 Millionen Schilling im Jahre 1972 auf 99 Millionen Schilling im vergangenen Jahr.

Das alles beweist, daß hier bei uns in der Steiermark gerade den behinderten Menschen ein ganz besonderes Augenmerk geschenkt wird und daß man für diese sicher im Leben benachteiligte Gruppe ein waches Herz hat.

Aus einer Studie des IFES-Instituts über Bedarfsenzen in der Sozialarbeit in der Steiermark geht ja auch hervor, daß jeder zehnte Mensch in irgendeiner Form mit einer Behinderung belastet ist. Aus dieser

Studie geht aber auch hervor, daß die Eingliederung von Behinderten in den Arbeitsprozeß immer schwieriger wird, da die Anforderungen an Qualifikation, Arbeitsfähigkeiten und Arbeitsdisziplin steigen und der Konkurrenzdruck auf dem Arbeitsmarkt stärker wird. Deshalb entsteht ein immer weiter zunehmender Bedarf an geschützten Arbeitsplätzen. Obwohl, wie ich schon vorher erwähnte, im Jahre 1982 1226 Menschen auf geschützten Arbeitsplätzen in der Steiermark untergebracht waren beziehungsweise noch immer sind, registrierte die Arbeitsmarktverwaltung zum ungefähr gleichen Zeitpunkt noch immer 1400 schwer vermittelbare Behinderte.

Die vom Sozialreferenten Landesrat Gruber vorgelegte Novelle zum Behindertengesetz 1964 hat auf die vielen Probleme der behinderten Menschen und die immer größer werdende Kostenlast für die Sozialhilfverbände Bedacht genommen. Die Gemeinden, die ja die Träger der Sozialhilfverbände sind, werden durch diese Novelle eine wesentliche finanzielle Entlastung erfahren. Der Kostenverteilungsschlüssel für die Eingliederungshilfe, die Beschäftigungstherapie und die Mietzinsbeihilfen wurden umgekehrt, das heißt, wenn früher die Sozialhilfverbände für diese genannten Leistungen 75 Prozent der Aufwendungen tragen mußten, während das Land 25 Prozent zahlte, werden auf Grund dieser Novelle in Zukunft die Sozialhilfverbände 25 Prozent und das Land 75 Prozent der Kosten tragen. Das bedeutet für die Gemeinden sicher eine ganz spürbare finanzielle Entlastung.

Bei der Eingliederungshilfe wird eine Verbesserung durch die Novelle insofern erfolgen, als Körperersatzstücke, aber auch Heilbehandlung in Härtefällen auch dann gewährt werden, wenn der Behinderte nicht mehr ins Berufsleben eingegliedert werden kann. Daß viele der Behinderten zu dieser Gruppe zählen, ist bekannt.

Die Mietzinsbeihilfe wird in Zukunft auch auf jene Personen ausgedehnt, die einer besonderen Betreuung bedürfen, während sie bisher nur für erheblich Bewegungsbehinderte gewährt wurde.

Eine wesentliche Erleichterung wird es aber auch bei der Feststellung der Behinderung durch das Sachverständigenteam geben. Der Facharzt des Behinderten muß nicht mehr persönlich bei dieser Teamsitzung anwesend sein, sondern es kann in Zukunft ein Gutachten von ihm vorgelegt werden. Für Kinder wird es wichtig und von Vorteil sein, daß bei Entscheidungen, die die Schulausbildung des behinderten Kindes betreffen, ein Pädagoge dem Team angehören muß. Und eine noch sehr wichtige und menschliche Verbesserung wird es sein, daß der Behinderte eine Person seines Vertrauens zur Teamsitzung mitnehmen kann. Das konnte ihm bisher verwehrt werden. Was es aber für einen Behinderten bedeutet, fremden Menschen ganz allein gegenüberzustehen und „begutachtet“ zu werden, das kann man erst verstehen, wenn man sich in die Lage dieses Menschen versetzt. Erst dann kann man begreifen, welche große seelische Belastung dies bedeutet. Deshalb ist das Mitnehmen einer Vertrauensperson für den Behinderten sicher von großer Bedeutung.

Das Sozialhilfgesetz und das Behindertengesetz stellen in der Steiermark ein gut ausgebautes System der materiellen Absicherung des einzelnen dar. Was aber viele dieser behinderten und oft sehr isolierten

Menschen brauchen, ist die Integration in die Gesellschaft. Diese Menschen dürfen von der gesunden Bevölkerung nicht mehr als Außenseiter betrachtet werden, und weil das noch immer oft der Fall ist, haben sie meist eine große Scheu vor Kontakten mit den anderen, denn zu oft werden sie zurückgesetzt und auf die Seite geschoben. Die optimale Lösung für einen behinderten Menschen ist sicher das Leben in einem größeren Familienverband. Erst wenn dies wirklich nicht mehr möglich ist, sollte die internatsmäßige Unterbringung, die Unterbringung in einer Tagesheimstätte oder in einem Wohnheim erfolgen. Die Möglichkeiten sind sicher gegeben, da es doch schon fast in jedem Bezirk in der Steiermark eine Tagesheimstätte oder ein Wohnheim für Behinderte gibt. Hier sind es hauptsächlich die privaten Institutionen, die sich um die Errichtung der Heime besonders verdient gemacht haben und immer noch verdient machen. Sie werden vom Sozialreferenten des Landes, Herrn Landesrat Gruber, in dieser Hinsicht ganz besonders gefördert. Es darf hier nicht übersehen werden, daß die laufenden Kosten der Unterbringung von Behinderten in privaten Einrichtungen zur Gänze aus öffentlichen Mitteln getragen werden. Man sieht, die Hilfen für die Behinderten in den verschiedenen Lebensbereichen und Lebensabschnitten sind sehr vielfältig. Neben dem Land und den privaten Hilfsorganisationen sind es in den Gemeinden auch die Sozialreferenten, die immer alles tun, um den Behinderten in ihrer Gemeinde das Leben zu erleichtern beziehungsweise sie zu beraten und ihnen den für sie gangbarsten Weg zeigen. Es ist sicher angebracht, diesen Gemeindefunktionären für ihr Verständnis und ihre Tätigkeit einmal herzlich zu danken. (Allgemeiner Beifall.)

Abschließend darf ich sagen, daß wir alle sicher eines gemeinsam wollen, daß die behinderten Mitbürger gerechte Chancen zur aktiven Teilnahme an allen gesellschaftlichen Bereichen bekommen und daß bestehende Vorurteile und Unsicherheiten zwischen behinderten und nichtbehinderten Menschen im Berufsleben, in Wohnhäusern und auch bei der Freizeitgestaltung abgebaut werden. Dies durch Aufklärung, Information und Erziehung zu erreichen, muß unser aller Bestreben sein. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Feldgrill: Zu Wort gemeldet hat sich Frau Präsident Klasnic. Ich erteile ihr das Wort.

Präsident Klasnic: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Unsere Politik muß darauf abgestellt sein, sich nicht im Geben und Nehmen zu etablieren, sondern die Infrastruktur für die steirische Wirtschaft, für die Selbständigen und Unselbständigen weiter auszubauen, weil darin die Voraussetzungen für die Entfaltung jener wirtschaftlichen Kräfte liegen, die uns ermöglichen, unter guten Existenzverhältnissen leben zu können und vor allem auch jene Mittel aufzubringen, die auch für die Sozialpolitik unerlässlich sind. Ich möchte an der Spitze unserem Herrn Landeshauptmann Dr. Krainer sehr, sehr herzlich danken, daß er eine solche Wirtschaftspolitik gemeinsam mit den Mitgliedern der Landesregierung betreibt und daß er in einer Zeit der Not, wie es der Herr Abgeordnete Preamberger gestern gesagt hat, in bezug auf die vielen arbeitslosen jungen

Menschen, eine Anlaufstelle für verzweifelte Menschen ist. Wir müssen darauf dringen, daß das gute Wirtschaften und die Tugenden, wie Verantwortungsbewußtsein, Ehrlichkeit sowie Gerechtigkeit und Verständnis dem Nächsten gegenüber, immer vorangestellt werden. Denn eines wurde gerade in der letzten Zeit noch klarer: Das Zusammenwirken aller Berufsstände ist unerlässlich. Darin liegt die Chance unserer Gesellschaftsordnung, die letztlich durch nichts Besseres ersetzt werden kann. Jedenfalls bin ich überzeugt, wenn wir zusammenstehen und zusammenarbeiten, können wir weitere Ziele, vor allem auch im sozialen Bereich, in der Zukunft gemeinsam erreichen. Zusammenstehen in Verantwortung aller Fraktionen und Mandatare in diesem Haus.

Ein Budget, das auf alles Bedacht nimmt und trotzdem nichts verschwendet, spart. Sparen heißt aber nicht wegnehmen dem, der es braucht, „Soziale Sicherheit an den Grenzen der Finanzierbarkeit“, das ist der Aufschrei, den man aus allen Sparten der Sozialversicherungsanstalten hört, und das ist aber auch der Aufschrei, mit dem wir uns im Rahmen der Budgetdebatte im Steiermärkischen Landtag befassen müssen, der aus den Reihen der Sozialhilfeträger kommt, den Gemeinden, den Sozialhilfeverbänden und so weiter. Da stimmt doch etwas nicht! Solche Aussagen bringen nichts. Sie bringen höchstens Unruhe in die Reihen derer, die auf Sozialhilfe, in welcher Form dies auch immer sein mag, angewiesen sind. Konsequenz aus der Vergangenheit und Konsequenz für die Zukunft, es kann auf keinen Fall einen Sozialstopp auszurufen bedeuten. Ansatzpunkte zur Korrektur des Kurses sind in weiten Bereichen der Bevölkerung vorhanden - zu einer Neuorientierung, zum Umdenken, und von der Bevölkerung kommt die Absage an das Fortsetzen der bisherigen Sozialpolitik, die Leistungen an Leistungen reiht, nicht, ohne damit der entstandenen Grenze der Belastbarkeit Rechnung zu tragen, aber - und das ist das weit Schlimmere - man übersieht oft, bedürfnis- und zeitadäquat zu handeln und stimmt vieles nicht mit der heutigen Bedarfsstruktur ab. Wir brauchen nur die Analyse, die schon die Kollegin Meyer erwähnt hat, auf den Seiten 88 und 56 durchzulesen. Bedürfnis- und zeitadäquat zu handeln, die heutige Bedarfsstruktur zu berücksichtigen ist alles, was mit Eigenverantwortung, Eigenvorsorge, mit Hilfe zur Selbsthilfe, mit Eigeninitiative für sich selbst, aber auch für all jene, die dazu der Hilfe der Gesellschaft, der Mitmenschen bedürfen, zusammenhängt. Die Ausgaben müssen nicht erhöht werden, wenn der Mut vorhanden ist, zu einer Durchforstung der Ausgabe-seite des Leistungskataloges zu kommen. Die Forderung dabei ist, die notwendige Sorgfalt und Verantwortung für die Zukunft im Augenmaß zu haben, denn sonst gefährdet man in späteren Jahren vielleicht die Hilfe für jene, die sie besonders brauchen. Die Forderung geht aber auch in jene Bereiche, wo die Sozialhilfe zum Zahlen von Leistungen herangezogen wird, die eigentlich schon oft Sache der Sozialversicherungsträger wären. Ich denke an die schnelle Einreihung von chronisch Kranken, womit dann die gesamte Familie ein Sozialfall wird. Ich denke an einen Antrag der Österreichischen Volkspartei, in dem man sagt, daß auch behinderte Kinder in Heimen die Möglichkeit haben sollten, Familienbeihilfe zu bekommen. Diese wird zugunsten des Bundes eingefroren. Und so könnte

man diese Liste sehr lange fortsetzen. Ich glaube aber, wir brauchen einen Meinungsbildungs- und einen Bewußtseinsänderungsprozeß. Die Bevölkerung ist sehr wohl bereit dazu und zeigt uns das in vielen ehrenamtlichen Tätigkeiten, wie zum Beispiel in der Alten- und Behindertenhilfe, in der Kommunikations- und Nachbarschaftshilfe und in vielen anderen Arten von Verbandsarbeit der freien Wohlfahrt. Ehrenamtliche Tätigkeiten haben viele gute Seiten, die sich auch in konkreten Zahlen auf die Einnahmenseite der Sozialhilfe buchen ließen, und die zu leistende Unterstützung, die sich auf die Ausgabenseite lenkt, bringt Zinsen. Zuvor nicht in klingender Münze, aber in ihrer Gesamtheit gesehen. Die Österreichische Volkspartei bekennt sich klar zur Sozialpolitik und zur sozialen Marktwirtschaft. Die Grundlagen dieser Politik sind Leistung und soziale Gerechtigkeit, Wettbewerb und Solidarität, Eigenverantwortung und soziale Sicherung. Die Menschenwürde und die Freiheit des einzelnen haben aber Vorrang vor ökonomischem Nutzen. Einen größtmöglichen Spielraum an freier Entfaltung der Persönlichkeit bietet nur eine Politik, die Eigenverantwortung und Eigeninitiative ermöglicht. Gewiß kann die Politik Glück und Zufriedenheit, die zum Beispiel aus einem glücklichen Familienleben erwachsen, nicht schaffen oder gar garantieren. Dieser Anspruch wäre vermessen, aber er kann jene Bedingungen mit beeinflussen, pflegen oder gefährden, die dies mehr oder weniger wahrscheinlich machen. Und weiter: Es hilft wenig, wenn Politik den Wert der Familie nur predigte, wäre dieser nicht in den Menschen eingewurzelt, aber Politiker können diese und andere Werte, wo sie vorhanden sind, eben bestätigen und verstärken, sie können sie aber auch ignorieren und relativieren. Beides bleibt noch ohne Folgen gerade in einer Gesellschaft, in der die Kluft zwischen dem, was die Menschen glauben, und der Art und Weise, wie öffentlich, ja besser veröffentlicht darüber geredet wird, so groß ist. Die Einkommen sind nicht familiengerecht. Mehr als 60 Prozent der Menschen sagen uns, daß der Ehepartner arbeiten muß, um den finanziellen Belastungen der Familie gerecht zu werden. In der Mehrzahl der Fälle ist die Berufstätigkeit der Frau somit kein Ausdruck der Selbstverwirklichung, sondern Produkt der finanziellen Zwangslage. Wissen wir doch, daß 44 von hundert berufstätigen Frauen Alleinfamilienerhalter sind. Wissen wir doch, daß neun von zehn Alleinerziehern Frauen sind, und da ist es nur richtig zu sagen, bei einer Pensionsreform wird diese Frage eine besondere Rolle spielen. Nicht so, wie gestern in einer Tageszeitung zitiert wurde, daß der Herr Bundeskanzler meint, zum Thema Pensionsreform möchte er sich nicht äußern, da sei der Herr Sozialminister zuständig. Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Ich würde den Herrn Minister Dallinger nicht allein wirtschaften lassen. Ich sage Ihnen das mit einem Beispiel. Der Krankenstand der Arbeitnehmer geht kontinuierlich zurück, ebenso die Dauer der Krankmeldungen. Die Krankengeldzahlungen gingen im vergangenen Jahr um 5,2 Prozent zurück. Die Krankenkassen sparten durch das Gesünderwerden der Arbeitnehmer 1982 bereits mehr als 2 Milliarden Schilling ein. Die Steiermärkische Gebietskrankenkasse hatte einen Gewinn von 180 Millionen Schilling (Abg. Rainer: „Das war kein Gewinn, das war höchstens ein Überhang!“), aber 160 Millionen Schilling hat der Herr

Minister Dallinger zum Stopfen von Löchern für die Pensionen gebraucht. Damit begründe ich meine Bedenken gegen den Sozialminister.

Noch etwas. Wohin gehen wir? Die Zahl der Rentner und Pensionisten wächst und die der Beitragszahler sinkt. Ändert sich nichts, dann werden auf die Berufstätigen bald ebensoviele Pensionisten kommen. Das ist zweifellos eine schwierige Entwicklung. Wie aber verhalten sich die Menschen, jene, die erheblich weniger Geld verdienen werden und jene, die erheblich weniger Pension oder Rente beziehen werden? Die besorgten Fragen kommen gegenwärtig von den älteren Menschen. Sie können morgen schon in gleicher Schärfe von den Berufstätigen und den Heranwachsenden, die eine lange Zukunft vor sich haben, gestellt werden, und was dann? Geraten nicht zwangsläufig Generationen in einen Konflikt, weil Interessen und Gemeinwohl auseinanderklaffen? Politik muß diese Konfrontierung und diese Polarisierung vermeiden. Dafür muß es Konzepte zur Rentensanierung geben, die nicht nur Wirtschaftsdynamik und Bevölkerungsentwicklung miteinander verbinden, sondern durch Familienpolitik konsensfähige Lösungen sichern.

Einen neuen Begriff für einen alten Gedanken hatten wir mit dem Stichwort: „Drei-Generationen-Solidarität“. Familie, das sind nicht nur Eltern mit kleinen oder großen Kindern, sondern dazu gehört auch die Großmutter und der Großvater, ja bei immer länger werdender Lebenserwartung auch die Urgroßmutter und der Urgroßvater. Dieses gesellschaftliche Bild der Großfamilie braucht die gesellschaftspolitische Stütze. Dazu gehört eine Wohnbauförderung, die das Zusammenleben verschiedener Generationen unter einem Dach überhaupt erst möglich macht. Dazu gehören: Mutterchaftsgeld - Flexibilität bei der Entscheidung über die Arbeitszeit oder Teilzeitbeschäftigung, wenn Kinder erzogen oder pflegebedürftige Angehörige umsorgt werden müssen - der Familienlastenausgleich - Jugendschutz - Schutz des ungeborenen Lebens - Beratung und Orientierungshilfen für die gesamte Familie.

Greifen wir den Familienlastenausgleich als Beispiel auf. Kinder zu haben bedeutet, gemessen an dem zu ihrer Versorgung verfügbaren Einkommen, einen nicht unerheblichen Verzicht auf materiellen Wohlstand. Besonders betroffen sind die Familien, da sich bei ihnen mit zunehmender Kinderzahl das Einkommensniveau dem Existenzminimum nähert. Konkret: Kinderreichtum kann Kennzeichen neuer Armut sein. Das wollen wir doch alle miteinander nicht. Ich denke an die Tagung des familienpolitischen Beirates der Steiermärkischen Landesregierung anlässlich der 25-Jahrfeier in St. Martin, wo der Vorsitzende Dipl.-Ing. Herzog das Ergebnis mit den Worten zusammengefaßt hat: „Die Familie ist für Glück und Zufriedenheit der Menschen in diesem Lande mitentscheidend.“ Der Familienlastenausgleich ist in den letzten Jahren ausgehöhlt worden. Ich sage jetzt etwas, wo ich ganz ehrlich dazu sagen muß, daß es vielleicht manchen Kollegen in meiner beruflichen Arbeit von Vorteil auf Jahre sein könnte, weil sie auch zu einer Tarifierhöhung kommen. Aber wenn ich Ihnen sage, daß allein durch die Tarifierhöhung bei Bahn und Post 300 Millionen Schilling aus dem Familienlastenausgleich im nächsten Jahr mehr herausgenommen werden müssen,

dann sollten wir auch darüber nachdenken. Für Lehrlinge und Menschen, die in eine geschützte Werkstätte fahren müssen, ist die Freifahrt leider noch immer nicht geregelt. Beim Planen von Sozialbauten sollte man auch etwas bedenken. Ich glaube, man könnte manchmal ruhig ein paar Kubikmeter Beton weniger verbauen und dafür dem einzelnen bei seinen persönlichen Problemen helfen. Weil die Kollegin Meyer über die Behinderten gesprochen hat und über die geschützten Arbeitsplätze, muß ich meine Frage aus dem Vorjahr an den Herrn Landesrat Gruber wiederholen. Geschützte Arbeitsplätze im Land. Herr Landesrat, bitte, wie viele geschützte Arbeitsplätze gibt es im Bundesdienst? Das ist die erste Frage. Die zweite Frage: Wir haben gesprochen über den Telefonausbau, und in der vorigen Debatte war dazu auch die Wortmeldung der Frau Kollegin. Ich habe im Vorjahr gemeint, daß wir auch massiv dort eingreifen sollen, wo sich Multiple-Sklerose-Kranke um einen Telefonapparat bemühen, den sie mit Tasten betätigen können. Das hätte einen großen Zuschuß erfordert. Es ist fast nicht möglich gewesen. Eingesprungen ist der Lions Club Leibnitz, der für viele Menschen mit einem Beitrag von 30.000 Schilling etwas gezahlt hat.

Noch ein Wort zu den Behinderten. Es ist so viel darüber gesprochen worden, daß ich das gerne weglasses, aber etwas muß ich doch sagen. Das Gemeinsame, das alle Menschen mit oder ohne Behinderung als verbindend ansehen, sind gleiche Lebensgrundbedürfnisse, Bedürfnisse nach Intimität und Geborgenheit, nach Zuwendung und Akzeptierung, nach Eigenraum und Freiheit, nach Selbst- und Mitbestimmung, nach Zugehörigkeit, nach Vertrautheit und Verlässlichkeit und nach einem Minimum an Abhängigkeit, und gleichzeitig möchte man geistiges Wachstum und erfülltes Leben haben. Wer wirklich vom behinderten Menschen selbst ausgeht, wer ihm tatsächlich Dienst leisten will, der heißt solche Lebensformen für Gesunde und Behinderte gut. Wenn es um Lebensformen für behinderte Menschen geht, dann muß man ihnen eben helfen, ein normales Leben zu führen, und der größte Wunsch ist es immer, wenn sie ein Leben im Rahmen der Familie führen können.

Es ist die Novellierung des Steiermärkischen Behindertengesetzes angesprochen worden. Ich darf dazusagen, ich weiß, daß es in der Landesregierung einstimmig beschlossen wurde, das heißt, daß alle damit rechnen, daß gerade für diese Menschen besonders viel getan werden muß. Im Ausschuß haben wir über dieses Gesetz noch nicht gesprochen. Ich möchte aber in diesem Rahmen nicht versäumen, jenen Organisationen, wie der Lebenshilfe, der Vereinigung zugunsten behinderter Kinder oder der Frau Freeman, der es gelungen ist, ein Wohnhaus für 16 Behinderte zu schaffen, das der Herr Bundespräsident eröffnet hat, oder einer Behindertenwerkstätte in Leoben, die sich bemüht, jungen Behinderten zu helfen, oder einem ganz anderen Verein, „Der Brücke“, getragen von der Caritas, sehr, sehr herzlich zu danken. Was wir brauchen, sind freiwillige Wohlfahrtseinrichtungen, und die hängen in erster Linie von der Bereitschaft des einzelnen Menschen zu helfen ab. Der einzelne Mensch muß sich eben bewußt werden, daß er für die Not seiner Mitmenschen mitverantwortlich ist und daß er am besten durch Mitarbeit einen Beitrag zur Linderung der Not für die Mitmenschen leisten kann.

Die Sozialarbeiter haben eine Tagung gehabt mit dem Ziel, über Gemeinwesenarbeit zu diskutieren und die Vor- und Nachteile aufzuzeigen. Was mich befremdet, und da muß ich den Herrn Landesrat fragen, ist der Ausschreibungsmodus, nach welchem für die Steiermark Gemeinwesenarbeiter gesucht werden. Daß man dazu einfach Inserate in die Zeitung geben muß, wo man meint, Menschen zu finden, die dann wissen, was die Leute brauchen, von einer zentralen Stelle in Wien, vom Sozialministerium. Ich glaube, wenn es da einen Kontakt gegeben hätte mit dem Sozialreferenten des Landes Steiermark, dann hätten sowohl der Herr Landesrat als auch unser Landeshauptmannstellvertreter als Personalreferent -zig Menschen nennen können, die sich für diese Gemeinwesenarbeit eignen.

Etwas anderes: Ein Danke möchte ich hier heute einem Menschen sagen, der Mitte des Jahres in Pension gegangen ist. Es ist dies Frau Direktor Zilli Kappl von der Caritas, die sich wirklich bemüht hat, im Rahmen von Information und Weiterbildung Tausende junge Menschen auszufüllen und ihnen Kraft für ihren künftigen Lebensweg mitzugeben. Sie wissen, unter der Direktion von Frau Direktor Kappl wurden die Familienhelferinnen ausgebildet. Ich möchte Ihnen nur einen Satz sagen, den Frau Direktor Kappl selbst geschrieben hat: „Ich habe bei meiner Arbeit immer an das System des Weiterreichens gedacht und habe jedem einzelnen Mädchen so geholfen, daß es den Start ins Leben findet, daß es sein eigenes Sein ausweiten und vertiefen konnte und daß es die Fähigkeiten gelernt hat zu helfen und auch wirklich diese Hilfe weiterzugeben, und daß sie sich mit diesem Beruf dann nicht nur für sich selbst, sondern eben auch für andere Familien einsetzen konnte.“ Ich möchte hier heute in diesem Haus dafür sehr, sehr herzlich danke sagen. (Allgemeiner Beifall.)

Viele menschliche und materielle Hilfen bekommen unbürokratisch und sofort in Not geratene Menschen in der Steiermark durch die Organisation der Katastrophenhilfe und des steirischen Sozialdienstes, wo gerade mit der Gründung von Sozialstationen auch schon sehr, sehr viel geschehen ist. Man könnte jetzt noch einen Maßnahmenkatalog nennen, was wir uns als Österreichische Volkspartei im Rahmen des Modells Steiermark und in unserer alltäglichen Arbeit ganz besonders an Hilfe für die Zukunft vorstellen könnten. Ich möchte nur zwei Dinge nennen. Unterstützen wir Aktionen wie den Pflegemütterverein der Frau Baumann, der es gelungen ist, 26 Elterngruppen im ganzen Land Steiermark aufzubauen und Beratung direkt in und mit der Familie durchzuführen. Sehen wir aber auch die Probleme, die wir haben, und ich glaube, wir müssen allen Sozialarbeitern, hauptberuflichen und ehrenamtlichen, dankbar sein, die sich dieser Dinge annehmen, ganz besonders, da es auch in unserem Land das Wort Kindesmißhandlung gibt. Nicht nur, weil es in den letzten Wochen in der Zeitung gestanden ist, sondern weil wir uns immer wieder nur dann aufregen, wenn es momentan ein akuter Fall ist. Helfen wir jenen Menschen, wieder hineinzukommen in die Gesellschaft, die vielleicht momentan aus dem Lebensrhythmus gekommen sind, die momentan ein sogenannter chronischer Sozialfall sind. Wir merken es an den Beratungsstellen, die es in der Stadt Graz gibt, ob es jetzt das „Ist“ oder die „Pan“ ist, es finden sich

junge Menschen mit Hilfe von Sozialarbeitern zusammen, und sie wollen gemeinsam das Leben meistern. Nehmen wir uns alle von einem solchen Tag auch mit, daß wir etwas ganz Besonderes brauchen, noch mehr direkte Aussprache zwischen politisch Verantwortlichen und betroffenen Randgruppen. Dann kann die Sozialpolitik des Landes Steiermark nur gut sein. Und Peter Rosegger wurde heute schon so oft zitiert. Ich möchte auch mit Rosegger schließen und sagen: „Lassen wir keinen zurück auf dem Wege zum Licht.“ (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Feldgrill: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Schrammel. Ich erteile es ihm.

Abg. Schrammel: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Eine Ausgewogenheit in der Sozialpolitik und im Sozialwesen anzustreben, ist wohl eine Selbstverständlichkeit im politischen Leben. So ist es auch der Landwirtschaft gelungen, sozusagen auf den fahrenden Zug der Sozialversicherung rechtzeitig aufzuspringen, nur mußten natürlich, um Nachziehungen vollziehen zu können, große Belastungen hingenommen werden. Es wurden die Kranken-, die Unfall- und die Pensionsversicherung Zug um Zug geschaffen. Besonders erwähnenswert ist aber die Beschlußfassung des Bauernpensionsversicherungsgesetzes im Jahre 1969 unter Bundeskanzler Klaus, vor allem durch die Initiative des damaligen Präsidenten Wallner. Es ist damit ein Meilenstein für die soziale Sicherheit der Landwirtschaft gesetzt worden, die von ganz besonderer Bedeutung ist. Die Belastungen der Landwirtschaft jetzt auch meistern zu können, in einer Zeit, wo die Einkommenspolitik nicht Schritt halten kann, ist natürlich für die Bauern nicht leicht zu verkraften. Der bäuerliche Bevölkerungsanteil wird noch dazu ständig geringer, und damit müssen immer weniger mehr bezahlen, und die abwandernden Kinder aus der Landwirtschaft zahlen in andere Versicherungsgesellschaften. Es ist daher eine gerechte und angebrachte Tatsache, daß die Beiträge des Bundes für die Landwirtschaft ständig ansteigen müssen, um diesem Ausgleich gerecht zu werden. Ich darf nur eine Zahl in der Beitragserhöhung der landwirtschaftlichen Sozialbelastung herausgreifen, die besonders gravierend ist. Seit dem Jahre 1975 macht die Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge in der Landwirtschaft fast das Dreifache aus. Die Bauernschaft wird durch die Beitragserhöhung ab 1. Jänner 1984 neuerlich belastet und wird im kommenden Jahr eine Belastung von etwa 280 Millionen Schilling zusätzlich zu verkraften haben. (Abg. Zellnig: „Der Bund soll doch 600 Millionen Schilling dazulegen!“) Lieber Kollege Zellnig, ich habe schon früher erwähnt, wenn immer weniger mehr bezahlen müssen und die abwandernden Bauern und auch die Nebenerwerbslandwirte in andere Sozialversicherungsträger Beiträge bezahlen, dann ist es eine Selbstverständlichkeit, und das ist sogar in den Grundgesetzen der Sozialversicherung gesetzlich geregelt, über den sozialen Ausgleich dann auch Bundeszuschüsse zu geben. Das ist eine Selbstverständlichkeit. (Abg. Loidl: „Die zahlen ja das, was sie bekommen. Ihr habt euch zu lange gewehrt. Ihr habt euch 30 Jahre gegen die Versicherung gewehrt!“) Lieber Kollege Loidl, ich bin

sehr überrascht, daß du die Bundesbeiträge, die die Landwirtschaft mit Recht über Gesetz zugesprochen bekommt, kritisiert. (Abg. Loidl: „Nein, das tue ich nicht. Ihr sollt es nur anerkennen, mehr wollen wir nicht. Ihr sagt immer, der Bund tut nichts!“) Es ist eine soziale Gerechtigkeit, eine Ausgewogenheit über alle Berufsgruppen zu schaffen, und das wollen wir ja alle anstreben, und das muß in der sozialen Sicherheit auch eine Selbstverständlichkeit für alle Politiker, ganz gleich, welcher Partei sie angehören, sein. Lieber Kollege Loidl, daß der Bund nichts tut, das wurde von mir nicht gesagt, aber es wurde von mir erwähnt, daß die Beitragsbelastung in letzter Zeit Höhen angenommen hat, die für die Landwirtschaft langsam bedrohlich werden. Ich darf bei dieser Gelegenheit vielleicht nur zwei Beispiele herausgreifen. Ein Obstbaubetrieb mit einer Betriebsgröße von 15 bis 30 Hektar hat eine Sozialversicherungsbeitragsbelastung von rund 29.900 Schilling pro Jahr. Ein Ackerbaubetrieb mit 30 bis 50 Hektar Betriebsgröße hat eine jährliche Sozialversicherungsbelastung von sogar rund 32.500 Schilling. Sicher Beträge, die dem landwirtschaftlichen Einkommen angemessen sind, das in den letzten Jahren eher stagniert und nicht in diesem Ausmaß angestiegen ist, ein fast bedrohlich hoher Betrag. Die Beitragserhöhungen sind daher für die Landwirtschaft ungerechtfertigt in dieser Form.

Es soll auch erwähnt werden, daß die Verschuldung in der Landwirtschaft in den letzten Jahren auch bedrohlich zugenommen hat. (Abg. Zellnig: „Aber nicht durch die Sozialversicherungsbeiträge!“) Ich möchte nur eine Zahl herausgreifen. Die geförderten AIK-Kredite haben im Vorjahr um 493 Millionen Schilling gegenüber dem Jahr 1982 zugenommen. Eine Zahl soll auch bei der Aufzählung der sozialen Sicherheit noch in Erwähnung gebracht werden, daß die Gefahren in der Landwirtschaft immer größer werden. Leider hat es in den ersten neun Monaten des heurigen Jahres nicht weniger als 114 tödliche Arbeitsunfälle in der Landwirtschaft in Österreich gegeben und davon 54 durch Traktorumstürze. Diese Zahlen zu beachten, muß auch für die Technik und für die technische Entwicklung sehr wichtig sein.

Zur Spitalsfrage nur kurz einige Feststellungen. Wir empfinden es als eine Ungerechtigkeit, daß der 20prozentige Selbstbehalt nur für die Landwirtschaft eine Selbstverständlichkeit ist und Gültigkeit hat. Es müßte hier eine Gleichbehandlung aller Berufsgruppen erfolgen. Wir möchten auch anstreben, daß die Regionalkrankenhäuser in der Entwicklung gegenüber den Zentralkrankenhäusern nicht zurückbleiben.

Zur Pensionsreform nur kurz eine Feststellung. Die vom Sozialminister Dallinger, die Frau Kollegin Klasnic hat das früher schon erwähnt, angestrebte Pensionsreform bringt eine allgemeine Verunsicherung vor allem bei den Pensionisten. Eine Verunsicherung deshalb, weil die Beitragsbelastungen einerseits steigen, und andererseits aber zur Kenntnis genommen werden muß, daß seine Bestrebungen förmlich eine Zurückführung auf das Reichspensionsrecht wäre und dabei Pensionskürzungen de facto auch in einigen Bereichen, vor allem bei den selbständig Erwerbstätigen, hingenommen werden müssen. Die Beiträge steigen, die Pensionen sollen geringer werden. (Abg. Kohlhammer: „Nicht geringer werden!“) Eine solche Politik

können wir von der ÖVP-Fraktion sicher nicht zur Budgetsanierung des Bundes gutheißen. Ich möchte hier auch ein Beispiel herausgreifen: So würde beispielsweise ein Pensionsnehmer, und zwar ein Dienstnehmer mit rund 40 Versicherungsjahren, statt jetzt 7200 Schilling Pension nach der neuen Regelung der Dallinger-Pensionsreform nur mehr 6000 Schilling Pension bekommen. Das sind sicher auch nicht Ihre Bestrebungen. Daher bin ich auch der Meinung, daß wir die Sozialversicherung dem Dallinger keinesfalls allein überlassen dürfen und daß es hier notwendig wäre, daß über die Pensionsreform breit diskutiert wird. Wir von der Landwirtschaft fordern die Beseitigung einer ganz argen sozialen Härte, und zwar, daß die Schwerversehrten in der Landwirtschaft und die Witwen eine ganz bescheidene Pension bekommen. Hier fordern wir die Verdoppelung der Schwerstversehrten- und Witwenpension. Ich darf zur Zahnbehandlung kurz noch eines festhalten. Es ist bedauerlich, daß es bis jetzt noch zu keinem Vertrag mit den Zahnbehandlern kommen konnte, also zwischen Bauern und Zahnbehandlern. Der Zahnersatz kostet beispielsweise zwischen 30.000 und 50.000 Schilling, und die Beiträge, die aus der Sozialversicherung als Rückersatz dafür geleistet werden, machen nur 4028 Schilling aus. Ich kann Ihnen aus dem Grenzland berichten, daß es immer mehr Fälle gibt, wo Leute zur Zahnbehandlung nach Ungarn fahren, wo etwa nur ein Viertel der Kosten verrechnet wird. Diese Entwicklung gibt es. Sie soll sicherlich keine Zielvorstellung sein. Wenn es in Österreich 36.000 arbeitslose Jugendliche gibt und die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen leider in letzter Zeit im Zunehmen ist und wir gerade in ländlichen Bereichen von einer Jugendarbeitslosigkeit sprechen müssen, so fordern wir, daß die arbeitslosen Jugendlichen über 18 Jahre einen Sozialversicherungsschutz in passender Form erhalten.

Alles in allem möchte ich zusammenfassend sagen: Die soziale Fortentwicklung muß sicher unser Ziel sein. Es darf aber nicht so weit kommen, daß die Sozialversicherung mit Beitragsbelastungen statt zu einem Segen zu einem Fluch wird und heute hohe Beiträge bezahlt werden müssen und jene, die diese hohen Beiträge zu bezahlen haben, nicht mit Sicherheit wissen, ob sie noch die dementsprechenden Pensionen auch ausnützen werden können. Es darf keinesfalls so weit kommen, daß Budgetsanierungen auf Kosten der sozialen Sicherheit, vor allem auf Kosten der Pensionisten, gehen. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ.)

Präsident Klasnic: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Mag. Rader. Ich erteile es ihm.

Abg. Mag. Rader: Frau Präsident, meine verehrten Damen und Herren!

In der Minute, in der die Mittagsglocke läutet, sollte man den Frieden nicht stören. Ich habe daher die Absicht, durchaus im Rahmen dieser Gruppe das Gemeinsame herauszustreichen zu versuchen und mich auch nicht darauf einzulassen, zu untersuchen, wer mit welchen Reformen unter Umständen welche Maßnahmen setzt, die für die Betroffenen unangenehm sind. Sehen Sie, meine Damen und Herren, ich habe auch gar nicht die Absicht, mich mit der ganzen Palette jener Maßnahmen zu beschäftigen, die es in diesem Ressort gibt. Das ist einfach zu umfangreich. Es

würde den Rahmen einer solchen Rede sprengen, auch gar nicht mit denen, die trotz aller Entwicklungen der letzten Jahrzehnte noch immer nicht bis „ins Licht“ mitgenommen werden konnten, weil es ganz einfach nicht geht. Ich würde hier ausweichen in einen Bereich, den ich vielleicht ansatzweise und gelegentlich in Detailfragen als künftige Entwicklungsmöglichkeit sehe und wo wir einen Ausweg aus der Situation sehen, die mit einem Wort lautet, wir haben immer weniger Geld, und wir müssen versuchen, mit weniger Mitteln einen sozialen Status aufrechtzuerhalten, und wir sollten der Versuchung widerstehen, gegenseitig aufzurechnen, wer weniger sozial ist, wenn er die nicht vorhandenen Mittel nicht einsetzt.

Meine verehrten Damen und Herren, ich freue mich darüber, daß es im Finanz-Ausschuß möglich war, daß wir gemeinsam eine Resolution beschlossen haben, die die Landesregierung auffordert, auch für den Landesbereich, in den Kommunalbereichen ist das ja zusätzlich in letzter Zeit immer mehr der Fall, einen Bericht vorzulegen, welche Möglichkeiten es gibt, die Bürger-selbsthilfe wieder zu animieren.

Ich sage wieder, und ich schränke das hauptsächlich auf die Ballungsbereiche ein, weil in diesen Ballungsbereichen dieses Bewußtsein, daß wir eigentlich hier Dinge von der öffentlichen Hand her regeln, die wir selbst regeln könnten, unter Umständen viel mehr verlorengegangen ist als im ländlichen Bereich. Ich komme aus einer Familie, in der es zum Beispiel selbstverständlich ist, daß die gesamte Familie, vom Enkel bis zur Urgroßmutter, natürlich gemeinsam lebt und man sich gegenseitig hilft. Und meine Mutter hat in den letzten 20 Jahren nichts anderes getan, als zuerst ihre Mutter und dann ihre Schwiegermutter gepflegt, die Pflegefälle waren. Und es wäre ihr nie eingefallen, hier den Versuch zu unternehmen, sie in ein Krankenhaus zu geben. Ich sage das nur, weil das ein ländlicher Bereich ist, wie der Herr Landeshauptmann gestern unfreundlicherweise die Gelegenheit benutzt hat, es zu verwenden. In den Ballungsbereichen ist dieses Gefühl verlorengegangen. Es schockiert mich immer wieder, wenn jemand, der eine kranke Nachbarin in einem großen Wohnblock hat und einkaufen geht, nicht auf die Idee kommt, ihr etwas mitzubringen, sondern das Sozialamt anruft und sagt, schickt jemand her, der für die Dame einkaufen geht, sie ist krank. Da ist viel Gefühl verlorengegangen, das wir wieder aufbauen müssen. Ich bin auch dankbar, ich habe die letzten Budgetdebatten nachgelesen, die Frau Kollegin Klasnic hat sich ja schon im Vorjahr und heuer wieder damit sehr deutlich beschäftigt.

Ich möchte eine Lanze brechen, meine Damen und Herren, für die verstärkte Selbstorganisation im Sozialbereich. Die Erkenntnis, daß der Staat nicht alles machen kann, ist ja manchmal keine, die reift auf Grund von Wissen, sondern auf Grund mangelnder Finanzmittel. Die Erkenntnis, daß der Staat nicht alles machen soll, ist eine Entwicklung, die sich vielleicht vom Ideologischen her entwickelt. Ich würde bitten, die Frage, die natürlich aufgeworfen werden könnte, und jetzt kommen Sie her und sagen Sie uns, was alles nicht mehr gemacht werden soll, und dann zu den Betroffenen gehen und sagen, bitteschön, da gibt es jemand, der euch etwas wegnehmen will, nicht zu stellen. Sie ist in dieser Phase unseriös.

Meine Damen und Herren, ich habe mich mit der Frage der Selbstorganisation in verschiedensten Bereichen sehr beschäftigt. Ich habe ein Buch gefunden, das auch Sie sicherlich kennen, es stammt von einem Wiener Universitätsprofessor, Christoph Badelt, der ja auch in der Steiermark mehrere Vorträge gehalten hat und der vor allem den angelsächsischen Raum untersucht hat über alle Möglichkeiten, die es in Selbstorganisationen gibt, im wirtschaftlichen Bereich, in den verschiedensten Bereichen, auch im sozialen Bereich. Und er stellt fest, daß Selbsthilfe oder Selbstorganisation vier Gründe hat:

Erstens: Sie ist, und das wird ja immer wichtiger, eine Alternative zur Bürokratie. Wenn wir verfolgen, wie unsere Beamtenheere größer werden, dann ist es notwendig, zur Bürokratie eine Alternative aufzubauen. Sie ist zweitens, und auch das haben wir dringend notwendig, ein Mittel zur Budgetentlastung. Sie ist drittens, und das ist schon schwerer zu erläutern, aber es stimmt, ein Mittel zur Verbesserung der sozialen Leistungen. Sie ist viertens und nicht zuletzt ein Symbol für eine gewisse Art eines alternativen Lebensstils.

Ich möchte voranschicken, meine Damen und Herren, damit es nicht mißverstanden wird, daß ich eine hohe Achtung vor allen im Sozialbereich tätigen Beamtinnen und Beamten habe. Sie bemühen sich durch ihren persönlichen Einsatz weit über die normale Dienstverpflichtung hinaus, die Bürokratie zu vermenschlichen. Nur, es geht nicht ganz. Auch bei einem Mindestmaß an Bürokratie treten jene Situationen ein, die nicht vermeidbar sind, daß Bürokratie natürlich neue soziale Probleme aufwirft, das ist die berühmte Situation der Grenzziehung, etwa bei Ihrem Pendlerpauschale, das Sie beschlossen haben oder beschließen werden. Warum kommt eigentlich derjenige, der nur 500 Meter weniger weit weg von seinem Arbeitsplatz wohnt, zum Beispiel, nicht in den Genuß. Und dann ist man natürlich geneigt, diese ganze Situation zu vermenschlichen und zu sagen, mein Gott, man wird doch nicht so genau sein, und dann explodieren die Kosten. Wir haben es ja dramatisch erlebt, etwa bei den Schulbussen. Und die Versuche, jetzt wieder schrittweise nur auf die Richtlinien zurückzuführen, bringen ja schon große Probleme.

Meine Damen und Herren, der übereinstimmende Schluß in allen politischen Programmen zu diesem Thema, die ich auch nachgelesen habe, lautet eigentlich, daß wir keine Netze im Sozialbereich brauchen und diese eigentlich ein Schritt in Richtung verstärkter Selbsthilfe sind. Meine Damen und Herren, die Möglichkeiten sind, wenn man es nachliest, wirklich ungeheuerlich. Zum Teil gibt es sie ja schon bei uns, ich sage aber bei all diesen Dingen, die es hier gibt, daß sie privat organisiert sind und kaum durch die öffentliche Hand. Ich will Ihnen das nicht vorlesen, aber es gibt wirklich sehr viele.

Private Tagesbetreuungszentren, private Besuchsdienste, private Telefondienste, private Notfallvorsorgen, private Notfallstelefondienste, ich sage das nur, weil hier in diesem Haus mehrere Anträge liegen, das auch durch die öffentliche Hand zu organisieren, Telefonketten, Begleitung, Pensionistenselbsthilfen, Elternselbsthilfegruppen, bis zu organisierten Schulen, in denen die Eltern mitarbeiten. Es gibt ungeheuer viele Möglichkeiten, und ich glaube, wir sollten rechtzeitig

zu überlegen beginnen, wie wir diese Möglichkeiten auch in unserem Bereich verstärken sollten. Ich kenne natürlich auch die Gegenargumente, und ich schätze sie durchaus nicht gering ein, wie etwa die Aussage, daß die Versorgungssicherheit natürlich durch die öffentliche Hand größer sein kann und muß, daß die Verlässlichkeit natürlich durch die öffentliche Hand möglicherweise größer ist, aber, meine Damen und Herren, ich glaube, wenn es uns gelingt, und das ist keine finanzielle Frage, sondern das ist eine psychologische Frage, das Gefühl zu verstärken, daß wir selbst die Verantwortung tragen für unsere Umwelt, für unsere Nachbarn, über den Familienkreis hinaus, daß damit auch wieder eine Meinung entsteht, daß man weniger auf die Angebote der öffentlichen Hand zurückgreifen muß und daß möglicherweise eine finanzielle, quantitative Reduzierung des Angebotes ohne Veränderung zu einer qualitativen Verbesserung führen kann. Denn wo es Richtlinien gibt, kann bis zu einem gewissen Grad die individuelle Situation nicht berücksichtigt werden. Lassen wir uns daher gemeinsam die Schlußfolgerung ziehen, und ich bin sehr gespannt auf den Bericht, den das Sozialressort auf Grund dieser Resolution hoffentlich bald vorlegen wird, lassen wir uns gemeinsam die Schlußfolgerung ziehen, daß eine qualitative Verschlechterung mit einer verstärkten Selbstorganisation und Selbsthilfe nicht verbunden ist, sondern daß sie vielleicht der Ausweg ist, dieses soziale Netz, das wir haben, und diesen sozialen Status, den wir haben, ohne qualitative Eingriffe und Verschlechterungen in derselben Größenordnung trotz geringerer finanzieller Mittel zu erhalten. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Klasnic: Zum Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Dr. Kalnoky. Ich erteile es ihr.

Abg. Dr. Kalnoky: Frau Präsident, Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Seit dem Herbst 1983 gibt es jetzt eine Frühbetreuung für sehbehinderte und für blinde Kinder. Wir haben heute schon mehrmals gehört, wie wichtig die Kind-Eltern-Beziehung ist, und gerade in diesem Bereich ist die Beziehung zwischen Kind und Eltern nicht normal, weil das Kind eben gestört ist und Eltern entweder übervorsorglich oder weniger fürsorglich sind, aus Angst, und gerade hier, wo das Kind eigentlich nur blind, alles andere aber leisten könnte, haben Eltern einfach keine Erfahrungen, was zu tun ist. Es ist sehr selten, daß eine Mutter oder ein Vater eines blinden oder schwer sehbehinderten Menschen kennt und weiß, wie man sich verhalten soll. Hier haben wir jetzt ein Modell aufgebaut, von dem wir glauben, daß es auch in Zukunft richtungsweisend ist. Der Kollege Rader hat gerade vor mir gemeint, daß wir Richtlinien finden müssen, wie und was wir finanzieren, und es war für uns ein Anliegen, daß wir nicht einfach wie früher sagen: ja oder nein, und falls ein Ja gefallen war, daß dann einfach die Gelder geflossen sind und man nicht wirklich wußte, ob sie richtig und nützlich eingesetzt wurden und auch in einem solchen Verhältnis, daß wir später das auch zahlen können. Wir haben uns zusammengesetzt und geschaut, wie könnte ein Zeitplan ausschauen, wie und von welchem Team werden die Betroffenen angeschaut. Es soll eine zeitliche

Begrenzung da sein, es muß eine Kontrolle hineinkommen. In diesem so abgegrenzten Bereich müssen wir auch diejenigen, die sich bisher nicht formuliert haben, weil sie vielleicht eine zu kleine Gruppe sind oder sich nicht artikulieren können, weil sie noch nicht im Schulbereich erfaßt sind, in einer Zeit der Rezession helfen. Die Anmeldung geschieht über die Bezirkshauptmannschaft. Die Eltern bekommen dann die Einladung, das Kind wird einem Team vorgestellt. Das Team ist sorgsam ausgesucht worden, und die Anleitung zur Betreuung im Elternhaus, die so wichtig ist, kann beginnen. Ich selbst habe mich hier deshalb zu Wort gemeldet, weil ich ganz einfach allen Kollegen aller drei Fraktionen sagen wollte, daß es jetzt so eine Betreuung gibt. Jeder von uns wird erleben, daß eine ängstliche, eine belastete Mutter kommt, und Sie wissen jetzt, es gibt einen Weg; außerdem sollen wir sehen, es gibt Lösungen. Im kleinen sind solche Modelle entstanden, von denen wir glauben, daß sie zwar auch Mittel kosten, aber nicht in einem Maße, daß wir sie nicht mehr übersehen können. Im konkreten fahren die Blindenlehrerinnen hinaus, haben eine zweite Lohnsteuerkarte und arbeiten in ihrer Freizeit; da ist früher einiges geschehen, da sind viele Leistungen erfolgt, die eigentlich im Dienstbereich waren und außertourlich noch einmal honoriert wurden. Ich glaube, hier ist eine neue Chance, Dinge richtiger zu setzen. Ich muß in diesem Fall sagen, es war für mich erfreulich, daß über die parteipolitische Grenze hinaus hier alle, die betroffen waren und auch besonders Hofrat Knapp geholfen haben, dieses Anliegen sehr schnell und unbürokratisch über die Runde zu bringen. (Allgemeiner Beifall).

Präsident Feldgrill: Das Wort erteile ich dem Abgeordneten Rainer.

Abg. Rainer: Herr Präsident, Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Langsamer als gestern, zum Mitdenken und Applaudieren für meine Kollegen, möchte ich folgendes feststellen: Das Spektrum der bisherigen Wortmeldungen, betreffend den Teil der Sozialversicherungen, war recht interessant. Von der Selbsthilfe bis hin zur Betrachtung der Bauern und jener Ausführungen von Kollegin Präsident Klasnic über die Verlagerung aus der Gebietskrankenkasse, Überhänge bei der Sozialversicherung, die in eine andere Richtung, nämlich in die Pensionsversicherungsträger transferiert werden mußten. Diese Darstellungen sollten uns dazu veranlassen, es wirklich ohne Emotion und ohne Leidenschaft, wie es hier getan wurde, zu tun. In einer Art der Polemik sondergleichen Dinge herauszugreifen und damit Nachweise führen zu wollen, wie man ein System an sich scheinbar schlecht weiterführt oder zu dieser Schlußfolgerung bringt, wie es dargestellt wurde. (Abg. Grillitsch: „Das ist die Erfolgsbilanz der sozialistischen Regierung!“) Man kann ganz einfach diesen Minister nicht gewähren lassen, beziehungsweise wurde es so dargestellt, als ob der Kanzler einfach nicht eingegriffen hätte, weil der Minister einen Fehler gemacht hätte. Ich muß dazu folgendes sagen. Der Bundesminister für Soziale Angelegenheiten Alfred Dallinger hat sich in allen Fragen, die die Steiermark betreffen, und zwar im Rahmen der Wirt-

schaftsförderung, wirklich überaus kooperativ und, wie wir auch meinen, sich sehr in der Form ausgezeichnet, daß er unbürokratisch und schnell geholfen hat. Wir müssen ihm dafür sehr dankbar sein. Im zweiten Bereich, wo er jetzt in Diskussion steht, ist es auch so, daß man ganz eindeutig feststellen muß, die größten Zuschußleistungen, die erforderlich werden, sind bei den Bauern erforderlich. Die größten Zuschußleistungen danach bei den Selbständigen. (Abg. Grillitsch: „Du mußt die Vorleistungen auch anerkennen!“) Es geht immer um die Summen, die geleistet werden. Es ist etwas an der Behauptung, die hier in den Raum gebracht wurde. Diese Ausgleichszahlungen vom Hauptverband her, die sollen tatsächlich gewährt werden. Aber wenn man jetzt die Fragen der Finanzierung diskutieren muß, dann muß man objektiv und sachlich bleiben, und dann sollte man gerade dann, wenn es schwieriger wird, diese Probleme nüchtern diskutieren. (Präsident Klasnic: „Sie reißen das aus dem Zusammenhang!“) Man sollte vor allem eines nicht tun, was dabei sonst zustandekommt, wenn man in dieser Form, wie mein Kollege Schrammel, vorgeht und die Bauern, die Pensionsempfänger allgemein verunsichert, indem man in einem Nebensatz sagt, die älteren Menschen haben Angst, daß ihnen ihre Renten genommen werden. (Abg. Dr. Maitz: „Dallinger verunsichert sie, sonst niemand!“)

In diesem Raum sollten gerade Sie von der ÖVP diese Vorwürfe nicht erheben. (Präsident Klasnic: „Reden Sie mit der Frau Offenbeck!“) Wir erinnern uns leider noch an jene Aussage, die hier in der Steiermark entstanden ist, an das sogenannte Staatsrentnertum, welches abgelehnt wird. Wir waren nie dieser Meinung, daß das eine sinnvolle Darstellung zu sozialversicherungsrechtlichen Fragen sein kann, und wir waren auch dafür, daß die Bauern in die Sozialversicherung miteinbezogen werden und wie alle übrigen Berufsgruppen ihre soziale Sicherheit haben sollten. Daneben werden auch die Selbsthilfeeinrichtungen, die jetzt entstehen, akzeptiert, aber so kann man es nicht machen, wenn jetzt dieses System finanziert werden muß und wenn wir wissen, daß in den nächsten Jahren und bis zum Jahre 1990 auf Grund der demographischen Kurve Probleme der Finanzierung auf uns zukommen. Tun wir nicht so, als gäbe es diese Probleme nur in Österreich. Sie sind weltweit, wo es Sozialversicherungseinrichtungen gibt; entstanden sind sie überall auf Grund der demographischen Entwicklung, auf Grund der Arbeitsmarktsituation und auf Grund dessen, was wir auch in der Steiermark besonders begrüßen müssen, die Möglichkeiten des Vorziehens der Pensionen, aus welchem Titel immer. Das muß uns klar sein. Daher würde ich Sie bitten, daß wir diese Fragen dort diskutieren und dort ohne Polemik abhandeln, wo tatsächlich Lösungen entstehen können. (Abg. Ing. Stoisser: „So verdreht ist es nirgends wie bei uns!“)

Man sollte in den Einrichtungen der Sozialversicherungsträger, auf welcher Ebene immer, mit den entsprechenden Gremien und natürlich in den politischen Klubs der Parlamente diskutieren, aber das doch nicht zum Ansatz nehmen für eine parteipolitische oder allenfalls demagogische Aussage und damit wirklich Gefahr laufen, meine Damen und Herren, daß wir das Volk insgesamt beziehungsweise jene, die davon

betroffen sind, enorm verunsichern. (Abg. Schrammel: „Wie es der Minister Dallinger macht!“) Wir wollen, meine Damen und Herren, wirklich keine Verschlechterung bei den sozialversicherungsrechtlichen Ansprüchen herbeiführen. Es ist immer wieder erklärt worden, es wird in bestehende, wohlverworbene Rechte nicht eingegriffen werden, und dazu bekennen wir uns, und so wird es auch weiterhin sein. Aber man muß wenigstens nachdenken dürfen (Abg. Dr. Maitz: „Nachdenken schon, aber nicht ausplaudern!“), wie man Regelungen in der Zukunft findet, die für alle Betroffenen, für den Leistungsempfänger wie für den Beitragsleistenden, akzeptabel erscheinen. (Beifall bei der SPÖ.)

Herr Dr. Maitz, auch dazu bitte eine ganz offene Darstellung. Es muß ja bitte erlaubt sein, daß im Wege einer Enquete zum Beispiel dieses Problem einer sachlichen Erörterung unterzogen wird. (Abg. Dr. Maitz: „Da verunsichert der Herr Minister die Leute!“) Auch das muß man akzeptieren. Hier sind ja keineswegs nur Aussagen irgendwelcher Überlegungen gekommen, sondern ganz konstruktive Vorschläge, Überlegungen, wie man zu einem Lösungsmodell kommen könnte, das dann weiterdiskutiert werden muß. Aber letztendlich haben diese Entscheidungen in anderen Gremien zu erfolgen. Wir glauben, daß es daher nicht sinnvoll sein kann, wenn man das so weiterführt oder wenn man da versucht, einen Mann schuldig werden zu lassen, von dem wir gerade auch in der Steiermark sehr viel profitieren.

Zum Bereich der Bauern bitte, da wird mein Kollege, der viel kompetenter ist, eine Aussage treffen, die detaillierter dann wiedergibt, wie die Entwicklung tatsächlich war. Wir können nur sagen, wir verbürgen uns dafür, daß das nicht eintritt, wie es dargestellt wurde, daß sehr wohl das soziale Netz abgesichert wird und daß wir uns dessen gewiß sind, daß es eine Übereinstimmung auch hoffentlich in allen Kreisen der Bevölkerung, die davon betroffen ist, geben wird. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Feldgrill: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Hirschmann. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Hirschmann: Herr Präsident, Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Lieber Herr Kollege Rainer, jetzt hast du mich enttäuscht. Gestern hast du eine so gute und ausgewogene Rede gehalten, heute auf einmal wirst du so polemisch. Der Frau Präsident Klansic Polemik vorzuwerfen ist, gelinde gesagt, ein starkes Stück. Mehr wollen wir dazu gar nicht sagen. Ich möchte dich aber gleich loben. Ich habe mir nämlich vorgenommen, kurz einige Worte zum Thema Entwicklungspolitik zu sagen. Kein populäres Thema, zu keiner Zeit. Gott sei Dank aber haben gestern die beiden Generalredner, Hermann Schützenhöfer von uns und auch du für die SPÖ, einige Worte zu diesem Thema im umfassenden Sinne des Wortes gesagt. Der dritte Generalredner, der Herr Magister Rader, der im Moment nicht da ist, ich nehme an, er ist mit dem Norbert Steger auf der Suche nach dem Parteiprogramm (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Das hat er. Das kann er auswendig!“), das es im Moment nicht gibt, konnte auf Grund des Nichtvorliegens eines Parteiprogramms dazu auch keine Stellung-

nahme abgeben. Übrigens, da soll einer sagen, es gibt keine Kärntner-Wiener-Allianz in der FPÖ! Es ist nur dem Umstand zu verdanken, daß bei der FPÖ das Prinzip der Rochade schon gilt wie bei den Grünen und Alternativen, und dadurch, daß ein Oberösterreicher in Kärnten und ein Kärntner in der Steiermark ist, kommt eine Landesorganisation in einen Verruf, den sie gar nicht verdient hat. (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Zum Beispiel Frühbauer, der als Steirer in Kärnten Entwicklungshilfe macht!“) Das ist das Problem der Kärntner, aber nicht der Steirer. Aber Ihre Kärntner Kollegen werden das aushalten. (Abg. Brandl: „Die Plauderei könnt ihr in der Kantine machen!“) Ihr braucht dem Kollegen Rader keine Schützenhilfe angedeihen zu lassen, er ist wortgewaltig genug, daß er das eigentlich selber in Ordnung bringt und regelt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich aber einige Dinge zum Problem der Entwicklungshilfe und der Entwicklungspolitik sagen. Es ist erfreulich, daß auch im Ansatz 1984 eine größere Summe für dieses Kapitel Entwicklungshilfe im Budget vorgesehen ist. Es ist schon richtig, daß zu einer Zeit, wo wir selber genug eigene Sorgen und Probleme haben – nach dreizehnjähriger sozialistischer Alleinregierung gibt es genug Armut auch in diesem Land – und wo viele Menschen schwere Schicksale zu tragen haben, daß dieses Thema in der Öffentlichkeit nicht besonders populär ist. Dennoch läßt sich aus der Sicht der Steiermark einiges zu diesem Kapitel und, wie ich meine, auch sehr Positives sagen.

Es ist für uns und unsere Zukunft ohne Zweifel verhängnisvoll, wenn wir diesem Thema in seinem großen Zusammenhang, in seinem weltumgreifenden Zusammenhang nicht genügend Aufmerksamkeit schenken. Kriegerische Konflikte, wo immer sie stattfinden; Rohstoffkrisen und, wir haben das gemerkt in der Ölkrise der siebziger Jahre, die gigantischen Verschuldungsprobleme der dritten Welt sind nur Zeichen an der Wand für eine möglicherweise sehr dramatische Entwicklung weltweit, die uns alle, und vor allem unsere junge Generation, in Hinkunft sehr stark treffen könnte. (Abg. Hammer: „Jetzt ist der Kollege Rader da!“) Wir reden uns das dann alles gerne aus.

Der große deutsche Philosoph Carl Friedrich von Weizsäcker, der vor einigen Wochen einen vielbeachteten Vortrag in Wien gehalten hat, hat das Problem der Unterentwicklung als die entscheidende soziale Frage des 20. Jahrhunderts genannt. Wir wissen, daß wir den Frieden auf dieser Welt nicht durch noch so viele Tausende Atomsprengköpfe sichern können, sondern vielmehr durch eine weltumgreifende Politik der sozialen Sicherheit, der Achtung der menschlichen Würde und des gegenseitigen Verständnisses. Wer immer mit jungen Menschen spricht, weiß, daß im Zeichen des allgemeinen Krisenbewußtseins hierzulande auch die Sensibilität dieser jungen Menschen vor allem für die Fragen der Armen in den Ländern der dritten Welt wächst. Und vor allem bestimmten Teilen der großen Friedensbewegung haben wir es zu danken, daß das Bewußtsein, in welcher fatale Richtung die Mächtigen dieser Welt heute steuern, gewachsen ist. Die Herausforderung ist nicht geringer geworden seit jenen Tagen, als der große amerikanische Präsident Kennedy die Tür für eine gemeinsame Anstrengung der freien Welt zur Unterstützung der wirtschaftlichen

und sozialen Entwicklung der weniger fortschrittlichen Gebiete der Welt geöffnet sah. Wir hören oft die Zahlen, und wir können sie uns nicht merken, weil sie so unvorstellbar und so gigantisch sind. Heute leben 800 Millionen Menschen auf dieser Erde in absoluter Armut, und viele weitere Hunderte Millionen Menschen wissen tagtäglich nicht, wie sie sich die notwendigen Grundbedürfnisse befriedigen können. Und wenn man den Berechnungen von Bevölkerungswissenschaftlern nachgeht, kommt man zu unvorstellbaren derzeitigen Annahmen. So sollen in etwa hundert Jahren zehn Milliarden Menschen diese Erde bevölkern, eine wohl namenlose Explosion der heute schon 4,7 Milliarden Menschen. Eine Stadt wie Mexico-City zum Beispiel soll bereits in wenigen Jahren – um das Jahr 2000 – 31 Millionen Einwohner haben. 90 Prozent der Erdbevölkerung werden nach diesen Berechnungen im kommenden Jahrhundert in der dritten Welt leben. Und diese Wissenschaftler haben auch vorausgerechnet, daß bis zu diesem Zeitpunkt täglich weltweit, täglich muß man besonders unterstreichen, zwischen 50.000 und 100.000 Menschen allein an Hunger sterben werden. Demgegenüber steht eine unfassbare und nur mit dem Begriff Wahnsinn zu etikettierende Verschwendung humaner, menschlicher und materieller Ressourcen im militärischen Bereich. Allein in diesem Jahr 1983 werden weltweit mehr als 700 Milliarden US-Dollar, niemand kann sich vorstellen, wieviel Geld das überhaupt ist, für Rüstung und Rüstungszwecke ausgegeben. Und es gibt sehr genaue Berechnungen. Denen zufolge würde die Einsparung von 5 Prozent dieses gigantischen Unsinn es ermöglichen, daß die Grundbedürfnisse aller Menschen, die auf dieser Welt leben, zumindest einigermaßen befriedigt werden könnten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist nicht so, daß man sich in den letzten beiden Jahrzehnten weltweit nicht um dieses Thema gekümmert hätte. Es gibt viele Theorien und viele Versuche, die man allen Ernstes, vor allem in den westlichen Industriestaaten, insgesamt unternommen hat. Es gibt viele ermutigende Erfolge, aber auch Resignation, Rückschritte und bittere Erfahrungen. Die Frage ist in dem Zusammenhang, was können wir tun, ein kleines Land am Rande des freien Europa, befrachtet mit eigenen Sorgen, mit eigenen Problemen. Wir konnten nicht verhindern, daß nur eine einzige SS-20-Rakete nicht aufgestellt wurde. Wir können nicht verhindern die Aufstellung einer einzigen Pershing-Rakete. (Abg. Preamberger: „Eine Zwischenbemerkung: Es ist auch peinlich, daß die EWG Lebensmittel vernichtet und sie nicht dieser hungernden Bevölkerung gibt!“) Da sind wir völlig einer Meinung, da gibt es überhaupt keinen Zwiespalt. Ich glaube aber nicht, daß das Problem heute ist, daß man nicht wüßte, was alles falsch ist und wohin etwa die Richtung gehen sollte, sondern das wirkliche Problem ist einfach die konkrete Tat. Es gäbe so viele Möglichkeiten einer sinnvollen, gerechten Umverteilung, und wir in der Steiermark können uns nur fragen und müssen überlegen, wie können wir jene kleinen Schritte gehen, die uns als Verpflichtung auferlegt sind und die wir tun müssen. Ich bin sehr dankbar, daß Präsident Ileschitz, der sehr aufmerksam zuhört, bei einem Betriebsbesuch, in Breitenfeld war es, glaube ich, vor wenigen Wochen auch darauf hingewiesen hat. Ein Thema in einer Zeit, wo man sehr leichtfertig sagen

könnte, das Hemd ist mir näher als der Rock, und wir haben ohnehin genug eigene Sorgen und Probleme. Ich glaube, daß es gerade unsere Verantwortung ist, quer durch alle Parteien und auch über die Parteien hinaus, auf dieses wichtige Thema immer wieder hinzuweisen und für die notwendige Bewußtseinsbildung zu sorgen. Ich glaube nämlich, daß es möglich ist, daß wir, die sogenannten Kleinen auf dieser Welt, durch mutige und konsequente Schritte in Allianz mit Gleichgesinnten Druck ausüben können. Wäre dem nicht so, wäre all unsere Politik und unser Handeln zur Hoffnungslosigkeit verurteilt. Ich erinnere mich genau, wie Frau Professor Noelle-Neumann bei ihrem Vortrag in Graz darauf hingewiesen und es wissenschaftlich belegt hat, wie sehr das Reden und Handeln der Politiker die öffentliche Meinung beeinflusst. Gerade unter diesem Gesichtspunkt können wir nicht zur Ausflucht greifen und sagen, dafür gibt es in der Öffentlichkeit eigentlich kein Bewußtsein, da steht niemand dahinter, und da gibt es keinen politischen Druck. Wenn dem so ist und wir es als notwendig erkennen, hier etwas zu unternehmen, dafür müssen wir selbst durch unser Reden und Handeln sorgen. Ich meine deswegen, es ist unsere politische Verantwortung, aufklärend zu wirken, auf die internationalen Abhängigkeiten hinzuweisen und dadurch eine Atmosphäre der Völkerverständigung zu schaffen. Parteien, Gewerkschaft, Verbände, Wirtschaft, kulturelle Institutionen, die Schulen vor allem und die Kirchen unseres Landes, die hier – das muß man besonders unterstreichen – mit gutem Beispiel seit vielen Jahren vorgehen, sind aufgefordert, Aufgeschlossenheit, Einsicht, Betroffenheit und konkretes Handeln hervorzurufen und zu fördern. Lernziel Solidarität ist keine Abstraktion, kein leerer Idealismus, sondern Fundament für eine bessere Lebenshaltung und für den Frieden. Dieses Lernziel Solidarität wird auch notwendig sein für das Leben und das Überleben in unserem eigenen Lande, denn dort – darauf hat gestern der Kollege Schützenhöfer mehrfach beeindruckend hingewiesen –, wo das Gemeinschaftsgefühl vernachlässigt wird, finden wir eine Atmosphäre unerbittlicher Konkurrenz und von schrankenlosem Egoismus. Das Resultat ist, wie wir es so oft feststellen können, eine neurotische Lebensweise und Haß gegenüber anderen Menschen, anderen Gruppen und anderen Nationen. Johannes XXIII. hat immer wieder betont, daß diese Welt eine Familie ist. In dieser Hinsicht müssen wir leben lernen, aber, und das muß man dazusagen, bloß moralisierendes Gerede verschlechtert nur die beklagten Zustände und führt zu Verdrossenheit.

Deswegen möchte ich abschließend auf einige Dinge und konkrete Schritte der Steiermark hinweisen. Ich möchte die Kollegen von der SPÖ auch bitten, daß sie uns bei der Bundesregierung helfen, eine Idee zu verwirklichen. Wir wissen, daß einer der effizientesten Beiträge, den Österreich in der Entwicklungspolitik leisten kann, der Einsatz von Entwicklungshelfern ist. Es wäre nur zu gerecht, wenn diese Entwicklungshelfer auch die sozialrechtliche Gleichstellung mit den Zivil- und Präsenzdienern bekämen. Das wäre eine moralische Verpflichtung. Wir müssen schauen, daß wir in unserer Entwicklungspolitik von jeder ideologischen Etikettierung wegkommen. Es geht um konkrete Hilfe an die Betroffenen. So ist es schon ein bißchen verwunderlich, wenn die sozialistischen Minister und die

sozialistische Regierung Waffen an Marokko verkaufen und die SPÖ als Partei die Polisario unterstützt. Entweder wissen die einen nicht, was die anderen tun, oder die anderen glauben, Polisario ist eine Insel in Ozeanien. Sonst müßte ich glauben, es handelt sich um einen Akt der Doppelbödigkeit. Da würde ich bitten, in dieser Hinsicht einzuwirken. In der Steiermark gibt es erfreulicherweise viele kleine konkrete Schritte. Wir haben als einziges Bundesland in der Steiermark ein Afro-asiatisches Institut in der Leechgasse, wo seit vielen Jahrzehnten Hunderte und Tausende Studierende aus den Ländern der dritten Welt betreut werden und wo viel Gutes in Richtung Öffentlichkeitsarbeit getan werden konnte. Es gibt mittlerweile eine fast nicht mehr überschaubare Menge privater Initiativen von Selbstbesteuerungsgruppen und direkten Partnerschaften. Es ist auch hier wie in der Wirtschaft: Das private Engagement schafft natürlich mehr persönliche Verantwortung und mehr Betroffenheit. Nur beispielhaft sei auf die vielen Partnerschaften der beiden Kirchen dieses Landes hingewiesen. Auf die Erklärung von Graz, auf die Städtepartnerschaft Mürzzuschlag, die Bürgermeister Kottruba seinerzeit initiiert hat, sowie auf die neue Städtepartnerschaft der Stadt Leibnitz mit Gebieten der Kapverden. Ebenso gibt es in allen Parteien und weit über die Parteien hinaus Gott sei Dank eine große Fülle von persönlichem Engagement und von kleinen, aber wichtigen und übersehbaren Schritten in diese Richtung. Aber auch das Land Steiermark, meine sehr geehrten Damen und Herren, hat, und da danke ich vor allem unserem Herrn Landeshauptmann, seit dem Jahre 1980 eine Reihe von neuen Akzenten gesetzt. So wurde, ich habe es schon kurz angedeutet, das Budget – es ist bescheiden genug, daß wir uns darüber keine Illusionen machen, aber immerhin – um das Zwanzigfache im Jahre 1980 erhöht. Es wurde bei der Steiermärkischen Landesregierung ein entwicklungspolitischer Beirat eingerichtet. Im Landesdienst wurde mit Mag. Wolfgang Pumpnigg ein äußerst engagierter Koordinator und Betreuer für den gesamten Bereich der Entwicklungspolitik eingestellt. Es wurde auch ein eigener Journalistenpreis geschaffen, womit wir eigentlich einen Anreiz bieten wollten, mehr und mit etwas mehr Hintergrund über dieses für unsere Zukunft so wichtige Thema zu berichten. Der Landesschulrat hat die Entwicklungspolitik als ein Thema der Lehrerbildung forciert, und der Landeshauptmann selbst hat durch die Einladung des weltbekannten Kardinals von Sao Paulo, Everisto Arns, und des Erzbischofs von San Salvador, Rivera, vielen Menschen dieses Landes die Möglichkeit einer direkten Begegnung mit diesen hervorragenden und mutigen Sprechern der dritten Welt ermöglicht. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Allen, die in Zeiten eigener Sorge und manch großer Bedrängnis einen Blick hinaus zum Fenster des Landes nicht scheuen und die ihren Beitrag leisten, kleine Inseln, aber wichtige Inseln der Hoffnung auf eine gerechtere, friedvolle Welt zu errichten, allen diesen und auch den vorher Genannten gilt unser Dank. Vergessen und mißachten wir nicht das Wenige, das Bescheidene, das wir selbst tun können und müssen, und leisten wir auch unseren ganz persönlichen Beitrag in Worten, das ist bei Politikern wichtig, daß sie über diese Dinge reden, aber auch durch persönliche Taten. Dankeschön. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ.)

Präsident Feldgrill: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Zellnig. Ich erteile es ihm.

Abg. Zellnig: Sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus, geschätzte Damen und Herren!

Ich habe mich eigentlich zu Wort gemeldet auf Grund der Aussage des Kollegen Schrammel, der gemeint hat, und so habe ich es verstanden, die Beitragserhöhung für SVB ist ein wirtschaftlicher Ruin der Land- und Forstwirtschaft. (Abg. Schrammel: „Ungerechtfertigt?“) Ungerechtfertigt, nehme ich gerne zur Kenntnis. Nach meiner Meinung als Bauer kann ich mich sicherlich nicht freuen, wenn irgendwo Beitragserhöhungen eingeführt werden müssen. Ich möchte aber darauf hinweisen, daß diese so notwendige Beitragserhöhung in der Sozialversicherung einen Mehraufwand für die Bauern von ungefähr 190 bis 200 Millionen Schilling im Jahr bringen wird, aber die öffentliche Hand, sprich Bund, muß noch über 600 Millionen Schilling dazulegen, daß die soziale Sicherheit in der Land- und Forstwirtschaft aufrechterhalten werden kann. Nicht zum Vorwurf der Bauern, sehr geehrte Damen und Herren. Das ist einfach die Struktur, und auf Grund dieser Struktur sind öffentliche Mittel für unsere Sozialversicherung sicherlich notwendig (Abg. Schrammel: „Da sind wir einer Meinung!“), und sie wurden in letzter Zeit, und insbesondere, sehr geehrte Damen und Herren, in den letzten 13 Jahren, bedeutend erhöht. Überlegen wir, 1969 wurde von der öffentlichen Hand für die Aufrechterhaltung der Sozialversicherung der Bauern ein öffentlicher Zuschuß von 869 Millionen Schilling gewährt. 1983 waren schon 8000 Millionen Schilling erforderlich, und im Jahre 1984 werden es 9200 Millionen Schilling sein. Hier spiegelt sich diese Struktur wider. Ich glaube, daß wir von der öffentlichen Hand sicherlich die notwendige Unterstützung finden.

Sehr geehrte Damen und Herren, und noch etwas. Der Herr Kollege Schrammel hat aufgezeigt die Beiträge bei einem Einheitswert von 400.000 Schilling von über 42.000 Schilling für den Betriebsführer. Das ist sicherlich ein sehr hoher Betrag, aber messen wir diesen Betrag an dem Einheitswert, nicht vom errechneten Einkommen, sondern vom Einheitswert, so ist es eine Belastung von 11 Prozent. Wenn wir auf 200.000 Schilling herunterkommen, ist ein Beitrag von 28.764 Schilling für den Betriebsführer notwendig; jährlich ist dies eine Belastung, gemessen zum Einheitswert, von 13,5 Prozent (Abg. Schrammel: „Das ist sehr viel!“), wo ich meine Schwierigkeiten habe, sehr geehrte Damen und Herren, ist, daß bei einem Einheitswert von 40.000 Schilling der Vollerwerbsbauer jährlich als Betriebsführer einen Beitrag von 6324 Schilling zu leisten hat, aber gemessen am Einheitswert sind es schon 20,5 Prozent. Ich glaube, hier müßte in der Sozialversicherung der Bauern dieses System überdacht werden, überdacht werden in der Form, daß eben die Klein- und Mittelbetriebe in irgendeiner Form entlastet werden. Irgendwo, sehr geehrte Damen und Herren, von Rentenkürzungen zu sprechen, entspricht nicht den Tatsachen. Herr Kollege Schrammel, ich ersuche dich, einen Fall von Rentenkürzung tatsächlich aufzuzeigen. (Abg. Pinegger: „Vorgehabt habt ihr es. Ihr habt es korrigieren müssen!“) In der bäuerlichen Sozialversicherung hat es

keine Rentenkürzungen gegeben, sondern in der Sozialversicherung der Bauern sind die Renten genauso valorisiert worden wie alle anderen Renten. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Kürzung ist Kürzung!“) Kleinen Moment, ich komme schon, das fiktive Einkommen bringt Einkommenskürzungen. Und hier ein offenes Wort. Ich arbeite fast seit Bestand der Sozialversicherung als Funktionär in dieser Versicherungsanstalt mit. (Abg. Schrammel: „Doppelverdiener!“) Das fiktive Einkommen ist Grundvoraussetzung gewesen, daß die Pensions-Sozialversicherung der Bauern überhaupt eingeführt wurde. (Abg. Preamberger: „Abgelehnt haben Sie es!“ – Abg. Dr. Maitz: „Wer hat es durchgeführt?“ – Abg. Preamberger: „Die Sozialisten haben es eingeführt!“) Einen kleinen Moment, wir kommen gleich weiter. (Mehrere unverständliche Zwischenrufe. – Präsident Feldgrill: „Herr Abgeordneter Zellnig ist am Wort!“) Die Pensions-Sozialversicherung ist nur über die Bühne gegangen, Herr Kollege Grillitsch, weil damals dieses fiktive Einkommen miteingebaut worden ist und dadurch die Beiträge der Bauern niedriger gehalten worden sind. Dieses fiktive Einkommen ist damit begründet worden, daß in der bäuerlichen Sozialversicherung für die bäuerlichen Sozialversicherten ein gewisses Selbstversorgungssystem zum Teil aufrechterhalten werden soll. Protokollarisch nachzulesen.

Sehr geehrte Damen und Herren, was hat uns dieses System gebracht? Dieses System hat uns gebracht, daß es in den unteren Bereichen immer schwieriger geworden ist, diesen Fehlbetrag tatsächlich zu leisten. Es ist die AZ, die Ausgleichszulage, eingeführt worden, und wir haben in den letzten 13 Jahren die laut Gesetz vorgesehene Valorisierung von fiktiven Einkommen zum Vorteil der Klein- und Mittelbetriebe abgeschwächt. Wo die bäuerliche Sozialversicherung echt Hilfe braucht, sehr geehrte Damen und Herren, und hier möchte ich wirklich alle Verantwortlichen um Unterstützung bitten, das ist bei der Unfallversicherung. Die bäuerliche Unfallversicherung entspricht heute wirklich nicht dem Gefahrenbereich und auch nicht die Rentenhöhe. Ich glaube, wir werden zukünftig sicherlich auch einen gemeinsamen Weg finden, daß wir dieses Manko irgendwie besser in den Griff bekommen.

Sehr geehrte Damen und Herren, durch das Zusammenwirken von Bund und den Versicherten in der Sozialversicherung der Bauern wird es auch weiterhin möglich sein, die soziale Sicherheit aufrechtzuerhalten. Wir von seiten der SPÖ werden uns dafür bemühen. Danke bestens. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Feldgrill: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Ing. Stoisser. Ich erteile es ihm.

Abg. Ing. Stoisser: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Zuerst noch ein Wort zum Abgeordneten Rainer, der gesagt hat, daß die Selbständigen so hohe Zuschüsse bei der Pensionsversicherung bekommen. Das stimmt, man muß aber nur dazusagen, warum. Erstens sind die Selbständigen in der Regel, wenn sie mit ihrer Arbeit beginnen, als Unselbständige tätig und zahlen da nicht wenig ein. Und diese Zeiten werden dann der SVA, der Selbständigenpensionsversicherung, nicht angerechnet

und es werden auch keine Beiträge dafür überwiesen. In der selben Zeit, wo einer selbständig tätig ist, zahlt er für seine Mitarbeiter den halben Pensionsversicherungsbeitrag ein, so daß das eine sehr billige Polemik ist und sonst nichts. In Wirklichkeit zahlen die Selbständigen für ihre Pensionen gleich viel ein und sind diese nachgewiesenermaßen am niedrigsten, denn es wird der Schnitt des Einkommens der letzten 13 Jahre genommen, bei den Beamten das letzte Jahr und bei den übrigen die letzten fünf Jahre. Dadurch entsteht auch eine Schlechterstellung. Das wollte ich nur dazu gesagt haben. Das ist aber nicht der Grund meiner Wortmeldung. (Abg. Rainer: „Darf ich etwas sagen. Du hast mich falsch verstanden. Es ging nicht um die Aufbringung der Mittel, sondern um die Transferleistungen vom Bund an die Sozialversicherungsträger!“) Dann paßt es schon. Das ist mir recht. Aber dann sagen wird der Ordnung halber dazu, daß es bei der Aufbringung der Mittel anders ausschaut. Das haben Sie damit selbst auch bestätigt. Dann möchte ich zu meinem eigentlichen Thema kommen.

In der Untergruppe 425 sind 261.000 Schilling präliminiert, und das ist Entwicklungshilfe. Es hat schon Dr. Hirschmann vorhin darüber gesprochen, und ich möchte ganz kurz berichten, wie es mit der Entwicklungshilfe für eine Stadt auf den Kapverdischen Inseln, nämlich für Petro Padeja, steht. Die Stadt Leibnitz hat mit dieser Stadt Petro Padeja auf den Kapverdischen Inseln, das ist westlich von Senegal im Atlantik, in der Sahelzone, eine Städtefreundschaft gebildet. Es war ein junger Leibnitzer dort und hat sich angeschaut, was gemacht werden soll. Das war voriges Jahr zu Weihnachten, und es wurde dann in Leibnitz ein Verein gegründet, der es sich zur Aufgabe gemacht hat, für diese Stadt Petro Padeja Entwicklungshilfe zu leisten. Der junge Mann ist zurückgekommen und hat die Wünsche der dortigen Bevölkerung und des Delegados, das entspricht einem Bürgermeister, gesammelt. Wir haben dann in Leibnitz beschlossen, dieser Stadt, nachdem sie eine Schule wollte, zu helfen, eine solche zu bauen. Es wurde auch die Struktur des Gewerbes untersucht, soweit man von einem Gewerbe sprechen kann. Es gibt dort ganz ausgezeichnete Maurer, fast keine Metallverarbeitung, wohl aber Tischler. So war es naheliegend, daß man gesagt hat, wir werden dort unten eine Tischlerei bauen. Es wurde mit Hilfe des Landes – das Land hat mit 261.000 Schilling zum Ankauf von Maschinen beigetragen –, der Bund hat die Fracht bezahlt, und jetzt ist ein Leibnitzer ein halbes Jahr als Entwicklungshelfer unten, und es wird dort die Tischlerei in einem bestehenden Gebäude aufgebaut und eingerichtet. In dieser Tischlerei werden die eingeborenen Tischler die Möbel und den Dachstuhl für die Schule und alles, was dazugehört, machen. In Zukunft kann man in dieser Tischlerwerkstätte weiterhin tätig sein. Das ist ein Beitrag zur Verbesserung der Infrastruktur. Es wird in nächster Zeit ein weiteres Projekt geplant. Wenn der eine Mann zurückkommt, wird noch einer hinunterkommen und diese Tätigkeiten fortsetzen. Parallel dazu ist auch der Tierarzt von Leibnitz sechs Wochen unten gewesen und hat über Veterinärmedizin gesprochen und war dort tätig.

Es ist dort ein zweites Entwicklungsprojekt, das nicht ganz so gut läuft. Es haben die Jugoslawen in Petro

Padeja eine Schweinezucht aufgebaut und sie diesen Leuten geschenkt, und zwar einen großen Stall für rund 2000 Schweine. Österreich hat dann zu diesem Schweinestall einen Schlachthof errichtet. Er soll, glaube ich, 15 Millionen Schilling gekostet haben. Nur, wie schaut das jetzt aus? Die haben unten rund 1200 Schweine, die kosten täglich 10.000 Schilling Futter, 3000 Schilling kostet der Diesel für die Kühlanlage, und es werden in der jetzigen Zeit acht Schweine pro Woche geschlachtet. Warum nicht mehr? Die Petro Padejer haben selbst Schweine, das sind so kleine liebe Viecher, aber nicht sehr viel. Wenn sie diese verkaufen, kosten sie 100 Schilling pro Kilogramm. Wenn man nun aber diesen Schweinestall voll in Betrieb hat und diese Schweine verkauft, können sich die Leute das viele Fleisch nicht leisten, man müßte billiger werden und man würde die Leute dadurch konkurrenzieren. An diesem Beispiel möchte ich nur zeigen, wie widersinnig oft bei bestem Willen eine Entwicklungshilfe ist. So glaube ich, daß das Beispiel, wie wir Leibnitzer es machen, Schule macht und zu guten Erfolgen führt. Wir haben für diese Tätigkeiten einen Verein gegründet, damit die Gemeinde nicht belastet wird. Dieser hat einige hundert Mitglieder. Es werden dort in unregelmäßigen Abständen Berichte mit Diavorträgen über unsere Arbeit gemacht. Der Tierarzt hat berichtet. Heute früh kommt der Dr. Rannacher, der als Arzt sechs Wochen dort war, zurück. So wird auch ein bestimmtes Verständnis bei der Bevölkerung für die dritte Welt gebildet. Ich glaube, das ist eine ganz ausgezeichnete Sache. Man sollte das nicht nur vom Aspekt der Entwicklungshilfe sehen, sondern auch vom wirtschaftlichen Standpunkt her. Auch der Generalsekretär der UNO a. D., Waldheim, hat hier in seinem Vortrag erklärt, daß es durchaus legitim ist, wenn die Nordländer mit den Südländern in Wirtschaftsbeziehung treten und dabei auch den eigenen Vorteil sehen. Das soll aber nicht nur so sein, das möchte ich ausdrücklich sagen.

Der Verein wird aus den Mitgliedsbeiträgen finanziert, und ein Gemeindebediensteter macht freiwillig die ganze organisatorische Arbeit. Dann gibt es noch drei, vier junge engagierte Leute, die die weitere Arbeit machen; bei diesen möchte ich mich herzlich bedanken. Das war mein Bericht zur Entwicklungshilfe, und ich könnte mir vorstellen, daß wir in absehbarer Zeit wiederum etwas berichten können.

Nun zu den Vereinen, den Repräsentationskosten. Dieser Verein kostet der Gemeinde nichts. Das Land zahlt für verschiedene Projekte, und der Bund bezahlt uns das Personal. Für Repräsentationskosten wird hier von der Gemeinde aus nichts ausgegeben. Aber weil heute schon die Repräsentationskosten so im Gespräch waren, möchte ich auch dazu etwas sagen. Es wurde von meinem gutnachbarlichen Kollegen Trampusch die Repräsentation des Landes angegriffen. Da sitzen viele Bürgermeister hier, auch ich war fünf Jahre und acht Monate Bürgermeister und weiß, wie das ist. Da kommen doch die unmöglichsten Leute zu einem und sagen: „Schauen Sie, wir machen ein Fußballspiel, könnten Sie nicht nachher ein Abendessen bezahlen.“ Ein hochvermögender Verein aus der Steiermark war einmal bei mir, zu dem habe ich gesagt, das kostet 7000 Schilling, das geht in der Gemeinde nicht. Da waren sie bitterböse. Aber ich meine, das ist einmal

überall so, und es hat auch jeder Bürgermeister seine Repräsentationskosten. Ich habe mir jetzt meine herausgeholt. Wir sind auf 3,38 Schilling pro Person, wenn ich die Verfügungsmittel dazunehme, auf 12,40 Schilling pro Einwohner gekommen. Aber interessant ist, der Kollege Trampusch kommt bei diesem Vergleich nicht gut weg. Er kommt auf 18,50 Schilling pro Einwohner gegenüber 6,40 Schilling im Land. Wenn ich im Glashaus sitze, schmeiße ich keine Steine. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Ich habe in Preding nachgeschaut, die kommen auf 2 Schilling!“)

Ich möchte nur sagen, das ist ein Leiden, wir wissen das alle, die wir im öffentlichen Leben tätig sind, alle kommen einen anschnorren, auf Deutsch gesagt, und es sind wirklich oft Leute, die sich bemühen in den Vereinen und fleißig sind, daß man sagt, dem kann man ein Abendessen nicht ausschlagen. So ist er halt der Klasse Bursch, unser Nachbar, und hat halt auch manchmal über den Strang gehaut. In diesem Sinne herzlichen Dank. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ.)

Präsident Feldgrill: Ich unterbreche die Landtagssitzung bis 14 Uhr. Der nächste Redner um 14 Uhr ist der Abgeordnete Stoppacher. (Unterbrechung der Sitzung um 13 Uhr).

Präsident Zdarsky: Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf. Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Stoppacher. Ich erteile es ihm.

Abg. Stoppacher: Frau Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

In einer Zeit, wo man vom Privilegienabbau spricht, freue ich mich darüber, daß ich als erster Redner nach der Mittagspause zwei Privilegien habe. Einmal eine so große Schar von jungen Damen als Zuhörerinnen zu haben ist ein Privilegium, und das zweite Privilegium besteht in meinen Augen darin, daß man nach dem Mittagessen dem Redner eine ganz besondere Aufmerksamkeit entgegenbringt. Ich freue mich also darüber.

Und nun, meine Damen und Herren, zum eigentlichen Thema. Aber zuerst noch eine kurze Vorbemerkung. Der Herr Kollege und Abgeordnete Zellnig ist noch nicht da. Er hört das draußen. Ist in Ordnung, das genügt völlig. Er hat in netter Weise über die Situation im bäuerlichen Bereich, im Sozialbereich des Bauern gesprochen. Ich kann mich noch gut erinnern, als 1969 das Bauernpensionsversicherungsgesetz beschlossen wurde und noch vorher, ich glaube, 1963, das sogenannte Zuschußrentenversicherungsgesetz. (Abg. Kirner: „Das war 1958!“) 1958 war das. Danke vielmals. Ich kann mich erinnern, es hat damals eine Urabstimmung gegeben. Unter dem damaligen steirischen Bauernführer, Präsident Wallner, und dem damaligen Landeshauptmann Josef Krainer, die leider beide verstorben sind, kam es 1969 zum Bauernpensionsversicherungsgesetz. Nur hat es für uns ein Problem gegeben. Wir erinnern uns, daß 1969 die ÖVP eine Alleinregierung gestellt hat und die damalige ÖVP-Mehrheit das Bauernpensionsversicherungsgesetz beschlossen hat, welches aber erst mit 1. Jänner 1971 wirksam wurde. In der Zwischenzeit gab es Anfang 1970 die Nationalratswahl. Die ÖVP-Mehrheit wurde gebrochen und der spätere Bundeskanzler und Parteiführer der SPÖ hat

eine relative Mehrheit bekommen. Mit Hilfe der Freiheitlichen Partei Österreichs hat er seine Minderheitsregierung begründet beziehungsweise diese Minderheitsregierung im Parlament durchgebracht. Und die Öffentlichkeit, meine Damen und Herren, war wirklich damals vielfach der Ansicht, auch in unseren Reihen, diesen Segen für die alte Bäuerin, für den alten Bauern haben die Sozialisten gebracht. (Abg. Halper: „Weil es so war!“) Ich muß daran erinnern, daß das Bauernpensionsgesetz in der Zeit der ÖVP-Alleinregierung vom Nationalrat beschlossen wurde. Lieber Freund, ich muß eines sagen. 1969, das steht außer Debatte, hat die ÖVP die Mehrheit im Parlament gehabt, und damals ist es beschlossen worden. Sicher auch durch die Unterstützung aller anderen Parteien. Aber das ist doch die Wahrheit. (Beifall bei der ÖVP.) Nur der Eindruck ist bestehen geblieben, daß es anders war. Ein zweites. Hinsichtlich der Unfallversicherung, lieber Zellnig, muß ich Ihnen recht geben. Ich glaube, das ist eines der größten Probleme, das wir derzeit haben, daß tatsächlich eine Verminderung der Arbeitskraft im bäuerlichen Bereich mit einer Bagatelle abgespeist wird. Auch dieses Problem hat zwei Seiten. Jede Erhöhung der Pensionen, Renten und Unfallrenten bedingt eine Anhebung der Beiträge. Ich glaube, man muß es offen sagen, daß wir tatsächlich im bäuerlichen Bereich im allgemeinen, auch hier gibt es Ausnahmen, am Plafond der Möglichkeiten sind. Bei gleichbleibenden und teilweise sinkenden Einkommen ist es schwierig, die Einkommen bzw. die Ausgaben im Sozialbereich zu erhöhen. Und trotzdem glaube ich, daß man sich darüber Gedanken machen muß, welche Möglichkeiten in der Zukunft bestehen, daß auch die bäuerliche Bevölkerung für ihren Anteil an der Leistung, die sie für den Staat und für die Gesamtbürger erbringt, ihren Anteil für die Verminderung der Erwerbsfähigkeit oder auch im Alter erhält.

Und nun, meine Damen und Herren, zum eigentlichen Thema in der Gruppe 4, Soziales. Meine Frauen und Herren, ich möchte heute die Gelegenheit wahrnehmen, zu diesem Kapitel einiges zu sagen, das im nun zu Ende gehenden Jahr, insbesondere bei der Wahlwerbung für die Nationalratswahl im heurigen Frühjahr, eine bedeutende Rolle gespielt hat, nämlich die Kündigung des Übereinkommens vom 22. Oktober 1942 zwischen den damaligen Allgemeinen Ortskrankenkassen, den damaligen Landräten, dem Oberbürgermeister von Graz und der Gaufürsorge, wie es genau in diesem Übereinkommen heißt. Es hat Bestrebungen gegeben, daß mehrere Bezirke aus der Steiermark dieses Abkommen kündigen wollten, auch gekündigt haben, und dann wieder zurückgezogen haben. Eine Ausnahme war der Bezirk Weiz. (Abg. Loidl: „Stimmt nicht, sind gekündigt!“) Ja, sicher ist die Kündigung ausgesprochen und dann zurückgezogen worden. Ich will keine Namen nennen. Es gibt einige von uns und umgekehrt auch in SPÖ-Bezirken im obersteirischen Bereich. Nachdem ich selbst dem Ausschuß des Sozialhilfeverbandes Weiz angehöre, möchte ich dazu einige Bemerkungen machen. Warum haben wir dieses Übereinkommen gekündigt? Ich möchte den Beweis erbringen, daß wir nicht aus sozialem Unverständnis oder Bösewollen für gewisse Menschen in unserem Bezirk diese Kündigung vorgenommen haben. Dieses Übereinkommen stammt, wie ich schon sagte, aus dem Jahre 1942, und es ist im Laufe

der Zeit - 1951, 1957 - versucht worden, dieses Übereinkommen, das in einer ganz besonderen Zeit, nämlich der Kriegszeit, zustande gekommen ist; aufzukündigen. In der Zwischenzeit, meine Frauen und Herren, ist das heute in Geltung befindliche Sozialhilfegesetz beschlossen worden, in dem es ausdrücklich heißt, wenn man nur einige Teilbereiche herausnimmt, daß Hilfe zur Sicherung der Lebensbedürfnisse, Hilfe in besonderen Lebenslagen, die Behindertenhilfen und die Opferfürsorge Aufgaben der Sozialhilfe sind.

Das Übereinkommen, das damals abgeschlossen worden ist, hat bestimmt, daß Angehörige von Versicherten bei der Steiermärkischen Gebietskrankenkasse in den ersten 28 Tagen bei Krankenhausaufenthalt 10 Prozent der Kosten tragen müssen. Der Kreis der Versicherten bei der Steiermärkischen Gebietskrankenkasse ist von diesen 10 Prozent betroffen. Wenn ich nun überlege, daß auch ich mit meiner kleinen Familie, meiner Frau und sechs Kindern, dazugehöre, so glaube ich, Herr Kollege, daß ein großer Teil der Betroffenen diese Kosten aus eigenem tragen kann. (Abg. Loidl: „Du kannst dir die 10 Prozent leisten!“) Laß mich ausreden. Mit Fug und Recht kann die Übernahme dieser Aufgaben nicht im Sinne des Sozialhilfegesetzes sein. Noch dazu wenn man weiß, daß in vielen Bereichen, ob das die Bauernversicherung, die Sozialversicherung der gewerblichen Wirtschaft, die Krankenkasse der öffentlich Bediensteten ist, Selbstbehalt geleistet werden muß. Meiner Meinung nach werden nicht Menschen zweiter Klasse geschaffen, wie hier behauptet wurde, sondern diese Menschen zweiter, dritter und vierter Klasse haben schon immer bestanden. Wenn ich an die Pendler denke, die aus dem Bezirk Weiz nach Niederösterreich und Wien auspendeln, die haben immer ihren zehnzehnten Beitrag zu leisten gehabt, weil sie in diesem Übereinkommen nicht inbegriffen waren, oder all jene, die im Krankenhaus in Vorau oder im Krankenhaus der Stadt Weiz untergebracht wurden. Der Aufwand des Sozialhilfeverbandes Weiz für dieses Übereinkommen hat etwa 750.000 Schilling betragen. Durch ein zweites Übereinkommen für jenes Krankenhaus, das wir im Bezirk Weiz als den Mittelpunkt der Krankenhausversorgung ansehen, nämlich das Krankenhaus der Stadt Weiz, haben wir uns verpflichtet gefühlt, ihm zumindest dieselbe Chance zu geben, und dieses zweite Übereinkommen hat bisher 280.000 Schilling gekostet. Ich glaube nicht, daß mit der Kündigung des Übereinkommens zum Ausdruck gebracht wurde, wie unsozial wird sind, wie wenig Verständnis wir für den Menschen haben. Im Gegenteil, ich möchte sagen, ich gehöre als Gemeindevertreter dem Sozialausschuß des Bezirkes Weiz an, daß wir immer jede Möglichkeit der Hilfe von wirklich Bedürftigen ins Auge gefaßt haben. Zum Beispiel: In der Gemeinde Mitterdorf hat die Lebenshilfe im alten Schulhaus eine Einrichtung geschaffen, wo 14 behinderte Kinder untergebracht werden konnten. Ich sage auch dazu, so sehr ich mich freue, daß Eltern - es mag nichts Schlimmeres für eine Mutter geben, als ein behindertes Kind zu haben - ein solches Kind unterbringen können. Aber wenn alle behinderten Kinder des Bezirkes in gleicher Weise versorgt werden müßten, meine Frauen und Herren, dann ist es den Gemeinden einfach nicht möglich, über die Sozialhilfeumlage jene Mittel aufzubringen, die hierfür notwendig wären. Dazu kommt noch, daß der Bezirk Weiz

drei Altenheime mit mehr als 300 Betten selbst errichtet hat. Von diesen 300 Betten sind etwa 70 sogenannte Pflegebetten. Wenn man über das soziale Gefühl der Mitglieder des Sozialhilfeausschusses in Weiz spricht und ich den Vergleich der Tagesgebühren in unseren Heimen des Sozialhilfeverbandes Weiz und der des Landes nehme, so möchte ich ein paar Beispiele sagen. In Birkfeld sind wir schon dabei, das Altenheim der heutigen Zeit anzupassen, mit einem Aufwand von 17 Millionen Schilling neu auszubauen. Herr Landesrat, ich möchte herzlich für die Bereitschaft danken, daß das Land einen nicht rückzahlbaren Beitrag leistet. Der erste Teil ist bereits ausbezahlt, und ich hoffe, daß dies auch beim zweiten möglich ist. Vielen Dank dafür. Ich möchte aber auch betonen, wenn ich die Zuschüsse, die in anderen Heimen notwendig sind, vergleiche, daß wir sehr bescheiden sind.

Nun zu den Pflegegebühren. Wir haben für 1984 Pflegegebühren in Birkfeld und Gleisdorf von 160 Schilling, in Weiz von 185 Schilling pro Tag. Demgegenüber ist in den Landesheimen Kindberg und Mautern ein Beitrag von 315 Schilling beziehungsweise von 370 Schilling zu bezahlen. Diese Kündigung und die damit erzielten Ersparnisse bedeutet, für die 54 Gemeinden des Bezirkes Weiz, daß der Sozialhilfebeitrag 1983 13,6 Prozent des Steueraufkommens betragen hat und 1984 mit 13,3 Prozent festgelegt werden konnte. Wir haben die Kündigung aus der Sorge um die Finanzen unserer Gemeinden getan. Meine Damen und Herren der sozialistischen Fraktion, die Äußerungen Ihres Finanzstadtrates der Stadt Graz bringen die gleichen finanziellen Sorgen zum Ausdruck. Es ist wichtig, überall zu sparen, vor allem dort, wo keine gesetzlichen Verpflichtungen bestehen. Abschließend zu diesem Kapitel hätte ich einen Wunsch. Der Bezirk Weiz war nicht mehr in der Lage, als der Landeshauptmann Dr. Josef Krainer von unserer Fraktion und der Erste Landeshauptmannstellvertreter Gross aus der SPÖ-Fraktion mit einem Schreiben gebeten haben, die Zurückziehung vorzunehmen. Meine Damen und Herren, für uns war, wie man gut steirisch sagt, die Kuh aus dem Stall, sie war schon weggetrieben, und es hat keine Möglichkeit bestanden, sie zurückzubringen. Trotzdem haben wir den Wunsch, daß es zu einer einheitlichen Lösung in der gesamten Steiermark kommt. Wie ich höre, kommen die anderen Bezirke inklusive des Magistrates Graz möglicherweise zum Jahreswechsel dem Schritt, den wir hinter uns haben, nach.

Zum zweiten: Wir haben die finanziellen Sorgen in allen Gemeinden, aber im besonderen in den kleinen und in den Landgemeinden. Wenn wir sehen, wie die Belastung der Gebietskörperschaften aussieht, welcher Prozentsatz an Mitteln hierfür aufgewendet werden muß, so kann man sagen, daß in vielen kleinen Gemeinden der Bürgermeister, der Vizebürgermeister und der Gemeindekassier, sprich der Gemeindevorstand, Aufgaben erfüllen müssen, die eigentlich einem hauptamtlichen Bediensteten zukommen würden. Hier verbietet es aber die Möglichkeit der Finanzen, das zu tun, und damit werden Mittel gespart, die für andere Aufgaben eingesetzt werden können. Nur ein Beispiel. Wenn man daran denkt, daß der Pensionsfonds der Gemeinden 1982 48 Prozent betragen hat, und man hört, daß er 1984 55 Prozent betragen wird, dann

überlegen wir doch, welche kleine Gemeinde in der Lage ist, ihre Bediensteten zu pragmatisieren und dabei Gefahr läuft, diesen Beitrag zu bezahlen. Hier beißt sich die Katze in den eigenen Schweif. Es werden immer weniger Zahlende gegenüber denen, die etwas herausbekommen sollen.

Weiters: Die Aufgaben, die die Gemeinden für die Pflichtschulen zu erbringen haben, für die Volks-, Hauptschulen, den Polytechnischen Lehrgang und die Sonderschulen, sind ja auch nicht ohne. Heute haben wir vom Herrn Landesrat Prof. Jungwirth gehört, daß uns die Novelle, welche wir im letzten Landtag beschlossen haben, wieder möglicherweise 100 Millionen Schilling kosten wird, um die notwendigen Räume zur Verfügung zu stellen.

Dazu kommt die Frage der Straßen und Wege. Es geht nicht nur um den Bau dieser Straßen und Wege, sondern, bitte sind Sie doch ehrlich, Straßen, die vor zehn Jahren gebaut wurden, entsprechen heute nicht mehr dem Lkw-Verkehr. Die Lkw werden größer, schwerer. Der Zustand der Straßen ist kaum in der Lage, das auszuhalten. Hier bedarf es immer wieder des Einsatzes der Gemeindegelder, obwohl das Land Steiermark 1980 ein sogenanntes Beschleunigungsprogramm beschlossen hat, wofür wir dem Land sehr herzlich danken, insbesondere danken dem Landeshauptmann, der ja diesem Referat vorsteht. Oder wenn ich an die Sorgen in der Wasserver- und -entsorgung denke. Meine Frauen und Herren, ein offenes Wort. Es wird so viel und mit Recht über den Umweltschutz gesprochen. Es ist relativ leicht, darüber zu diskutieren, so lange die Geschichte nichts oder nicht viel kostet. Wenn es soweit geht, meine Damen und Herren, daß man für die Müllentsorgung den eigenen Gemeindebürgern auch Gebühren vorschreiben muß und andererseits bei der Gemeinderatswahl wieder gewählt werden will, so glaube ich, daß dazu Mut gehört. Der diesen Mut hat, kann auch von Umweltschutz sprechen. Schließlich, wenn wir die Gemeinden anschauen - 90 Milliarden Schilling Verschuldung. Da fühlt man sich eigentlich so richtig dazugehörig zu den übrigen Gebietskörperschaften, ob es der Bund oder teilweise auch die Länder sind. Hier denkt man an das Sprichwort: Wenn einer anständige Schulden hat, dann wünschen ihm die Menschen ein langes Leben, damit er in der Lage ist, die Schulden wieder zurückzuzahlen.

Ein letztes zu diesem Kapitel. Wenn man daran denkt, daß ein Großteil der Gemeinden im ordentlichen Haushalt den Ausgleich nicht mehr findet, dann ist unsere Sorge berechtigt. Es geht allen ähnlich. Nur bitte, an das Ende zu denken, ist fast nicht vorstellbar. Nur glaube ich eines, das Ende muß und kann nur sein, daß das, was wir als Vorgriffe nehmen, einmal zurückgezahlt wird und damit wieder geordnete Verhältnisse eintreten.

Und schließlich zum dritten und letzten Punkt, das ist der Finanzausgleich. Dazu auch ein Wort. Unser Finanzausgleichsgesetz stammt aus dem Jahre 1979. Im Gesetz ist genau festgelegt, daß der Finanzkuchen, bleiben wir bei diesem Begriff, genau aufgeteilt wird. 70,4 Prozent der Bund, 15,07 Prozent die Länder und 14,89 Prozent die Gemeinden. So ist es; wollen wir dabei bleiben. Die Möglichkeiten, daß von dem Kuchen das eine Stück ein wenig größer und das andere kleiner wird, diese Möglichkeiten gibt es sicher

nicht für die Gemeinden. Diese haben überhaupt keine Möglichkeiten, die Länder äußerst bescheidene und der Bund, wenn man dem Finanzminister ins Leibsackl, wo er das Geld drinnen hat, hineinschaut, wundert es mich nicht, daß er alles gemacht und probiert hat, um von diesem Gesamtkuchen etwas mehr herauszubekommen. Hier braucht er nur eines zu tun, insbesondere im Zeitraum des Wirksamwerdens dieses Finanzausgleiches, nämlich alle jene Steuern ein wenig anzuheben, bei denen die Gemeinden nicht und die Länder wenig beteiligt sind. Ich nenne als Beispiele die Umsatzsteuer, die Kraftfahrzeugsteuer. Und mit diesen Dingen ist eine gewisse Verschiebung, wie bei der Aufteilung eines Kuchens, möglich. Er ist ja nicht größer geworden. Und nun kam es 1983, im nun zu Ende gehenden Jahr, zu einer Neuwahl. Die Sozialisten sind vom Wähler nicht mehr bestätigt worden, daß sie allein über Österreich regieren sollen. Das ist ein Faktum. Die SPÖ hat versucht, einen Partner zu finden. Wir haben geglaubt, es wäre nicht dumm, wenn in Zeiten wie diesen zwei starke Parteien zusammenkommen. Seinerzeit beim Fuhrwerk hat man gesagt, zwei starke Rösser sind besser als ein gutes und ein Schwanzel daneben. Das möchte ich aber nicht beleidigend sagen. Wir haben das geglaubt, aber bitte sehr, Ihre Partei hat sich anders entschieden und um ein schwächeres Rößl geschaut. Ich weiß schon, Ihr dirigiert das schwächere Rößl leichter als einen festen richtigen Ackergaul. Aber ob das für die Geschwindigkeit, für das Land und seine Menschen gut ist, das wage ich zu bezweifeln, und das haben Sie, meine Damen und Herren, zu verantworten. Als Sie sahen, daß Sie mit dem Budget nicht zusammenkommen, haben Sie ein sogenanntes Maßnahmenpaket geschnürt und übergeben. Wir sagen zu diesem Maßnahmenpaket etwas anders, wir sagen Belastungspaket. (Abg. Dr. Dorfer: „Das ist es auch!“) Das ist es auch. Meine Frauen und Herren, das bedeutet, daß sich die Situation der Gemeinden nicht bessern, sondern, daß sie sich noch verschärfen wird.

Zum letzten Punkt, zu den Verhandlungen über den neuen Finanzausgleich. Die Ausgleichsverhandlungen haben bereits begonnen, und alle in diesem Schützengraben, wo es um den Kampf um den Anteil aus dem Finanzkuchen geht, haben sich gut vorbereitet. Natürlich auch der Gemeindebund, der Städtebund, die politischen Parteien und unter anderem auch der Ausschuß des Arbeitskreises im Bauernbund „Lebenschancen für den ländlichen Raum“. Meine Frauen und Herren, man kann die Dinge halten wie man will. (Abg. Brandl: „Das ist die Gruppe 7!“) Man muß hier sagen, daß man in der Sorge um die Gemeinden auch verlangen kann, daß vor allem im ländlichen Raum, wo das Einkommen und die Einwohnerzahl ständig zurückgehen, versucht werden muß, neue Finanzquellen für die Länder und auch für die Gemeinden zu finden. Das wäre der eine Wunsch, das zweite, daß man schaut, daß der sogenannte abgestufte Bevölkerungsschlüssel in irgendeiner Art, wenn schon nicht abgeschafft, so doch gemildert wird. Ich glaube, dieses Verlangen müssen wir alle haben, ob wir rot, schwarz oder blau sind. Darüber habe ich mich gefreut, daß sogar euer Finanzstadtrat durch den Zwang der Verhältnisse in Graz bereit war, gegen Wien aufzutreten. Ich bin der Meinung, wenn einer den Mut hat, dann muß man das anerkennen. Ich möchte wirklich meine Hochachtung

dafür aussprechen. Schließlich möchte ich noch an die Resolution des Österreichischen Gemeindebundes am 30. Gemeindetag in Vorarlberg erinnern (Abg. Brandl: „In Dornbirn!“), daß man schaut, die Gemeinden zu versorgen. Vor allem, meine Frauen und Herren, glaube ich, daß eine gute finanzielle Versorgung der Gemeinden notwendig ist, um die Voraussetzung für ein Blühen und Gedeihen der Gemeinde, unserer kleinsten Zelle der Demokratie (Abg. Sponer: „Das ist die Familie!“), zu schaffen. Weiters habe ich auch schon oft gehört, daß die Gemeindestube die Lehrmeisterin eines Politikers sein soll. Helfen wir alle zusammen, daß die Basis der Demokratie und die Lehrmeisterin der Politik auch in der Zukunft gut bestehen können. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Zdarsky: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich der Herr Abgeordnete Trampusch gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Trampusch: Geschätzte Frau Präsident, meine Damen und Herren!

Der letzte Debattenredner vor der Mittagspause hat Angaben über die Repräsentationsausgaben der Gemeinde Wagna gemacht. Ich möchte diese Ausgaben wie folgt berichtigen: Tatsächliche Repräsentationsausgaben laut Rechnungsabschluß 1982 Null Schilling, Buchungen bis 30. November 1983 600 Schilling, ergibt Repräsentationsausgaben im Jahre 1983 von 13,6 Groschen pro Einwohner. Diese Angaben sind jederzeit überprüfbar. Andere Angaben sind unrichtig. Ich trete aus persönlicher Überzeugung in der eigenen Gemeinde und auch hier im Lande gegen unnötige Repräsentationsausgaben auf, und das erlaube ich mir mit allem Respekt auch in Zukunft zu sagen. Danke. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Zdarsky: Weiters hat sich der Herr Abgeordnete Sponer zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg. Sponer: Frau Präsident, meine Damen und Herren!

Die Wortmeldung des Kollegen Stoppacher hat mich veranlaßt, hier einige Dinge richtigzustellen, und zwar noch aus einem besonderen Grund, weil nicht nur der Bezirk Weiz derzeit der einzige Bezirk ist, der einen sogenannten vertragslosen Zustand, was das Verwaltungsabkommen 1942 betrifft, hat, sondern weil es noch andere Bezirke in der Steiermark gibt, die ein gleiches Verhältnis haben, aber nicht deshalb, weil gekündigt wurde, sondern weil diese Sozialhilfverbände an die Gebietskrankenkasse nicht die Leistungen erbracht haben, die sie hätten erbringen müssen, damit es nicht zum Stillstand dieses Abkommens kommt. Zum zweiten möchte ich klar und richtigstellen, daß es nicht möglich ist, aus diesem Titel heraus das mit anderen Gesetzgebungen zu vermischen, und zwar aus dem einfachen Grund, weil für alle, die bei der Steiermärkischen Gebietskrankenkasse oder überhaupt, die bei Gebietskrankenkassen versichert sind (Abg. Stoppacher: „Das stimmt nicht, nur Steiermark!“) – bleiben wir bei der Steiermark, aber es gilt ja für alle anderen auch –, das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz Anwendung findet. In diesem Passus des ASVG steht sehr wohl drinnen, daß für Angehörige Kosten für die ersten 28 Tage vom Krankenversicherungsträger in der Höhe von 80 Prozent übernommen werden. Es steht aber dann jedem Krankenversi-

chungsträger frei, diese 80 Prozent intern auf 90 Prozent zu erhöhen. Wir in der Steiermark haben es so, daß wir für einen Angehörigen eines Versicherten 90 Prozent für die ersten 28 Tage bezahlen, ab dem 29. Tage werden 100 Prozent übernommen. Ich möchte sagen, nicht wegen der Nationalratswahl, die im April stattgefunden hat, ist es dazu gekommen, wurden die Sozialhilfverbände aufgefordert, ihre Absicht, nämlich den Vertrag aus dem Jahre 1942 zu kündigen, zu verwirklichen, sondern da gibt es andere Gründe. Ich möchte noch dazu sagen, die Steiermark ist das einzige Bundesland von allen neun Bundesländern, wo bisher der Versicherte für seinen Angehörigen keinen Groschen bezahlen mußte, sofern sich der Angehörige in einem Landeskrankenhaus befunden hat. In allen Privatspitälern war es ja bisher schon so, daß diese 10 Prozent selbst bezahlt werden mußten, und wenn ein Angehöriger in einem anderen Bundesland stationär war, dann hat der Versicherte ebenfalls selbst bezahlt. Warum ist dieses Verwaltungsübereinkommen zustande gekommen und warum hat man es überhaupt so lange beibehalten? Aus dem einfachen Grund, weil - das sehen wir dort, wo momentan die Verträge nicht halten - die örtlichen Verwaltungen der Landeskrankenhäuser eine immense Mehrarbeit durch das Verschreiben dieser 10 Prozent erfahren. Damit nicht nur den Verwaltungen der Landeskrankenhäuser, sondern direkt ja dann auch dem Land Steiermark eine Verwaltungsvereinfachung angeboten wurde, hat sich die Gebietskrankenkasse, in dem Fall die steirische, ja auch bereit erklärt, das aus dem 42er Jahr bis heute zu übernehmen. Ich möchte sagen aus rein verwaltungstechnischen Gründen. Das Beispiel mit Weiz, wie Sie das hier gebracht haben, ist leicht erklärbar, und zwar deshalb, weil es hier einen Mischschlüssel gibt in der Verrechnung, der auf die Bewohner des Bezirkes abgestimmt ist, und Weiz hat das Pech oder Glück, wie man das haben will, daß es ein städtisches Krankenhaus und noch ein privates gibt und dort leider diese 10 Prozent nicht zum Tragen kommen. Aber insgesamt kann man sagen, weil der Eindruck entstehen könnte, daß sich irgendwer etwas unter den Nagel reißt, in dem Fall die Gebietskrankenkasse, daß nur auf Grund der tatsächlich, aber jetzt insgesamt für die Steiermark von der Rechtsabteilung 12 gemeldeten Fälle, umgelegt auf diesen Aufteilungsschlüssel, diese 10 Prozent bezahlt wurden, und da kann es sehr wohl passieren, daß unter Umständen ein Bezirk sich etwas ersparen würde und der andere unter Umständen etwas mehr ausgeben würde. Ich darf aber noch einmal sagen, das sind tatsächliche Beträge.

Noch etwas gestatten Sie mir, in dem Zusammenhang zu sagen. Im Frühjahr dieses Jahres, als einige Bezirke angemeldet haben, sie wollen das Übereinkommen kündigen, hat es ein Gespräch zwischen Landeshauptmann Krainer und Ersten Landeshauptmannstellvertreter Gross gegeben. Daher sind auch dann diese Mitteilungen an die Sozialhilfverbände ergangen. In diesem Gespräch wurde mündlich vereinbart, daß ein Weg gefunden werden soll, wo vom Land Steiermark diese 10 Prozent, in Summe etwa für das heurige Jahr 16 Millionen Schilling, übernommen werden, daß daher die Sozialhilfverbände ersucht werden, für das heurige Jahr, nachdem es diese Lösung ab 1. Jänner 1984 hätte geben sollen, keine Kündigungen mehr durchzuführen, und ab 1984, so ist man sich

nähergekommen, sollte das Land diesen Betrag aufbringen, und zwar mit der Begründung, weil es eine Verwaltungsvereinfachung für das Land Steiermark ist, im konkreten Fall für die Rechtsabteilung 12 und andererseits bei einem Jahresbudget von 21 Milliarden Schilling 16 Millionen sicherlich auch noch untergebracht hätten werden können. Leider ist aber, so wurde mir mitgeteilt, vor einigen Wochen der Herr Landeshauptmann von dieser seiner mündlichen Zusage zurückgetreten und weiters hat, soweit ich informiert bin, Herr Erster Landeshauptmannstellvertreter Gross neuerlich ein Schreiben in dieser Sache gerichtet, hat aber bis heute darauf keine Antwort bekommen. Ich möchte also noch einmal sagen und zusammenfassen, und zwar aus dem ganz einfachen Grund, weil das eine sehr, sehr schwierige Thematik ist. Und ich weiß, ich komme selbst aus einem betroffenen Bezirk, in Judenburg, wo wir ein solches Verhältnis haben, aber nicht deshalb, weil die Krankenkasse böse ist, sondern weil eben die Beiträge vom Sozialhilfverband bis zum heutigen Tag nicht an die Kasse bezahlt wurden. Da muß ich noch eines sagen, diese Vorschubleistungen der Gebietskrankenkasse an das Land Steiermark erfolgen ja freiwillig. Nach dem Gesetz dürfte die Kasse das ja nicht machen. Und wenn es dann Sozialhilfverbände gibt, die, obwohl die Kasse diese Vorschubleistungen bereits getätigt hat, diese Gelder aber nicht zurückfließen, ist ganz klar, daß die Kasse sagt, erstens, wie komme ich dazu. (Präsident Klasnic: „Aber die zahlen schon!“) Das ist wieder ein eigenes Problem. Darum habe ich gesagt, die Thematik in dieser Sache ist so umfangreich, weil hier verschiedene Dinge hineinspielen. Wenn man halt nicht damit befaßt ist, das ist bitte kein Vorwurf, dann glaubt man, alles in einen Topf werfen zu müssen. Es ist aber so, daß man jedes Problem separat sehen muß und daher auch nur separat behandeln kann.

Daher darf ich noch einmal sagen, um hier doch eine Aufklärung zu geben, was bisher geschehen ist auf Grund des Vertrages, ist auf freiwilliger Basis geschehen, es hat dafür keine gesetzliche Verpflichtung gegeben, und wenn es halt Vertragspartner gibt, und ein Vertragspartner kommt seiner Verpflichtung nicht nach, dann ist es selbstverständlich, daß der andere Vertragspartner eben die Konsequenzen zieht. Wie sich die Dinge für die Zukunft und für das Jahr 1984 ergeben werden, ist derzeit noch nicht absehbar, obwohl es gewisse Anzeichen gibt. Ich darf aber noch einmal sagen, ein Brief des Herrn Landeshauptmannes an Landeshauptmannstellvertreter Gross ist noch ausständig in dieser Sache. Vielleicht gibt es doch noch eine Möglichkeit, daß man sich einig wird und sagt, o. k., diese 16 oder 18 Millionen Schilling schlucken wir auch noch, und der Stand bleibt auch in der Zukunft wie in der Vergangenheit. Vielleicht wird das sein, vielleicht auch nicht, aber das wird sich in der nächsten Zeit erweisen. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Zdarsky: Das Wort erteile ich nun dem Herrn Landesrat Josef Gruber.

Landesrat Gruber: Sehr geehrte Frau Präsident, Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Die Budgetansätze für 1983 für Sozialhilfe und Jugendwohlfahrt sind keine Ansätze, die Grund zum Jubeln geben, aber sie sind auch keine Ansätze, die es

nicht möglich machen würden, unsere bisherigen Aufgaben zu erfüllen. Man kann also sagen im grundsätzlichen, daß mit der Ausgabe von über einer Milliarde und 35 Millionen Schilling sichergestellt ist, daß im nächsten Jahr wiederum die gesetzlichen und freiwilligen Leistungen der Sozialhilfe, der Behindertenhilfe und der Jugendwohlfahrt erfüllt werden können. Es freut mich ganz besonders, vermerken zu können, daß auch die freiwilligen Leistungen im bisherigen Umfang aufrechterhalten bleiben. Es gibt aber viele nicht so große Budgetposten, aber die für viele Tausende unserer Menschen in unserem Land von besonderer Bedeutung sind. Ich denke dabei an die Urlaubsaktion für Bezieher der Mindesteinkommen und der Sozialhilfeunterstützung. 3500 Frauen und Männer in dieser Einkommenskategorie werden wiederum im nächsten Jahr einen 14tägigen Urlaub in den schönsten Gebieten unserer steirischen Heimat haben. Und wie wir auch in diesem Jahr wieder feststellen konnten, sind es 50 Prozent dieser 3500 Frauen und Männer, aber vorwiegend Frauen, die zum ersten Mal in ihrem Leben einen Urlaub machen. Das sollten wir uns immer wieder in Erinnerung rufen, wenn wir da oder dort bei sozialen Leistungen sparen oder Einschränkungen vornehmen müssen, vor allem, wen es betrifft.

Wenn wir uns die Budgetgruppen im großen ansehen, Sozialhilfe, Behindertenhilfe und Jugendwohlfahrt, so zeigt sich in den letzten Jahren ganz deutlich eine verstärkte Wendung zu den Aufgaben der Behindertenhilfe. Die Prozentsätze, die hier festgehalten sind, zeigen, daß sich die Aufwendungen für die Behindertenhilfe ganz in den Vordergrund geschoben haben. Für 1984 machen die Aufwendungen für die Sozialhilfe allein 444 Millionen Schilling oder 43 Prozent aus. 1970 waren es noch 53 Prozent. Für die Behindertenhilfe 486 Millionen Schilling oder 47 Prozent, 1970 waren es noch 29 Prozent, und für die Jugendwohlfahrt 105 Millionen Schilling oder 10 Prozent, 1970 waren es noch 18 Prozent. Wir können also hier erkennen, daß diese Aufgabe der Behindertenhilfe immer mehr und mehr auch an Geld erfordert, und es ist gar kein Zweifel, daß das auch notwendig ist bei den vielen Dingen, die nun geschehen sind. Nicht erfreulich ist auch für mich die Entwicklung im außerordentlichen Haushalt, wo die Baumaßnahmen veranschlagt sind. Wir haben mit Spitze 1978 für die Baumaßnahmen im Bereich der Sozialhilfe und Jugendwohlfahrt 175 Millionen Schilling zur Verfügung gehabt, und wir haben im Jahre 1984 insgesamt 19 Millionen Schilling zur Verfügung. Das heißt, es gibt nun, diese Ziffer ist ja schon lange gesunken, keine Neubauten mehr, es sind die großen Bauvorhaben irgendwie zu Ende geführt worden, und wir können nur mit Ergänzungsmaßnahmen sowie dem Ausbau und der Sanierung des Landesaltenpflegeheimes in Knittelfeld Baumaßnahmen setzen, ebenso mit dem Zubau der Werkstätten in Andritz für Behinderte und in Hartberg für Jugendliche. Es sind jedenfalls keine besonders großen Baumaßnahmen. Es ist natürlich auch klar, meine Damen und Herren, daß die Sozialhilfe und die Jugendwohlfahrt nur ein Sektor der Landespolitik ist, welcher natürlich auch in Konkurrenz zu vielen anderen Aufgaben steht. Es ist halt immer wieder bei den Verhandlungen um das Budget des kommenden Jahres ein Ringen innerhalb der Landesregierung, welchen Aufgaben eben mehr finanzielle Mittel zugeordnet werden müs-

sen und welchen weniger. Wir im Bereich der Sozialhilfe haben jedenfalls mit den Budgetansätzen für 1984 eine Ausgabensteigerung von 7,5 Prozent und sind damit mit dem durchschnittlichen Wachstum des Budgets verbunden, also etwa in derselben Größenordnung. Ich muß aber darauf aufmerksam machen, daß diese Erhöhung ja vor allem darin begründet ist, daß die Novelle zum Behindertengesetz eine Verschiebung in der Größenordnung von 80 bis 85 Millionen Schilling von den Gemeinden zum Land bringen wird. Jahrelang haben die Bürgermeister und die Sozialhilfeverbände immer wieder mit Nachdruck die Forderung erhoben, daß sie von den Kosten der Sozialhilfe und der Behindertenhilfe irgendwie entlastet werden müßten, da diese Aufwendungen beachtlich gestiegen sind. Es ist das gar keine Frage, jeder, der mit diesen Problemen befaßt ist, mußte sich ebenso zu dieser Einsicht durchringen. Trotzdem wäre zu sagen, daß eben auch die sozialen Aufwendungen ein echtes Erfordernis sind und eine echte Notwendigkeit und daß man sie halt manchmal auch in der Politik der Sozialhilfeverbände und der Gemeinden entsprechend einordnen muß.

Eine schon jahrelange Debatte läuft nun um die Frage des Verwaltungsübereinkommens mit der Gebietskrankenkasse im Hinblick auf die Leistungen und finanziellen Aufwendungen der Sozialhilfeverbände. Die Diskussion zwischen den beiden vor mir sprechenden Abgeordneten hat das wieder neuerlich gezeigt. Ich sage dazu nur mehr eines: Wir haben uns bemüht, eine generelle Lösung zu finden, und ich stehe nicht an zu sagen, rein theoretisch hätte es einige Möglichkeiten gegeben. Die eine Möglichkeit wäre gewesen, die Sozialhilfeverbände hätten diese 10-Prozent-Leistung weiter aufrecht erhalten, weil sie durch das Behindertengesetz eine starke Entlastung erfahren. Eine zweite Möglichkeit wäre gewesen, das Land hätte diese Leistung übernommen und hätte sie bezahlt. Wir reden von einer Größenordnung von 18 bis 20 Millionen Schilling. Die dritte Möglichkeit wäre auch gewesen, daß man das ASVG novelliert hätte und die Leistungen der Angehörigen herausgenommen hätte, das heißt, die Nichtleistung der 10 Prozent. Es hätte verschiedene Möglichkeiten gegeben. Es ist aber keine realisierbar, und so stehen wir vor dem Umstand, daß ab dem nächsten Jahr vermutlich alle Hauptversicherten für ihre Angehörigen die 10 Prozent bezahlen müssen. Das trifft sicherlich viele Tausende steirische Familien. Es ist das beim derzeitigen Verpflegskostensatz ein Betrag von pro Tag Krankenhausaufenthalt von 66,50 Schilling und bei 28 Tagen von 1862 Schilling. Wenn mehrere Angehörige im Krankenhaus sind, ist das schon eine empfindliche Belastung. Es besteht aber die Möglichkeit, daß man noch versucht, durch eine entsprechende Organisation oder Maßnahme in den einzelnen Bezirken durch die Sozialhilfeverbände im besonderen für Bedürftige diese Leistung zu übernehmen. In diesem Sinne, meine Damen und Herren, möchte ich bei der heutigen Budgetdebatte an alle Mandatäre in den Sozialhilfeverbänden und in den Bezirken appellieren, sich das zumindest im Einzelfall so anzusehen, daß für die Bedürftigen eine entsprechende Entlastung möglich ist.

Meine Damen und Herren! Die wirtschaftliche Entwicklung bringt natürlich auch eine Reihe anderer

Probleme in die Sozialhilfe herein, das Steigen der Arbeitslosigkeit und viele andere Dinge. Hier möchte ich jedenfalls auf eines hinweisen, daß es mich immer wieder stört, wenn ich Akte auf den Tisch bekomme, aus denen ich ersehe, daß die Kreditunternehmungen in einer verhältnismäßig leichten Form große Kredite an Menschen gewähren, bei deren Einkommensverhältnissen eine Rückzahlung gar nicht möglich ist. Es gibt natürlich tragische Unglücksfälle, wo solche Dinge eintreten, wo bei einem Verkehrsunfall der Prozeß sechs Jahre dauert, bis eine Entscheidung getroffen ist, und während der Zeit keinerlei Ansprüche gegeben sind und ähnliches mehr. Aber es gibt auch sehr viele Fälle, wo Kreditgewährungen erfolgen, die tatsächlich besser unterblieben wären.

Um wieviel mehr die Hilfe in besonderen Lebenslagen in Anspruch genommen wird, zeigt eine einzige Ziffer aus der Landeshauptstadt Graz. 1981 haben hier in der Landeshauptstadt Graz 391 Personen um eine Hilfe in besonderer Lebenslage angesucht, 1982 waren es bereits über 2100, und diese Zahl befindet sich weiter im Steigen. Ich glaube, meine Damen und Herren, in dieser Richtung muß das Geld im Sozialhaushalt vorhanden sein, um die notwendigen Anforderungen erfüllen zu können. Im Bereich der Behindertenhilfe, meine Damen und Herren, haben wir verstärkte Bemühungen unternommen, um die Berufseingliederung von Behinderten zu ermöglichen. Ich verweise dabei noch einmal darauf, daß wir viele Jahre, bevor wir uns entschlossen haben, eine geschützte Werkstätte zu bauen, die geschützten Arbeitsplätze in der freien Wirtschaft gesucht und aufgebaut haben. Es ist festzustellen, daß von den 3500 geschützten Arbeitsplätzen, die auf Grund der jeweiligen Landesbehindertengesetze in ganz Österreich bestehen, ein Drittel, 1282, allein auf die Steiermark entfallen, und das ist schon ein Hinweis, daß wir uns auf diesem Gebiet im besonderen Maße angestrengt haben. Trotzdem müssen wir leider feststellen, daß wir derzeit etwa 1500 Bescheide für geschützte Arbeit draußen haben und trotz größter Anstrengung und Bemühung keinen Arbeitsplatz dafür anbieten können.

Zur Frage der Frau Präsident Klasnic, wie das bei den Bundesdienststellen ist, kann ich nur sagen, nach meiner Information ist das so, daß auf Grund des Invalideneinstellungsgesetzes und der bei Nichteinstellung zu bezahlenden Ausgleichstaxe bei den Bundesdienststellen es derzeit so ist, daß sie keine Ausgleichstaxe bezahlen. Daher muß ich daraus schließen, daß sie allen nach dem Invalideneinstellungsgesetz erhobenen Forderungen, eine bestimmte Anzahl von Invaliden einzustellen, hier Rechnung getragen haben. Ich möchte auch dazu sagen, daß das Invalideneinstellungsgesetz einen stärkeren Schutz für den Behinderten bedeutet als das steirische Behindertengesetz. Das steirische Behindertengesetz sieht ja nur einen Zuschuß für den Unternehmer am Arbeitsplatz vor, während das Invalideneinstellungsgesetz auch den Kündigungsschutz zum Inhalt hat, was eine ganz besonders wichtige Sache ist. Der Bau der geschützten Werkstätte in Graz geht zügig voran, meine Damen und Herren. Nach all den Entscheidungen, die getroffen wurden, auch hier im Steiermärkischen Landtag, wird nun der Ausbau für 100 geschützte Arbeitsplätze gemacht mit einem Aufwand von 50 Millionen Schil-

ling. Derzeit ist auf Grund des Baufortschrittes die Situation so, daß bereits 47 Beschäftigte in der geschützten Werkstätte in Graz sind, davon 34 Behinderte. Auch im Landesbehindertenzentrum Graz-Andritz müssen wir ununterbrochen dafür Sorge tragen, daß wir die Einrichtung erweitern. Diese Einrichtung, die sich zweifelsohne bewährt hat, ist von einer Vielzahl von jungen Behinderten besucht. Diese Entwicklung geht nach oben. 1975 waren im Landesbehindertenzentrum 87 Behinderte, 1980 175, 1983 sind wir bereits bei 192 angelangt. Es platzt aus allen Nähten, und man kann sagen, daß dieser Werkstättenzubaue unbedingt notwendig ist. An Ausbildung bieten wir derzeit an: Schuhmacher, Korbflechter, Schneider, Schlosser, Gärtner, Tischler, Maler, Weberei, Wäscherei und Wäscherinnen und Bürokurse. Wir haben an sich ein sehr vielfältiges Angebot, was zur Zeit durchaus den Erfordernissen entspricht. Ich darf darauf verweisen, daß wir eine Reihe privater Einrichtungen haben, die sich mit der Beschäftigung und Ausbildung von Behinderten befassen, die einen sehr guten Ruf haben und die sehr gute Arbeit leisten. Es sind dies das Odilien-Blindeninstitut, das Heim Sonnenwald, Jugend am Werk und noch andere. Wir können also insgesamt feststellen, daß die Zusammenarbeit zwischen den Organisationen der privaten Wohlfahrt und der privaten Behindertenhilfe mit dem Land und mit der öffentlichen Hand in einer ausgezeichneten Weise erfolgt. In diesem Zusammenhang möchte ich noch darauf hinweisen, daß wir uns mit der Frage der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und unseren Möglichkeiten mit den Landesjugendheimen sehr beschäftigt haben. Seit einigen Jahren sind wir erfolgreich bemüht, die Landesjugendheime zu Berufsausbildungszentren zu machen. In den Landesjugendheimen ist ein Drittel der Lehrlinge beschäftigt, die das Land Steiermark insgesamt beschäftigt. Ich möchte darauf verweisen, daß das eine beachtliche Zahl ist und den Nachweis erbringt, daß gerade in diesen Heimen besondere Bemühungen im Gange waren, um gegen die Jugendarbeitslosigkeit zu wirken. Wir haben im Bereich der Jugendwohlfahrt verschiedene Aufgaben zu erfüllen. Wir erwarten noch immer das Grundsatzgesetz, damit wir das entsprechend novellierte Ausführungsgesetz machen können. Es ist auch die Frage der Spielautomaten bei uns zur Diskussion. Wir haben eine entsprechende Novelle für das Jugendschutzgesetz, soweit wir das vom Jugendschutz her überhaupt erfassen können, vorbereitet, das, man kann es vielleicht mit einem Satz sagen, verschärfte Bestimmungen zugunsten des Jugendschutzes bei der Benützung von Spielautomaten vorsieht. Das heißt unter anderem, daß bei einer Aufstellung von mehr als zwei Spielautomaten das Lokal bereits als ein Spiellokal angesehen wird und daß Jugendliche unter 18 Jahre keinen Zutritt mehr haben sollten. Ich weiß schon, daß es leichter ist, diese gesetzlichen Bestimmungen im Landtag beschließen zu lassen, als sie dann in der Praxis durchzusetzen. Aber es wird halt notwendig sein, daß die entsprechenden Exekutivorgane sich auch dieser Frage dann im besonderen Maße annehmen.

Meine Damen und Herren, ich möchte damit auch schon zum Schluß kommen und sagen, durch die gute und sinnvolle Zusammenarbeit der öffentlichen und der privaten Wohlfahrt in der Steiermark, wofür ich insbesondere den vielen Hunderten Funktionären in

der privaten Wohlfahrt danken möchte, aber auch allen Beamten und Mitarbeitern im Bereich der Sozialhilfe und Jugendwohlfahrt, haben wir ein gutes Netz der sozialen Sicherheit im Rahmen unseres Verantwortungsbereiches geknüpft. Mit den Budgetansätzen für das Jahr 1984 können wir sicherstellen, daß dieses soziale Netz auch im Jahr 1984 halten wird. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Zdarsky: Meine Damen und Herren, wir kommen nun zum zweiten Teil der Gruppe 4, Wohnbauförderung.

Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Loidl, ich erteile es ihm.

Abg. Loidl: Meine Damen und Herren, sehr geehrte Frau Präsident!

Zunächst möchte ich ausdrücklich darauf hinweisen, daß bisher mit Ausnahme des letzten Wohnbausonderprogramms des Bundes alle Grundsatzgesetze und Ausführungsbestimmungen, welche die öffentliche Wohnbauförderung regeln, einvernehmlich festgelegt wurden. Wie Untersuchungen beweisen, wird von der Bevölkerung die Versorgung mit Wohnraum nach der Arbeitsplatzsicherung als wichtigstes Anliegen beziehungsweise als wichtigstes persönliches Problem betrachtet. Trotz aller unbestreitbaren, man kann sagen gewaltigen Leistungen und Erfolge, welche durch die öffentliche Wohnbauförderung und der damit befaßten Wohnbauträger in den letzten Jahrzehnten erbracht wurden, haben wir noch immer einen Wohnungsfehlbestand von über 40.000 in unserem Land. Einige Fehlentwicklungen im bestehenden System lassen schon seit einigen Jahren von allen Seiten den Ruf nach einer grundlegenden Reform der Wohnbauförderung laut werden. Ebenso lange, meine Damen und Herren, beschäftigen sich Experten auf den verschiedensten Ebenen mit dieser Frage, ohne zu einem abschließenden Ergebnis gekommen zu sein. Nach meiner Meinung einfach deswegen, weil einige Realitäten dem besten Wunschenken im Wege stehen. Im übrigen glaube ich, daß die bestehende Grundsatzgesetzgebung in Verbindung mit unseren Durchführungsrichtlinien gar nicht so schlecht ist, vor allem nicht so unsozial, wie oft behauptet wird. Das natürlich nur dann, wenn sich die Bauträger im einzelnen daran halten, und da mangelt es bekanntlich oft, wie der Rechnungshof festgestellt hat, und wenn die Wohnungswerber alle Förderungen auch tatsächlich in Anspruch nehmen. Diese Feststellung, meine Damen und Herren, möchte ich mit einem Beispiel kurz untermauern. Nehmen wir eine Jungfamilie mit zwei Kindern und einem monatlichen Einkommen von 9500 Schilling, also durchaus realistisch. Eine Wohnung mit etwa 90 Quadratmetern könnte man für diese Familie als angemessen betrachten und würde im Geschosßbau jetzt ungefähr eine Million Schilling kosten. Es ist keine Frage, daß diese Familie nicht einmal in der Lage wäre, die Zinsen für dieses Kapital aufzubringen, geschweige denn die anfallenden Annuitäten zu bezahlen. Ich glaube, von diesem Tatbestand, der unwiderlegbar ist, muß man ausgehen, wenn man den Umfang und die soziale Wirkung der bestehenden öffentlichen Wohnbauförderung kritisch untersuchen und beurteilen will. Entschließt sich nämlich diese Familie zu einer Genossenschafts- beziehungsweise

Mietwohnung, vorausgesetzt, daß sie eine bekommt, so sind auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen 5 Prozent der Baukosten, das sind also rund 50.000 Schilling, als Eigenmittel aufzubringen. Bei niedrigem Einkommen kann aber auch dieser Betrag als sogenanntes Eigenmittellersatzdarlehen mit sehr langer Laufzeit in Anspruch genommen werden. Auf Grund der Richtlinien wird in der Folge, und darauf kommt es an, der zumutbare Wohnungsaufwand bei dem genannten Einkommen mit sage und schreibe 260 Schilling monatlich festgelegt. Bei einem Einkommen von 8000 Schilling wären das übrigens nur 50 Schilling. Die restlichen tatsächlichen Kosten werden im Zuge der Subjektförderung durch die Wohnbeihilfe abgedeckt. Für eine Eigentumswohnung müßten allerdings die Grundkosten und 10 Prozent Eigenmittel aufgebracht werden.

Meine Damen und Herren, ich glaube, daß es nirgendwo in einem vergleichbaren Land eine im Grunde so sozial ausgewogene Förderung der Wohnraumbeschaffung gibt. Die Wohnraumbeschaffung ist ja die Aufgabe der Wohnbauförderung. Diese Feststellung mag im höchsten Maße verwundern, weil immer öfter davon die Rede ist, daß der öffentliche Wohnbau das Prädikat „sozial“ nicht mehr verdiene, weil sich die meisten Menschen eine Neubauwohnung einfach nicht mehr leisten können. Da gibt es tatsächlich den entscheidenden springenden Punkt. Das ist die mangelnde Unterscheidung zwischen den Wohnbaukosten auf der einen Seite und den Wohnungsbenützungskosten auf der anderen. Die Schwierigkeiten, meine Damen und Herren, von denen wir nun zunehmend hören, wie die riesigen Zahlungsrückstände bei den Wohnbaugenossenschaften, die schließlich sogar zu Delogierungen und dramatischen Schicksalen von Familien führen, liegen nämlich tatsächlich zum weit- aus überwiegenden Teil in dem schier unlösbaren Problem der laufenden Finanzierung der Wohnungsbenützung, das sind Heizung, Beleuchtung, Warmwasser, Verwaltung, Lift, Hausmeister, Fernsehen, Telefon und so weiter. Diese Kosten sind zum Teil verbrauchsabhängig und betragen immerhin schon zwischen 20 und 30 Schilling pro Quadratmeter Wohnfläche monatlich. Was nützt es also dem arbeitslos gewordenen Wohnungsinhaber, wenn ihm die Subjektförderung seine Verpflichtung zur Gänze abnimmt, die Benützungskosten der Wohnung aber unerschwinglich bleiben. Es kann aber, meine Damen und Herren, andererseits nicht Aufgabe der Wohnbauförderung sein, Beiträge für die Wohnungsbenützung zu leisten. Dies wäre auch aus finanziellen Umständen und der Zweckbindung der Wohnbaumittel auch völlig unmöglich. Ich sage es, meine Damen und Herren, ganz offen, was den sozialen Inhalt der Wohnbauförderung betrifft, und da meine ich den Bau der Wohnungen, wird man keine großen Sprünge mehr machen können und auch nicht mehr machen müssen.

Ungelöst ist aber die ebenso wichtige Frage, wie einkommensschwachen Bevölkerungsgruppen – siehe das Beispiel des plötzlich arbeitslos Gewordenen – die Wohnungsbenützung, auf die es ja schließlich ankommt, ermöglicht wird. Das ist nach meiner Meinung in erster Linie eine Frage der Einkommens-, vor allem aber der Familienpolitik und schließlich auch ein Problem, mit dem sich wohl auch die Fürsorgeverbände werden beschäftigen müssen.

Also nochmals, meine Damen und Herren, um nicht mißverstanden zu werden, wir haben im Grunde einen durchaus sozialen Wohnbau, aber keine soziale Förderung der Wohnungsbenützung, und damit wird die soziale Wirkung des ersteren automatisch für breite Bevölkerungsschichten wieder aufgehoben. Das ist in Wirklichkeit das Problem! Man mag noch so viel reformieren, am Ende steht die Frage: „Wer bezahlt für wen?“ Das sind Grundsatzfragen mit großen Konsequenzen. Stellt man sich auf den Standpunkt, daß eben jeder so wohnen muß, wie er sich's leisten kann, weil ja schließlich noch immer Hunderttausende in Substandardwohnungen hausen müssen und andere in prachtvollen Villen mit Swimming-pools und allem Komfort leben, sich eben die Wohnverhältnisse nur im Einklang mit dem Ansteigen des allgemeinen Wohlstandes verbessern lassen – was ja auch tatsächlich in den letzten Jahrzehnten in einem ungeahnten Ausmaß der Fall war. Auf Grund einer solchen Einstellung würde sich auch das Absinken des Einkommens auf den Wohnungsstandard auswirken. Oder man ist bereit, das soziale Netz zu verstärken, was aber bedeutet, von Solidarität nicht nur zu reden, sondern sie zu üben! Womit wir wieder bei der Frage sind: „Wer zahlt für wen?“ Oder besser gesagt: „Woher das für eine solche Sozialleistung benötigte Geld nehmen?“ Wenn wir mit dem gegenwärtigen Zustand nicht zufrieden sind, müssen wir Farbe bekennen und dem sozialen Wohnbau eine soziale Wohnversorgung mit allen finanziellen Konsequenzen beifügen.

Meine Damen und Herren! Trotz dieser, vom Standpunkt einer sozialen Wohnversorgung aus gesehen, äußerst unbefriedigenden Umstände ist die Nachfrage nach Wohnungen ungemein groß.

Dieser Nachfrage steht eine schrumpfende Wohnbautätigkeit in unserem Land gegenüber. Ich möchte das mit einigen Zahlen drastisch darstellen. 1975 wurden Förderungen für 5488 Wohneinheiten im Geschößbau bewilligt. 1978 waren es noch 3148, 1981 2650, 1982 nur mehr 1836 zu 5488 und 1983 ist ja keine Sitzung des Wohnbauförderungsbeirates mehr, waren es 2205. Also eine Halbierung der Wohnbautätigkeit seit 1975. Meine Damen und Herren von der ÖVP, ich kann Ihnen das nicht ersparen, das zu einem Zeitpunkt, als das erste Sonderwohnbauprogramm des Bundes unter anderem mit der Begründung abgelehnt wurde, daß es ohnehin ein eigenes steirisches Sonderwohnbauprogramm gibt. Ich stelle nun zum hundertsten Mal die Frage: Wo ist tatsächlich dieses Sonderwohnbauprogramm geblieben?

Die Oberösterreicher, meine sehr geehrten Damen und Herren, denen es arbeitsmarktpolitisch wesentlich besser geht als uns, haben neben ihrem Normalprogramm rund 1400 Wohnungen gebaut. Bei uns wurde es abgelehnt, das wurde schon öfters gesagt. In Wirklichkeit aber ist die Situation noch viel schlimmer, als sie durch diese Zahlen ausgedrückt wird. Wir können ja im Grunde genommen auch gar keine Vorgriffe mehr machen, weil längst festgestellt wurde, daß bis Ende 1984 die getätigten Vorgriffe bereits 3 Milliarden 820 Millionen Schilling ausmachen. Das ist ein Vorgriff um eineinhalb Budgetjahre.

Ich klage nicht an, weil wir einverstanden waren mit den Vorgriffen, in der Hoffnung, daß es wirtschaftlich besser wird. Umso schmerzlicher hat uns daher getrof-

fen, daß das erste Wohnbauprogramm nicht angenommen wurde, und jetzt ist die Lücke da. Die Wohnbauträger müssen außerdem bis zu neun Monate auf die Förderungsmittel warten. Die Bautätigkeit kann nur mit teurer Zwischenfinanzierung aufrechterhalten werden. Ich weiß nicht, meine Damen und Herren, ob Sie mir in der Überlegung folgen wollen, welche Katastrophe der Verfall – man muß von einem Verfall sprechen – der Wohnbautätigkeit nicht nur für die Bauwirtschaft, für die Bauarbeiter, sondern für viele Gewerbetreibende und nicht zuletzt für die Wohnungssuchenden bedeutet, und der gestern beklagte Rückgang an Maurerlehrlingen ist nicht zuletzt auf diese Tatsache zurückzuführen. (Abg. Harmtodt: „Das Lehrlingsgesetz ist das!“) Denn ich kann einen Maurer nur ausbilden, wenn gemauert wird. Maurerarbeiten werden nicht beim Straßenbau, sondern beim Wohnbau durchgeführt. (Abg. Kollmann: „Das ist zu einfach!“) Ich bin ein bißchen informiert, weil ich Tag für Tag in der Bauwirtschaft unterwegs bin und mit vielen Bauunternehmen rede, und alle sagen mir, wenn ich keine Wohnbauten bekomme, weiß ich nicht, was ich mit den Maurerlehrlingen machen soll. Das ist eine Tatsache, aber das ist eine Nebenerscheinung dieses Rückganges. (Abg. Kollmann: „Vergebt gescheiter die Bundesstraßen in kleinen Baulosen, dann könnt Ihr die heimischen Firmen auch beschäftigen!“) Ich will es dabei bewenden lassen.

Ich rede jetzt vom Rettungsanker, den uns nun die Bundesregierung neuerlich zuwirft. Wenn wir nicht ertrinken wollen, dann nehmen wir ihn. Sie sind ja bereit, weil Sie auch nicht ertrinken wollen mit uns zusammen. Nehmen wir diesen Rettungsanker. (Abg. Dr. Maitz: „Mit dem ersten Rettungsanker wollten Sie uns erschlagen!“) Jetzt haben Sie sich endlich durchgerungen und entschlossen, und ich bin sogar bereit, diesen Entschluß zu würdigen und zu begrüßen. Natürlich nehmen wir für uns in Anspruch, daß dies nicht zuletzt auf unser Drängen und Überzeugen zurückzuführen ist. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Maitz: „Eine andere Methode der Finanzierung!“) Es ist halt ein Gesinnungswandel, und es ist wirklich keine Schande, wenn man einmal auch Argumente zur Kenntnis nimmt, wenn sie von der anderen Seite kommen, noch dazu wenn die Auswirkungen beweisbar sind. (Abg. Ing. Stoisser: „Auch ein Gesinnungswandel. Auch einmal dort, wo Ihr verkehrt seid, wobei es bei uns nicht verkehrt war!“) Du müßtest die größte Freude haben, weil du Fenster liefern kannst. Wir sind jedenfalls überzeugt, daß die Tatsache, daß Sie dem neuen Wohnbausonderprogramm zustimmen, jene Wirkung haben wird für die Beschäftigten des Baugewerbes, für die Gewerbetreibenden und für die Wohnungssuchenden. Nichts anderes haben wir gewollt, und damit könnt Ihr ja letzten Endes auch zufrieden sein. (Abg. Harmtodt: „Unter besseren Voraussetzungen als damals wird jetzt etwas gemacht!“ – Abg. Pörtl: „Wie war das erste Sonderwohnbauprogramm?“) Das erste Sonderwohnbauprogramm hat genausoviel gekostet (Abg. Kollmann: „Es sind nur Mietwohnungen gebaut worden. Das ist der entscheidende Unterschied!“), um keinen Schilling mehr, außer der Zinsfrage, nur mit dem Unterschied, daß es jetzt Eigentumswohnungen gibt. Ich sage Ihnen, wir von der Baugewerkschaft haben uns sehr stark gemacht in dieser Frage (Beifall bei der SPÖ.), um es Ihnen zu erleichtern, weil es uns

um keine ideologische Frage geht, sondern um die Beschäftigung und um die Wohnungssuchenden. Das ist die Tatsache.

Ich habe gar nichts gegen Eigentumswohnungen. Meine Tochter hat auch eine (Abg. Ing. Stoisser: „Auch eine Kapitalistin!“), und ich würde, wenn ich nicht ein Häusl gebaut hätte, auch eine haben. Gar nichts dagegen zu sagen. Das legt Ihr uns immer nur in den Mund, daß wir eigentumsfeindlich sind. (Abg. Harmtodd: „Die SPÖ-Regierung leider!“)

Meine Damen und Herren! Nun noch ein Wort zur schlechten Beschäftigungslage in der Bauwirtschaft. Wir hatten auch während der Sommermonate mehr als 10 Prozent Arbeitslose, also eine Arbeitslosenrate, die weit über dem Durchschnitt im allgemeinen liegt. Wir werden, so fürchte ich, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, heuer wieder die 50-Prozent-Marke erreichen, wenn nicht gar überschreiten. (Abg. Kollmann: „Kollege Loidl, komme nach Niklasdorf hinauf!“)

Dagegen müssen wir etwas tun. Ich bedaure es sehr, die Gründe sind vielleicht im einen oder anderen Fall einleuchtend, daß unser Bundesland das zur Arbeitsplatzsicherung zur Verfügung gestellte Geld, die sogenannte Althausmilliarde, so wenig in Anspruch genommen hat. Wien hat immerhin 6000 Wohnungen wiederhergestellt, das ist eine sehr intensive Arbeit gerade für die Gewerbetreibenden, Oberösterreich neben dem Sonderwohnbauprogramm 1500, die Steiermark aber nur 400. 400 Wohnungen mit der Althausmilliarde wieder instandgesetzt. Oberösterreich 1500 und Wien 6000. 1984 wird es wieder eine solche Althausanierungsmilliarde geben, und wir müßten eigentlich, was den Zustand am Arbeitsmarkt und was die Wohnungssuchenden betrifft, alles daransetzen und alle Möglichkeiten, die der Bund, die das Land und die die Gemeinden gewähren, restlos ausnützen. Ich möchte abschließend sagen, wie die Dinge nun insgesamt einmal liegen, ist es ein Gebot der Stunde, um jede Wohnung und um jeden Arbeitsplatz, der damit verbunden ist, zu kämpfen. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Zdarsky: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Kanduth das Wort.

Abg. Kanduth: Frau Präsident, Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Als ich heute früh in die „Neue Zeit“ hineingeschaut habe, ist mir ein Satz aufgefallen: „Unser ständiges Trommeln hat geholfen.“ Meine Damen und Herren, trommeln hilft gar nichts. Beschlüsse, die unser Landtag faßt, bringen den Menschen Arbeit. Und wenn die Österreichische Volkspartei beim zweiten Sonderwohnbauprogramm des Bundes mittut, dann deswegen, weil es andere Voraussetzungen gibt, weil der Bund auf die Vorstellungen des Landes eingeht. Es ist diesmal möglich, Eigentumswohnungen zu erwerben und die Gemeinden einzubinden. Daß bei Eigentumswohnungen kein Eigenmitteldarlehen gewährt werden darf, ist sicherlich ein kleiner Schönheitsfehler. Ob Wohnbeihilfen dafür gewährt werden, obliegt dem Land, und bei der Einstellung unseres Landes zweifle ich nicht daran, daß diese Wohnbeihilfen gewährt werden. Ein ganz entscheidender Faktor ist aber auch, daß die Finanzierungskosten durch die Zinssatzsen-

kungen des letzten Jahres günstiger geworden sind. Ich weiß schon, daß sich diese Zinssatzfragen über Nacht wieder ändern können. Allerdings verstehe ich nicht, daß es nicht möglich sein soll, für dieses Sonderwohnbauprogramm einen fixen Zinssatz zu vereinbaren beziehungsweise den Zinssatz an die Bundesanleihen zu binden. Es muß auch den Kreditgebern einmal klar gesagt werden, daß Wohnbaukredite die risikolosesten Kredite sind, und daher müßte es möglich sein, daß sie zu billigeren Konditionen gegeben werden. Und besser als jedes Sonderwohnbauprogramm wäre natürlich, den Wohnbautopf besser zu dotieren und alles über die Wohnbauförderung 1968 abzuwickeln. Sagen Sie nicht, daß es nicht ginge. Für mich völlig unverständlich ist, daß man die 30 Schilling Wohnbeihilfe abschafft und dieses Geld, wie wir es gemeinsam, Kollege Loidl, immer gefordert haben, nicht dem Wohnbau zuführt, sondern andere Budgetlöcher stopft. Mit diesem Geld könnten rund 2000 geförderte Wohnungen in Österreich errichtet werden. Für mich unverständlich ist, daß man das Gesetz über die begünstigte Rückzahlung nicht verlängert oder neu beschlossen hat. Dies wäre eine Möglichkeit, zu viel Geld zu kommen, ohne daß ich die Menschen zu etwas zwingen. Und völlig unverständlich ist mir auch, daß die Darlehenslaufzeit auf Bundesebene bis heute nicht geändert wurde. Wir Steirer haben dies getan, werden dafür gerügt, obwohl uns jeder bestätigt, daß es wirtschaftlich eine gescheite Lösung ist. Der Bund, meine sehr verehrten Damen und Herren, hat bis heute in Österreich 135 Milliarden Schilling an Wohnbaudarlehen gewährt, und zurückgeflossen sind in dieser Zeit 23 Milliarden Schilling, eine wirklich lächerliche Summe im Verhältnis zur Förderung. Anstatt hier Möglichkeiten auszuschöpfen, erfindet diese Regierung ein Belastungspaket, das den Wohnungseigentümern und den Mietern noch große Sorgen bereiten wird.

Nicht die Annuität ist es, die uns Sorgen bereitet, denn diese sozial Schwächeren werden durch die Wohnbeihilfe abgedeckt. Wirklich besorgniserregend werden die Betriebskosten – Kollege Loidl hat es ja deutlich gesagt. Ich kann mir nicht vorstellen, daß seine Freunde in Wien dies nicht auch wußten. Daher verstehe ich nicht, daß man rigoros die Mehrwertsteuersätze erhöht: Das eine Mal um 12 Prozent, das andere Mal um 25 Prozent und die Energiesteuer um 54 Prozent. Die Belastung wird mit diesen Erhöhungen über die Schmerzgrenze gedrückt. Die durch 13 Jahre regierende Sozialistische Partei hat uns eine Belastungswelle gebracht, wie wir sie nie gekannt haben. Die heutige sozialistische Koalitionsregierung setzt diesen Weg nicht nur fort, sondern läßt sich noch höhere Belastungen einfallen. Die Bürger werden schon zahlen. Das ist die Einstellung dieser Regierung.

Im Hohen Haus wurde gestern von vielen Abgeordneten davon geredet, daß man mehr sparen soll. Ich meine, diese Ratschläge sollen Sie Ihren Kollegen in Wien geben, denn dort könnte man nicht nur Millionen, sondern Milliarden einsparen. Ich erspare es Ihnen, die Möglichkeiten aufzuzählen, wo man überall sparen könnte. Sie kennen sie selbst. Aber eines erspare ich Ihnen nicht, nämlich aufzuzeigen, daß vor 1970 eine bessere Politik für die Menschen dieses Landes gemacht wurde. (Abg. Brandl: „1966 bis 1970 – das war weit höher!“)

Ich sage das mit Zahlen: In der Zeit der ÖVP-Alleinregierung betragen die Betriebskosten je Quadratmeter und Jahr 34,33 Schilling, 1984 beim selben Haus 149 Schilling pro Quadratmeter und Jahr, das ist eine Steigerung von 336 Prozent. Und ich glaube das, weil ich es ausrechnen habe lassen und weil es die Leute nächstes Jahr bezahlen werden. Die Heizkosten betragen zur gleichen Zeit, 1970, 15,74 Schilling je Quadratmeter und Jahr; 1984 werden die Bürger dieses Landes 66,91 Schilling je Quadratmeter auf den Tisch zu legen haben. Das ist eine Steigerung von 325 Prozent. Ich frage mich, wie lange glauben Sie, daß Sie den Bürger dieses Landes noch ausnehmen können? (Abg. Ofner: „Das ist eine Frechheit!“) Und wenn Sie so weitermachen, meine Damen und Herren, dann können wir den Wohnbautopf überhaupt auflösen, denn wer sollte sich unter diesen Umständen noch eine Wohnung leisten und kaufen können! Sie sind 1970 gegen die Armut angetreten, so sagte man damals. 13 Jahre später wissen viele Menschen nicht mehr, wie sie die Kosten der Heizung bezahlen sollen. Sie sind ärmer geworden. Jetzt erst begreift man, meine Damen und Herren, was Ihr vormaliger Bundesparteiobmann Exvizekanzler Pittermann gemeint hat, als er im Jahre 1967 gesagt hat, das Erbe Kreiskys wird ein fürchterliches sein. Die Menschen sind ärmer geworden. Die Schulden haben eine Höhe erreicht, wie wir es uns nie vorauszusagen getraut hätten. Und die Arbeitslosenziffern steigen. Wir leben in Österreich, liebe Freunde! Wir haben mit unseren Problemen fertig zu werden. Ich weiß schon, daß man es sich nicht so einfach machen kann. (Abg. Brandl: „Das ist Schwarzmalerei, das ist Pessimismus, der der Wirtschaft schadet!“) Das ist keine Schwarzmalerei, das sind die nackten Zahlen! (Abg. Brandl: „Pessimismus schadet der Wirtschaft!“)

Zum Abschluß, meine Damen und Herren, das ist ja das Bedauerliche: Ich weiß, daß Sie in vielen Bereichen mit mir einer Meinung sind, daß Dr. Kreisky Ihnen noch eine Koalition aufgehalst hat, von welcher von Tag zu Tag sichtbar wird, daß sie die Probleme der Zukunft nicht meistern wird. Herr Mag. Rader, ich höre Ihnen die ganze Zeit schon zu, die ganzen Tage und im ganzen letzten Jahr. Immer, wenn ich Sie reden höre, fällt mir eine alte Geschichte ein. Es gibt einen Berufsstand, wo man sagt: „Kennen Sie den Unterschied zwischen dem lieben Gott und diesem Berufsstand?“ Ich würde sagen: „Kennen Sie den Unterschied zwischen dem lieben Gott und Herrn Rader?“ Der Unterschied ist der, daß der liebe Gott alles und der Herr Mag. Rader alles ein bißchen besser weiß! Ich danke Ihnen. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Brandl: „Der Beifall war schwach!“)

Präsident Klasnic: Zum Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Meyer. Ich erteile es ihr.

Abg. Meyer: Frau Präsident! Meine Damen und Herren!

Eines der wichtigsten sozialen Probleme ist auch in der heutigen Zeit noch immer das Wohnungsproblem. Die sozial Schwächeren werden trotz der vielen wohnungspolitischen Initiativen in den letzten Jahren noch immer benachteiligt. Die Sozialisten betrachten es als oberstes Anliegen, besonders die Wohnsituation der sozial schwachen Schichten in der Bevölkerung zu

verbessern und es auch diesen Menschen zu ermöglichen, eine familiengerechte und gut ausgestattete Wohnung zu erhalten. Daß in den letzten Jahren die Wohnungskosten explodiert sind, ist bekannt und hat mehrere Gründe: Die hohen Zinsen für Kredite haben die Grund- und Baukosten in die Höhe getrieben und die Wohnungsanschaffung dadurch verteuert. Aus der Praxis weiß ich, daß viele wohnungssuchende junge Familien, deren Einkommen natürlich viel niedriger ist als das der älteren, die gestiegenen Eigenmittel meist nicht aus eigener Kraft aufbringen können. Die Erfahrung hat gezeigt, daß die meisten jungen Familien ihren Eigenmittelanteil – (Landesrat Koiner: „Die Grundkosten!“) – ich bin schon dabei, das sage ich gerade – daß der Eigenmittelanteil nur dadurch gezahlt werden kann, daß sie das Eigenmitteldarlehen erhalten und dies meistens sogar in voller Höhe. Es gibt auch kaum eine junge Familie, die auf Grund ihres noch niedrigen Einkommens und der zu zahlenden Mieten die Wohnbeihilfe nicht erhält. Das alles sind Tatsachen, die beweisen, wie wichtig es ist, für einen Teil der Bevölkerung kostengünstigere und erschwinglichere Wohnungen zu bauen. Die Bundesregierung hat bereits im Vorjahr mit einem Beschäftigungsprogramm eine Fülle von Maßnahmen ergriffen, um die Arbeitslosenrate so gering wie nur möglich halten zu können. Und zu diesen Maßnahmen zählte auch das erste Sonderwohnbauprogramm des Bundes, mit dem man die Arbeitslosenzahl in der Bauwirtschaft deutlich auch in der Steiermark hätte senken können. Dadurch, daß die steirische ÖVP eine Teilnahme an diesem Bundessonderwohnbauprogramm abgelehnt hat, hat sie auch dazu beigetragen, daß unsere steirische Heimat neben dem höchsten Wohnungsfehlbestand in Österreich auch noch im Jahre 1983 den größten prozentuellen Anteil an Arbeitslosen am Bau-sektor hat. (Abg. Harntodt: „Die Wohnungen wären zu teuer gewesen!“) Für die wohnungssuchenden Familien nicht! (Abg. Ing. Stoisser: „Frau Kollegin, Sie wissen nicht, daß das die Steuerzahler zahlen und nicht wir!“) Wenn Herr Landeshauptmann Dr. Krainer – und das muß ich noch einmal sagen – immer wieder von einem eigenen Sonderwohnbauprogramm des Landes Steiermark mit 900 Wohneinheiten sprach, so muß ich – noch einmal dazu sagen, daß es dieses Sonderprogramm wirklich nie gegeben hat. Diese riesigen Vorgriffe, die da auf die Wohnbauförderungsmittel der kommenden Jahre getätigt wurden, können nur dadurch wieder abgebaut werden, daß enorme Einschränkungen der Förderungsmittel in den nächsten Jahren in der Steiermark gemacht werden müssen. Daß das weder der Bauwirtschaft noch der Wohnungspolitik etwas bringt, liegt auf der Hand. Daß auf Grund der genannten Vorgriffe das Geld für die zur Zeit im Bau befindlichen Objekte schon fehlt, beweist die Tatsache, daß die Wohnbauträger, aber auch die Gemeinden für den Wohnbau meist teure Zwischenkredite aufnehmen müssen, weil das Land zur Zeit die Zahlungsansuchen der Wohnbauträger für die bereits im Bau befindlichen Objekte in der Regel erst nach zehn Monaten erledigt. Abgesehen davon – (Abg. Harntodt: „Das stimmt nicht!“) Ja, das weiß ich aus der Praxis! –, daß die Wohnbaugenossenschaften dieser Entwicklung auch nicht mehr gewachsen sind – zahlen müssen diese teuren Zwischenkredite die künftigen Mieter, und das